

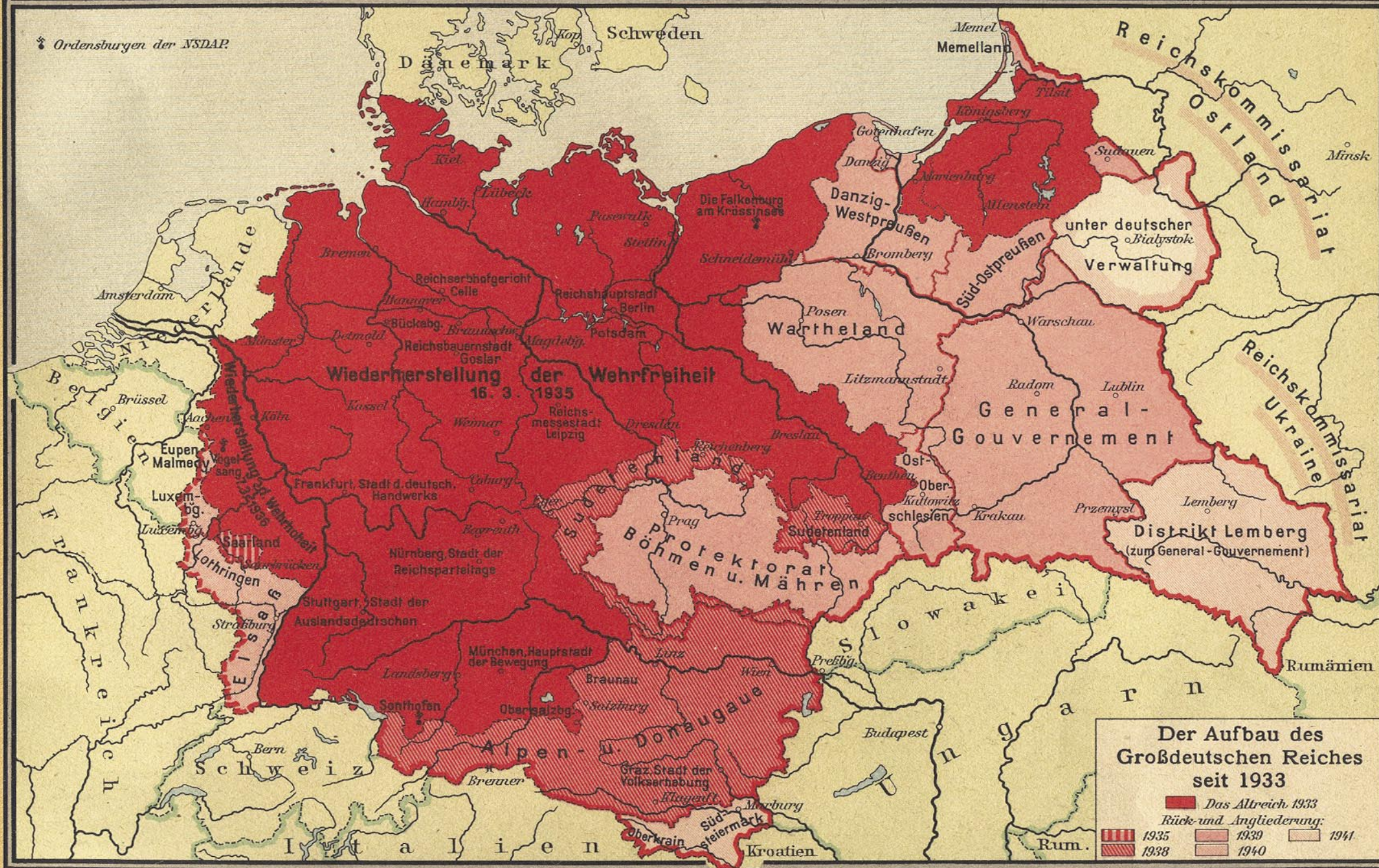
Maßstab
1 : 8 000 000

Großdeutschland als Lebensraum

Kilometer

0 50 100 200

13



ZUR EINLEITUNG

„Kommt die Arbeit nicht zu Dir, geh' zu ihr“, lasen vor vielen Jahren Hunderttausende junger Menschen in einer amtlichen Bekanntmachung, die in tschechischer und deutscher Sprache zum Beginn einer Arbeit für das nationalsozialistische Deutschland aufforderte. Im Laufe der Zeit änderten sich zwar die äußere Form und der Name des Dokuments, eingelebt hat sich jedoch die Bezeichnung „*Verpflichtungsbescheid*“. Warum wird der Bescheid gerade im Titel dieses Buchs zitiert? Er stellt nämlich eine treffende Charakterisierung des Themas unseres Sammelbandes dar und beschreibt die Präsentation des Zwangseinsatzes in der damaligen Propaganda. Der Verpflichtungsbescheid ist auch einer der häufigsten Dokumente, die uns in den letzten drei Jahren bei der Beurteilung von Anträgen auf Zahlungen aus den Mitteln der deutschen Stiftung „*Erinnerung, Verantwortung und Zukunft*“ und des österreichischen „*Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit*“ vorgelegt wurden.

Der Herausgeber dieses Sammelbandes ist das Büro für Opfer des Nationalsozialismus des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds (im Weiteren nur „Büro für NS-Opfer“). Es entstand im Mai 2000 und verrichtet seit Juli jenes Jahres für die Öffentlichkeit alle Aufgaben im Zusammenhang mit der Stellung eines Antrags auf Zahlungen aufgrund von Zwangsarbeit oder anderem nationalsozialistischen Unrecht, hilft bei der Suche nach Unterlagen und regelt die eigentliche Auszahlung der gewährten Entschädigungsleistungen.

Die in diesem Band enthaltenen Beiträge sind das gemeinsame Werk der Mitarbeiter des Prüfungs- und Dokumentationszentrums des Büros für NS-Opfer, von Absolventen des Geschichts-, Politologie und Germanistikstudiums an der Karlsuniversität Prag, der Westböhmischen Universität Pilsen und der J. E. Purkyně-Universität Ústí nad Labem. Nur der Autor des Artikels über politische Häftlinge, Dr. František Vašek, war externer Mitarbeiter des Büros. Das Prüfungs- und Dokumentationszentrum bearbeitet die Anträge, bereitet die Unterlagen für Berufungsverfahren vor und verwaltet das Archiv. Dort sind gegenwärtig etwa 120 000 persönliche Akten von Antragstellern enthalten, die einen Antrag auf Leistungen für Zwangsarbeit oder anderes nationalsozialistisches Unrecht gestellt haben, und 3 000 Akten im Zusammenhang mit Zahlungen für sog. sonstige Personenschäden.

Die Anregung zum Entstehen der meisten Studien ergab sich aus der Notwendigkeit, einige allgemeine Formulierungen im Gesetz über die deutsche Stiftung oder über den österreichischen Fonds zu erweitern. Oft ergaben sie sich auch aus dem Dialog mit der Stiftungs- bzw. Fondsleitung und ihren Partnerorganisationen. Eine Studie entstand direkt für diesen Sammelband. Zwei Beiträge gehen aus Arbeiten für das Rigorosum hervor, entstanden jedoch während der Arbeit der Autoren im Büro für NS-Opfer oder wurden später um die hier gewonnenen Erkenntnisse ergänzt. Die Publikation soll der Öffentlichkeit zumindest einen kleinen Einblick in den fachlichen Hintergrund des Entschädigungsprozesses und

in die reichhaltigen Sammlungen von Dokumenten, persönlichen Andenken und Erinnerungen geben, die im Verlauf des Entschädigungsprozesses gesammelt werden konnten. Im weiteren Sinne möchten wir auch ein tieferes Interesse für die Problematik der Zwangsarbeit erwecken. In der letzten Zeit ist das Thema aktuell diskutiert worden, seit dem Erscheinen der Arbeiten von František Mainuš¹ blieb es jedoch leider im Schatten des Interesses der tschechischen Geschichtsschreibung. Der Sammelband gliedert sich in einen Text- und einen Bildteil. Alle Studien erscheinen in tschechischer und deutscher Sprache, der Bildteil ist für beide Sprachversionen gleich.

Der einleitende Artikel von **Tomáš Jelínek** gibt eine kurze Übersicht über die Problematik der Zwangsarbeit in der Zeit des Nationalsozialismus. Im ersten Teil fasst der Autor vor allem die Ergebnisse der historiographischen Grundlagenforschung zusammen. Dabei untersucht er die Definition des Begriffs Zwangsarbeit und die Abgrenzung der wichtigsten Gruppen von Zwangsarbeitern, stellt kurz die Entwicklung des Einsatzes von Fremdarbeitern in der deutschen Kriegswirtschaft vor und präsentiert die Ergebnisse von statistischen Untersuchungen. Er behandelt auch die interessante historiographische Kontroverse in der Diskussion zum Thema Verantwortung für die Zwangsarbeit. Der zweite Teil, der überwiegend auf Archivforschungen beruht, befasst sich – wenn auch nur als Übersicht – mit den tschechischen Zwangsarbeitern: dem Prozess ihres Einsatzes zur Arbeit im Reich, den diskriminierenden Vorschriften, Lebensbedingungen und der Gesamtzahl zwangseingesetzter Tschechen.²

Petr Kaňák stellt das Alltagsleben der Zwangsarbeiter nach der Arbeit vor, wobei er vor allem von ihren persönlichen Erinnerungen ausgeht. Sein Beitrag über Wohnlager für Zwangsarbeiter auf dem Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren ist ein überarbeitetes und ergänztes Material, das als Hilfsmittel zur Beurteilung der Anträge diente. An der Bearbeitung von Dutzenden schriftlicher Aussagen von Zwangsarbeitern waren viele weitere Mitarbeiter des Prüfungs- und Dokumentationszentrums beteiligt, vor allem Jana Havlíková und Petr Koura. Der ursprüngliche stichwortartige Text ist vom Autor neu geordnet und mit einer Einleitung und den Zeugnissen weiterer ehemaliger Zwangsarbeiter ergänzt worden. Das ursprüngliche Verzeichnis der „Lager“ ist hingegen auf eine Zahl repräsentativer Beispiele gekürzt worden.

Die Studie von **Alena Krausová** war ursprünglich Teil einer Arbeit für das Rigorosum an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Karlsuniversität Prag.³ Im Artikel werden die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Polen vorgestellt, die im Landkreis Jablonné v Podještědí (Deutsch Gabel) eingesetzt waren. Da die Archive nur dürftige Auskunft zu diesem Thema geben, beschreibt die Autorin die Stellung jener Zwangsarbeiter im gesamten Reichsgau

¹ Mainuš, F.: *Totální nasazení. Češi na pracích v Německu 1939–1945* [Totaleinsatz. Tschechen zur Arbeit in Deutschland 1939 – 1945]. Brno 1970; Derselbe: *Totálně nasazení* [Totaleingesetzt]. Praha 1974; Konečný, Z., Mainuš, F.: *Nasazení české mládeže při budování zákopových opevnění koncem druhé světové války* [Einsatz der tschechischen Jugend beim Bau der Grabenbefestigung am Ende des Zweiten Weltkriegs]. Sborník Matice moravské, 1967, S. 17–42.

² Der Text ist das überarbeitete erste Kapitel der Arbeit für das Rigorosum *Odškodnění nuceně nasazených. Nucená práce pro německé hospodářství za 2. světové války a cesta k její kompenzaci: východiska – jednání – výsledky* [Entschädigung von Zwangsarbeitern. Zwangsarbeit für die deutsche Wirtschaft im 2. Weltkrieg und der Weg zu ihrer Entschädigung: Ausgangspunkte – Verhandlungen – Ergebnisse], IMS FSV UK [Institut für internationale Studien, Karlsuniversität Prag], Praha 2002, 137 S.

³ Krausová, A.: *Totální nasazení civilních polských pracovníků na území sudetské župy: sonda landrát Jablonné v Podještědí* [Totaleinsatz polnischer Zivilarbeiter auf dem Gebiet des Reichsgaus Sudetenland: Sonde Landrat Deutsch Gabel]. IMS FSV UK, Praha 2001, 114 S.

Sudetenland bzw. dem Regierungsbezirk Ústí nad Labem (Aussig). Die faktographischen Angaben werden wieder durch authentische Erinnerungen von Antragstellern bei der deutschen Stiftung illustriert.

Grundlage des Beitrags über die Stellung von in nationalsozialistischen Zuchthäusern und Gefängnissen internierten Tschechen war ein Artikel des Juristen und Historikers **František Vašek**, der unter anderem von seinen eigenen Erfahrungen als politischer Häftling ausgehen konnte. Sein Text wurde durch Erkenntnisse weiterer politischer Gefangener Milan Krejčí (†) und Miroslav Tamchyna (†) ergänzt. Barbora Hudcová aus dem Büro für NS-Opfer bearbeitete den Text redaktionell und fügte die Zitierungen aus der fachlichen Literatur hinzu. Die Studie entstand aus dem Bestreben, diese Gruppe in die sog. Kategorie A nach dem deutschen Gesetz zur Errichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ von 2000 einordnen zu können. Die Bemühungen waren erfolgreich und die deutsche Stiftung nahm in das Verzeichnis der sog. anderen Haftstätten unter anderem auch ausgewählte Gestapo-Gefängnisse auf tschechischem Gebiet und später auch einige Gefängnisse und Zuchthäuser auf dem übrigen Gebiet des Dritten Reichs auf. Die meisten tschechischen politischen Häftlinge erlangten somit einen Anspruch auf die höchste Entschädigungskategorie.

Aus demselben Anlass entstand auch der Text von **Pavla Plachá** und **Věra Zemanová**. Die Autorinnen konzentrierten sich auf die Lebensbedingungen der Gefangenen in nationalsozialistischen Gefängnissen auf tschechischem Gebiet. Dabei berücksichtigten sie besonders die Zwangsarbeit von Häftlingen, d. h. eine der Hauptbedingungen für eine Zahlung nach Kategorie A des deutschen Gesetzes.

Tschechen waren auch in Haftstätten auf dem Gebiet des heutigen Österreichs interniert. Der Beitrag von **Šárka Jarská** vergleicht deren Stellung mit dem Schicksal von Häftlingen aus westlichen Ländern. Diese Arbeit half, optimale Bedingungen für Antragsteller beim österreichischen „Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit“ auszuhandeln. Die Studie bringt unter anderem auch einzigartige Zeugnisse ehemaliger Häftlinge der Arbeitserziehungslager Schörgenhub und Reichenau.

Lucie Vondryšková untersuchte in ihrer Arbeit Arbeitserziehungslager für Frauen. Der Schwerpunkt liegt in der Beschreibung der Bedingungen in einem einzigen Arbeitserziehungslager für Frauen auf dem Gebiet des sog. Protektorats, das sich in Plzeň-Karlovy (Pilsen-Karlstadt) befand. Zum Vergleich werden auch Erinnerungen von Frauen zitiert, die in Einrichtungen dieser Art im übrigen Reichsgebiet inhaftiert waren. Die Autorin nutzte zugängliche Quellen von amtlichen Dokumenten, die sie durch Erinnerungen von Zeuginnen ergänzte. In geringerem Maße konnte auch die spärlich vorhandene Literatur zum gegebenen Thema genutzt werden. An den Textteil schließen sich eine noch nicht veröffentlichte zeitgenössische Skizze des Lagers und Fotografien aus dem Archiv des Büros für NS-Opfer an.

Der zweite Beitrag von **Pavla Plachá** und **Věra Zemanová** behandelt Lager für Personen teilweise jüdischer Herkunft und sog. arische Partner aus Mischehen. Auch dieser Beitrag entstand aus dem Bemühen, diese Gruppe von Haftstätten in das Verzeichnis der Stätten, in denen sog. Sklavenarbeit verrichtet wurde, aufnehmen zu können. Die zeitlichen Umstände des Entstehens der Studie ermöglichten nur eine Einordnung bekannter Tatsachen, die von den Autorinnen durch Erinnerungen von ehemaligen Häftlingen ergänzt wurden. Dieses weniger bekannte Thema ist sicher wert, ausführlicher erforscht zu werden.

Zwangsarbeit und Haft stellten immer einen tiefen Einschnitt in das Familienleben der unfreiwilligen Arbeiter im Reich und der politischen Häftlinge dar. Besonders bedrückend wirkten sie sich auf minderjährige Kinder aus. **Jana Havlíková** und **Martin Hořák** umschreiben das System der Verfolgung und Germanisierungsbemühungen, das gegen die Kinder von tschechischen NS-Opfern oder Widerstandskämpfern gerichtet war. Der Beitrag geht von zwei kürzeren, bisher nicht veröffentlichten Studien aus. Die erste entstand im Laufe der Verhandlungen über die Form der sog. Öffnungsklausel im Gesetz über die deutsche Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, die zweite im Verlauf des Entstehens einer Methodik zur Beurteilung der Anträge auf Ausgleich sog. sonstiger Personenschäden. Der vorliegende Text wurde schon einmal im unlängst erschienenen Sammelband zum Lebensjubiläum des Historikers Bořivoj Čelovský veröffentlicht.⁴

Die letzte Studie hängt nicht unmittelbar mit dem Thema Zwangsarbeit zusammen, verweist jedoch auf eine weitere Dimension der wirtschaftlichen Ausbeutung der besetzten Länder, die auch im deutschen Gesetz über die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ berücksichtigt wurde. Sie entstand auf Anregung der International Organisation for Migration (IOM), die unter anderem für die Verteilung der im deutschen Gesetz für den Ausgleich von Vermögensschäden vorgesehenen Mittel verantwortlich ist. Der Autor **Radek Lunga** beschreibt den Mechanismus der Beschlagnahme und des Abtransports der Glocken aus dem Gebiet des sog. Protektorats und aus den besetzten Grenzgebieten der Tschechoslowakischen Republik. Ziel der Studie war der Nachweis, dass diese Glocken als Rohstoff für die deutsche Kriegswirtschaft dienten. Aufgrund von Archivquellen konnte der Autor den konkreten Anteil von drei deutschen Industriebetrieben an der Zerstörung von mehr als drei Vierteln des Glockeninventars der tschechischen Länder nachweisen.

Der zweite Teil des Buchs enthält Bildmaterial zu den einzelnen Studien in der Reihenfolge, in der sie abgedruckt sind. Die aufeinanderfolgenden Beiträge von F. Vašek und P. Plachá und V. Zemanová haben einen gemeinsamen Dokumentenanhang. Die Auswahl der Dokumente richtete sich vor allem nach den Themen der Studien, wollte ferner einen möglichst breiten Einblick in die Dokumente aus dem Archiv des Büros für NS-Opfer geben und auch die technische Qualität der Vorlagen aufzeigen. Bei einem sehr interessanten Inhalt akzeptierten wir auch eine geringere Qualität, in Ausnahmen auch Kopien. Schriftliche Dokumente geben wir in ihrer authentischen Gestalt wieder, nicht in der Abschrift. So wie in unserem Archiv überwiegen auch hier Dokumente persönlicher Art wie verschiedenste Ausweise, Arbeitsbücher, Reiseunterlagen, private und amtliche Korrespondenz, Fotografien, Betriebsabzeichen u. Ä. Wo es die entsprechende Studie verlangte, haben die Autoren auch andere Dokumente ausgewählt. Die Angaben zur Herkunft der Dokumente sind in den Anmerkungen zum Dokumentenanhang angeführt. Wenn nichts anders angeführt ist, stammen die Unterlagen aus dem Archiv des Büros für NS-Opfer. Alle Dokumente haben zweisprachige Beschreibungen.

Abschließend möchten wir all jenen unseren Dank aussprechen, die direkt oder indirekt beim Entstehen dieser Publikation geholfen haben: der Leitung des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds und des Büros für NS-Opfer, namentlich Dr. Jiří Šitler für seine viel-

⁴ K počtě historika mnichovské konference. Sborník příspěvků k osmdesátinám Bořivoje Čelovského [Zu Ehren des Historikers der Münchner Konferenz. Sammelband von Beiträgen zum achtzigsten Jubiläum von Bořivoj Čelovský]. Ed. Mečislav Borák. Slezský sborník [Schlesischer Sammelband], 101, 2003, Nr. 3, S. 314–326.

seitigen Anregungen und Dr. Darina Sedláčková für die Hilfe bei der technischen Vorbereitung des Sammelbandes. Ferner danken wir unseren Mitarbeitern vom Prüfungs- und Dokumentationszentrum, die zwar nicht als Autoren, jedoch an der Bearbeitung der Anträge und der Sammlung der Unterlagen für die Studien beteiligt waren. Unser Dank gilt den Kollegen aus den anderen Abteilungen des Büros für NS-Opfer, besonders des Informations- und Beratungszentrums, die direkt mit den Antragstellern/Zeugen in Kontakt waren. Die meisten Studien hätten schwerlich ohne die Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Zentralarchiv Prag, insbesondere seiner III. Abteilung unter Leitung von Dr. Zdeňka Kokošková entstehen können. Wir danken dem Zentralen Landvermessungs- und Katasterarchiv in Prag für die Bereitstellung zeitgenössischer Karten. Unser besonderer Dank gilt Herrn František Nedbálek, dessen handschriftlicher Katalog von Haftstätten auf dem Gebiet des Dritten Reichs eines unserer nützlichsten Hilfsmittel war.

Die Autoren

WORT EINES DIPLOMATEN

Im März 1999 fanden in Prag erste Kontakte zwischen tschechischen Vertretern und Prof. Lutz Niethammer statt. Der Historiker Niethammer war vom Bundeskanzleramt beauftragt, Unterlagen über etwaige Empfänger von Leistungen im Rahmen einer humanitären Geste für Zwangsarbeiter zu sammeln - die neu gewählte Bundesregierung hatte dies mutig und ehrlich als eine Antwort auf Klagen gegen deutsche Unternehmen in den USA geplant. Damals ahnte noch niemand, wie lange der Weg bis zum Beginn der Auszahlungen sein würde und für wen genau die Leistungen bestimmt sein sollten. Neben dem Streit über die Höhe der Entschädigung (den wir hier freilich nicht erörtern wollen) spielte die Definition der Opfer eine große Rolle.

Im Weiteren zeigte sich, dass auf deutscher Seite vor allem das Bundesfinanzministerium federführend war, dem rechtliche und politische Faktoren am wichtigsten waren und nach dessen Auffassung Zwangsarbeit kein typisch nationalsozialistisches Verbrechen darstellte, sondern als Kriegshandlung im Rahmen von Reparationszahlungen abzuhandeln war. Diese hätten zwar in einem Friedensvertrag geregelt werden können, waren faktisch jedoch spätestens durch den Wiedervereinigungsvertrag 2+4 von 1990 abgeschlossen. Aus tschechischer Sicht war die Frage der Reparationen allerdings immer noch offen (die Tschechoslowakei hatte dies in ihren Noten auch nach dem 2+4-Vertrag bekundet), auch war Mittel- und Osteuropa von den Gesetzen über Zahlungen an Opfer typischer nationalsozialistischer Verbrechen (Bundesentschädigungsgesetz) ohnehin ausgeschlossen. Für uns war deshalb die Unterscheidung, ob es sich um ein typisch nationalsozialistisches Verbrechen oder um einen Gegenstand von Reparationen handelte, irrelevant. Diese Differenzierung war jedoch nicht nur aus deutscher Sicht, sondern auch für die amerikanischen Gerichte, für Polen und die Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die in der Vergangenheit im Gegensatz zur Tschechoslowakei auf Reparationen verzichtet hatten, von Bedeutung. Deshalb wurde diese Frage, die große Bedeutung für die Definition der Opfer von Zwangsarbeit hatte, lebhaft diskutiert. Erstaunlicherweise stellte sich heraus, dass nicht einmal die Unterzeichner des 2+4 Vertrages aus den USA die Frage der Reparationen als selbstverständlich abgeschlossen betrachteten, weshalb sie im Laufe der Verhandlungen neu behandelt werden musste, sei es im deutsch-amerikanischen Regierungsabkommen oder in einem Notenwechsel zwischen der Tschechischen Republik und den USA.

Aus tschechischer Sicht spielten rechtliche Aspekte jedoch nur eine minimale Rolle, die tschechische Seite respektierte im Interesse der Erhaltung korrekter Beziehungen und im Sinne der Deutsch-Tschechischen Erklärung vom 1997 die unterschiedliche rechtliche Auffassung der deutschen Seite und wickelte auch der Präsentation eines eigenen *amicus curiae* (Standpunktes) vor den amerikanischen Gerichten aus. Sie ließ ihre Stellungnahme nur vom

Justizministerium der USA in dem bereits erwähnten Notenwechsel bestätigen. Dabei ging es vor allem um einen praktischen Aspekt – die Opfer nicht wegen einer juristischen Doktrin nach unsinnigen Kriterien zu differenzieren und das ganze Vorhaben dann auch in der Praxis durchführbar zu machen.

So war die Geschichte der Verhandlungen eigentlich eine Geschichte des Aufeinandertreffens von rechtlichen und politischen Einschränkungen, d.h. der Doktrin des deutschen Bundesfinanzministeriums auf der einen Seite und der praktischen Realisierbarkeit der Zahlungen auf der anderen Seite. Es bestand Übereinstimmung darüber, z. B. die Opfer aus Konzentrationslagern und ähnlichen Einrichtungen von anderen Opfern mit „milderem“ Schicksal zu unterscheiden. Aus der deutschen Doktrin ergab sich jedoch die Forderung, das Element Zwangsarbeit in den Hintergrund zu drängen und die Tatsache der Haft zu betonen – nach dem ersten Gesetzesentwurf sollten demnach nur Personen entschädigt werden, die inhaftiert bzw. unter ständiger Aufsicht waren und dabei arbeiten mussten. Faktisch wären so nur Opfer aus Konzentrationslagern entschädigt worden, in die zweite Kategorie wären wahrscheinlich einige wenige Personen gefallen, die eine Arbeit im Gefängnis oder unter Aufsicht nachweisen konnten. Für die allermeisten ehemaligen Zwangsarbeiter nicht nur aus der Tschechischen Republik, sondern auch aus anderen Ländern war dieses Kriterium völlig unrealistisch. Es gab nämlich keine einheitlichen und für die gesamte Kriegsdauer geltenden Vorschriften für die Bewachung der Zwangsarbeiter, weshalb die unerfüllbare Beweislast bei den einzelnen Antragstellern gelegen hätte. Rein aus juristischem Purismus enthielt der ursprüngliche Entwurf auch die Forderung, Zahlungen nur an Opfer auszuzahlen, die im Reichsgebiet in den Grenzen von 1937 eingesetzt waren – eine z. B. aus der Sicht eines im sog. Protektorat Böhmen und Mähren eingesetzten Ukrainers nicht nur kaum verständliche, sondern im Hinblick auf die erhaltene Dokumentation im individuellen Falle auch nicht nachzuweisende Differenzierung. Einen juristischen Hintergrund hatte auch der anfängliche Unwille, Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft zu entschädigen. Hier muss daran erinnert werden, dass der gesamte Entschädigungsprozess in den USA mit Klagen gegen deutsche Industrieunternehmen begann und dass für Arbeit in der Landwirtschaft einfach niemand angeklagt werden konnte.

Es dauerte lange, bis das Gesetz verabschiedet wurde. Als der Gesetzesentwurf vom Finanzministerium in die Bundestagsausschüsse kam, zeigten die beteiligten deutschen Abgeordneten ein wesentlich größeres Verständnis für die praktische Seite der Dinge und waren sich der Tatsache bewusst, dass eine nicht gelungene Ausführung die finanziell aufwendigen Bemühungen moralisch diskreditieren würde. So wurden viele der kritischen Anmerkungen (auch dank einiger in diesem Band enthaltener Studien – hier erinnere ich z. B. an die bemerkenswerte Arbeit von Tomáš Jelínek, der die vorhandenen Vorschriften und Verordnungen über die Kategorisierung der Zwangsarbeiter unter sog. Rassengesichtspunkten sammelte) in der Endfassung des Gesetzes berücksichtigt. Das Haftkriterium wurde um das Kriterium „haftähnliche Bedingungen“ erweitert, wobei in der Begründung zum Gesetz als Beispiel von haftähnlichen Bedingungen auch die Rassendiskriminierung von Personen slawischer Abstammung genannt wurde. Es wurde die Überprüfung einzelner Hafteinrichtungen einschließlich Zuchthäuser ermöglicht, damit die Antragsteller gegebenenfalls in eine höhere Kategorie eingestuft werden konnten, auch das Kriterium bezüglich der Grenzen von 1937 wurde gelockert. Für Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft und

etwaige weitere Opfer des Zweiten Weltkriegs bzw. des Nationalsozialismus (einschließlich der Zwangsarbeiter auf dem Gebiet des sog. Protektorats) wurde nachträglich die Möglichkeit einer Entschädigung im Rahmen der sog. Öffnungsklausel aus dem für die zuständigen Partnerorganisationen bestimmten globalen Betrag eingeführt.

Ohne die oben angedeutete Entstehungsgeschichte ist die Kompliziertheit dieser Bestimmungen nicht zu verstehen. Dabei soll angemerkt werden, dass im Übrigen auch die Rolle der internationalen Unterhändler und ihre Möglichkeit, den endgültigen Text zu beeinflussen, formell relativ unklar war – die Vertreter der Opfer (Staaten Ost- und Mitteleuropas, Israel, Opferverbände und Anwälte) erhielten von der deutschen und amerikanischen Regierung zunächst Einladungen zu allgemeinen Konferenzen zum Thema Zwangsarbeit im Zweiten Weltkrieg, danach wurden sie (mindestens im Text der Einladungen) zu Mitgliedern einer vorbereitenden Beratungsgruppe, manchmal auch einer internationalen Kommission zur Gründung einer Stiftung oder zur Vorbereitung eines Gesetzesentwurfs. Ihre Arbeit kann wohl am besten als Arbeit einer Lobby, von Vermittlern zwischen der deutschen Regierung und den deutschen Gesetzgebern und den verschiedenen Opfergruppen bezeichnet werden. Für letztere waren die rechtlichen und politischen Grenzen der deutschen Seite oft ziemlich irritierend und unverständlich, in den einzelnen Ländern hatten sich die Opferverbände zudem nach verschiedener Logik und verschiedenen Kriterien gebildet.

Im Falle Österreichs ist die Lage einfacher. Die österreichischen Verhandlungen fanden erst nach den deutschen statt und die österreichische Seite hatte somit den großen Vorteil, aus den erreichten Ergebnissen lernen zu können. Da die Befürchtung vor einem rechtlichen Präzedenzfall – mit Blick auf die eher politische und moralische als auf die rechtliche Mitverantwortung für den Nationalsozialismus – viel niedriger als in Deutschland war, liefen auch die Vorbereitungen des Gesetzes viel pragmatischer ab und im Ergebnis entsprechen die Definitionen des österreichischen Gesetzes der historischen Realität viel besser und das Gesetz ist in der Praxis leichter anzuwenden. Die tschechische Seite musste anfänglich zwar – unter Mithilfe der Diplomatie der USA – politische Barrieren bei der österreichischen Regierung überwinden, die eigentlichen Verhandlungen waren jedoch sachlich und es ging hier nicht um den Konflikt zwischen der rechtlichen Auffassung und der historischen Tatsache, sondern eher um das Problem, für sachlich definierte Fragen einen akzeptablen rechtlichen Rahmen zu finden.

Aus der komplizierten Entstehung der Gesetze ergab sich folgerichtig die Notwendigkeit ihrer Auslegung, um die alltäglich bei ihrer Anwendung aufgeworfenen Fragen beantworten zu können. Tausende Menschen warten noch immer auf diese Antworten, oft verstehen sie diese nicht nur als Anerkennung ihres finanziellen Anspruchs, sondern auch ihres Schmerzes. Auch deshalb mussten diese Studien entstehen, die zwar mit Vernunft und wissenschaftlicher Akribie, aber auch mit dem Herzen geschrieben sind. Denn wer könnte sich einem solchen Thema nur *sine ira et studio* widmen?

PhDr. Jiří Šitler,
Sonderbotschafter für die Entschädigung tschechischer NS-Opfer

TOMÁŠ JELÍNEK

1. ZWANGSARBEIT IM REICH

1.1. Abgrenzung des Begriffs Zwangsarbeit

Die deutsche Wirtschaft begann in den letzten Jahren vor der Entfesselung des 2. Weltkriegs infolge der Konjunktur vor allem der Rüstungsindustrie, unter einem Mangel an Arbeitskräften zu leiden. Da viele andere europäische Staaten mit genau umgekehrten Problemen zu kämpfen hatten, konnte Deutschland diese Frage durch die Beschäftigung von Ausländern lösen. So konnte zwar einerseits das hohe Tempo der Wirtschaftsvorbereitungen auf den Kriegskonflikt aufrechterhalten und später das Funktionieren der Kriegswirtschaft sichergestellt werden, andererseits entstanden dem nationalsozialistischen Regime jedoch auch gewisse ideologische Probleme. Die deutsche Wirtschaft geriet nämlich in eine immer größere Abhängigkeit von Angehörigen vor allem slawischer Völker, die von den Nationalsozialisten als minderwertig bezeichnet wurden. Der permanente Widerspruch zwischen dem ökonomischen Druck und Bedarf auf der einen Seite und den rassenideologischen Prinzipien auf der anderen Seite dauerte über die ganze Kriegszeit hinweg an. Er wurde auch zu einer der Hauptursachen für die unmenschliche Diskriminierung, der die Zwangsarbeiter ausgesetzt waren.

Für die Millionen Ausländer, die während des 2. Weltkriegs im Deutschen Reich arbeiteten, hat sich die Sammelbezeichnung „Zwangsarbeiter“ eingebürgert. Jedoch teilten nicht alle dasselbe Schicksal. Der Begriff Zwangsarbeiter drückt lediglich „unter Berücksichtigung der Umstände sowohl der Rekrutierung wie der Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland eine Bewertung des Schicksals der Betroffenen aus“¹, sagt jedoch nichts über Unterschiede in ihrer Stellung oder über die Bedingungen selbst aus. Deshalb müssen wir uns bewusst machen, dass die riesige Gruppe ausländischer „Fremdarbeiter“ zum einen zwangseingesetzte Zivilarbeiter, zum anderen auch Kriegsgefangene², die für die deutsche Wirtschaft zu arbeiten gezwungen wurden, sowie Häftlinge in Konzentrationslagern und anderen nationalsozialistischen Internierungsstätten umfasste.

1.1.1. Kriterien der Zwangsarbeit

Die Grundbausteine für eine Definition der Zwangsarbeit im historischen Kontext wurden schon vor fast zwanzig Jahren von Ulrich Herbert gelegt. Dieser empfahl, den Begriff nicht zu weit zu fassen und ihn nicht damit abzuwerten, im Sinne des Zwangs zur Reproduktion jede

Form der Arbeitsübernahme aus Gründen der sozialen Not als Zwangsarbeit anzusehen. Er legte also die Betonung auf den außerökonomischen Zwang zur Arbeit. Bei der Gesamtbewertung der Arbeits- und Lebensbedingungen betrachtete er jedoch nicht einmal die vorübergehende Anordnung eines Arbeitsverhältnisses für die deutsche Bevölkerung als Zwangsarbeit.³

Von diesen Kriterien geht auch die ausführlichere und neuere Definition der österreichischen Historikerkommission aus: „Von Zwangsarbeit im Nationalsozialismus ist dann zu sprechen, wenn außerökonomischer Zwang ausschlaggebend dafür war, dass eine Person arbeitete, nicht nur unabhängig von ihrer Profession und Fähigkeit, sondern alleine abhängig von ihrer Herkunft (national, ethnisch, religiös); von Zwangsarbeit ist auch dann zu sprechen, wenn diskriminierende arbeitsrechtliche Sonderbedingungen geschaffen wurden, die eine definierte Gruppe von Personen bei Strafe zur Arbeit anhielten. Es geht um jene Personen, die auf Grund speziell nationalsozialistischer Politik geschädigt wurden, d. h. aus typisch nationalsozialistischen Motiven unmittelbar aus rassistischen und/oder politischen Gründen Verfolgte und/oder sonstigen Zwangsmaßnahmen irgendwelcher Art Unterworfenen.“⁴

Eine präzisere Abgrenzung des Begriffs „Zwangsarbeit“ bzw. „Zwangsarbeiter“ hat kürzlich Mark Spoerer⁵ versucht. Das Grundprinzip seiner Herangehensweise ist die Betrachtung der Zwangsarbeit als einen tiefen Eingriff in die persönliche Freiheit des Einzelnen. Spoerer versucht deshalb Kriterien zu finden, die das Maß der Einschränkung der persönlichen Freiheit beschreiben können.

Das Grundelement einer Definition der Zwangsarbeit ist – wie schon aus dem Begriff selbst hervorgeht – der Zwang zur Arbeit. Entscheidend ist dabei nicht die Tatsache, ob das Arbeitsverhältnis freiwillig oder unfreiwillig entstand, sondern die Unmöglichkeit für den Arbeitnehmer, das Arbeitsverhältnis zu beenden, sei es im Rahmen der üblichen gesetzlichen Fristen oder nach Ablauf des ursprünglichen Arbeitsvertrags.⁶

Ein weiteres Kriterium nennt Spoerer „fern der Heimat“. Damit bezeichnet er die geringen Chancen der Ausländer, die Umstände ihres Arbeitseinsatzes auf wesentliche Weise zu beeinflussen. Diese Chancen wurden durch die geografische und rechtliche Entfernung von den gewohnten institutionalisierten oder zumindest informell bestehenden „Rettungsnetzen“ noch verringert. Ausländer, die kein Deutsch sprachen und in keiner Institution Unterstützung fanden, blieben aus den örtlichen formellen und informellen Kommunikationsnetzen ausgeschlossen und waren so im fremden, ihnen gegenüber meist feindlich eingestellten Land völlig isoliert.⁷

Das letzte Kriterium für die Definition von Zwangsarbeitern und ihre weitere Differenzierung sind die durchschnittlichen Überlebenschancen, die die Opfer der Zwangsarbeit als Angehörige bestimmter Gruppen hatten.⁸

³ Vgl. Herbert, Ulrich (1986): *Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter*, Berlin, Bonn, S. 82.

⁴ Freund, Florian/Perz, Bertrand (2000): *Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945. Gutachten im Auftrag der Historikerkommission der Republik Österreich*, Wien, S. 5.

⁵ Spoerer, Mark (2001): *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart, München, S. 9 ff.

⁶ Ebd., S. 13.

⁷ Ebd., S. 15.

⁸ Ebd., S. 16.

¹ Herbert, Ulrich (1999): *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn (1. Ausg. 1985), S. 11, Anm. 1.

² Die Problematik der Stellung der Kriegsgefangenen ist sehr kompliziert und kann im Rahmen dieser Studie nicht genügend behandelt werden.

Nach Spoerers Kriterien können die einzelnen Gruppen der Betroffenen wie folgt abgegrenzt werden: Das erste Kriterium erfüllen sowohl unfreiwillig in Deutschland arbeitende ausländische Arbeiter als auch aufgrund geltender Rechtsnormen zur Arbeit im Reich eingesetzte Deutsche oder Angehörige anderer Nationen, die in ihrer von Deutschland besetzten Heimat zur Arbeit für die deutsche Wirtschaft gezwungen wurden. Die Kombination mit dem zweiten Kriterium ermöglicht vor allem eine Unterscheidung des Schicksals der Einwohner der besetzten Länder, die zu Hause für Deutschland arbeiten mussten, und der zwangseingesetzten deutschen Arbeitskräfte auf der einen Seite und des Schicksals der Mehrheit ihrer ausländischen „Kollegen“ in Deutschland auf der anderen Seite. Nach Berücksichtigung des dritten Kriteriums kann gesagt werden, dass alle jene Zwangsarbeiter (ohne Unterschied der Nationalität und des Orts der Arbeit) am schlimmsten betroffen waren, die vor allem aufgrund ihrer Inhaftierung unter Bedingungen gerieten, wo das Überleben ein kleines Wunder darstellte.

Auf der Grundlage dieser Kriterien nahm Spoerer die folgende Aufteilung ausländischer Zivilarbeiter, Kriegsgefangener und Häftlinge vor:⁹

- Ausländische Freiwillige, die Deutschland nach Ablauf ihres Arbeitsvertrags verlassen konnten und die Möglichkeit hatten, ihre Existenzbedingungen durch Kündigungsdrohung oder über ihre diplomatischen Vertretungen in Berlin zu beeinflussen. Das waren Bürger der mit Deutschland verbündeten Staaten (Bulgarien, Kroatien, Rumänien, die Slowakei, Ungarn und bis 1943 Italien), des neutralen Spanien, aus dem besetzten Dänemark sowie viele Arbeiter aus West- und Südosteuropa, die am Anfang des Krieges freiwillig nach Deutschland gekommen waren.
- Zwangsarbeiter, die nur geringen Einfluss auf ihre Lebensbedingungen hatten und deren Todesrate normal oder leicht erhöht war. Dazu zählten Zivilarbeiter aus den besetzten Gebieten mit Ausnahme von Polen und der Sowjetunion, sofern sie nicht zur Gruppe der Freiwilligen gehörten, ferner verschiedene Kriegsgefangene vor allem aus Belgien, Frankreich, Großbritannien und Jugoslawien.
- Zwangsarbeiter, die ihre Lebensbedingungen kaum beeinflussen konnten und deren Todesrate überdurchschnittlich hoch war. Es handelte sich um Zivilarbeiter aus Polen und der Sowjetunion und um polnische nicht jüdische und italienische Kriegsgefangene.
- Zwangsarbeiter ohne jeglichen Einfluss auf ihre Lebensbedingungen, deren Todesrate extrem hoch war. Das betraf polnische jüdische und sowjetische Kriegsgefangene, Häftlinge in Konzentrations- und Arbeitserziehungslagern und sog. Arbeitsjuden aus den entsprechenden Arbeitslagern für Juden und aus den Ghettos.

1.1.2. Schwierigkeiten bei den Kriterien

Spoerers Definition der Zwangsarbeit ermöglicht zwar eine grundlegende Kategorisierung der heterogenen Gruppe der Zwangsarbeiter, birgt jedoch auch Schwierigkeiten in sich. Das erste Kriterium definiert die Zwangsarbeit allgemein. Hierbei wird jedoch der Form des Zwangs zur Arbeit zu wenig Raum gewidmet. So bleibt das komplizierte Feld des Übergangs zwischen freiwilliger und Zwangsarbeit unerfasst – wo endet freiwillige und beginnt Zwangsarbeit? Die Unmöglichkeit der Auflösung des Arbeitsverhältnisses kann formell

⁹ Ebd., S. 16.

gegeben sein, wenn beim Verlassen der Arbeit zum Beispiel der Aufenthalt in einem Arbeitserziehungslager drohte, oder auch informell, wenn bei der Ablehnung einer Fortsetzung der Arbeit in Deutschland die Diskriminierung der Familie oder Einberufung zur Front folgen konnte. Jedoch konnte auch ein Arbeiter, der keine andere Möglichkeit zur Ernährung seiner Familie hatte, eine Auflösung seines Arbeitsverhältnisses als unmöglich betrachten. Da das letzte Beispiel schon ganz offensichtlich außerhalb der Kategorie der Zwangsarbeit liegt, wäre bei der Definition des Begriffs Zwangsarbeit eine präzisere Abgrenzung zur freiwilligen Arbeit wünschenswert.

Bei der Definition des zweiten Kriteriums – „fern der Heimat“ – geht Spoerer von der Diskriminierung und rechtlichen Stellung der Ausländer vor allem im Arbeitsrecht aus. Dieser Bereich hatte auf die Arbeits- und sozialen Bedingungen des Zwangseinsatzes sicher den größten Einfluss; wenn wir jedoch davon ausgehen, dass das Grundprinzip der Zwangsarbeit ein Eingriff in die persönliche Freiheit des Einzelnen und nicht nur in seine arbeitsrechtliche Stellung ist, darf bei der Suche von Kriterien für ihre Abgrenzung der Bereich des Strafrechts nicht vergessen werden, bildete es doch im nationalsozialistischen Deutschland von Anfang an den zweiten Pfeiler der Diskriminierung und rechtlichen Benachteiligung der Ausländer. Außerdem erzwang sich die deutsche Kriegswirtschaft infolge der Entwicklung an den Fronten gewisse Zugeständnisse und Milderungen der Benachteiligung auf sozialer und arbeitsrechtlicher Ebene, was aber auf der anderen Seite mit einer Verschärfung des Terrors und der diskriminierenden strafrechtlichen Verfolgungen verbunden war. Zwangsarbeiter aus der zweiten Gruppe (Ausländer, die nur geringen Einfluss auf ihre Lebensbedingungen hatten und deren Todesrate normal oder leicht erhöht war) würden deshalb gerade aufgrund der erwähnten strafrechtlichen Diskriminierung eine präzisere Unterscheidung verdienen.

Unberücksichtigt bleibt auch die sehr vielfältige Gruppe der Häftlinge in nationalsozialistischen Zuchthäusern und Gefängnissen.

Auch unter Berücksichtigung der erwähnten Mängel ist Spoerers Kategorisierung jedoch zur grundlegenden Orientierung in dieser so komplizierten Problematik plausibel.

1.1.3. Weniger als ein Sklave

Schon seit 1945 erscheint im Zusammenhang mit dem Arbeitseinsatz von Ausländern im Deutschen Reich auch der Begriff Sklavenarbeit (slave labor). Dieser Begriff hat sich später vor allem für die Zwangsarbeit von Juden und Häftlingen in Konzentrationslagern eingebürgert, wurde jedoch bei den Nürnberger Prozessen allgemein als Bezeichnung für die Zwangsarbeit von Ausländern verwendet.¹⁰ In der deutschen Geschichtsschreibung hat sich die Unterscheidung zwischen Sklaven- und Zwangsarbeit nicht etabliert: „Aus historischer Sicht erscheint die in der politischen Diskussion vorherrschende Unterscheidung zwischen Sklaven- und Zwangsarbeit als begrifflich fragwürdig,“¹¹ kamen deutsche und ausländische Historiker bei ihrem Treffen in Buchenwald überein. Der grundlegende Unterschied

¹⁰ Einer der Anklagepunkte bei den Nürnberger Prozessen war auch die „Deportation der Zivilbevölkerung aus den besetzten Ländern zu Sklavenarbeit und anderen Zwecken“ (zitiert nach: *Der Nürnberger Prozess: Anklage*, S. 60. Digitale Bibliothek, Band 20: *Der Nürnberger Prozess*, S. 340 (vgl. NP Bd. 1, S. 54)).

¹¹ Zusammenfassung der Ergebnisse des Internationalen Workshops „Daten und Begriffe in der NS-Zwangsarbeiterfrage“ in Buchenwald, 10. 7. 1999, S. 2.

zwischen neuzeitlichen Sklaven und Häftlingen in Konzentrationslagern bestand vor allem im Interesse der amerikanischen Sklavenhalter, die Arbeitskraft ihrer Sklaven zu erhalten. Vom Verhalten der SS-Aufseher kann so etwas jedoch nur schwer behauptet werden. Die Verwendung des Begriffs „Sklavenarbeit“ würde den Hauptzweck der Ausnutzung der Arbeit der KZ- und Ghetto-Häftlinge völlig verfehlen: „In der deutschen Forschung [wird es] mit guten Gründen als Euphemismus angesehen, ‚Arbeitsjuden‘ und KZ-Häftlinge, unter denen insbesondere viele jüdische gezielt der ‚Vernichtung durch Arbeit‘ ausgesetzt waren, als Sklaven zu bezeichnen.“¹²

1.2. Grundlegende Kategorien von Zwangsarbeitern

1.2.1. Zivilarbeiter

Die erste Gruppe ausländischer Arbeitskräfte, die zur Arbeit im Reich gezwungen und außerhalb der Rechtsordnung des Reichs gestellt wurden, waren Tschechen. Ihnen ist der zweite Teil dieses Textes gewidmet. Die nächsten Ausländer, die massenweise in der deutschen Kriegswirtschaft ausgenutzt wurden, waren Polen. Sofort nach der Niederlage ihres Landes wurden die Polen überwiegend in der Landwirtschaft eingesetzt. Neben der Tatsache, dass sie nicht in Lagern wohnen mussten, hatten sie zwar potentiell Zugang zu größeren Lebensmittelmengen als Industriearbeiter, konnten jedoch auch der absoluten Willkür des Bauern, dem sie zugeteilt waren, ausgesetzt sein, wenn dieser die an sich schon erniedrigenden diskriminierenden Vorschriften nicht respektierte. „Es handelte sich eben nicht um Rechtsnormen im engeren Sinne, sondern um die Kodifizierung einer Haltung und die Umsetzung der Herrenmenschentheorie in rechtsförmiger Gestalt [...]“.¹³ So mussten die Polen zum Beispiel das Zeichen „P“ tragen, bei Geschlechtsverkehr mit einer Deutschen drohte ihnen die Todesstrafe und vom niedrigen Lohn wurde ihnen noch eine besondere Steuer abgezogen (sog. Polenabgabe).

Als weitere kamen Einwohner aus dem besetzten Westeuropa an die Reihe, die so genannten Westarbeiter. Ihr Schicksal war jedoch viel milder als das der unterworfenen Nationen aus Mittel- und Osteuropa. Sie waren zwar meist nicht freiwillig in Deutschland, jedoch war ihre Stellung eher mit jener ihrer deutschen Kollegen zu vergleichen. Außerdem drohten ihnen bei Verletzung der Vorschriften, sofern sie sich auf sie überhaupt bezogen, bei weitem keine so strengen Strafen wie den Angehörigen der slawischen Nationen.

Ab 1942 begannen in großer Zahl sog. Ostarbeiter eingesetzt zu werden. Diese Sammelbezeichnung umfasste zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppte Personen aus den besetzten sowjetischen Gebieten der Ukraine, Russlands und Weißrusslands.¹⁴ Sie stellten die größte und gleichzeitig am meisten diskriminierte Gruppe zwangseingesetzter Zivilisten dar. In ihrer Heimat wurden sie regelrecht gejagt und in Güterwagen in das Reich befördert. Dort mussten sie die Bezeichnung „Ost“ tragen und wurden bei Geschlechtsverkehr mit einer Deutschen auch mit dem Tode bestraft. Sie arbeiteten überwiegend in der Industrie. Vom Lohn wurden ihnen spezielle nur für Ostarbeiter geltende Steuern abgezogen, wonach ihnen fast nichts mehr übrig blieb. Sie litten Hunger und wurden anfangs in mit Stacheldraht umzäunten Lagern bewacht.

¹² Spoerer (2001), S. 17.

¹³ Herbert (1999), S. 88.

¹⁴ Diese Bezeichnung bezog sich nicht auf Einwohner der baltischen Länder und auf in Polen lebende Ukrainer.

1.2.2. Kriegsgefangene

Riesige Unterschiede herrschten auch unter den Millionen Kriegsgefangenen, die zur Arbeit für die deutsche Wirtschaft gezwungen wurden. Für Soldaten der westlichen Armeen war es relativ einfach, ihre Rechte geltend zu machen. Polnische Gefangene wurden gleich zu Anfang massenweise in den Zivilstatus überführt und danach zwangseingesetzt. Der Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener war ursprünglich nicht geplant. Die nationalsozialistische Führung ging erst Ende 1941 dazu über. Wenn ein sowjetischer Soldat die Internierung in den Kriegsgefangenenlagern überlebt hatte, wurde er danach ins Reich deportiert und meist in der Industrie eingesetzt – zu Bedingungen, unter denen nur jeder zweite überlebte. Nach dem Umsturz in Italien gerieten auch mehrere Hunderttausend italienische Soldaten in deutsche Gefangenschaft und wurden ab September 1943 zur Arbeit eingesetzt. Diese wurden italienische Militärinternierte genannt und nicht als Kriegsgefangene betrachtet, da Italien mit Deutschland nicht im Kriegszustand war. Als mutmaßliche Verräter wurden sie zu den schwersten Arbeiten eingesetzt und litten unter unmenschlichen Bedingungen.

1.2.3. Häftlinge

Neben Häftlingen in Konzentrationslagern und Ghettos wurden auch Häftlinge nationalsozialistischer Gefängnisse, Zuchthäuser und sog. Arbeitserziehungslager zur Zwangsarbeit eingesetzt. Die Arbeitserziehungslager können in vielerlei Hinsicht als „Konzentrationslager der Gestapo“¹⁵ betrachtet werden. Im Unterschied zu Konzentrationslagern, die unter der Aufsicht der SS standen und aus denen man nur selten freigelassen wurde, waren Arbeitserziehungslager in der Kompetenz der Gestapo und die Haft in ihnen dauerte nur einige Wochen.¹⁶ Um so härter waren dort jedoch die Verhältnisse. Auch politische Häftlinge in Gefängnissen und Zuchthäusern wurden zur Zwangsarbeit eingesetzt. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Reichsjustizminister Thierack und dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei Himmler von September 1942 sollten Juden, „Zigeuner“, Polen, Russen, Ukrainer mit mehr als dreijährigen Gefängnisstrafen und Tschechen sowie „asoziale“ Deutsche mit mehr als siebenjährigen Gefängnisstrafen der SS und der Polizei übergeben werden.¹⁷ Dennoch verblieben viele Ausländer in Gefängnissen und Zuchthäusern, wo sie zu sehr schweren Arbeiten eingesetzt wurden.

Die größte Gruppe der inhaftierten Zwangsarbeiter waren Häftlinge in Konzentrationslagern und Ghettos. Vor allem das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt (SS-WVHA)¹⁸ begann im Jahre 1942 systematisch ihre Arbeitskraft zu nutzen¹⁹, wobei die Arbeitskraft der Häftlinge massenweise an deutsche Unternehmen vermietet wurde. Obwohl die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Häftlinge unmenschlich waren, konnte ein Arbeitseinsatz auch Lebensrettung bedeuten. Meist war die Arbeit jedoch nur ein anderes Tötungsmittel als die Gaskammern. Die Nazis selbst bezeichneten dies mit dem Begriff „Vernichtung durch Arbeit“.

¹⁵ Siehe Lotfi, Gabriele (2000): *KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich*, Stuttgart, München.

¹⁶ Die deutschen Unternehmen strebten keine Bestrafung der Zwangsarbeiter durch deren Deportation in Konzentrationslager an, weil sie so die Arbeitskraft verloren hätten, die dann unter die Kompetenz der SS fiel. Außerdem waren sie auch deshalb an der Rückkehr der bestraften Arbeiter interessiert, weil deren bestürzender Zustand auf die übrigen Zwangsarbeiter als äußerst abschreckendes Beispiel wirkte.

¹⁷ Vgl. Hilberg, Raul (1994): *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt/Main, Bd. II, S. 474 ff.

¹⁸ Wirtschaftsverwaltungshauptamt – verantwortlich für die Koordinierung der SS-Wirtschaftsaktivitäten.

¹⁹ Spoerer (2001), S. 109.

1.3. Zahl der Zwangsarbeiter

Eine wohl noch schwierigere Frage als die Abgrenzung von Kriterien für die Zwangsarbeit ist die Bestimmung der Zahl ausländischer Arbeiter, die im Reich arbeiteten. Obwohl die quantitative Dimension schon bei den Nürnberger Prozessen eine Rolle gespielt hatte und auch in der entsprechenden Historiographie Berücksichtigung fand, blieb sie hinter den Themen, die mit den politischen, rechtlichen oder existenziellen Aspekten der nationalsozialistischen Zwangsarbeit zusammenhängen, im Hintergrund. Eine intensive Erforschung dieser Thematik ist erst durch die internationalen Verhandlungen über die Entschädigung der Zwangsarbeiter hervorgerufen worden.

Im Herbst 1944 arbeiteten nach der statistischen Übersicht „Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich“ 7 906 760 ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene im Deutschen Reich.²⁰ Die in dieser Schrift enthaltenen Angaben werden zwar als zuverlässige Quelle angesehen, für die Bestimmung der Gesamtzahl von im Reich arbeitenden Ausländern können sie jedoch nur ein Ausgangspunkt sein. Sie schlossen nämlich zur Arbeit eingesetzte Häftlinge in Konzentrationslagern und anderen nationalsozialistischen Internierungslagern nicht ein. Nach den meisten Schätzungen befanden sich in der erwähnten Zeit etwa 400 000 bis 500 000 solcher Personen im Reich.²¹

Das größte Problem bei der Schätzung der Gesamtzahl von im Reich arbeitenden Ausländern aufgrund der Angaben über ihren Stand zu einem gewissen Tag ist jedoch ihre Fluktuation. Die einzelnen Statistiken in der Zeitschrift „Arbeitseinsatz“, deren letzte Nummer Ende 1944 erschien und Angaben vom September 1944 enthielt, ließen einerseits ausländische Zwangsarbeiter, die in den letzten Kriegsmonaten eingesetzt wurden,²² andererseits auch ausländische Arbeiter, die ihre Arbeit im Reich aus verschiedensten Gründen verlassen hatten oder schon vor dem Stichtag gestorben waren, unberücksichtigt.²³

Diese Probleme können vermieden werden, indem die Statistiken der in den einzelnen besetzten Gebieten für die Anwerbung bzw. Deportierung der Arbeiter ins Reich verantwortlichen Behörden in Betracht gezogen werden, die auch kumulierte Zahlen enthalten. Bei diesen Statistiken stellen jedoch Personen, die das Reich verlassen hatten und später zurückbefördert wurden, ein Problem dar, da sie so doppelt in der Statistik vorkommen. Außerdem sind diese Angaben nicht ganz zuverlässig, „da sie die angeblichen Erfolge der Anwerbestellen unterstreichen sollten.“²⁴

Auch heute ist es also nicht möglich, in den Angaben über die Zahl ausländischer Arbeiter im Reich mehr als genauere Schätzungen zu sehen. Die bislang präzisesten Schätzungen, die sich auf eine ausgearbeitete Methodik stützten,²⁵ wurden von Mark Spoerer vorgelegt, der zu den folgenden Zahlen kam (siehe Tabelle):²⁶

²⁰ *Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich*, Nr. 11–12/1944 (30. Dezember 1944), Hg.: *Der Beauftragte für den Vierjahresplan / Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz*, Berlin.

²¹ Diese Angabe erscheint z. B. in den Arbeiten von Ulrich Herbert, Mark Spoerer oder Thomas Kuczynsky.

²² Zum Beispiel Zehntausende junge Männer, die zu Arbeiten beim Graben von Wällen an den Reichsgrenzen gegen die vorschreitende Rote Armee verschleppt wurden.

²³ Ein anderes Problem ist die Änderung ihres Status, die einige Ausländer gewöhnlich durchmachten. Sei es die allgemeine Praxis der Überführung von Kriegsgefangenen einiger Nationen in den Zivilstatus oder das Einsperren von Zivilarbeitern in Konzentrationslager.

²⁴ Spoerer (2001), S. 220.

²⁵ Spoerer, Mark (1999): *Wie viele ehemalige und möglicherweise entschädigungsberechtigte Zwangsarbeiter werden im Jahr 2000 noch leben?*, (Zweite, revidierte Schätzung vom 22. August 1999), Universität Hohenheim.

²⁶ Übernommen aus: Spoerer, Mark: *Zwangsarbeit im Dritten Reich – Fakten und Zahlen*, <http://www.uni-hohenheim.de>.

	Beginn des Einsatzes in größerem Umfang	Anzahl August / September 1944	Davon weiblich	Gesamtzahl (Schätzung)
Zwangsarbeiter, ²⁷ davon		8 300 000	2 100 000	13 500 000 ²⁸
1. Zivilarbeiter,²⁹ davon		5 976 673	1 990 367	8 435 000
Italiener	1938	155 913	21 474	960 000
Tschechen ³⁰	1939	276 340	44 372	355 000
Polen	1939	1 375 817	472 636	1 600 000
Kroaten	1941	60 153	17 082	100 000
Belgier	1942	199 437	29 379	375 000
Franzosen	1942	646 421	42 654	1 050 000
Niederländer	1942	254 544	20 953	475 000
Sowjetbürger ³¹	1942	2 528 940	1 241 788	2 850 000
2. Kriegsgefangene, davon		1 930 087	0	4 575 000
Polen	1939	28 316		300 000
Belgier	1940	50 386		65 000
Briten	1940	80 725		105 000
Franzosen	1940	599 967		1 285 000
Serben	1941	89 359		110 000
Sowjetbürger	1942	631 559		1 950 000
Italiener	1943	427 238		495 000
3. KZ-Häftlinge	1942	400 000	100 000	1 550 000

1.4. Verantwortung für die Zwangsarbeit in der Zeit des Nationalsozialismus

Eine weitere komplizierte Frage, auf die in der Historiographie keine eindeutige Antwort zu finden ist, betrifft die Beurteilung der Verantwortung für den Zwangseinsatz von Millionen Ausländern und für die Bedingungen, unter denen sie im Reich arbeiteten und lebten. Die Verantwortung wird entweder dem deutschen nationalsozialistischen Staat oder den deutschen Unternehmen, die von der Zwangsarbeit der Ausländer profitierten, oder in verschiedenem Maße beiden Akteuren zugeschrieben.

„Zweifelloos war der Hauptverantwortliche für den Zwangsarbeitereinsatz und seine Begleitumstände der deutsche Staat,“³² führt Mark Spoerer an. Bei seiner Behauptung beruft

²⁷ Darunter – geschätzt – etwas mehr als 1 Million Freiwillige.

²⁸ Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge ohne doppelte Angaben (= in den Zivilstatus überführte Kriegsgefangene und in Konzentrationslager internierte Zivilarbeiter und Kriegsgefangene).

²⁹ Darunter – geschätzt – etwas mehr als 1 Million Freiwillige.

³⁰ Zur Zahl der tschechischen Zwangsarbeiter siehe unten, Kap. 2.4.

³¹ In den Grenzen von 1946, also einschließlich des Baltikums und der Westukraine.

³² Spoerer (2001), S. 234.

er sich auf die Ergebnisse der historischen Forschung, die die These vom nationalsozialistischen Staat als Agent der kapitalistischen Großunternehmen ablehnten. Er vertritt hingegen eher die Interpretation, dass die Großunternehmen so etwas wie ein „Juniorpartner des NS-Regimes“ waren. Bewusst oder unbewusst reagiert Spoerer auf die Behauptung eines Vertreters der anderen Perspektive, Dietrich Eichholtz, der zum entgegengesetzten Schluss kam: „Hauptinteressent und Hauptnutznießler der Zwangsarbeit war die deutsche Industrie. Sie war hauptverantwortlich für Elend, Hunger und Tod von Millionen.“³³ Für diese Schlussfolgerung spricht die aktive Rolle vieler deutscher Unternehmen im System der Zwangsarbeit. Von Rüstungsaufträgen – die nur mit Hilfe ausländischer Arbeitskräfte realisiert werden konnten – versprachen sich die deutschen Industriellen nämlich Kapitalzuwachs und eine bessere Ausgangsposition nach dem Krieg.

Eichholtz geht es dabei vor allem um die ausdrückliche Ablehnung der These vom „Notstand“, die nicht nur unter den heutigen deutschen Firmenmanagern beliebt ist. Sie geht davon aus, dass die Unternehmen infolge der Kriegsumstände und der Drohung des Regimes mit dem Terror von Gestapo und Justiz die Zuweisung von Zwangsarbeitern nicht ablehnen konnten.³⁴ Dies unterstützt auch Spoerer, wenn er behauptet, dass die Unternehmen beim herrschenden Mangel an deutschen Arbeitskräften durch eine Ablehnung der Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Gefahr geraten konnten. So konnten ihnen Werke beschlagnahmt und an die Konkurrenz verpachtet werden.³⁵

Es bleibt die Frage, in welchem Maße die Unternehmen die ihnen im Zusammenhang mit der Behandlung von Zwangsarbeitern gegebenen Möglichkeiten nutzten. Dietrich Eichholtz fasst die Rolle der deutschen Wirtschaft wie folgt zusammen: „Die prinzipielle Seite des Problems – das Interesse der deutschen Wirtschaftselite an Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit, Kriegsprofit und am Krieg überhaupt als erneuertem ‚Griff nach der Weltmacht‘ – korrespondiert mit den ungezählten Beispielen dafür, dass die Unternehmer nicht nur die von den Behörden vorgegebenen Zwangsarbeitsbedingungen akzeptierten, sondern sie in den Betrieben maßgeblich und durchaus eigenverantwortlich gestalteten und an ihrer Brutalisierung vielfach mitwirkten.“³⁶

Andere Historiker bewerten diese Frage in gewissem Sinne unterschiedlich. Danach gab es eine breite Skala an Lebensbedingungen, auch unter den Angehörigen der am meisten diskriminierten Gruppen der Zwangsarbeiter, eine Nichtbeschäftigung von KZ-Häftlingen war ohne Risiko möglich, ebenso wie die menschliche Behandlung der Zwangsarbeiter. Meist wurden diese Möglichkeiten jedoch nicht genutzt, da die überwiegende Mehrheit dem Schicksal der ausländischen Arbeiter gegenüber gleichgültig war.³⁷

³³ Eichholtz, Dietrich (2000): *Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft. Unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsindustrie*, in: Winkler, Ulrike (2000): *Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte*, Köln, S. 24.

³⁴ Ebd., S. 24.

³⁵ Spoerer (2001), S. 238.

³⁶ Eichholtz (2000), S. 25.

³⁷ Siehe z. B. Herbert (1999), S. 276ff., oder Spoerer (2001), S. 240.

2. TSCHECHEN ALS ZWANGSARBEITER IM REICH

„Unverheiratete tschechische Arbeiter werden massenweise in den entferntesten Teilen des Reichs eingesetzt, wodurch verhindert wird, dass sie auf dem Protektoratsgebiet eine Familie gründen,“ schlug im Januar 1941 der Vorsitzende des Zentralen Industrieverbandes in Böhmen und Mähren Bernhard Adolf in seinem Memorandum „Die Aufgaben der Wirtschaft bei der Eindeutschung des Protektorats Böhmen und Mähren“³⁸ vor. Damit formulierte er eine der Methoden, wie die zwei Grundziele der nationalsozialistischen Protektoratspolitik – die „integrale Lösung der tschechischen Frage“ und eine maximale wirtschaftliche Ausbeutung des tschechischen Raumes und seiner Einwohner – zu verbinden seien. Zwangsarbeit von Tschechen im Reich gab es jedoch schon seit 1939.

2.1. Verlauf des Zwangseinsatzes von Tschechen ins Reich

Die Tschechoslowakei nach dem Münchner Abkommen hatte mit einer hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Dies war vor allem eine Folge des Zustroms von Flüchtlingen aus den abgetrennten Grenzgebieten. Schon Ende 1938 begannen sich die Reichsbehörden für dieses willkommene Reservoir an Arbeitskräften zu interessieren. Nach der Besetzung der sog. Rest-Tschechei und der Ausrufung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ nahm dieses Interesse jedoch eine ganz andere Gestalt an. Sofort begannen Anwerbekommissionen des Reichsarbeitsministeriums mit der Anwerbung tschechischer Arbeiter. Zunächst hatten sie Erfolg – viele tschechische Arbeitslose, die sich von den versprochenen Bedingungen und dem vorteilhaften Kurs der Reichsmark anlocken ließen, gingen freiwillig zur Arbeit ins Reich.³⁹ In der offiziellen Terminologie wurden sie anfangs auch gar nicht als ausländische Arbeiter, sondern als „Inländer besonderer Art“⁴⁰ bezeichnet. In den meisten geltenden Vorschriften und offiziellen Statistiken wurden „Protektoratsangehörige“ jedoch als Ausländer und Angehörige einer minderwertigen Rasse angeführt.

Trotz der anfänglichen Erfolge der Anwerbekommissionen mussten manche Tschechen schon von Anfang an gegen ihren Willen ins Reich gehen. Bereits ab April 1939 drohte Arbeitslosen bei Ablehnung einer Arbeit im Reich der Verlust der Arbeitslosenunterstützung oder die Einweisung in eine Arbeitskompanie.⁴¹ Gegen Ende des Frühjahrs 1939 verbreiteten sich im Protektorat Nachrichten über die Nichteinhaltung der versprochenen Arbeits- und Lebensbedingungen und über grobe Behandlung.⁴² Außerdem wurden Tschechen überwiegend zu schweren und anstrengenden Arbeiten auf Baustellen, in Steinbrüchen und Ziegeleien eingesetzt, weshalb sie bald körperlich erschöpft waren und an verschiedenen

³⁸ Memorandum von Bernhard Adolf vom 15. 1. 1941: *Die Aufgaben der Wirtschaft bei der Eindeutschung des Protektorats Böhmen und Mähren*, S. 7, Staatliches Zentralarchiv Prag, Fonds 110, sign. 100-4-2. Einen Teil des Memorandums siehe Anlage.

³⁹ Siehe Mainuš, František (1970): *Totální nasazení. Češi na pracích v Německu 1939–1945 (Totaleinsatz. Tschechen zur Arbeit in Deutschland 1939–1945)*, Brno, S. 33.

⁴⁰ Kárný, Miroslav (1991): „Der ‚Reichsausgleich‘ in der deutschen Protektoratspolitik“, in: Herbert, Ulrich (Hrsg.) (1991): *Europa und der „Reichseinsatz“: ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945*, Essen, S. 37.

⁴¹ Runderlass des Landesarbeitsamts in Prag vom 24. 4. 1939, Staatliches Zentralarchiv Prag, Amt des Reichsprotektors 885 II-4-5450. Siehe Anlage.

⁴² Král, Václav (1959): *Otázky hospodářského a sociálního vývoje v českých zemích v letech 1938–1945 (Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den böhmischen Ländern in den Jahren 1938–1945)*, Bd. 3, Prag, S. 111.

Krankheiten erkrankten.⁴³ Immer mehr von ihnen flüchteten deshalb aus dem Reich. Auch bei den Anwerbeämtern erschienen tschechische Arbeiter nicht mehr in der ausreichenden Zahl. Im Sommer wurde deshalb ein geheimer Erlass herausgegeben, auf dessen Grundlage Tschechen, die ihren Arbeitsplatz im Reich verlassen hatten, verhaftet und in „Schutzhaft“ genommen werden konnten.⁴⁴

Im September 1939 wurde die Vermittlung von Arbeitskräften ins Reich von den neu gegründeten Arbeitsämtern übernommen. Diese entwickelten sich unter nationalsozialistischer Überwachung neben der Gestapo zu einem sehr gefürchteten Instrument der Besatzungsmacht. Neu erlassene Vorschriften brachten die Möglichkeit, Tschechen zur Arbeit ins Reich zuzuteilen. Zudem ermöglichte die Einführung der Arbeitsbücher den Besatzern eine wirksamere Kontrolle der Arbeitskraft. Im Protektorat entstand ein System der Zwangsarbeit.⁴⁵

Diese Entwicklung erreichte ihren Höhepunkt im Jahr 1942. Im März wurde Fritz Sauckel von Adolf Hitler zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz ernannt. Er sollte den verzweiferten Mangel an Arbeitskräften in der deutschen Kriegswirtschaft beheben. Dies hatte auch für das Protektorat tragische Folgen – es begann die totale Mobilisierung der Arbeitskraft, der so genannte Totaleinsatz. Im Frühjahr einigte sich Sauckel mit dem damaligen vertretenden Reichsprotektor Reinhard Heydrich, dass im folgenden Jahr 100 000 tschechische Arbeiter zur Arbeit im Reich eingesetzt werden sollten.⁴⁶ Die Erfüllung der festgelegten Quoten war nur bei einer Verschärfung der Methoden zur Gewinnung der Arbeitskräfte möglich. Im Mai wurde eine Verordnung erlassen, die die direkte Rechtsgrundlage für den sog. Totaleinsatz von Tschechen im Reich schuf.⁴⁷ Die Polizei führte überfallartige Razzien in Cafés, Restaurants und anderen ähnlichen Einrichtungen der großen Städte durch.⁴⁸ Wer keine Beschäftigung nachweisen konnte, wurde den Arbeitsämtern übergeben, um von diesen in Transporte ins Reich eingewiesen zu werden.⁴⁹ Außerdem ließ die Gestapo – vor allem für aus dem Reich geflüchtete Arbeiter – sog. Arbeitserziehungslager einrichten.⁵⁰ Im Herbst 1942 begannen die Besatzungsorgane überdies mit der Realisierung eines früheren Plans von Heydrich: der Einberufung ganzer Jahrgänge nach militärischem Vorbild. Zunächst sollte diese Maßnahme nur die Jahrgänge 1921 und 1922 betreffen. Als die geforderten Kontingente jedoch nicht erfüllt werden konnten, wurden auch junge Frauen und Männer der Jahrgänge 1918 – 1920 einbezogen. Ein Jahr später war der Jahrgang 1924 an der Reihe, dessen Angehörige überwiegend „zum Anlernen“ in die Flugzeugindustrie geschickt wurden. Das letzte Kapitel der Zwangsarbeit von Tschechen bestand in

ihrem Einsatz zu Schanzarbeiten bzw. Ausheben von Schützengräben (tschechisch: *zákopy*). Die jungen tschechischen Männer, genannt *zákopníci*, mussten im Winter 1944/1945 unter schweren Bedingungen Verteidigungswälle gegen die vorrückende Rote Armee bauen.

2.2. Diskriminierende Vorschriften für tschechische Zwangsarbeiter

Schon beim geringsten Vergehen drohte den tschechischen Zwangsarbeitern große Gefahr. Allgemein wurde das tschechische Volk als „rassisch geringwertiger“ angesehen und auf längere Sicht war seine Liquidierung durch Eindeutschung oder Vernichtung vorgesehen. Ein Sachstandsvermerk aus Untersuchungen von RSHA-Angehörigen befasst sich konkret mit der Stellung der tschechischen Zwangsarbeiter: „Da die Tschechen nach der nationalsozialistischen Weltanschauung wegen ihres slawischen Bluteseinschlages auch als ‚rassisch geringwertiger‘ als germanische Menschen angesehen wurden und man außerdem auch ihnen gegenüber keine außenpolitischen Rücksichten zu nehmen brauchte, begannen die nationalsozialistischen Machthaber schon bald, die Rechtsstellung der im Reich tätigen tschechischen Arbeiter einzuschränken.“⁵¹

2.2.1. Arbeitsbeziehungen

Die ersten negativen Eingriffe in die rechtliche Stellung der Tschechen waren zwei Erlasse des Geheimen Staatspolizeiamts vom 26. 6. 1939 und vom 4. 7. 1939. Diese Verordnungen gliederten die Tschechen aus der im Reich geltenden Rechtsordnung aus und führten zu einer Verschärfung ihrer Strafverfolgung. Danach sollte die Staatspolizei „gegen Tschechen bei unbegründeter Arbeitsverweigerung, asozialem Verhalten, politischer Betätigung oder sonstiger staatsfeindlicher Einstellung mit aller Schärfe vorgehen und Schutzhaft gegen sie beantragen“ und „gegen Tschechen, die Diebstähle begangen, geplündert, Befehle verweigert oder sich sonstiger krimineller Delikte schuldig gemacht hatten, in gleicher Weise [einschreiten]“. ⁵²

Im selben Sinne lautete auch ein Runderlass, der im Juli 1940 vom Reichstreuhand der Arbeit für Westfalen/Rheinland herausgegeben wurde und die „Bekämpfung von Arbeitsvertragsbrüchen“ betraf: „Ausländer werden nach den gleichen Grundsätzen wie deutsche Gefolgschaftsmitglieder behandelt, allerdings mit der Ausnahme, dass gegen sie die Durchführung eines gerichtlichen Strafverfahrens und im allgemeinen die Einlieferung in ein Konzentrationslager nicht in Frage kommt. Polen und Tschechen werden jedoch nach besonderen Richtlinien in unmittelbarer Zuständigkeit der Gestapo behandelt, weshalb ich bitte, alle Verstöße solcher Gefolgschaftsmitglieder an die zuständigen Außendienststellen der Gestapo und nicht an meine Beauftragten zu melden.“⁵³ Für Polen und Tschechen galten also strengere Richtlinien als für Deutsche und Arbeiter aus Westeuropa.

⁴³ Bubeníčková, R., Kubátová, L., Malá, I. (1969): *Tábory utrpení a smrti*, (Leidens- und Todeslager), Prag, S. 59.

⁴⁴ Siehe Unterkap. 2.2.1. Arbeitsbeziehungen.

⁴⁵ Siehe z. B. Houser, J. (1967): „Nucená práce a okupantské právo“, in: *Právně historické studie* („Zwangsarbeit und Okkupantenrecht“, in: *Rechtshistorische Studien*), Nr. 13/1967.

⁴⁶ Kárný (1991), S. 37.

⁴⁷ RVO vom 4. 5. 1942, mit der einige Maßnahmen über die Lenkung der Arbeit getroffen werden (RVO Nr. 154/1942 Slg.). Bis dahin wurden zu diesem Zweck z. B. die RVO Nr. 190 vom 25.7.1939 und Nr. 10 vom 18.12.1941 genutzt.

⁴⁸ Vgl. z. B. Bericht über die Vorbereitung weiterer Razzien aus dem Amt des Reichsprotektors vom 17. 7. 1942, Staatliches Zentralarchiv Prag, Amt des Reichsprotektors II-4-5100, Kart. 867. Siehe Anlage 3.

⁴⁹ Mainuš (1970), S. 63.

⁵⁰ Vgl. z. B. die Weisung des Oberregierungsrats Stucke vom Amt des Reichsprotektors zur Teilnahme am Treffen über die Einrichtung von Arbeitserziehungslagern für Arbeitsvertragsbrüchige. Staatliches Zentralarchiv Prag, Amt des Reichsprotektors II-4-5100, Ka. 867. Siehe Anlage.

⁵¹ Das angeführte Zitat stammt aus der Akte von Bernhard Baatz, der bei der Ermittlung gegen ehemalige RSHA-Angehörige des Mordes angeschuldigt war. Das Verfahren wurde in den 60er Jahren von der Berliner Staatsanwaltschaft geführt. B. Baatz leitete in den Jahren 1941 – 1943 im RSHA das Referat „IV D (ausl. Arb.)“, das für den Arbeitseinsatz von Ausländern verantwortlich war. Die Akte befindet sich im Landesarchiv Berlin. (Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin: Sachstandsvermerk in der Voruntersuchungssache gegen Bernhard Baatz wegen Mordes, Landesarchiv Berlin, B Rep. 057-01, Nr. 158, S. 259). Im Weiteren nur Sachstandsvermerk.

⁵² Zitiert nach Sachstandsvermerk, S. 258. Vgl. auch Herbert (1999), S. 73.

⁵³ Runderlass des Reichstreuhanders der Arbeit für Westfalen-Niederrhein vom 11. Juli 1940, Staatsarchiv Münster, OP Nr.: 5210, Ka. 22 ff. (Alle Unterstreichungen aus dem Original). Siehe Anlage.

Ähnlich war es auch im Essener Krupp-Werk. Hier sollten Polen, Tschechen und Ostarbeiter laut einer „Belehrung für das Vorgehen gegen Arbeitsbummelanten, undisziplinierte und zu Schulden gekommene Gefolgschaftsmitglieder“ härter bestraft werden: „Die innerbetrieblichen Strafen sollen härter ausfallen, die außerbetrieblichen Maßnahmen früher einsetzen.“⁵⁴

Im Dezember 1940 gab das RSHA dann einen Runderlass mit besonderen Weisungen für die „Fahndung nach tschechischen Arbeitsvertragsbrüchigen“⁵⁵ heraus, der später durch den Erlass vom April 1943 ersetzt wurde. Die Vorschrift bestimmte unter anderem die Mindestzeit, die ein arbeitsvertragsbrüchiger Tscheche in einem Arbeitserziehungslager verbringen musste: „Der Festgenommene wird nach der Prüfung des Sachverhalts durch die vom Generalkommandanten der Nichtuniformierten Protektoratspolizei bestimmten Stellen in ein Arbeitserziehungslager des Protektorats auf die Dauer von mindestens 21 Tagen eingewiesen oder in leichteren Fällen gewarnt.“⁵⁶

Die nationalsozialistischen Behörden stießen zwar bei allen Völkern auf die Unlust der Arbeiter, für die nationalsozialistische Kriegswirtschaft zu arbeiten und somit auf eine ungenügende Arbeitsmoral, besondere Regelungen galten – außer den Verordnungen für Tschechen – jedoch nur für einige von ihnen, insbesondere aber für Ostarbeiter und für Polen. Für Arbeitskräfte aus den besetzten west- und nordeuropäischen Ländern galten ab Januar 1941 gemeinsame, intern differenzierte Vorschriften. Bei „Arbeitsunlust, Widersetzlichkeit, reichsfeindlichem Verhalten und Arbeitsflucht“ sollte die festgehaltene Person unterschiedlich behandelt werden, je nach dem, ob es sich um einen Angehörigen germanischer Völker oder um eine „fremdvölkische“ Arbeitskraft handelte. Die Erstgenannten sollten in diesem Falle belehrt, ermahnt oder verwarnet werden und nur bei hartnäckigem Verhalten sollten strengere Maßnahmen angewandt werden. Die härteste Strafe war dabei die Einweisung in ein Arbeitserziehungslager, höchstens jedoch für 21 Tage. Hatte nicht einmal dieser Eingriff geholfen, wurde der Arbeiter nach Hause geschickt. Bei „fremdvölkischen“ Arbeitern aus dem Westen sollte mit den „üblichen staatspolizeilichen Mitteln“ eingegriffen werden.⁵⁷

2.2.2. Sexuelle Beziehungen

Der außereheliche Geschlechtsverkehr zwischen Tschechen und Deutschen war zwar nicht ausdrücklich im Gesetz verboten, ebenso wie bei den Polen und Russen wurde dies jedoch durch interne Vorschriften geregelt. Die erste davon war eine Verordnung vom April 1941, die die bereits erwähnten Erlasse vom Sommer 1939 ergänzte: „[...] auch der außereheliche Geschlechtsverkehr zwischen Tschechen und Deutschen (ist) geeignet, Unruhe in die Bevölkerung zu bringen und den Arbeitsfrieden zu stören. Es ist daher für den Fall, dass Tschechen mit Deutschen außerehelich geschlechtlich verkehren, gegen beide Teile mit Schutzhaft vorzugehen.“⁵⁸ Auf diese Vorschrift folgte im Juni 1942 ein RSHA-Runderlass, der in dem schon erwähnten Sachstandsvermerk in den Kontext zu den die Polen betreffenden Vorschriften gebracht wurde: „[...] der

Gültigkeitsbereich der am 5. 7. 1941 in den Richtlinien zur Bekämpfung des [...] Geschlechtsverkehrs zwischen Deutschen und polnischen Zivilarbeitern eingeführten Prinzipien wurde auch auf tschechische Arbeitskräfte ausgeweitet. Die ‚Strafandrohungen‘ waren jedoch geringer.“⁵⁹ Die Vorschrift verfügte – bis auf einige Ausnahmen – eine Untersuchung des Tschechen hinsichtlich seiner „Eindeutschungsfähigkeit“: „Protektoratsangehörige, die aufgrund des rassenbiologischen Untersuchungsbefundes oder aus anderen Gründen nicht eindeutschungsfähig sind, sind in Haft zu nehmen. Reicht die den Staatspolizeilichen Stellen zur Verfügung stehende 3-Wochenfrist [...] nicht aus, so ist Einweisung in ein Konzentrationslager zu beantragen.“⁶⁰ Im Verbindung zu den zitierten Erlassen gab das RSHA im April 1944 noch einen weiteren Erlass heraus, der sich mit dem Verfahren bei der Überprüfung der Tschechen und seiner Beschleunigung befasste.⁶¹

Für die Arbeiter aus den „besetzten west- und nordeuropäischen Gebieten“ bestand kein Verbot des Geschlechtsverkehrs mit Deutschen. Schon seit 1940 waren zwar verschiedene Vorschriften über ihre Behandlung herausgegeben worden, bei Geschlechtsverkehr zwischen ihnen und Deutschen drohte jedoch keine Strafe. Bei Ausländern aus Nordwesteuropa, die nichtgermanischer Herkunft waren, setzten die nationalsozialistischen Behörden vor allem auf Aufklärung. Strafen drohten also nur Ostarbeitern, Polen und Tschechen, wie es auch die Verordnung vom September 1942 „Einsatz der Partei bei der Beobachtung der fremdvölkischen Arbeitskräfte zwecks des Schutzes vor nationalpolitischen Risiken“ beweist: „Auf die schwerwiegenden völkisch-politischen Risiken, die aus dem kriegsbedingten Einsatz von Millionen fremdvölkischen Arbeitskräften erwachsen, wurde in allen Erlassen hingewiesen, zu ihrer Bekämpfung wurden Weisungen erlassen und gegen die Gefährdung des Rassenbestands des deutschen Volkes durch Arbeitskräfte aus dem Osten und dem Protektorat wurde durch Verbot des Geschlechtsverkehrs zwischen diesen Arbeitskräften und den deutschen Volksgenossen vorgegangen. [...] Für die fremdvölkischen Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten im Westen und Südosten des Reiches und aus den souveränen Staaten ist der Geschlechtsverkehr mit Deutschen nicht verboten, aber zur Erhaltung der rassischen Substanz des deutschen Volkes dennoch unerwünscht.“⁶²

Dieses Vorgehen kommt auch in einer internen Vorschrift der Dresdner Gestapo ganz klar zum Ausdruck. Danach sollten Polen, Ostarbeiter, Arbeitskräfte aus den Baltenländern und fremdvölkische Arbeitskräfte nicht-polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement für Geschlechtsverkehr mit dem Tode bestraft werden, bei Tschechen war der Geschlechtsverkehr verboten, während er bei den übrigen Ausländern (mit Ausnahme der germanischen Völker der Flamen, Holländer, Dänen und Norweger, bei denen er überhaupt nicht geregelt war) nur unerwünscht war.⁶³ Eine Vorschrift vom Oktober 1943 hob dann das Verbot des Geschlechtsverkehrs von Deutschen mit Letten und Esten auf: „Das [...] ausgesprochene Verbot des Geschlechtsverkehrs von lettischen und estnischen Arbeitskräften mit deutschen Volksgenossen wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Das Verbot für Arbeitskräfte aus Litauen bleibt jedoch auch weiterhin bestehen.“⁶⁴

⁵⁹ Siehe Sachstandsvermerk, S. 261.

⁶⁰ Runderlass des Reichsicherheitshauptamts vom 13. 6. 1942, LAB Rep. 057-01, Nr. 158, A 47.

⁶¹ Runderlass des Reichsicherheitshauptamts vom 27. 4. 1944, LAB Rep. 057-01, Nr. 158, A 85.

⁶² Runderlass des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 5. 9. 1942, LAB Rep. 057-01, Nr. 158, A 54. Siehe Anlage.

⁶³ Merkblatt der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Dresden vom 16. 11. 1942, zitiert nach: August, J.: Herrenmensch und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939–1945, Berlin, S. 136.

⁶⁴ Runderlass des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei, Allgemeine Erlassensammlung.

⁵⁴ Zitiert nach Herbert (1999), S. 350.

⁵⁵ Siehe Sachstandsvermerk, S. 264.

⁵⁶ Runderlass des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 10. 4. 1943, Landesarchiv Berlin (LAB), B Rep. 057-01, Nr. 158, A 67. Siehe Anlage.

⁵⁷ Runderlass des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 14. 1. 1941, LAB Rep. 057-01, Nr. 158, A 25.

⁵⁸ Runderlass des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 29. 4. 1941, LAB Rep. 057-01, Nr. 158, A 47.

2.2.3. Allgemeine Vorschriften zur Vereinheitlichung

Wie schon gesagt wurde, verkörperte die Zwangsarbeit von Ausländern im Reich den Widerspruch zwischen dem ökonomischen Druck und den rassenideologischen Prinzipien. Der immer stärkere wirtschaftliche Pragmatismus erforderte deshalb eine klare Antwort auf ideologischer Ebene. Seit dem Herbst 1941 arbeiteten die nationalsozialistischen Behörden an einer Vorschrift, die die bisherigen Anordnungen vereinheitlichen und zur Grundlage für weitere Maßnahmen werden sollte.

Auf einer Sitzung im Dezember 1941 im RSHA, wo unter dem Vorsitz von Reinhard Heydrich Vertreter der wichtigsten nationalsozialistischen Behörden zusammenkamen und ein „Arbeitskreis für Sicherheitsfragen beim Arbeitseinsatz von Ausländern“ entstand, führte Heydrich laut Protokoll an: „[...] und so ist entschieden dem Versuch entgegenzutreten, die Rassen- und Volkstumsfrage auf die Nachkriegszeit zu verschieben.“⁶⁵ Aus seiner Rede ging weiter hervor, dass der vorbereitete Arbeitseinsatz der Russen die Gelegenheit böte, die fehlende einheitliche Leitung des Arbeitseinsatzes betreffend „Anwerbung, Einsatz und Behandlung“ zu regeln. In diesem Zusammenhang teilte er die Ausländer in vier Gruppen ein: „Fremde, die im Reich leben: Polen und Tschechen“, wobei er festhält: „Die polnische Frage ist gelöst. Die Tschechen sind noch nicht durchgeseiht.“⁶⁶ Heydrich schätzte 40 bis 60 % der Tschechen als eindeutschungsfähig ein.⁶⁷ „Vielleicht kann die Durchsiebung und Teilung durch Arbeitseinsatz erreicht werden,“ schloss Heydrich seine Erwägungen über die erste Gruppe ab.⁶⁸ In der zweiten Gruppe waren „[...] in besetzten Gebieten angeworbene Arbeitskräfte eines Stammes: Flamen, Holländer, Dänen, Norweger.“ Die dritte Gruppe: „verbündete fremde Stämme (Italiener, Spanier, Kroaten, Slowaken, Ungarn, Bulgaren),“ die letzte Gruppe enthielt „Fremdvölkische“.⁶⁹ Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes notierte sich aus dieser Sitzung das Folgende: „Es ist einleuchtend, dass die Behandlung der Polen, Tschechen und Russen den innerdeutschen Stellen bedeutend weniger Schwierigkeiten bereitet als die Behandlung von Ausländern der verbündeten und befreundeten Nationen,“⁷⁰ da sie, wie Heydrich betonte, „zur einfacheren Behandlung wie Kriegsgefangene gehalten und eingesetzt werden sollen (niedrigerer Lohn, Unterbringung in Baracken).“⁷¹

Im Dezember 1942 brachte ein umfangreicher geheimer Erlass von Himmler über die „Gefahrenabwehr beim Ausländereinsatz“ einen Versuch zur Vereinheitlichung der Behandlung der einzelnen Nationen und zu ihrer einheitlichen Hierarchisierung. Nach rassenpolitischen Kriterien wurden Ausländer in vier Gruppen eingeteilt: „Gruppe A – Italiener, [...] Gruppe B – Angehörige germanischer Völker (Flamen, Dänen, Norweger, Holländer), [...] Gruppe C – Angehörige nicht-germanischer Völker, mit denen wir verbündet sind oder mit denen wir auf Grund ihrer kulturellen und gesamteuropäischen Bedeutung verbunden sind (Slowaken, Kroaten, Rumänen, Bulgaren, Ungarn, Spanier, Franzosen).“⁷² Für die Grup-

pe C legte der Erlass fest: „Sie müssen durch eine verständnisvolle und gerechte Behandlung erkennen, dass sie als Angehörige einer im werdenden Europa geachteten Nation betrachtet werden.“⁷³ Der letzten Gruppe D wurden dann folgende Völker zugeordnet: „Angehörige nicht-germanischer – slawischer – Völker, die mehr oder weniger unter der unmittelbaren Hoheitsgewalt des Deutschen Reiches leben (Protektoratsangehörige, Serben, Slowenen, Arbeitskräfte aus den Baltenländern, Polen, fremdvölkische Arbeitskräfte nicht-polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten, Ostarbeiter).“⁷⁴ Zur Behandlung dieser Ausländer führte der Erlass an: „Die Notwendigkeit einer straffen Führung der Gruppe D angehörenden Arbeitskräfte und der Einhaltung eines besonders klaren Abstandes ihnen gegenüber – bedingt durch die krassen rassischen Unterschiede und die politischen Verhältnisse – bei korrekter und gerechter Behandlung hat in den ergangenen Erlassen bereits ihren Niederschlag gefunden.“⁷⁵ Ferner legte der Runderlass fest, wie die Angehörigen der jeweiligen Gruppe in verschiedenen Situationen zu behandeln seien (z.B. Geschlechtsverkehr, Niederlassung, Vorbeugemaßnahmen, Trennung der Nationalitäten, Unterbringung), wobei die Gruppe D den schärfsten Maßnahmen unterlag: „Dass gegen die der Gruppe D angehörenden Arbeitskräfte auf besonders strenge Disziplin zu achten ist, ist selbstverständlich.“⁷⁶

2.3. Bedingungen der Zwangsarbeit von Tschechen

Die jungen Tschechen verrichteten nicht nur in Industrieunternehmen der Privatwirtschaft Zwangsarbeit, sondern auch in Reichsunternehmen und –organisationen (Reichspost, Reichsbahn); gefährlich waren vor allem verschiedene militärähnliche Organisationen (Technische Nothilfe, Luftschutz u. a.), die zur Räumung der Trümmer nach Luftangriffen bestimmt waren. Entgegen verschiedenen anderen Plänen wurden Tschechen überwiegend in Industriestädten und Gebieten der benachbarten Reichsgaue eingesetzt. Auch trotz anfänglicher ideologischer Vorbehalte der Nationalsozialisten arbeiteten die meisten im sog. Sudetenland, gefolgt von Wien und Berlin. Zahlreiche Gruppen von Tschechen waren auch in Ober- und Niederösterreich, Sachsen und Niederschlesien tätig.⁷⁷

Es ist nicht möglich, eine allgemeine Beschreibung der Verhältnisse zu geben, unter denen die Tschechen im Reich leben und arbeiten mussten. Diese unterschieden sich nämlich je nach Einsatzort, Art der Arbeit, jeweiliger Kriegsphase oder nach dem Maß der Vorurteile der ortsansässigen Deutschen. Dennoch gibt es einige für die meisten Zwangsarbeiter gemeinsame Umstände. Ausländer, also auch Tschechen, mussten in Lagern untergebracht sein.⁷⁸ Meist handelte es sich um hölzerne Lagerbaracken oder um Säle alter Gebäude. Die Heizung war meist unzureichend und die Dächer und Fenster waren undicht. Die hygienischen Bedingungen waren sehr schlecht – nur kaltes Wasser, Toiletten in einem schrecklichen Zustand, überall Mäuse, Flöhe, Läuse und Wanzen. Die Verpflegung war jämmerlich –

⁷³ Ebd..

⁷⁴ Ebd..

⁷⁵ Ebd..

⁷⁶ Ebd..

⁷⁷ Ausgewertet nach der Statistikzeitschrift *Der Arbeitseinsatz im (Groß-)Deutschen Reich, Jhg. 1938–1944*, Berlin: Der Beauftragte für den Vierjahresplan / Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz.

⁷⁸ Anfänglich war es relativ einfach, eine Privatunterkunft zu finden, im Laufe der Zeit war dies jedoch durch verschiedene Vorschriften verwehrt und ein Leben in einer Privatunterkunft war die Ausnahme.

⁶⁵ Vermerk vom Vertreter des Reichsnährstandes Schwarz vom 3. 12. 1941, Bundesarchiv R 16/162, B1.1. Siehe Anlage.

⁶⁶ Ebd..

⁶⁷ Siehe Rede von R. Heydrich am 4. 2. 1942 in Prag, zit. nach: Kárný, Miroslav und Kol. (1991): *Protektorátní politika Reinharda Heydricha* (Reinhard Heydrichs Protektoratspolitik), Prag, S. 212.

⁶⁸ Siehe Anm. 65.

⁶⁹ Ebd..

⁷⁰ Zitiert nach Herbert (1999), S. 179, Anm. 125.

⁷¹ Ebd., S. 179.

⁷² Runderlass des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 7. 12. 1942, Staatliches Zentralarchiv Prag, 110-11-5, Kart. 87. Siehe Anlage.

Eintopf (Wasser, Möhren, Steckrüben und Wurststückchen oder Wasser, Nudeln und Milch). Es wurden jedoch auch zum Beispiel rote Rüben gekocht, angefaulte und sauer gewordene ungeschälte Kartoffeln, gemahlener Roggen in Suppe, Kohlsuppe, in die Möhren gemischt wurden u. a. Nach der anstrengenden Arbeit und oft ohne Frühstück war dies das einzige, was es zum Essen gab. Die Tschechen konnten zwar Päckchen von zu Hause bekommen, diese kamen jedoch oft erst nach mehreren Wochen an und alles war dann schon hart, schimmelig oder das Päckchen war ausgeraubt. Im Unterschied zu einigen anderen Nationen und betroffenen Gruppen hungerten die Tschechen jedoch in der Regel nicht.

Tschechische Zwangsarbeiter mussten, aus ihrer Heimat gerissen, sehr hart unter schweren Bedingungen arbeiten, manchmal auch zwölf Stunden täglich, sechs Tage in der Woche; sie waren ständig der Gefahr von Luftangriffen und fortwährender Schikane ausgesetzt, vor allem seitens der allmächtigen Lagerführer. Die medizinische Versorgung war oft unzureichend, zudem mussten die Zwangsarbeiter mitunter auch bei Fieber und nach Unfällen arbeiten. Andererseits hatten sie in der Freizeit manchmal auch die Möglichkeit zu sportlicher oder kultureller Betätigung oder zu einem Besuch der Umgebung ihres Lagers.⁷⁹

Was den Vergleich mit anderen Nationen angeht, so gehörten die Tschechen zwar zur diskriminierten Gruppe ausländischer Arbeiter einer slawischen „Rasse“ aus besetztem Gebiet; dem entsprachen auch die oben beschriebenen diskriminierenden Vorschriften, die sie gegenüber den Arbeitern aus Westeuropa oder aus den mit Deutschland verbündeten Staaten benachteiligten. Im Vergleich zu den Polen und den sog. Ostarbeitern hatten sie es jedoch vor allem aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung des Protektorats besser: in der Regel waren sie nicht in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, mussten keine besondere Kennzeichnung tragen, keine Sonderabgaben leisten und bei Vergehen drohten ihnen geringere Strafen; ihre Deutschkenntnisse waren im Durchschnitt besser und sie hatten öfter die Möglichkeit, qualifiziertere Arbeiten zu verrichten. All dies ermöglichte ihnen ein etwas menschenwürdigeres Leben.

Wie die Behandlung der tschechischen Zwangsarbeiter in der Praxis aussah, wird zum Beispiel in einem Bericht von Franz Seiboth beschrieben, der für die Behandlung der tschechischen Arbeiter im Reich verantwortlich war. Im Januar 1943 schrieb er: „In der Art der Behandlung rangierten die Tschechen hinter Italienern, Angehörigen germanischer Völker und Nichtgermanen befreundeter Länder und ein wenig vor Ostarbeitern und Polen.“⁸⁰ Ferner führt er an, dass diese geringe Besserstellung nicht überall galt und in keinen Vorschriften verankert war. In Weisungen und Presseartikeln würden die tschechischen Arbeiter im Gegenteil fast immer der letztgenannten Gruppe zugezählt oder mit dieser im Zusammenhang genannt. Seiboth schenkte auch der verbreiteten Praxis Beachtung, wonach die Tschechen dort, wo sie in größerer Zahl, nur zusammen mit Deutschen und ihren fachlichen Fähigkeiten entsprechend eingesetzt waren, im allgemeinen besser behandelt wurden, als wenn sie als unqualifizierte Arbeitskräfte in Betrieben mit Arbeitern mehrerer verschie-

⁷⁹ Die Beschreibung der Lebensbedingungen wurde nach Erinnerungen von Antragstellern auf Entschädigung im Archiv des Tschechischen Büros für die Opfer des Nationalsozialismus beim Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds erstellt. Siehe auch Mainuš (1970), S. 104 ff.

⁸⁰ Bericht von Ing. Franz Seiboth, der im Bereich Behandlung der tschechischen Arbeiter im Reich beim Amt des Reichskommissars zur Festigung des Deutschtums tätig war, vom 21. 1. 1943, Staatliches Zentralarchiv Prag, 110-11-5, Kart. 87. Siehe Anlage. Siehe auch Bericht des SD vom 8.3.1943, in: Posta, Stephan (2002): Tschechische „Fremdarbeiter“ in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, Dresden, S. 119.

dener Nationalitäten beschäftigt waren. In einem solchen Falle habe sich ihre Behandlung von der der Polen nur wenig unterschieden.⁸¹

Auch der Staatssekretär beim Amt des Reichsprotectors, K. H. Frank, bemühte sich, vor allem aus der Befürchtung „einer unerwünschten stimmungsmäßigen Beeinflussung der politischen Lage in Böhmen und Mähren“⁸², um eine Klärung der staatsrechtlichen Stellung der Tschechen und um die Verbesserung der Situation von im Reich eingesetzten Tschechen. „In einigen Gauen werden sie den deutschen Arbeitern, in anderen Gauen hingegen den Ostarbeitern gleichgestellt,“⁸³ schrieb er über die tschechischen Arbeiter. Sein Ersuchen richtete er direkt an den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei Heinrich Himmler, den Reichsführer Martin Bormann und den Reichsführer der Deutschen Arbeitsfront Robert Ley. Diese hatten keine größeren Einwände gegen seine Bestrebungen, und so konnte K. H. Frank die formelle Stärkung der Stellung der tschechischen Zwangsarbeiter durchsetzen.⁸⁴

2.4. Zahl der tschechischen Zwangsarbeiter

Wegen des Fehlens eines Nachkriegsregisters von im Reich eingesetzten tschechischen Arbeitern kann ihre Zahl nur geschätzt werden. Mark Spoerer, der von der Zahl der Tschechen im Sommer 1944 im Reich ausgeht, kam auf 355 000.⁸⁵ Auf ähnliche Weise gelangten die Experten von der Nathan Associates Inc. zu einer Zahl von 379 500.⁸⁶ Die Schätzungen der tschechoslowakischen Nachkriegsregierung, tschechischer vereidigter Sachverständiger sowie von Ökonomen und Historikern schließen offensichtlich auch KZ-Häftlinge mit ein. Sie unterscheiden sich nicht wesentlich voneinander und geben eine Zahl von etwa 600 000 an.⁸⁷

Laut den Statistiken in der Zeitschrift Arbeitseinsatz waren die meisten Tschechen im September 1943 im Reich: 286 663.⁸⁸ Ein Jahr später, im September 1944, als die letzte veröffentlichte Zählung durchgeführt wurde, sank ihre Zahl auf 276 340.⁸⁹ Wie schon gesagt wurde, schließen diese Zahlen nicht alle Personen ein, die im Reich arbeiteten, sondern nur jene, die im Augenblick der Zählung dort vorgefunden wurden. Die letzte kumulierte Zahl der tschechischen Zwangsarbeiter im Statistischen Jahrbuch des Protektorats für April 1944

⁸¹ Ebd..

⁸² Siehe Briefe von K. H. Frank an H. Himmler und M. Bormann vom 10. 2. 1943, Staatliches Zentralarchiv Prag, 110-11-5, Ka. 87.

⁸³ Ebd..

⁸⁴ Siehe Antworten aus dem persönlichen Stab von H. Himmler vom 22. 2. 1943, von M. Bormann vom 9. 3. 1943, von R. Ley vom 29. 3. 1943 und Protokoll vom 17. 5. 1943, Treffen beim Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz am 13. 5. 1943, Staatliches Zentralarchiv Prag, 110-11-5, Ka. 87.

⁸⁵ Siehe Unterkapitel 1.3., Zahl der Zwangsarbeiter.

⁸⁶ Siehe unveröffentlichtes Manuskript Nathan Associates (1999): *Forced Labor under the Third Reich* (Zwangsarbeit im Dritten Reich), Washington.

⁸⁷ Die Zahl von 600 000 tschechischen Zwangsarbeitern erscheint z. B. auch im Gutachten von Leopold Chmela, das aufgrund einer Nachkriegsuntersuchung des Ministeriums für Arbeit und Soziales erstellt wurde (Chmela, Leopold (1946): *Hospodářská okupace Československa – její metody a důsledky. Znalecký posudek v procesu s K. H. Frankem*, (Die wirtschaftliche Besatzung der Tschechoslowakei – Methoden und Konsequenzen. Gutachten im Prozess gegen K. H. Frank), Prag. Zu ähnlichen Schlüssen kommt auch František Mainuš (siehe Mainuš (1970), S. 95 u. f.), der außerdem nach Einrechnung der Tschechen aus dem sog. Sudetenland und der Slowaken zu einer Zahl von mehr als 750 000 kommt, oder Miroslav Kárný (siehe Kárný, Miroslav (1991): „Der ‚Reichsausgleich‘ in der deutschen Protektoratspolitik“, in: Herbert, Ulrich (1991), S. 44.).

⁸⁸ Siehe *Der Arbeitseinsatz im (Groß-)Deutschen Reich*, Nr. 2–3/1944 (31. März 1944), Siehe Anlage.

⁸⁹ Siehe ebd., Nr. 11/12 vom 30. Dezember 1944.

(401 763)⁹⁰ kann demgegenüber einige Zwangsarbeiter auch mehrfach enthalten.⁹¹ Andererseits sind in dieser Angabe freilich einige Gruppen von zwangseingesetzten Tschechen nicht enthalten: Zwangsarbeiter aus dem sog. Sudetenland, bei militärähnlichen Organisationen Eingesetzte, und die vielen Tausende der zum Stellungsbau (Schützengräben ausheben usw.) verpflichteten Zwangsarbeiter (tschechisch: *zákopníci*). Es ist also möglich, dass sich die Gesamtzahl ziviler tschechischer Zwangsarbeiter auch zwischen 400 000 und 450 000 bewegt.

⁹⁰ Siehe Statistisches Jahrbuch für das Protektorat Böhmen und Mähren, Jhg. 4, 1944, Prag.

⁹¹ Mehr als einmal können in den Statistiken der kumulierten Zahlen Personen auftreten, die aus verschiedenen Gründen aus dem Reich zurückgekehrt waren (wegen Krankheit, Flucht u. Ä.) und danach von den Arbeitsämtern wieder eingesetzt wurden. In einem solchen Falle wurden sie in den Statistiken, nach denen die Gesamtzahl der im Reich eingesetzten Personen bestimmt wurde, mehrmals ausgewiesen.

Quellen und Literatur

Nicht veröffentlichte Quellen:

Bundesarchiv, Abteilung Koblenz:

- RD 19/3 Allgemeine Erlasssammlung des RSHA,
- R 16/162, B1.1. Reichsnährstand/Reichsbauernführer.

Landesarchiv Berlin:

- B Rep. 057-01 Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin.

Staatsarchiv Münster:

- OP Oberpräsidium Münster.

Staatliches Zentralarchiv Prag:

- ÚŘP – Amt des Reichsprotektors,
- MSZS – Ministerium für Sozial- und Gesundheitsverwaltung,
- MHP – Wirtschafts- und Arbeitsministerium,
- Fonds Deutsches Staatsministerium für Böhmen und Mähren (weiter Fonds 110),
- Fonds Amt des Reichsprotektors – Staatssekretär beim Reichsprotektor (Fonds 109).

Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus beim Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds.

Veröffentlichte Quellen

Der Arbeitseinsatz im (Groß-)Deutschen Reich. Hrsg: Der Beauftragte für den Vierjahresplan / Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz (1938–1944), Berlin.

Kárný, Miroslav u. Kol. (1987): Anatomie okupační politiky hitlerovského Německa v „Protektorátu Čechy a Morava“. Dokumenty z období říšského protektora Konstantina von Neuratha, in: Sborník k problematice dějin imperialismu (Anatomie der Besatzungspolitik Hitlerdeutschlands im „Protektorat Böhmen und Mähren“. Dokumente aus der Zeit des Reichsprotektors Konstantin von Neurath, in: Sammelband zur Problematik der Geschichte des Imperialismus), Bd. 21, Prag.

Kárný, Miroslav und Kol. (1991): Protektorátní politika Reinharda Heydricha (Reinhard Heydrichs Protektoratspolitik), Prag.

Sachstandsvermerk in der Voruntersuchungssache gegen Bernhard Baatz wegen Mordes, Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin.

Statistisches Jahrbuch für das Protektorat Böhmen und Mähren, Hrsg: Statistisches Zentralamt in Prag (1944).

Literatur

August, Jochen (1992): Herrenmensch und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939–1945, Berlin.

Berliner Geschichtswerkstatt e.V. (1998): „Totaleinsatz“. Zwangsarbeit in Berlin 1943–1945. Tschechische Zeitzeugen erinnern sich, Berlin.

Bubeníčková, R., Kubátová, L., Malá, I. (1969): Táborý utrpení a smrti, (Leidens- und Todeslager) Prag.

Eichholtz, Dietrich (2000): „Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft. Unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsindustrie“, in: Winkler (2000), S. 10–40.

Freund, Florian/Perz, Bertrand (2000): Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945. Gutachten im Auftrag der Historikerkommission der Republik Österreich, Wien.

Herbert, Ulrich (1986): Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin, Bonn.

Herbert, Ulrich (1999): Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn (Erstauflage 1985).

- Herbert, Ulrich (Hrsg.) (1991): *Europa und der „Reichseinsatz“: ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945*, Essen.
- Hilberg, Raul (1994): *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt/Main, 3 Bd.
- Houser, Jaroslav (1967): *Nucená práce a okupantské právo*, in: *Právně historické studie* (Zwangsarbeit und Okkupantenrecht. In: *Rechtshistorische Studien*), Nr. 13/1967.
- Chmela, Leopold (1946): *Hospodářská okupace Československa – její metody a důsledky. Znalecký posudek v procesu s K. H. Frankem*, (Die wirtschaftliche Besatzung der Tschechoslowakei – Methoden und Konsequenzen. Gutachten im Prozess gegen K. H. Frank), Prag.
- Jeske, Roland (2000): *Statistische Hochrechnung überlebender Zwangsarbeiter aus Osteuropa während des Zweiten Weltkrieges im Deutschen Reich (Konstanzer Modell)*, www.uni-konstanz.de/Fu/wiwi/heiler/eig-hochr.html.
- Kárný, Miroslav (1991): *Der „Reichsausgleich“ in der deutschen Protektoratspolitik*, in: Herbert (1991), S. 26–50.
- Kárný, Miroslav, Milotová J. (1989): *Od Neuratha k Heydrichovi*, in: *Sborník archivních prací* (Von Neurath bis Heydrich, in: *Sammelband von Archivarbeiten*), Jhg. 39 Nr. 2, S. 281–394.
- Král, Václav (1959): *Otázky hospodářského a sociálního vývoje v českých zemích v letech 1938–1945* (Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den böhmischen Ländern in den Jahren 1938 – 1945), Bd. 1–3, Prag.
- Kuczynski, Jürgen (1964): *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 6: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland 1933–1945*, Berlin.
- Lotfi, Gabriele (2000): *KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich*, Stuttgart, München.
- Łuczak, Czesław (1999): *Zwangsarbeit der Polen im Dritten Reich im Zweiten Weltkrieg*, Warschau.
- Mainuš, František (1970): *Totální nasazení. Češi na pracích v Německu 1939–1945* (Totaleinsatz. Tschechen zur Arbeit in Deutschland 1939 – 1945), Brno.
- Nathan Associates (1999): *Forced Labor under the Third Reich* (Zwangsarbeit im Dritten Reich), Washington.
- Niethammer, Lutz (1999): *Internationaler Workshop in Buchenwald „Daten und Begriffe in der NS-Zwangsarbeiterfrage“*, Universität Jena.
- Olšovský, R. und Kol. (1963): *Přehled hospodářského vývoje Československa v letech 1918–1945* (Übersicht der wirtschaftlichen Entwicklung der Tschechoslowakei in den Jahren 1918 – 1945), Prag.
- Posta, Stephan (2002): *Tschechische „Fremdarbeiter“ in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft*, Dresden.
- Zusammenfassung der Ergebnisse der Konferenz Internationaler Workshop in Buchenwald „Daten und Begriffe in der NS-Zwangsarbeiterfrage“*, 10. 7. 1999.
- Spoerer, Mark (1999): *Wie viele ehemalige und möglicherweise entschädigungsberechtigte Zwangsarbeiter werden im Jahr 2000 noch leben?* (Zweite, revidierte Schätzung vom 22. August 1999), Universität Hohenheim.
- Spoerer, Mark (2001): *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart, München.
- Spoerer, Mark (2000): *Zwangsarbeit im Dritten Reich – Fakten und Zahlen*, www.uni-hohenheim.de.
- Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ (1998): *Polnische Zwangsarbeiter in Österreich in den Jahren 1939–1945*, Warschau.
- Winkler, Ulrike (2000): *Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte*, Köln.

WOHNLAGER FÜR ZWANGSARBEITER AUF DEM GEBIET DES PROTEKTORATS BÖHMEN UND MÄHREN

PETR KAŇÁK

Diese Studie ist eine freie Fortsetzung der vorherigen komplexen Abhandlungen von Tomáš Jelínek über die Zwangsarbeit von Tschechen. Wir wollen uns hier mit den Lebensbedingungen jener Tausende von jungen Einwohnern des Protektorats Böhmen und Mähren befassen, für deren Leben der Befehl zur Arbeit für die nationalsozialistische Kriegsmaschinerie einen tiefen Einschnitt bedeutete, die jedoch wegen der veränderten strategischen Situation in Deutschland zur Arbeit in ihrer Heimat abkommandiert wurden. Die Studie soll einen Einblick in eine Welt geben, in der dieser Teil der Millionen von Nazideutschland umgesiedelten Personen einen kurzen, jedoch sehr prägnanten Lebensabschnitt verbrachte. Wir konzentrieren uns auf ihren Aufenthalt in den „Lagern“, Sammelunterkünften für Zwangsarbeiter. Der verwendete Germanismus (im Tschechischen „lágř“) wurde aus der zeitgenössischen Bezeichnung „Gemeinschaftslager“ oder „Wohnlager“ abgeleitet. Dieses im Tschechischen überhaupt nicht wohlklingende Wort deutet schon an, dass das dort herrschende Umfeld nicht gerade angenehm war...

Gegenstand der Untersuchung sollen alle Personen sein, die im Protektorat Böhmen und Mähren in der Industrie arbeiteten, dabei aus ihren Wohnstätten umgesiedelt wurden und in Gemeinschaftseinrichtungen untergebracht waren. Personen, die nach ihrer Einweisung zu paramilitärischen Organisationen wie der Technischen Nothilfe unter ähnlichen Bedingungen lebten, Frauen und Männer nach der Einweisung zur Luftschutzpolizei und Grabenarbeiter in Mähren und Schlesien wurden in dieser Studie nicht berücksichtigt.

Während das sog. Protektorat seine Arbeitskräfte in der ersten Kriegshälfte zum großen Teil nur in das Reich sandte, kam es ab 1943 im Strom der tschechischen Arbeiter zu einer grundlegenden Veränderung – es stieg der Anteil jener, die zur Arbeit direkt auf dem eigenen Gebiet eingeteilt wurden. Das Protektorat hatte nämlich wegen seiner (freilich nur vorübergehenden) Unerreichbarkeit für die alliierten Bomberverbände an strategischem Wert gewonnen. Die Bedeutung der örtlichen Industriezentren stieg schlagartig und viele deutsche Unternehmen verlegten auch ihre Produktionsstätten an sicherere Orte, unter anderem auch in die innerste Mitte Europas. In Böhmen waren z. B. die Flugzeugwerke Junkers sehr stark engagiert. Diese nutzten ihre Konstruktionsstätten in Prag und betrieben später Werke in Dvůr Králové nad Labem (Königinhof an der Elbe), Prag, Semily (Semil) u. a., in Mähren richteten sich die Flugmotorenwerke Ostmark (ursprünglich aus Wiener Neustadt) oder die Klöckner Flugmotorenwerke aus Hamburg ein; auch weitere Unternehmen verlegten ihre Produktionsstätten ins Protektorat. Dadurch stieg der Bedarf nach neuen Arbeitskräften und der Strom nach Deutschland musste eingehalten werden. Neu zur Arbeit eingezogene Personen, insbesondere der Jahrgang 1924, sollten im Reich nur noch umgeschult oder angelern werden und nach ihrer Rückkehr in den neu gegründeten Betrieben arbeiten.¹

¹ Brandes, D.: *Ceši pod německým protektorem*, Prag 1999, S. 370–371.

Natürlich waren die Bestrebungen der für die Steuerung der Arbeitskräfte verantwortlichen Organe darauf gerichtet, so weit wie möglich diejenigen Arbeitskräfte zu nutzen, die in der Umgebung eines neu geplanten oder erweiterten Standorts für die Rüstungsproduktion vorhanden waren.

Nach der Ausschöpfung dieses Potentials wurden weitere Kräfte aus entfernteren oder weniger gefragten Gebieten herangezogen. Für die Neuankömmlinge mussten Unterkünfte eingerichtet werden, wenn sie nicht täglich an ihre Wohnorte zurückkehren konnten.

Bei den herrschenden Kriegsverhältnissen waren sämtliche strategischen Baumaterialien für den Bedarf der Front oder den Bau von kriegswichtigen Anlagen blockiert, es gab fast keine Reserven im Wohnungsfonds und der Bau neuer Wohnungen war durch die Ausrufung des Bauverbots² eingeschränkt. Den Arbeitern wurden deshalb nur improvisierte Lebens- und Wohnbedingungen geschaffen.

So wurden Kolonien eingeschossiger typengleicher Baracken, die aus dem nicht strategischen Rohstoff – Holz – montiert wurden, zur häufigsten Form von Notunterkünften. Diese Art der Unterkunft wurde fast ein Symbol der Arbeit während der zwölfjährigen Existenz des dritten Reichs – ähnliche Unterkünfte konnten die Zwangsarbeiter mit sehr kleinen Unterschieden in Deutschland und im Protektorat wiederfinden. Dasselbe Modell war auch aus den Lagern für die Arbeiter bekannt, die die gewaltig geförderten deutschen Autobahnen bauten, der Reichsarbeitsdienst (RAD) nutzte dasselbe Modell ebenso (seine Lager wurden RAD-Lager genannt).

Und so entstanden in der zweiten Kriegshälfte auch an vielen Orten des Protektorats die bislang nur aus Deutschland bekannten Kolonien von Holzbauten. Zunächst wurden sie in der Umgebung wichtiger Industriezentren und bedeutender Betriebe gebaut. Als dann auch das Protektorat selbst durch alliierte Luftangriffe gefährdet war, wuchsen die Notunterkünfte auch in kurzer Entfernung von Tarnwerken der bedrohten großen Betriebe in abgelegenen Gegenden Böhmens und Mährens empor.

Eine zweite, gleichfalls sehr verbreitete Weise zur Unterbringung der Zwangsarbeiter waren Unterkünfte in Gebäuden, deren ursprünglicher Zweck aus den verschiedensten Gründen, vor allem jedoch wegen des Kriegsbedarfs, völlig verändert oder ganz unmöglich geworden war. Ein Zwangsarbeiter konnte sich so in den Hallen einer geschlossenen Fabrik, deren Produktion nicht als kriegswichtig erachtet wurde, in einem geschlossenen Gasthaus, dessen Inhaber zur Erfüllung des Bedarfs der Kriegswirtschaft zwangsverpflichtet wurde, oder auch einem Saal des von den Okkupationsbehörden verfolgten patriotischen Turnvereins namens Sokol wiederfinden. An einigen Orten, wie z. B. in Nová Paka (Neupaka), gab es beide Arten von Massenunterkünften. Darüber und über die außerordentliche Konzentration von Arbeitskräften in der Umgebung einer Kleinstadt soll später gesprochen werden.

Das „Lager“ oder auch jede andere Unterkunft wurde ein unteilbarer Bestandteil des Lebens der Zwangsarbeiter. Ein großer Teil der Arbeiter kannte wegen des aufgezwungenen hohen Arbeitstempos und der langen Arbeitszeit, der fehlenden Freizeit- und Unterhaltungs-

² Das Bauverbot wurde durch Erlass vom 28. 5. 1941 ausgerufen, bauen konnte man nur nach Erteilung einer Ausnahmegenehmigung, auch solche Bauwerke mussten jedoch spätestens am 30. 4. 1942 fertiggestellt werden. Dadurch blieb zum Beispiel in Prag eine Reihe von Wohnhäusern unvollendet. Ausnahmen vom Datum des 30. April betrafen natürlich kriegswichtige Anlagen und Bauwerke mit einem Wert von bis zu 50 000 Kronen. Zum Bauverbot siehe Šustek, V.: Josef Pfitzner a protektorátní Praha v letech 1939–45, Prag 2001, Bd. 2, S. 305–306, ferner Dokument XIV/10.

möglichkeiten oft keine andere Umgebung als das Werk (Arbeitsort), die Unterkunft und ihre unmittelbare Umgebung als Ort der dürftigen Erholung. „In jener Zeit kannte ich nur den Weg zur Arbeit, 12 Stunden Arbeit, den Weg von der Arbeit, Abendessen und Schlafen“, gab nach Jahren ein ehemaliger Arbeiter der Avia-Werke in Letňany (Letnian) bei Prag zu.³ Dabei ist noch zu ergänzen, dass der einzige freie Tag (gerade bei den Männern) im Rahmen des Werklufschutzes oft mit Brandwache an der Arbeitsstätte „ausgefüllt“ war.⁴

In einem „Lager“ wurden Zwangsarbeiter dann untergebracht, wenn das tägliche Pendeln zum Wohnort nicht mehr in Frage kam. Es konnte jedoch keine kollektive Pflicht zum Wohnen in diesen Sammelunterkünften nachgewiesen werden. Wie es scheint, gab es keinen besonderen Befehl zur Unterbringung im Lager. Die „Wohnlager“ dürfen deshalb nicht mit Internierungslagern oder Haftstätten verwechselt werden. Die Zwangsarbeiter mussten vor allem die vorgeschriebene Arbeit verrichten. Vereinzelt sind jedoch Fälle bekannt, in denen der Betrieb das Wohnen im „Lager“ anordnete, obwohl der Zwangsarbeiter in der Nähe des Arbeitsortes wohnte.⁵ Dazu konnte es zum Beispiel nach mehrmaligem Fehlen aufgrund von Ausfällen im öffentlichen Nahverkehr kommen.⁶ So erhielt das Avia-Werk im September 1943 von der Gestapo die „Empfehlung“, verspätete Ankünfte seiner Mitarbeiter aus den angegebenen Gründen auf diese Weise zu lösen.⁷ Andererseits konnte es auch passieren, dass Menschen mit einer kaum noch zuzumutenden Anfahrtszeit die Aufnahme ins Lager wegen dessen Überfüllung verweigert wurde.⁸ In einigen Betrieben – z. B. Babí (Babe bei Nachod) oder Nyřany (Nürschan) – waren die Lager nur für Männer bestimmt, während Zwangsarbeiterinnen oft unter sehr beengten Verhältnissen privat in Untermiete wohnen mussten. (Grund dieser Maßnahme war das Bemühen, die männlichen Zwangsarbeiter unter eine bessere Kontrolle zu bekommen, da das Okkupationsregime bei Männern eine größere Bereitschaft zu Widerstands- und Sabotageakten vermutete.) Es kam auch vor, dass ein Betrieb überhaupt keine Lager hatte (vor allem kleinere und mittlere Unternehmen) und die Arbeiter individuell eine Unterkunft finden mussten. Ferner ist ein Fall bekannt, wo der Arbeitgeber Frauen wegen der Bedrohung des Lagers durch Luftangriffe auf das unweit befindliche Rüstungswerk verwies⁹ oder nach einer durchgemachten Gelbsucht¹⁰ eine Privatunterkunft genehmigte.

³ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 88810.

⁴ Die Einberufung wurde durch die 1. DVO zum Reichsluftschutzgesetz vom 4. 5. 1937 (RGBl. 559) in Verbindung mit der Verordnung des Reichsprotektors über die Einführung des Luftschutzes im Protektorat Böhmen und Mähren vom 9. 7. 1941 begründet. Der Werklufschutz war auf der Ebene der Fabriken einem Werklufschutzleiter unterstellt, der Vertreter des Werksleiters für diese Zwecke war. Zentralorgan des Werklufschutzes im Reich war die Werklufschutz-Zentralestelle in der Reichsgruppe Industrie. Im Bereich der gesetzgebenden und Beratungstätigkeit fiel der Werklufschutz auch in die Befugnis des Reichsluftfahrtministeriums. Näher zu dieser Problematik siehe www.luftschutz-bunker.de.

⁵ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 91417.

⁶ Ebd., Reg.-Nr. 89170, 96421.

⁷ SÚA Praha, Fonds 110, Sign. 110-11/15, Telegramm des Prager Gestapo-Führers Gerke vom 11. 9. 1943 an K. H. Frank, H. Müller und H. Wiesmann über eine Aktion zur Bekämpfung der schlechten Arbeitsmoral, die am 9. 9. 1943 vom Gestaporeferat VI 2a1 im Avia-Werk durchgeführt wurde, und über die Ergebnisse und getroffenen Maßnahmen. Der Sozialreferent von Avia wurde ersucht, in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsministerium die Situation zu lösen, in den Kriegsbedingungen war es jedoch einfacher, die Arbeiter in der Nähe des Werks unterzubringen als eine Verbesserung des Nahverkehrs zu erreichen.

⁸ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 59213.

⁹ Ebd., Reg.-Nr. 117891.

¹⁰ Ebd., Reg.-Nr. 94185.

Das Lagerleben brachte in jedem Fall gewisse Freiheitseinschränkungen mit sich (hier denken wir vor allem an die Umzäunung und Bewachung), deren Ausmaß jedoch nicht überall gleich war. Nach den vorhandenen Informationen wurden die Sammelunterkünfte im Protektorat nicht so bis ins Äußerste bewacht wie in Deutschland, grundlegende Sicherheitsmaßnahmen konnten jedoch überall angetroffen werden.

Die Lager oder Unterkünfte hatten einen Leiter (Lagerführer/Lagerführerin), der/die zur Sicherung der Zuverlässigkeit in der überwiegenden Mehrheit ein/e Deutsche/r war. An der Bewachung konnte auch der Werkschutz¹¹ beteiligt sein, der auf die Einhaltung der Disziplin allgemein achtete. Es ist auch belegt, dass der Werkschutz in die Fahndung nach staatsfeindlichen Drucksachen oder Personen aus der Widerstandsbewegung einbezogen war. Der Werkschutz hatte sehr enge Bindungen zur Sicherheitspolizei und sein Eingriff konnte in schweren Fällen auch einen baldigen Einsatz der Gestapo zur Folge haben.¹² Der Dienst-eifer der Werkschutzangehörigen bei der Einhaltung des Arbeitstempos oder bei der Lösung auch der geringsten Probleme war berüchtigt. Einschränkungen bestanden hier vor allem in der Regulierung der persönlichen Freizeit, z. B. durch Festlegen einer festen Zeit für die Rückkehr am Abend. Ähnlich wie in Deutschland konnten sich die tschechischen Zwangsarbeiter in der Regel in der Umgebung des Wohnlagers frei bewegen, faktisch war jedoch die Möglichkeit zum Reisen über größere Entfernungen eingeschränkt. Den Insassen wurden nur in beschränktem Maße Wochenendreisen zu ihren Verwandten ermöglicht. Die Sicherheitsorgane der Betriebe wollten so Fluchten von der Zwangsarbeit in Form von Nichtrückkehr nach einem Urlaub verhindern. Solche Fälle häuften sich vor allem gegen Kriegsende bei Zwangsarbeitern auf deutschem Gebiet, aber auch im Protektorat selbst. Eine Reise-erlaubnis unterlag ausschließlich der Vollmacht des Lagerführers, Besuche von außen wurden auch wenig geduldet. Einen gewissen Einfluss auf Einschränkungen der Bewegungsfreiheit konnte auch das Bemühen haben, in abgelegenen Gegenden (Höhlen, stillgelegte Fabriken) versteckte Fabriken und Werkstätten, die unter Decknamen betrieben wurden, nicht zu verraten.

Relativ unbekannt ist die Vollmacht des Werkschutzes, Strafen zu erteilen – es wurden Fälle verzeichnet, in denen der Schuldige bei Vergehen (zum Beispiel gegen die Arbeitsmoral) nicht der Polizei übergeben, sondern einige Tage in einem besonders abgetrennten

¹¹ Der Werkschutz war mit der Werkschutzverordnung vom 14. 12. 1937 der Sicherheitspolizei unterstellt. Seeber, B.: Die Reichswerke „Herrmann Göring“ Linz, (Diplomarbeit), Linz 1995, S. 52–53.

¹² Für den Schutz der Rüstungswerke vor der Widerstandsbewegung oder Sabotageakten im Werk war ein sog. Abwehrbeauftragter verantwortlich. Ursprünglich in der Befugnis der Armee, ging diese Funktion aufgrund einer RSHA-Entscheidung 1943 auf die Gestapo über, deren Referat IV 3b direkt mit der Sicherung der Industrie und u. a. auch mit der Zusammenarbeit mit dem Werkschutz beauftragt war. Sabotageakte in Betrieben, den Werkschutz und Vergehen gegen die Arbeitsdisziplin verfolgte das Referat IV 2a1. Siehe Sládek, O.: Zločinná role gestapa, Prag 1986, S. 278–279. Zur Illustration: das Referat IV 2a1 unternahm von August bis Oktober 1943 groß angelegte Aktionen gegen „Arbeitsvertragsbrüche“, Sabotageakte, Fehlen und schlechte Arbeitsmoral in den wichtigsten Rüstungsbetrieben in Prag, Strakonice/Strakonitz u. Ä. Die Folge waren Festnahmen, Verwarnungen und Strafen in Form von Samstags- und Sonntagsarbeit beim Bau von Luftschutzbunkern in den Betrieben. SÚA Praha, Fonds 110, Sign. 110-11/15.

Teil des Betriebes gefangen gehalten wurde, wobei er eine besonders anstrengende Arbeit verrichten musste, die ihm zugewiesen worden war.¹³

Und wie war das Leben in den Unterkünften? Die hygienischen Verhältnisse in den Lagern waren entsetzlich. In der überwiegenden Mehrzahl gab es kein warmes Wasser (im Lager Čakovice/Tschakowitz bei Prag mussten sich die Einwohner das Wasser selbst warm machen), die Sozialeinrichtungen bestanden aus sog. Latrinen. Auch der Charakter der Wohnstätten selbst hatte große Auswirkungen auf die Lebensbedingungen – wegen der fehlenden Pflege begannen die nicht isolierten Holzbaracken bald zu verwittern, es regnete herein und das Aufrechterhalten einer annehmbaren Innentemperatur oder Trocknen der Arbeitskleidung nach der Rückkehr von nicht weniger „rauen“ Arbeitsstätten waren wegen der dürrtigen Holzzuteilungen ein Ding der Unmöglichkeit. Dieselben Probleme hatten auch Einwohner in großen Räumen wie Fabriken oder Gasthäusern. Als Folge gab es häufig Erkrankungen der Atemwege, die zudem wegen der restriktiven medizinischen Versorgung auch nicht entsprechend geheilt wurden.

Die Rüstungsbetriebe hatten natürlich ärztliche Einrichtungen und auch die Lager verfügten über ein Krankenzimmer. Medizinische Versorgung wurde jedoch nur in den dringendsten Fällen geleistet, oft nicht einmal dann. Der Zwangsarbeiter sollte seine Arbeitsleistung unter praktisch allen Umständen erbringen, gerade deutsche Betriebsärzte zeichneten sich durch Unnachgiebigkeit und Fanatismus aus.

Es gab auch Fälle von Infektionskrankheiten (z. B. Gelbsucht,¹⁴ Ruhr¹⁵), gar nicht zu sprechen vom hohen Risiko der Ansteckung mit der überall grassierenden TBC aufgrund der allgemeinen Schwächung des Organismus. Die Sammelunterkünfte boten allgemein gute Bedingungen für die Verbreitung von Krankheiten, da auf engem Raum viele geschwächte Personen konzentriert waren – die Zwangsarbeiter waren in den Lagern in Gemeinschaftsräumen zu sechst, acht, zehnt untergebracht, in Fällen der Unterbringung in stillgelegten Fabriken oder Gasthäusern waren es auch bis zu einhundert Personen in einem Raum.¹⁶ Eine Begleiterscheinung war die Vermehrung lästigen Geziefers – Wanzen, Kakerlaken, sehr oft gab es Läuse, auch Ratten kamen häufig vor.

¹³ Siehe zum Beispiel Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 67326: der Antragsteller gab an, dass nachdem er fälschlich des Zweifels am Sieg Deutschlands angeschuldigt wurde, ihm der „Veršuc“ (Werkschutz) das Portemonnaie mit seinem Lohn, Lebensmittelkarten, die Kleidermarke und Tabakmarken beschlagnahmte und er dann mit zehn weiteren Schuldigen in eine Ziegelei abgeführt wurde. Dort mussten sie sieben Wochen lang „Gräben ausheben“. In jener Zeit waren sie in zwei Räumen mit vergitterten Fenstern gefangen und durften nur mit Erlaubnis eines Werkschutz-Angehörigen nach draußen. In Semily (Semil) gab es auch eine „Strafkolonne“ (siehe persönliche Aussage im Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 57145 – der Antragsteller wurde von Junkers in Dvůr Králové nad Labem für 6 Monate hierher versetzt), die aus 15–20 Personen bestand. Diese mussten 7 Tage in der Woche und 12 Stunden täglich Waggons entladen. Diese Gruppe war im Lager „Kuscherl“ in der Nähe des Gasthauses „U Jirounků“ untergebracht. Gearbeitet wurde unter strenger Aufsicht, die persönliche Freiheit war sehr eingeschränkt (z. B. wurde auch die persönliche Korrespondenz kontrolliert). Ferner auch persönliche Aussage (Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 113014), die die Bestrafung von 19 Fräsern von Böhmischem-Mährischen Maschinenfabriken Praha-Karlín (Prag-Karolinenthal) im Februar 1944 wegen (aus der Sicht des Werkschutzes) ungenügender Arbeitsleistung beschreibt – 3 Wochen waren sie im Werk gefangen und mussten nach der gewöhnlichen Arbeitszeit Gräben im gefrorenen Boden in der Prager Straße Na Maninách graben. Der Antragsteller erlitt dabei einen Schlüsselbeinbruch wegen Knochenermüdung.

¹⁴ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 94185 – nach der Aussage trat Gelbsucht im „Frauenlager“ der Firma Letov in Letňany auf.

¹⁵ Ebd., Reg.-Nr. 64396 – beschrieben wird eine Ruhrepidemie in Loděnice (Lodenitz) bei Beroun (Beraun).

¹⁶ Ebd., Reg.-Nr. 95797.

Es kann nicht gesagt werden, dass diese Verhältnisse unbemerkt blieben. Die Lagerverwaltung bekämpfte jedoch gewöhnlich nur die Folgen (durch Rattenbekämpfung und Insektizide) und nicht die Ursachen der oben angeführten Missstände. Der Gesundheitszustand der Einwohner wurde bei einer ärztlichen Untersuchung auf dem Arbeitsamt festgestellt (dort wurde die sog. Lagerfähigkeit bewertet, d. h. die Fähigkeit der Unterbringung in einem Gemeinschaftslager).¹⁷ Die Vorschriften¹⁸ bestimmten die Aussonderung von Personen mit den gefährlichsten Krankheiten (Geschlechtskrankheiten, offene Tuberkulose u. Ä.), als schwere und unerwünschte Krankheiten galten auch Nervenerkrankungen, Magen- und Darmgeschwüre, Herzfehler, chronische Nierenerkrankungen u. Ä.¹⁹

Gerade wegen dieser schlechten Umstände verließen viele Menschen das Lager und suchten sich eine Privatunterkunft, auch wenn diese sehr teuer war. Eine weitere Ursache des schlechten Gesundheitszustandes der Zwangsarbeiter war auch der chronische Schlafmangel. In den Unterkünften wechselten nämlich ständig Tages- und Nachtschichten einander ab, auch der Schichtwechsel selbst führte zu Störungen des optimalen Biorhythmus. Ebenso unangenehm waren die nahen Produktionsanlagen – in Kuřim (Gurein) bei Brünn und Letňany (Letnian) bei Prag befand sich gleich neben dem Lager ein Prüfstand für Flugzeugmotoren, die mit Vollgas getestet wurden und unvorstellbaren Lärm machten.²⁰

Die ständigen Bewegungen großer Personenmassen waren auch mit einem weiteren Übel verbunden – dem Auftreten von Kleinkriminalität in Form des Diebstahls persönlicher Sachen.

Die Verpflegung war in einigen Lagern gemeinsam, in anderen individuell. Eine Gemeinschaftsverpflegung erforderte (ebenso wie bei den Zwangsarbeitern in Deutschland) die Abgabe der Lebensmittelkarten an die Lagerküche. Die Nahrung bestand meist aus Speisen, die vorwiegend gekochtes Wurzelgemüse (berüchtigt waren besonders Kohlrüben) und Kartoffeln enthielten, oder aus süßen Gerichten,²¹ weshalb die Lagerbewohner zur Sättigung oft auf eigene Faust Lebensmittel beschaffen mussten – was ohne Lebensmittelkarten schwierig war. Neben dem Lohn wurde zwar zur Aufbesserung auch Kunsthonig ausgegeben, eine wesentliche Verbesserung wurde jedoch dadurch nicht erreicht. Die Qualität der Verpflegung aus der Werksküche war sehr schlecht und der Energiegehalt der Lebensmittel hinsichtlich der körperlich anstrengenden Arbeit der Zwangsarbeiter ungenügend. Im Lager in Kuřim bereitete die Küche den Arbeitern zum Beispiel Kirschsuppen, Eintöpfe oder stark riechende Blutwurst zu. Bei der Unterstützung der Lagereinwohner mit Lebensmitteln spielte deshalb die Versorgung durch Verwandte vom Land eine große Rolle. Einige Lager hatten keine eigene Küche und die Einwohner mussten sich ihre Verpflegung selbst zubereiten.

Ein Ausweg aus den Sammelunterkünften war – wenn wir nicht die radikalste Lösung einbeziehen, nämlich die Flucht von der Zwangsarbeit selbst – die Unterkunft in einer Privatwohnung. Eine Untermiete war deshalb der Traum des größten Teils der Lagereinwohner. Das ist wohl die überzeugendste Aussage über die „Qualität“ der dort herrschenden Lebensbedingungen.

¹⁷ Mainuš, F.: *Totální nasazení, Češi na pracích v Německu 1939 – 1945*, Brno 1970, S. 67.

¹⁸ Ebd., S. 73.

¹⁹ Siehe dazu das Rundschreiben des Wirtschafts- und Arbeitsministeriums vom 17. 11. 1944 an die Arbeitsämter zur Vereinheitlichung des Verfahrens der Bewertung des Gesundheitszustands der Zwangsarbeiter vor der Ankunft in der Unterkunft. Interessant ist die Weisung, dass die Bekanntmachung in vollem Umfange bei neu einzusetzenden Arbeitskräften gelte, „bei Rückführungen ist immer zu prüfen, ob der gegenwärtige Krankheitszustand unter der bisherigen lagermäßigen Unterbringung wesentliche Beschwerden herbeiführte oder nicht.“ SÚA Praha, Fonds MHP Kart. 250, sign. A IV 4187.

²⁰ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 73390.

²¹ Ebd., Reg.-Nr. 89750.

Die Möglichkeit, eine eigene Unterkunft zu finden, war jedoch durch die finanziellen Mittel begrenzt. Der Zwangsarbeiter arbeitete zumeist in der Stellung eines Hilfsarbeiters und hatte ein entsprechendes Einkommen, was auch die Summe einschränkte, die er an den Inhaber oder Mieter der Wohnung bezahlen konnte. Andererseits gab es auch wenig Möglichkeiten, überhaupt eine Privatunterkunft zu finden – die Gemeinden, in die Tausende junge Menschen geschickt wurden, konnten diese enorme Masse neu antreffender Arbeitskräfte gar nicht verkraften.²² Endlich gefunden, war die Privatunterkunft oft sehr klein und hatte triste hygienische Verhältnisse – um zumindest teilweise eine Privatsphäre und etwas mehr Ruhe zu haben, lohnte sich das jedoch allemal.

Die direkt in der Nähe der Industriebetriebe wohnenden Arbeiter mussten oft zur Arbeit pendeln. Sie waren auf das Durcheinander des vom Krieg erschütterten öffentlichen Verkehrs angewiesen – die fehlende Technik der bedrängten Böhmisches-Mährischen Bahnen, überfüllte Busse oder Not-Werkverkehre. Sie mussten jedoch nicht von ihren Verwandten getrennt leben und auch nicht das Lagerregime einhalten.

Ausführlicherer Einblick in das Lagerleben

Im Folgenden sollen einige konkrete Einrichtungen im Protektoratsgebiet beschrieben werden. Es wird keine komplette Aufzählung sein – Zweck war es, die tatsächlichen Zustände der Sammelunterkünfte in verschiedenen Gebieten des Protektorats zu beschreiben.

Zunächst zu Prag. Im Prager Zentrum befanden sich nur Unterkünfte halb-militärischer Organisationen, die überwiegend in Kasernen untergebracht waren.²³ Die meisten Barackenkolonien waren im Industriegebiet am nordöstlichen Teil Prags im Raum Vysočany (Wissotschan) – Letňany (Letnian) – Čakovice (Tschakowitz) – Ďáblice (Dablitz)²⁴ konzentriert. Dort in der Nähe befanden sich die noch in der Vorkriegszeit errichteten Flugzeugwerke Aero, Avia und Letov. Nach der erhöhten Gefahr von Luftangriffen wurden die Fabriken in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 zum Teil in andere Gebiete verlegt.²⁵ Allgemein kann

²² In Prag wurde am 1. 10. 1942 eine Besiedlungsdichte von 1,5 Personen je Raum errechnet, im Reich „betrug der damalige Durchschnitt 0,9–1 Person je Raum“. Šustek, zit. Dok., siehe Anm. 2, Dokument XX/69.

²³ Z. B. die Technische Nothilfe in der Slezká-Straße u. Ä.

²⁴ Außer Vysočany (Wissotschan) waren die anderen Orte damals noch kein Teil von Prag.

²⁵ Die Avia-Werke vollendeten zum Kriegsbeginn noch die für die tschechoslowakische Luftwaffe vorbereitete Produktion, danach produzierten sie zusammen mit dem Werk Letov in Großserien die Übungsflugzeuge Arado Ar-96B, später Ar-396; ferner wurden Buge für den Strahljäger Me-262 produziert. Das Werk Avia II (Motorenwerk) war an der Produktion von Daimler-Benz-Triebwerken DB 605 beteiligt (diese waren z. B. für die Jagdflugzeuge Messerschmitt (Bf) Me-109 bestimmt). Hauptwerke waren Čakovice (Tschakowitz) und Kunovice (Kunowitz), ab 1944 sollte die Produktion auf ca. 16 Betriebe in Böhmen aufgeteilt werden, von denen dann 11 mit verschiedenem Erfolg realisiert wurden. Es handelte sich z. B. um die folgenden Werke: Werk Avia IIb – Josefův Důl (Josefthal) bei Mladá Boleslav (Jungbunzlau), das Werk OMEGA in den Tunneln der Eisenbahnstrecke Davle (Dawle) – Jilové (Eule), Kutná Hora (Kuttenberg), Brandýs nad Labem (Brandeis an der Elbe), Ostromeř (Wostromiersch) bei Jičín (Jitschin). Junkers verlegte einen Teil seiner Konstruktionsabteilung nach Prag, wo ein Teil der Fachleute aus den wichtigsten Vorkriegswerken der Flugzeugindustrie arbeitete. Die Produktion wurde in das Werk Letov auf dem Messegelände und nach Vysočany verlegt, in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 wurde sie auf die ehemalige Schokoladenfabrik RUPA in Modřany (Moderschan) bei Prag, nach Loděnice (Lodenitz) bei Beroun (Beraun), Roztoky u Křivokláta (Rostok bei Pürlitz) und Semily (Semil) verteilt. Das älteste Flugzeugwerk auf tschechischem Gebiet, Letov, arbeitete bis 1943 an Reparaturen von Junkers-Maschinen (z. B. Ju-52, W-34, Ju-86), später war es zusammen mit Avia in die Serienproduktion der Übungsflugzeuge Arado Ar-96B bzw. Ar-396 eingebunden, das Werk in Prag/Messegelände produzierte Teile für Junkers Ju-88, Ju-288, Ju-388 und die Transportmaschinen Ju-290 und Ju-390, die im Konstruktionsbüro der Firma in Praha-Dejvice (Prag-Dewitz) entwickelt worden waren. Hauptwerke waren zunächst das Werk I in Letňany (Letnian), das Werk II in Olomouc (Olmütz) (in den Kasernen „Na Šibeníku“), das Werk III in Prag/Messegelände. Während der Verlegung ab 1944 wurde die Produktion der Übungsflugzeuge Ar-96B in die folgenden Ersatzwerke verlegt: Lysá nad Labem (Lissa an der Elbe), Středokluky (Stredokluk), Mlázice (Mlasitz) bei Mělník (Melnik), Pečky (Petschek) bei Kolin.

gesagt werden, dass den Prager Flugzeugwerken die komplette Produktion von Übungs- und Hilfsmaschinen zugeteilt wurde, später waren sie zum Teil auch an der Produktion von Teilen für Kampfflugzeuge beteiligt.

In Č a k o v i c e bei Prag wurde ein Lager für das Avia-Werk errichtet. In den Feldern am Rande von Prag standen Holzbaracken, in denen sowohl Männer als auch Frauen untergebracht waren. Das Lager war unter der ständigen Bewachung des Werkschutzes. Die Arbeiter gingen zu Fuß in die Fabrik nach Letňany. Ein riesiger Nachteil des Lagers war das Fehlen von Luftschutzbunkern (die im Werk waren wahrscheinlich von der gerade arbeitenden Schicht „besetzt“), weshalb die Einwohner bei Fliegeralarm in die Felder flüchten mussten. Während eines Luftangriffes am Ende des Kriegs (wahrscheinlich beim amerikanischen Angriff am 25. 3. 1945) bekam eine Baracke sogar einen Volltreffer. Gerade gegen Kriegsende war das Leben an diesem Ort äußerst dramatisch – die Umgebung der Flugzeugwerke am nordöstlichen Rand von Prag war ein häufiges Ziel von Luftangriffen. Die Werke hatten nämlich auch eigene Flugplätze, die oft von amerikanischen Jagdflugzeugen angegriffen wurden. Aus diesen Gründen waren hier auch deutsche Flak-Batterien stationiert. Nicht wenige Zwangsarbeiter erinnern sich daran, wie sie sich beim Weg zum Lager durch Flucht in den Straßengraben retteten. Interessant war auch eine Möglichkeit der Erholung nach der Arbeit – einige Frauen suchten aus der Umgebung, die voll von deutschen Soldaten und Waffen war, Erholung in einer Oase der Ruhe auf dem örtlichen Friedhof.²⁶

In einem Raum des Lagers schliefen zumeist auf Doppelstockpritschen 12 bis 24 Personen,²⁷ das Waschwasser wurde in Kanonenöfen warm gemacht. Die gemeinsamen Waschräume und WC hatten kein warmes Wasser. Die Verpflegung erfolgte im Speisesaal, wobei die Zwangsarbeiter ihre Lebensmittelkarten abgeben mussten. Ein zweites Holzbarackenlager für die Avia-Werke wurde in Ďáblice erbaut.

Im Gebiet des Ortes L e t ň a n y entstanden die Unterkünfte eines weiteren bedeutenden Flugwaffenproduzenten, genannt „Gemeinschaftslager Werk I“²⁸, „Barackenlager Letov“²⁹ oder auf Tschechisch „Baráková kolonie firmy Letov“ (Barackenkolonie der Firma Letov)³⁰. Es war wieder ein Holzbarackenlager, das etwa 1 km vom Werk entfernt war.³¹ Der Aufenthalt verpflichtete die Insassen zur Unterordnung unter die Lagerleitung³² – zur Arbeit wurde in geschlossenen Marschkolonnen marschiert. Ganz in der Nähe des Lagers befand sich ein Prüfstand für Flugzeugtriebwerke, der ständig in Betrieb war und eine Erholung nach der Arbeit unmöglich machte. Hier waren Männer und Frauen untergebracht, die einzelnen Bereiche waren jedoch durch die zur Fabrik führende Straße getrennt. Das Frauenlager war verständlicherweise sehr verlockend, weshalb auch in der Personalkarte eines Arbeiters von Letov steht: „hat den Arbeitsplatz verlassen und sich in der Frauenbaracke unterhalten.“³³

²⁶ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Persönliche Aussage von Květoslava Soukupová, Reg.-Nr. 96421.

²⁷ Ebd., Reg.-Nr. 88810.

²⁸ Ebd., Reg.-Nr. 62007 – Lagerausweis.

²⁹ Ebd., Reg.-Nr. 73286.

³⁰ Ebd., Reg.-Nr. 58584, 62983.

³¹ Es handelt sich um eine Durchschnittsangabe aufgrund verschiedener Angaben in den persönlichen Aussagen (0,5–2 km).

³² Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 62007.

³³ Ebd., Reg.-Nr. 73286, die Angabe über eine etwaige Strafe ist leider unlesbar.

Die Frauen wohnten in vier Baracken, die in Zimmer zu je zwölf Einwohnerinnen aufgeteilt waren.³⁴ Die Männer auf der anderen Straßenseite mussten bescheidener leben – sie waren zu 16 untergebracht.³⁵ Den Einwohnern stand eine Küche zur Verfügung,³⁶ die Speisen in einer der Zeit und Umgebung entsprechenden Qualität kochte, die örtliche Sozialeinrichtung bestand aus offenen Latrinen.³⁷

Der Prager Stadtteil V y s o č a n y war Sitz eines Teils der Produktionskapazitäten der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke,³⁸ die ihre Arbeiter in nächster Nähe des Werks unterbringen ließen. Ein Teil der Arbeiter wohnte wahrscheinlich wegen der ungenügenden Kapazität dieser Unterkunft im später errichteten unweiten Lager in Hloubětín (Tiefenbach) an der Kbelská-Straße, das offiziell „Junkersheim“ hieß, von den Arbeitern jedoch „Klein-China“ genannt wurde.³⁹ Es soll etwa 2–3 km von den Arbeitsstätten entfernt gewesen sein. Die Ausstattung in diesem Lager bestand nur aus dem Nötigsten – in einem Raum für 16 Einwohner waren nur ein Tisch, sechs Stühle, Doppelstockpritschen und Holzspinde vorhanden. Die frierenden Zwangsarbeiter mussten im harten Winter 1943/44 die Rückwände der Schränke abmontieren, um noch heizen zu können.⁴⁰ Der Luftangriff am Palmsonntag, dem 25. 3. 1945, beschädigte auch das Lager aufgrund seiner geringen Entfernung zu den umliegenden Werken stark und das Leben dort kam praktisch zum Erliegen.⁴¹

Das Werk wurde 1944 im Zuge einer Vorbeugemaßnahme zum Teil nach Modřany (Moder-schan) bei Prag mit dem Decknamen „RUPA“, zum Teil nach Roztoky u Křivoklátu (Rostok bei Pürglitz) unter dem Decknamen „Färberei Pürglitz“ und auch nach Semily ausgelagert.

In D v ů r K r á l o v é n a d L a b e m (Königinhof an der Elbe) befand sich auch ein Werk der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke, dieses Mal vom Zweigwerk Dessau. Die Fabrik war offensichtlich zunächst als Schulungszentrum geplant, nach den umfangreichen Bombenangriffen auf deutsche Städte 1943 stieg ihre Bedeutung jedoch beträchtlich. Der größte Teil der Arbeitskräfte wurde in den Herbstmonaten jenes Jahres eingestellt. Die Produktion wurde in Gebäuden stillgelegter Textilfabriken in Dvůr Králové und Umgebung eingerichtet.⁴² Im Herbst 1944 wurde das Werk in das nahe Jaroměř (Jermer) unter der Bezeichnung Schreiber-Werke ausgeweitet.

Die Zwangsarbeiter aus den ersten großen Gruppen von 1943 wohnten provisorisch in Gasthaussälen (z. B. Gasthof „U Baurů“). Die Bedingungen waren äußerst primitiv – auf dem Boden Stroh, darauf nur eine Decke. Die meisten Zwangsarbeiter wohnten in Fabrikhallen der Textilwerke Hellmann im Norden der Stadt im Stadtteil Německé Podhartí⁴³ und

³⁴ Ebd., Reg.-Nr. 62980.

³⁵ Ebd., Reg.-Nr. 62983.

³⁶ Ebd., Reg.-Nr. 102325.

³⁷ Ebd., Reg.-Nr. 62 548.

³⁸ In der Straße Pod Kolbenkou 616 (Kolbenwerkerstraße) war ein Standort der Produktion von Flugzeugtriebwerken.

³⁹ Die Bezeichnung stammte aus der unweiten Arbeitersiedlung „V Číně“ (In China) – das Junkersheim erinnerte sicherlich auffällig daran. Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 37 039, 102157.

⁴⁰ Ebd., Reg.-Nr. 23337.

⁴¹ Ebd., Reg.-Nr. 12546.

⁴² In der früheren Fabrik Sochor gab es einige Hallen mit metallverarbeitenden Maschinen, eine Härtereie für Teile von Kolbenflugmotoren, eine Werkzeugmacherei, ein Kraftwerk und die Verwaltung. In der Fabrik Mandl wurden Rohre für Kolbenmotoren und später auch für Strahltriebwerke Jumo 004 geschweißt.

⁴³ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 104921, 66326, 57170, 57145.

Neumann (sog. „Najmanka“).⁴⁴ In jeder Etage (das Gebäude der Firma Neumann hatte zum Beispiel drei Stockwerke) schliefen auf hölzernen Doppelstockpritschen mit Strohsäcken etwa 200 Menschen (die Angaben gehen auseinander, von 100 bis 250). Die Bedingungen dort waren angeblich besser als z. B. im schon erwähnten Gasthof „U Baurů“, die Anhäufung einer so hohen Zahl an Menschen brachte jedoch Probleme mit der Hygiene und Taschendiebstählen. Die Schläfer wurden vom ständigen Gewirr der Schichtwechsel gestört. Ein Zwangsarbeiter⁴⁵ führte an, dass er gegen Kriegsende von „Helman“ in das Schulgebäude verlegt wurde. Hier lebten 20 bis 22 Menschen in einem Zimmer. Dort waren die Bedingungen offensichtlich besser. Die Einwohner kochten samstags selbst und hielten unter der Aufsicht des Werkschutzes Ordnung. Frauen war das Gebäude der örtlichen Handelsakademie als Unterkunft zugeteilt.

In K u ř i m (Gurein) dienten die Lager zur Unterbringung der Arbeiter der Klöckner Flugmotorenbau aus Hamburg, die Sternkolbenmotoren BMW 801 produzierte. Deshalb wurde eines der Lager (wo wohl die meisten Arbeiter untergebracht waren) allgemein „Hamburk“ oder „Nový Hamburk“ genannt. Es befand sich am Rand von Kuřim am Wald an der Straße nach Brunn.⁴⁶ Das Lager bestand aus „klassischen“ Holzbaracken, die jedoch schon in einem schlechten Zustand waren (die Bretter waren ausgetrocknet und durch die Ritzen gelangte kalte Luft in die Räume). Sie waren mit Unmengen von Wanzen und Läusen verseucht. Die Einwohner wohnten zu 10–15 in einem Raum auf Doppelstockbetten, hatten zwei Decken und eine Zuteilung von einem Eimer Kohlen zum Heizen. In einem Raum wohnten Arbeiter aus verschiedenen Schichten, was den Schlaf störte. Auch der schon erwähnte unweite Prüfstand von Flugzeugtriebwerken trug nicht zur Ruhe bei. Das ursprüngliche Lager soll direkt im Städtchen Kuřim gewesen sein. Einige Zwangsarbeiter wohnten zunächst in jenem Wohnlager, später zogen sie nach „Nový Hamburk“ um.⁴⁷

Die Arbeits- und Wohnstätten waren durch einen Stacheldrahtzaun von der Umgebung abgetrennt, alles war unter der Aufsicht des bewaffneten deutschen Werkschutzes, die Bewegung außerhalb des Lagers war eingeschränkt.⁴⁸ Ein Besuch der Eltern oder eine Heimfahrt wurden höchstens einmal alle drei Monate vom Lagerführer bewilligt, allerdings erst nachdem genügend Geld für die Fahrt nachgewiesen werden konnte. Oft wurde die Genehmigung grundlos zurückgezogen.⁴⁹

Beim amerikanischen Luftangriff im August 1944 wurde die Fabrik praktisch dem Erdboden gleich gemacht. Danach wurde die Produktion in kleinere Orte in Süd- und Mittelmähren verlegt. Die Zwangsarbeiter wurden in die neu entstandenen Zweigwerke aufgeteilt und hatten dort dieselben unbefriedigenden Arbeits- und Lebensbedingungen.⁵⁰

⁴⁴ Ebd., Reg.-Nr. 67264, 57787.

⁴⁵ Ebd., Reg.-Nr. 67326.

⁴⁶ Ebd., Reg.-Nr. 52267, 61331.

⁴⁷ Nach dem Luftangriff vom 25. 8. 1944 wurde eine große Zahl von Angehörigen der Technischen Nothilfe nach Kuřim gesandt, um Räumarbeiten durchzuführen. Sie wohnten in einem Lager am Ortsrand über der Feuerwehration, zwischen den Gemeinden Česká und Lipůvka (wahrscheinlich ging es um „Nový Hamburk“). Das Lager wurde von Lagerführer Schenk geleitet, die Arbeitskommandos von Straka, Pěchota, Svoboda und Nevyjel.

⁴⁸ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 79390.

⁴⁹ Ebd., 17 persönliche Aussagen von Zwangsarbeitern, die in Kuřim eingesetzt waren.

⁵⁰ Die Verlegung erfolgte nach Hnátice (Friedrichswald), Brodek u Přerova (Brodek bei Prerau), Svitávka (Zwitalles) und Letovice (Lettowitz). Die Klöckner-Arbeiter waren z. B. in Brodek u Přerova zunächst in der Schule untergebracht, später wurde für sie ein Holzbarackenlager errichtet.

N o v á P a k a (Neupaka)⁵¹ wurde zu einem Zentrum einer für örtliche Verhältnisse gewaltigen Konzentration der Flugzeug- und elektrotechnischen Industrie. In dem kleinen Städtchen ließen sich Werke der Firmen Daimler-Benz und Radiotechna-Siemens nieder.⁵² Wie schon gesagt, gab es in dieser Stadt beide Arten von Massenunterkünften. Stadt und Umgebung waren nämlich von Arbeitern direkt überflutet. Hier wurden „klassische“ Holzlager errichtet, die sich direkt auf dem Werksgelände oder in dessen naher Umgebung befanden. Im Falle von Daimler-Benz handelte es sich um zwölf langgestreckte Holzgebäude, von denen jedes vier Räume hatte,⁵³ im Falle der Radiotechna um zwei große Holzgebäude. Ferner wurde auch das Gelände der nahen Wollweberei Hoffmann genutzt, wo durch Unterteilung der Fabrikhalle mit Holzwänden Räume für je 16 Menschen entstanden.⁵⁴ Notunterkünfte wurden auch in öffentlichen Gebäuden geschaffen, und zwar in geschlossenen Gasthäusern („Na Střelnici“, „U Rybů“ in Heřmanice/Hermentz, „Na Studénce“, „U Špringerů“ in Zlámaniny, ein Frauenlager in Vrchovina/Rokitnai im Gasthaus „U Horčičky“ und in Štikov/Stikau), in Schulen (Realgymnasium und Grundschule), Turnhallen (Turnverein „Orel“, Turnverein „Sokol“) und anderen Räumlichkeiten (ehemalige Töpferei und Apotheke).

Alle oben angeführten Unterkünfte befanden sich zumeist am Stadtrand oder in den nahen Dörfern und waren etwa 4–5 km von den Werken entfernt. Da es keinerlei Verkehrsverbindungen gab, mussten die Einwohner jeden Tag zur Arbeit und zurück laufen.

Mit der Verlegung einiger Produktionslinien von Avia Prag in die Räumlichkeiten von Daimler-Benz (die ersten Mitarbeiter trafen im Sommer 1944 ein, die offizielle Verlegung war am 16. 12. 1944) und vor allem dem Bau eines neuen Daimler-Benz-Werks in Stará Paka (Altpaka) in der ehemaligen Weberei Schnabel-Stern entstanden weitere Unterkünfte: das Holzbarackenlager in Ústí (Aust) bei Stará Paka, ferner wurden das Gasthaus „U Pánků“ und das Schulgebäude genutzt. Im Zusammengang mit der Versetzung zur Arbeit an neue Arbeitsstätten entstanden Probleme, wie man zur Arbeit gelangen sollte: man konnte mit dem Zug fahren oder täglich laufen; teilweise wurde diese Situation durch Verlegung der Unterkünfte gelöst (Massenumzug von Frauen in die Schule in Stará Paka im Frühjahr 1945).

Auch hier erreichten die hygienischen Bedingungen keinen hohen Standard. Man schlief entweder direkt auf der Erde (Säle in Gasthäusern, Turnhallen) oder auf Doppelstockbetten. Die Ausstattung bestand aus einem Strohsack, einem harten Kissen und 1–2 Decken. Die Zahl der Personen in einem Raum war von Lager zu Lager unterschiedlich, von 8 bis zu 70 Personen, im Durchschnitt mussten jedoch 20 Menschen einen Raum teilen. In den Holzbarackenlagern gab es Blechrinnen oder Steintröge ohne Dach mit kaltem Wasser, die Unterkünfte waren zumeist mit einem Waschbecken bzw. Eimer oder einer Schüssel „ausgestattet“. So mussten die Einwohner auch natürliche Quellen nutzen, wie z. B. einen Bach hinter dem Gasthaus oder den Brunnen im Keller.⁵⁵ In den Betriebslagern kam ein Trockena-bort auf zwei Baracken (d. h. etwa 40 Personen). Die Lage wurde vor allem durch Unge-

⁵¹ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, persönliche Aussagen von 74 Zwangsarbeitern (40 Frauen und 34 Männer).

⁵² Das Zweigwerk von Daimler-Benz wurde am 11. 1. 1943 in der stillgelegten Fabrik von G. A. Fröhlich gegründet. Dort wurden Teile für das Triebwerk DB 605 produziert (siehe dazu Hopmann, Barbara u. a.: Zwangsarbeit bei Daimler-Benz, Stuttgart 1994, S. 256–258). Radiotechna war ein Elektrotechnik-Unternehmen aus der Vorkriegszeit, das 1940 von Siemens-Halske übernommen wurde, die hier Kondensatoren für verschiedene elektronische Anlagen produzieren ließ.

⁵³ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 77310.

⁵⁴ Ebd., Reg.-Nr. 81642, 88118, 88465.

⁵⁵ Ebd., Reg.-Nr. 61188, 87120.

ziefer verschlimmert (Wanzen, Flöhe, Läuse), daneben durch die ungenügende Heizung und den Mangel an Heizmaterial, das mit eigenen Kräften besorgt werden musste. Das hieß heimlich in den Wald zu gehen und Holz zu holen. Nachts war es so kalt und feucht, dass bis zum Morgen nicht einmal die Kleidung trocknete. Die Erholung wurde auch durch den Zweischichtbetrieb negativ beeinflusst: in den Räumen war praktisch 24 Stunden am Tag Licht. Alle diese Faktoren und die kaum bestehende medizinische Versorgung waren Ursachen für den hohen Krankenstand in den Lagern.⁵⁶

Die Verpflegung war sowohl qualitativ als auch quantitativ unzureichend, die Zwangsarbeiter waren auf Päckchen von der Familie und auf die Hilfe der örtlichen Einwohner angewiesen. In der Werkskantine gab es ein warmes Essen täglich (manchmal wurde nach Eintopf und gekochtem Kohl mit Möhren und Kartoffeln unterschieden). Oft mussten die Zwangsarbeiter jedoch auch ohne diese eine warme Mahlzeit auskommen – entweder reichte es nicht für alle (hier wurde auch die zurückweichende Wehrmacht versorgt) oder man schaffte es nicht, im vorgegebenen Zeitlimit das Essen „zu fassen“.⁵⁷

In den meisten Fabriken wurde 6 Tage in der Woche im Zweischichtbetrieb gearbeitet, aufgrund von aufgezwungenen Überstunden und Brandwachen im Rahmen des Werklufschutzes am Sonntag hatten die Zwangsarbeiter jedoch im Durchschnitt nur einmal alle drei bis vier Wochen frei. Einige Antragsteller erwähnen die Aufsicht in den Unterkünften – „Ordnung und Zeit“ mussten eingehalten werden.⁵⁸

In P o l i č k a (Politschka) war die ehemalige tschechoslowakische Militärfabrik 1, in der Munition hergestellt wurde, das Zentrum der Waffenindustrie und somit auch der Zwangsarbeit. Dort wurden Granaten mit Sprengstoff gefüllt und verarbeitet. Dieselbe Tätigkeit wurde nach der Okkupation für den Bedarf der deutschen Wehrmacht fortgesetzt, jetzt unter der Bezeichnung Aktiengesellschaft Vormal's Škodawerke in Pilsen, Werk Politschka.

Zu Beginn schliefen die Zwangsarbeiter (überwiegend Frauen und Mädchen) im ehemaligen Sokol-Turnerheim in der Nähe des Bahnhofs, später wurden dort die Küche und ein Speisesaal eingerichtet. Nach etwa drei Monaten wurde auf dem örtlichen Sportplatz ein Holzbarackenlager mit vier Gebäuden gebaut. Hier waren ca. 500 Mädchen untergebracht, je Zimmer 10–12 Personen.

Dank seiner Bewohnerinnen wurde dieser Ort „Děvín“ (svw. Mädelheim) genannt. Das sanfte Geschlecht hatte jedoch keine idealen Lebensbedingungen – keine Heizung (im Winter waren nur 10 kg Kohle pro Tag gestattet), oft regnete es zudem in die Notbaracken herein. Auch die Verpflegung war sehr schlecht (oft nur trockenes Brot oder Eintopf, Kartoffeln oder rote Rüben), die Frauen mussten außerdem fast alle Lebensmittelkarten in der Lagerküche abgeben (zur eigenen Nutzung blieb ihnen nur eine Zuteilung von 1 kg Brot pro Woche). In der Fabrik erhielten sie bei jeder Schicht einen Viertelliter Milch – ein Ausdruck des bescheidenen Bemühens der Werksleitung, den Arbeiterinnen, die in einer aggressiven Umgebung voll von Dämpfen aus den produzierten Explosivstoffen arbeiten mussten, die Verpflegung zu bereichern.⁵⁹

⁵⁶ Ebd., Reg.-Nr. 43465, 50297, 55401, 82867.

⁵⁷ Ebd., Reg.-Nr. 50927, 91167, 102590.

⁵⁸ Ebd., Reg.-Nr. 45820, 65596.

⁵⁹ Ebd., Reg.-Nr. 66000.

Die Lager waren meist nur mit den nötigsten Möbeln ausgestattet – einem Tisch, Stühlen, einem Schrank, geschlafen wurde auf einfachen Doppelstockpritschen mit Strohsäcken. Die zugeteilten Decken waren zumeist ohne Bettlaken, als Zudecke diente eine weitere Decke ohne Bezug, das Kissen war mit Stroh gestopft usw.

Diese sehr schlechten hygienischen Zustände hatten ihre Folgen – überall war es voll von Wanzen, Ratten, die Frauen hatten oft Läuse („unter dem Lager gab es ein Rattenkonzert“),⁶⁰ weshalb die Lager oft mit Insektenbekämpfungsmitteln ausgeräuchert wurden. Wer von den Männern im Werk Brandwache halten musste, schlief in einem Raum der ehemaligen Kaserne, wo ständig Licht brannte. Sie deckten sich mit durchgeschwitzten Decken ohne Bezüge und ohne Bettlaken zu, in den Räumen war ein unheimlicher Dreck.⁶¹ Ebenso trist war ein Blick in den Waschraum – eine Blechrinne aus der Wand, darüber ein paar Hähne mit eiskaltem Wasser. Die verzweifelte Lage der dort untergebrachten Frauen wurde noch verschlimmert, weil sich wegen der Einwirkung der aggressiven Dämpfe auch ihr Aussehen veränderte: „Das Trottyl färbte uns nicht nur die Wäsche und Kleidung, sondern alles wurde gelblich, bis hin zu Haut und Haaren. Blondinen bekamen rötliche Haare und wir Brünetten einen Mahagonischimmer.“⁶²

Nach den Aussagen war die Fabrik etwa 7–10 km vom Lager entfernt, die Zwangsarbeiter fuhren mit dem Zug dorthin. Die Fahrt dauerte 15–20 Minuten. Wegen des Charakters und der Bedeutung der Produktion war die Bewachung des Werks und Lagers sehr streng – der Werkschutz führte bei den Frauen sogar sehr erniedrigende Leibesvisitationen durch.⁶³ Die Einwohner konnten mit Durchlassscheinen etwa einmal monatlich nach Hause fahren.⁶⁴

In P l o t i š t ě n a d L a b e m (Zaunfed) bei Hradec Králové (Königgrätz) entstand 2 km vom Zweigwerk der AG Vormal's Škodawerke ein Komplex von ca. 20 Holzbaracken, in denen zum einen Arbeiter der Škoda-Leichtmetallgießerei wohnten, zum anderen auch Arbeitnehmer der Baufirma Konstruktiva untergebracht waren (Teil der Organisation Todt). Letztere waren am Umbau des Werks beteiligt. Gegen Kriegsende wurden auch Arbeiter aus einem neuen Zweigwerk in Kukleny (Kuklen) untergebracht.

Der größte Teil des Lagers war Männern vorbehalten – sie bewohnten 17 Baracken, Frauen zwei Gebäude. Die letzte Baracke wurde in etwas verbesserter Form (Zweibettzimmer, während die anderen sich gewöhnlich zu 10–12 in einem Raum drängten) den Verwaltungsangestellten zur Verfügung gestellt. Jede Baracke hatte 10 Räume mit einem gemeinsamen Gang, einem Waschraum mit kaltem Wasser und Toiletten, die Bedingungen der Frauen und Männer waren gleich. Es gab wohl auch Verpflegung⁶⁵ – Frühstück in Form von Kaffee und Brot, nach der Rückkehr von der Arbeit ein kaltes Abendbrot.

Die Bewegungsfreiheit in diesem Lagerkomplex war nicht eingeschränkt, Eintritt hatten jedoch nur seine Insassen mit Lagerausweis. Nach einigen Aussagen waren Besuche möglich, jedoch nur bis zur Nachtruhe um 21 Uhr.⁶⁶

⁶⁰ Ebd., Reg.-Nr. 93288.

⁶¹ Ebd., Reg.-Nr. ČNFB, EČ 66000, 71363, 59430 a 60526, 59430, 57404, 35565, 93344, 93589, 99981, 60884, 58854, 56922 und 35565.

⁶² Ebd., Reg.-Nr. 66000.

⁶³ Ebd., Reg.-Nr. 103233.

⁶⁴ Ebd., Reg.-Nr. 71363.

⁶⁵ Hier gehen die Aussagen auseinander, es ist nicht klar, ob die Möglichkeit der Verpflegung nur eine gewisse Zeit in der Existenz des Lagers bestand oder länger.

⁶⁶ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 50122, 58022, 85442, 104865, 105139, 107171.

In Prostějov (Prossnitz) befanden sich Sammelunterkünfte für Zwangsarbeiter der Firmen Wichterle & Kovařík,⁶⁷ Hanisch⁶⁸ und später auch Klöckner Flugmotorenbau.

Frauen, die für Hanisch & CO. arbeiteten, wurden die Räumlichkeiten des Theaters in Prostějov⁶⁹ und auch Holzbaracken am Petrášské náměstí (Petersplatz)⁷⁰ zur Verfügung gestellt. Nach der Verlegung aus Kuřim im Spätsommer 1944 beschlagnahmte Klöckner für seine Arbeiter das „Sokol“-Turnerheim in Prostějov. Die Belegschaft schlief auf Doppelstockbetten im Saal.⁷¹ Das Werk arbeitete hier unter der neuen Bezeichnung „Jan Matuška, Prossnitz“, die gleichzeitig auch ein Deckname war.

Lager mit Holzbaracken gab es auch bei der Gemeinde Vrahovice (Wrahowitz) – hier waren Arbeiter (Männer) der Firma Wichterle & Kovařík (Wikov) untergebracht, die ihr Lager auch noch mit eigenen Kräften bauen mussten. Das gesamte Gebiet wurde ebenso wie das Werk Wikov selbst vom bewaffneten Werkschutz bewacht, wiederholt soll es Durchsuchungen der persönlichen Sachen von Arbeitern gegeben haben, das Verlassen des Wohnlagers war nur mit einer Genehmigung möglich, dasselbe galt auch für Reisen der Zwangsarbeiter zu ihren Familien.⁷² Auch hier herrschten die obligatorisch schlechten hygienischen Zustände, bei denen lästiges Ungeziefer in Massen auftrat.

Dieselbe Firma brachte einen Teil ihrer Arbeiter auch direkt im Werk unter, wo ein Teil als Unterkunft abgetrennt und mit Betten und Spinden für die persönlichen Sachen ausgestattet wurde. Die hier untergebrachten Arbeiter wurden im Januar 1944 zu den anderen nach Vrahovice verlegt.⁷³ In derselben Unterkunft wohnten auch Frauen, deren Lager eine „Lagerführerin“ vorstand. Anträge auf Verlassen des Wohngeländes konnten nur von ihr genehmigt werden.⁷⁴ Dort gab es auch eine Lagerküche, die Mittag- und Abendessen kochte.

Račice nad Třetinou (Ratschitz an der Trotina) war ein Beispiel der Unterbringung von Arbeitern, die nicht in der Industrie, sondern auf dem Bau arbeiteten. Sie waren bei der Firma Konstruktiva beschäftigt, die im Rahmen der Organisation Todt tätig war (Beleg dafür waren Armbinden an den Jacken der Arbeiter). Ihr Auftrag bestand im Bau einer Fabrik des Konzerns AG Vornals Škodawerke in der Nähe des Orts Račice, wo Panzermotoren produziert werden sollten. Dort waren in großer Zahl Lehrer und seit September 1944 auch die Studenten aus den geschlossenen Mittelschulen als Arbeiter eingesetzt.⁷⁵ Der Bau wurde von den deutschen Architekten Meretlich und Poglitsch geleitet.

⁶⁷ Die ehemalige Fabrik für Landmaschinen erhielt während der Okkupation ein neues Programm und produzierte für die deutsche Wehrmacht, hier wurden z. B. Tragflügelteile für die Messerschmitt Me-109 hergestellt.

⁶⁸ Ehemalige Textilfabrik Nehera & Rolný, produzierte mit einem neuen Inhaber unter dem Namen Hanisch & CO. Kleiderfabrik Prossnitz bis 1944 Uniformen für die deutschen Streitkräfte. Ab 1944 wurde in ihre Räumlichkeiten die Produktion von Schwanzleitwerken und Querruder für die Messerschmitt Me-109 aus Obergrafendorf verlegt (Teil der Wiener Neustädter Flugzeugwerke). Eine Gruppe von Arbeitern wurde vom 21. 1. 1944 bis zum 21. 2. 1944 zur Schulung nach Obergrafendorf geschickt. Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 71804, 57419, 98998.

⁶⁹ Ebd., Reg.-Nr. 93863.

⁷⁰ Ebd., Reg.-Nr. 48466.

⁷¹ Ebd., Reg.-Nr. 62336, 95598.

⁷² Ebd., Reg.-Nr. 56642, 75755.

⁷³ Ebd., Reg.-Nr. 57863, 92343.

⁷⁴ Ebd., Reg.-Nr. 83034, die Zeugin gibt an, dass Ausgang nur mit unterzeichnetem Durchlassschein möglich war.⁷⁵ Ebd., Reg.-Nr. 59409, 115129.

⁷⁵ Ebd., Reg.-Nr. 59409, 115129.

Als Unterkunft dienten hölzerne montierte Baracken (das „Lager“ hieß offiziell Siedlung Waldheim), in denen zu Anfang nicht einmal Sozialeinrichtungen vorhanden waren. Die Zwangsarbeiter mussten ihre Notdurft im Wald verrichten und erst nach dessen völliger Verunreinigung wurden primitive „Schwejsche“ Latrinen⁷⁶ gebaut. Das Lager war von der Arbeitsstätte etwa 30 Minuten Zugfahrt entfernt – von der Station Račice gingen die Zwangsarbeiter zu Fuß noch etwa 1 km bis zur Baustelle.

Die Stadt Semily wurde während des Krieges auch ein Standort für die Flugzeugindustrie. In einer stillgelegten Textilfabrik wurden die Zittwerke⁷⁷ gegründet (Stadtteil V Říčkách). Im Juni 1944 wurden aus Deutschland einige Produktionsstraßen von Junkers/Köthen hierher verlegt (Produktion von Flugzeugtriebwerken), nachdem das dortige Werk nach einem Luftangriff fast vollständig zerstört worden war (einige dieser Einrichtungen sollten ursprünglich in eine Höhlenfabrik im Harz verlegt werden).⁷⁸ Die ersten Zwangsarbeiter kamen nach dem 7. 6. 1944 und waren u. a. im Gasthaus gegenüber der Fabrik untergebracht. Im Saal mit hölzernen Doppelstockbetten und einem einzigen Ofen schliefen etwa 50 Personen. Dieses „Wohnheim“ wurde nicht bewacht.

Im September 1944 wurde in den Flugzeugwerken Letov eine Gruppe von 120–150 Arbeitskräften gebildet, die als Aushilfe in das Werk in Semil/Semily geschickt wurden.⁷⁹ In den ersten Tagen fand der Transport eine Unterkunft in der Grundschule des Orts Košťaly (2 km vom Werk entfernt). Ganz neue Arbeitskräfte waren während einer zweimonatigen Einarbeitungszeit auch in Holzbaracken in Benešov u Semil (Beneschau bei Semil) untergebracht, wo in einem Raum 20–30 Personen auf Holzdoppelstockbetten schliefen.⁸⁰ Dort gab es große Kälte, die Zwangsarbeiter (vor allem Frauen) hatten nur dünne Decken zum Zudecken; auch die hygienischen Bedingungen waren unzureichend: man konnte sich nirgends ordentlich waschen, auf dem Hof war ein Trockenabort. Nach der Aussage einer Zeugin herrschte dort ein strenges Regime (sie bekam nicht einmal für das Begräbnis ihres Großvaters einen Durchlassschein), andere Zeuginnen erwähnen jedoch nicht bewachte Unterkünfte; auch wird das Schulgebäude in Benešov genannt.⁸¹

Auf dem Hügel über dem Krematorium von Semily entstand in jener Zeit durch die Arbeit der Arbeiter der Protektorats-Technischen Nothilfe⁸² ein „Lagerstädtchen“, in dem nach und nach alle Zwangsarbeiter zusammengefasst wurden. Es bestand aus mehreren typisierten Holzbaracken, die viele verschiedene „Zimmer“ hatten, in Abhängigkeit von ihrer Größe unterschied sich auch die Zahl ihrer Einwohner: von 5 bis zu 30 Personen je Raum. Zur Ausstattung gehörten Doppelstockbetten, Strohsäcke und ein Ofen, in dem die Zwangs-

⁷⁶ Ebd., Reg.-Nr. 115129

⁷⁷ Ebd., persönliche Aussagen und Telefongespräche mit 88 Zwangsarbeitern. Fotodokumentation: ebd., Reg.-Nr. 60316, 64620, 72406 a 93885. Veröffentlichte Erinnerungen (Zeitungsartikel): ebd., Reg.-Nr. 81454.

⁷⁸ Ebd., Reg.-Nr. 33378.

⁷⁹ Ebd., Reg.-Nr. 84866.

⁸⁰ Ebd., Reg.-Nr. 60687.

⁸¹ Ebd., Reg.-Nr. 58591, 61033.

⁸² Ende 1944 wurden sie von Prag nach Semily verlegt; im Winter und zu Beginn des Frühjahrs 1945 wechselten sich mehrere Gruppen ab. Die eingesetzten TN-Leute waren in Arbeitsgruppen eingeteilt: eine machte Erdarbeiten im Zusammenhang mit dem Bau des Gleisanschlusses in die Fabrik, des Umzugs der Produktionsanlagen und seinem Transport in der Fabrik, ferner am Bau der Zufahrtsstraße und des Prüfstands für Flugmotoren. Im Frühjahr 1945 wurden Panzergräben und Barrikaden gebaut. Ein großer Teil der Abteilung war jedoch für die erwähnte Erweiterung der Kapazität des Lagers über dem Krematorium bestimmt, d. h. für den Bau von Holzbaracken für die zukünftigen Zwangsarbeiter.

arbeiter selbst mit Kohlen heizten, die sie jeden Tag fassten.⁸³ Das Leben in den Gebäuden ohne Wärmedämmung und mit nur beschränkten Heizmöglichkeiten (Mangel an Brennstoffen) wurde noch durch die Tatsache verschlimmert, dass sich das Lager auf einer kleinen, aber windigen Lichtung befand.⁸⁴ Die hygienischen Umstände und Wohnbedingungen waren dort wirklich nur provisorisch.⁸⁵

Quellen

Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds.

Státní ústřední archiv Praha [Staatliches Zentralarchiv Prag]

-Fonds 110 (Státní ministr pro Čechy a Moravu) [Staatsminister für Böhmen und Mähren].

-Fonds Ministerstvo hospodářství a práce [Ministerium für Wirtschaft und Arbeit].

Šustek, V. (ed.): *Josef Pfitzner a protektorátní Praha v letech 1939 – 45* [Josef Pfitzner und das Prag in der Zeit des Protektorats], Bd. 2, Prag 2001.

Literatur

Brandes, D.: *Češi pod německým protektorátem* [Tschechen unter dem deutschen Protektorat], Prag 1999.

Hopmann, B. u. a.: *Zwangsarbeit bei Daimler-Benz*, Stuttgart 1994.

Kralický, V.: *Zbrojařství* [Rüstungswesen], in: *Technické památky v Čechách, na Moravě a ve Slezsku* [Technische Denkmäler in Böhmen, Mähren und Schlesien], Bd. I., Prag 2001.

Němeček, V.: *Československá letadla (I) 1918 – 1945* [Tschechoslowakische Flugzeuge 1918 – 1945], Prag 1983.

Mainuš, F.: *Totální nasazení, Češi na pracích v Německu 1939-1945* [Totaleinsatz, Tschechen zur Arbeit in Deutschland], Brno 1970.

Seeber, B.: *Die Reichswerke „Hermann Göring“ Linz* (Diplomarbeit), Linz 1995.

Sládek, O.: *Zločinná role gestapa* [Die verbrecherische Rolle der Gestapo], Prag 1986.

⁸³ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 87050.

⁸⁴ Ebd., Reg.-Nr. 52973.

⁸⁵ Ein Antragsteller (Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 47740) beschrieb sie wie folgt: „Das beschriebene Lager gehörte zu den Zittwerken Semil, von denen es auch verwaltet wurde. Es diente der Pflichtunterbringung der dort eingesetzten Zwangsarbeiter. Das Lager bestand aus drei typisierten eingeschossigen langen Holzbaracken, die auf einem ehemaligen Feld errichtet und mit einem Drahtzaun umgeben waren. Die Baracken waren schon ziemlich verkommen und ungenügend gewartet. An den Fenstern zog es und an den Wänden war es nass. Das schlimmste Übel war das lästige Ungeziefer, unser ganzer Körper war von Wanzen und Flöhen bis zum Anschwellen zerstoßen. Im Waschraum gab es kein warmes Wasser, weshalb wir uns im Winter gar nicht wuschen, nur in den Garderoben im Werk... im Lager durfte man keine Besuche empfangen... wir selbst durften nur in den dringendsten Fällen mit Zustimmung des Lagerführers (und Eintragung in das Arbeitsbuch) nach draußen. Wenn uns das gelang, klapperten wir die örtlichen Bauern ab und bettelten um Kartoffeln.“ Die Information über eine solche Einschränkung der persönlichen Freiheit im Betriebslager konnte leider nicht bestätigt werden – der Antragsteller selbst konnte während eines Telefongesprächs keine weiteren Angaben ergänzen oder das Heim näher lokalisieren.

ZWANGSARBEIT POLNISCHER ZIVILARBEITER IM REGIERUNGSBEZIRK ÚSTÍ NAD LABEM (AUSSIG), BZW. IM LANDKREIS JABLONNÉ V PODJEŠTĚDÍ (DEUTSCH GABEL)

ALENA KRAUSOVÁ

Nach dem Münchner Diktat begannen die Nationalsozialisten, das Grenzgebiet („Sudetengebiet“) in das Reich einzugliedern. So wurden die bestehenden Behörden in Reichsinstitutionen eingebunden oder neue Behörden nach den im Reich geltenden Regeln geschaffen. Das betraf sowohl die staatliche Verwaltung als auch die Wirtschaft. Der Reichsgau Sudetenland wurde zu einem sog. Mustergau. Da die Wirtschaftskrise in den Sudetengebieten viel schärfer als im tschechischen Inland grassiert hatte, gingen viele Arbeitskräfte zur Arbeit ins Reich, das einhergehend mit den beginnenden Kriegsvorbereitungen unter einem Mangel an Arbeitskräften litt. Schon Ende der dreißiger Jahre führte diese Entwicklung dazu, dass im Sudetenland Arbeitskräfte fehlten, vor allem in der Landwirtschaft. Aus vielen Berichten kann entnommen werden, dass kurz nach dem Anschluss der Sudetenländer an das Reich Arbeiter aus der Slowakei zur Aushilfe in der Landwirtschaft gerufen werden mussten.

Die deutsche Wirtschaft hatte mit vielen Problemen zu kämpfen. Eines davon war ein ungeheurer Arbeitskräftemangel. Das Reich nutzte viele Mittel, um die benötigte Zahl an Arbeitskräften zu erreichen. Im Rahmen der sog. „Auskämmaktionen“ wurden Arbeiter aus für die Kriegsproduktion unwichtigen oder weniger wichtigen Unternehmen zur Arbeit in Rüstungsbetriebe gesandt, ferner wurden Arbeitskräfte auch kurzfristig „ausgekämmt“ und als Aushilfe in der Landwirtschaft genutzt. Kleine Handwerksbetriebe wurden geschlossen, u. Ä. wurden Frauen in den Arbeitsprozess einbezogen. Neben der Tatsache, dass Deutschland durch die Besetzung vieler Staaten benötigte Rohstoffe und kriegswichtige Industrie erlangte, gewann es auch eine riesige Zahl an Arbeitskräften, Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen, die dann für die Kriegswirtschaft des Reichs ausgenutzt wurden. Im August 1944 arbeiteten im Gebiet des „Großdeutschen Reichs“ etwa 8 Millionen fremde Zivilarbeiter und Kriegsgefangene, wozu noch 500 000 Häftlinge aus Konzentrationslagern gezählt werden müssen. Das entsprach 30 % aller Arbeitskräfte im Reich.¹ Vor dem Kriegsausbruch wurde der Arbeitskräftemangel auf 1,2 Millionen beziffert und diese Zahl stieg während des Krieges noch an.

Nach der Vertreibung der Tschechen aus den Grenzgebieten infolge des Münchner Abkommens von 1938 und dem Weggang vieler Sudetendeutscher ins Reich, wo bessere Löhne gezahlt wurden, litten die Sudetengebiete unter einem kritischen Mangel an Arbeitskräften. Aus Meldungen des Landesamtes aus den Jahren 1940–1944 kann entnommen werden, dass schon seit der Schaffung des „Reichsgaus Sudetenland“ eine enorme Zahl an Arbeitsplätzen nicht besetzt werden konnte und viele Betriebe geschlossen

¹ Herbert, Ulrich: *Der „Ausländereinsatz“ in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*. S. 13–21, in: Spanjer, Rimco. Oudesluijs, Diète. Meier, Johan: *Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945*. Bremen 1999. S. 13.

Tab. 1. Entwicklung der freien Arbeitsplätze im Sudetenland und Zahl der eingesetzten Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter in den Jahren 1940–1945²

Monat	1940		1941		1942		1943		1944		1945	
	FS	Kg. + AA	FS	Kg. + AA	FS	Kg. + AA	FS	Kg. + AA	FS	Kg. + AA	FS	Kg. + AA
Januar									55 600			
Februar			63 000 (11 502 Kg.)	38 263	85 000	41 700			57 800			25 000
März			82 000	37 200			85 000	51 000	63 800			
April			84 650 (18 000 Kg.)	34 600 (400 Polen)					60 000			
Mai			84 716 (19 000 Kg.)	38 000	78 000		70 000		60 000			
Juni			79 000	38 198	68 000				59 100			
Juli			122 000 (24 000 Kg.)	38 000	104 000				55 800			
August	52 000 (23 000 Kg.)	19 000 (ges. 29 000)	110 000		65 600				51 632			
September					59 000	54 000			50 257			
Oktober									47 700			
November		18 000			53 000	58 300	50 000					
Dezember		ges. 38 154			52 000	57 000	45 500	16 000				

FS – freie Stellen; Kg. – Kriegsgefangener; Kg. + AA – Kriegsgefangene und ausländische Arbeiter

² SOA Litoméřice, Fonds Župní vedent NSDAP, K. 21 und K. 25, Monatsberichte des Landesarbeitsamts der Sudeten und Monatsberichte des Gauwirtschaftsberaters an Göring aus den Jahren 1940–1945.

werden mussten. Mit den fortschreitenden Angriffen der Alliierten auf Deutschland und der damit einhergehenden Bombardierung kriegswichtiger Industrien wurde auch Kriegsproduktion aus dem Reich hierher verlegt, was weitere neue Arbeitskräfte verlangte. Sehr bald kam die Entscheidung führender Stellen, ausländische Arbeiter im Reich einzusetzen. So begann kurz nach Kriegsbeginn die Ausnutzung der Arbeit von 300 000 polnischen Kriegsgefangenen.³ Gleichzeitig damit wurde in Polen auch die Anwerbung ziviler Arbeitskräfte eingeleitet, wobei die angewendeten Methoden ständig gesteigert und verschärft wurden. Die Polen wurden mit ausgesprochen extremen Methoden für die Arbeit im Reich „angeworben“. Gerade das Gebiet des Generalgouvernements diente als etwas wie eine „Polenreserve“, aus der Arbeitskräfte wie vom Lager geholt wurden. Zunächst versuchten die nationalsozialistischen Behörden die Bevölkerung freiwillig zu gewinnen. Als diese Methode jedoch keinen Erfolg zeigte, begann der Druck. Für einzelne Distrikte wurden Pflichtkontingente für die Anwerbung festgelegt, was zu harten Repressionen führte. So wurden zum Beispiel Straßenbahnen angehalten und junge Frauen und Männer festgenommen, auf die Bevölkerung wurde wirtschaftlicher Druck ausgeübt, indem Polen keine Lebensmittelkarten ausgegeben wurden. Polizeieinheiten umzingelten Städte, Dörfer, Kirchen, Kinos, Bahnhöfe und Straßen, aus denen dann geeignete Arbeitskräfte ins Reich deportiert wurden.

Aus der Aussage einer Zwangsarbeiterin: „(...) 1940 gab es im Ort eine Anweisung von den deutschen Behörden, eine bestimmte Zahl an Personen für einen Arbeitstransport nach Deutschland zu stellen. Bei Nichtbefolgung dieser Anweisung wurde gedroht, dieselbe Zahl von Menschen zu erschießen.“ Die Zeugin war eine der Personen, die, wie sie schreibt, in den Transport mussten. Da alles so schnell ging, verließ sie ihre Eltern nur mit den nötigsten persönlichen Sachen. Nach dem Antritt wurden sie unter Anwesenheit deutscher Soldaten in Güterwaggons gejagt, ohne das Ziel ihres Transportes zu kennen.⁴

Aus weiteren Aussagen: „(...) meine Mutter, ihre Schwester und ihre Mutter wohnten im Krieg in Warschau, wo beide Schwestern das Gymnasium besuchten. 1944 entschied sich Großmutter, wegen der großen Gefahr die Stadt zu verlassen und mit beiden Kindern zur Familie ihres Mannes zu fahren, der damals in deutscher Gefangenschaft war. Nachdem sie ihre Sachen in den Zug geladen hatten und eingestiegen waren, wurde der Zug von Deutschen entführt und fuhr dann ohne Pause nach Dresden. Zu jener Zeit war die Großmutter mit ihren Töchtern schon unter deutscher Aufsicht und wurde in Dresden einem Deutschen in Zivil übergeben, der sie in einer deutschen Fabrik im Gau Sudetenland internierte.“⁵

Aus der Aussage einer weiteren Zeugin: „Eigentlich wurde ich von den Deutschen in Polen gefangen, wo ich im Juni 1941 meinen ständigen Wohnsitz hatte (...).“ Damals war die Antragstellerin noch nicht einmal 17 Jahre alt. Sie wurde „weggefangen“, ohne jegliche Erklärung, dass sie zur Zwangsarbeit antreten sollte, und in das Internierungslager in Krakau (pol. Krakow) verschleppt. Sofort nach der Ankunft wurde sie kahlgeschoren, nackt ausgezogen, die Kleider wurden ihr abgenommen und sie wurde psychisch und körperlich gepeinigt. Sie wusste nicht, wohin sie gebracht wurde... Diese Lage dauerte etwa einen Monat an,

³ Herbert, Ulrich: Der „Ausländereinsatz“ in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. S. 13–21, in Spanjer, Rimco. Oudesluijs, Diete. Meier, Johan: Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945. Bremen 1999. S. 13.

⁴ Archiv des Büros für die NS-Opfer – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 100712.

⁵ Ebd., Reg.-Nr. 112121.

dann wurde sie mit dem Zug in Viehwaggons in das Sudetenland überführt. Deutsche Bauern suchten sie dort zur Arbeit aus, was der Zeugin wie ein Sklavenmarkt vorkam.⁶

Aus einer anderen persönlichen Aussage: „(...) im Februar 1939 wurde ich aus meiner Familie gerissen und mit meinen 15 Jahren in einem Viehwaggon in das Protektorat Böhmen und Mähren gebracht. Bei der Fahrt hatte ich nur ein einfaches Kleid bis unter die Knie an, keine Unterwäsche und nur sehr bescheidene Schuhe. Die ganze Zeit im Zug bekam ich weder zu essen noch zu trinken (...).“⁷

Im Sommer 1944 befanden sich im gesamten Reichsgebiet 1,7 Millionen so verschleppter polnischer Arbeitskräfte. Während des gesamten Kriegs waren im Gebiet des sog. Altreichs und in den besetzten nicht polnischen Gebieten 2 826 000 Polen zur Arbeit eingesetzt.

Mit dem Beginn des Krieges begann die deutsche Wirtschaft also zunächst polnische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter als Arbeitskräfte zu nutzen. Später kamen Angehörige weiterer besetzter Staaten, aber auch befreundeter Länder hinzu. Erstere wurden in das Reich mehr oder weniger verschleppt und arbeiteten zu allerseits schlechten Bedingungen in einer für sie gebildeten rassistisch abgestuften Gesellschaft. Angehörige befreundeter Länder kamen aufgrund bilateraler Verträge ins Land und hatten eine bedeutend andere Stellung als die Arbeiter der ersten Gruppe.

Die Arbeiter waren in vier Gruppen aufgeteilt.

Gruppe A waren Arbeitskräfte polnischer Nationalität aus dem Generalgouvernement und aus den eingegliederten Ostgebieten.

Gruppe B enthielt Fremdarbeiter aus besetzten Gebieten im Westen und Norden des Reichs. Diese Gruppe war noch unterteilt: in der ersten Untergruppe waren Arbeiter germanischer Herkunft – Holländer, Dänen, Norweger und Flamen (aus einem Teil Belgiens), in der zweiten Untergruppe Arbeiter aus dem wallonischen Teil Belgiens und aus Nordfrankreich, ferner Polen, Tschechen, Jugoslawen, Slowaken und in Frankreich angeworbene Italiener, die in der letzten Zeit also für feindliche Mächte gearbeitet hatten.

Gruppe C bestand aus Arbeitskräften aus den sog. altsowjetrussischen Gebieten ohne Litauen, Lettland, Estland, dem Kreis Białystok und dem Distrikt Galizien.

Gruppe D enthielt Arbeitskräfte aus den Ländern des Baltikums und Arbeiter nicht-polnischer Nationalität aus dem Generalgouvernement und aus den eingegliederten Ostgebieten.⁸

Als polnische Arbeitskraft galt, wer am 1. 9. 1939 einen ständigen Wohnsitz im eingegliederten Ostgebiet, im Kreis Białystok oder im Generalgouvernement einschließlich des Distrikts Galizien hatte und zur Arbeit im Reichsgebiet (mit Ausnahme der eingegliederten Ostgebiete) eingesetzt war. Ausnahmen konnten nur solche Personen polnischer Nationalität geltend machen, die nachweisen konnten, dass sie die – zum Beispiel durch Heirat erworbene – Nationalität eines noch souveränen Staates besaßen.⁹ Viele polnische Bürger beriefen sich im Zusammenhang mit dieser Bekanntmachung auf ihre amerikanische Staatsbürgerschaft und machten geltend, dass sich somit die Gesetze für Polen nicht auf sie beziehen

würden. Die Antwort der deutschen Behörden lautete: „Von amerikanischen Vertretungen eingebrachte Fragen zu diesem Thema können mit der Schließung sämtlicher nordamerikanischer Konsulate als erledigt betrachtet werden. Auch die hiesige amerikanische Botschaft (Konsularabteilung) hat keine Befugnis zur Ausübung der Konsulartätigkeit, sondern muss sich in jedem Falle an das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten wenden.“¹⁰

Die ersten polnischen Kriegsgefangenen trafen schon in der zweiten Hälfte 1939 im Reichsgau Sudetenland ein. Sie wurden in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt, später auch im Bergbau.

Nach einer Meldung des stellvertretenden Gauleiters Fritz Köllner war im September und Oktober im Sudetenland kein einziger polnischer Kriegsgefangener eingesetzt gewesen. In den Ostsudeten war zwar der Einsatz von ein paar Hundert polnischen Kriegsgefangenen vorgesehen, für den Bedarf der Landwirtschaft während der Zuckerrüben- und der Ernte anderer Hackfrüchte reichte das jedoch bei weitem nicht aus. Die Landwirtschaft hatte mit einem großen Arbeitskräftemangel zu kämpfen und die einzige Lösung aus der Krisensituation bestand im Einsatz polnischer Gefangener. Anfang Oktober gaben die Bauern „Bestellungen“ für Kriegsgefangene ab und es wurden auch Lager für sie gebaut. Bis auf ein kleines Kontingent von 50 Kriegsgefangenen in die Ostsudeten kam jedoch bis Ende Oktober keine einzige „Lieferung“ von Kriegsgefangenen.¹¹

Die für das Sudetenland bestimmten Kriegsgefangenen wurden von den zuständigen Stammlagern in Nürnberg und Böhmisches Kamnitz (Lausitz) zusammengestellt. Die weitere Vermittlung erfolgte dann durch die Arbeitsämter, die nach Erörterung der den Arbeitseinsatz betreffenden Fragen mit dem Landesbauernführer und den Landräten ihre Bestellungen an die Armee richteten. Die Landräte hatten die Aufgabe, eine Unterkunft zu vermitteln und die Polizeiaufsicht auszuüben.¹²

Nach den Meldungen aus den Landkreisen waren Ende 1939 bei deutschen Bauern und in der Forstwirtschaft im Kreis Chomutov (Komotau) 265, im Kreis Most (Brüx) 135, im Kreis Ústí n. L. (Aussig) 50, im Kreis Vrchlabí (Hohenelbe) 100, im Kreis Děčín (Tetschen) 20, im Kreis Liberec (Reichenberg) 20, im Kreis Teplice (Teplitz-Schönau) 29, im Kreis Bílina (Bilin) 60 und im Kreis Duchcov (Dux) 20 polnische Kriegsgefangene eingesetzt. Während der Kreis Dubá (Dauba) 60 polnische Kriegsgefangene meldete, war im Kreis Jablonné v Podještědí (Deutsch Gabel) bis Ende 1939 kein einziger polnischer Kriegsgefangener eingesetzt.¹³ Danach wurden nach Anweisung des Wehrmachtoberkommandos vom 22. 5. 1940 arbeitsfähige Kriegsgefangene freigelassen, wenn sie zusagten, auch weiterhin für das Reich zu arbeiten. So wurden sie Zivilarbeiter und unterlagen den Vorschriften, die im Reich auch für die polnischen Zivilarbeiter galten. Diese Arbeiter wurden dann zu den Arbeitsämtern überführt, bekamen eine Arbeitskarte, unterlagen der Kennzeichnungspflicht und mussten sich bei der zuständigen Polizeistation melden.

Nach Anweisung des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei Heinrich Himmler wurden Kriegsgefangene aus Grenzgebieten, in denen Kriegshandlungen statt-

¹⁰ Ebd., K. 97, Bericht des Innenministers vom 9. 12. 1940.

¹¹ SOA Litoměřice, Fonds Župní vedení NSDAP, K. 1, Wochenmeldung des stellvertretenden Gauleiters vom 21. 10. 1939 und 28. 10. 1939.

¹² SOKA Česká Lípa, Fonds Landráť Jablonné v Podještědí, K. 52, Schreiben des Innenministers vom 4. 11. 1939 an die Regierungspräsidenten im Sudetengau.

¹³ SOA Litoměřice, Fonds Vládní prezident Ústí nad Labem, K. 58, Meldung der Landräte für Dezember 1939.

⁶ Ebd., Reg.-Nr. 48763.

⁷ Ebd., Reg.-Nr. 98876.

⁸ SOKA Česká Lípa, Fonds Landráť Jablonné v Podještědí, K. 52, Gestapo-Rundschreiben vom 6. 5. 1942.

⁹ SOA Litoměřice, Fonds Vládní prezident Ústí nad Labem, K. 153, Rundschreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei beim Reichsministerium des Innern vom 10. 9. 1943 betreffend polnische Zivilarbeiter auf Reichsgebiet.

fanden, Offiziere und Fähnriche nicht aus dem Statut eines Kriegsgefangenen entlassen. Für Unteroffiziere traf dies nur dann zu, wenn sie sich weigerten zur Arbeit sich zu melden. Der Kriegsgefangenenstatus war für Angehörige der Intelligenz, Minderheiten wie z. B. Ukrainer und Weißrussen sowie Juden, Zivilisten und arbeitsunwillige, verurteilte, unzuverlässige und verdächtige „Elemente“ ausgeschlossen. In der letzten Gruppe waren Gefangene, die für die Zwecke der Wehrmacht eingesetzt wurden.¹⁴

Nach einer Untersuchung des Bedarfs an Arbeitskräften wurden am 15. 2. 1940 etwa 608 000 Arbeitskräfte benötigt, davon ca. 400 000 Knechte und 208 000 sog. Wanderarbeiter.¹⁵ Der Bericht rechnete auch mit dem Einsatz anderer Nationalitäten aus befreundeten Staaten wie Italienern, Ungarn und Slowaken (ca. 70 000), die größte Zahl sollten jedoch Polen sein. Aus den eingegliederten Ostgebieten konnten nach dem Bericht 60 000 Polen eingesetzt werden, der Rest sollte aus dem Generalgouvernement kommen.

Bis Ende Mai 1940 war mehr als 1 Million polnischer Zivilarbeiter zur Arbeit im Reich eingesetzt.¹⁶ Nach Ankunft des Transports wurden diese Arbeiter vom Arbeitsamt übernommen, wo ihnen Arbeitskarten zugeteilt wurden. Für Polen waren das sog. Grün- und Grauzettel. Grünstempel waren für Arbeiter in der Landwirtschaft bestimmt, Grauzettel für Industriearbeiter. Das Arbeitsamt meldete die Ankunft der neuen Arbeitskräfte dann der Polizei, bei deren örtlicher Dienststelle sich die Polen daraufhin melden mussten. Die Polizei hatte die Aufgabe, sie zu fotografieren und Fingerabdrücke von ihnen abzunehmen.¹⁷ Bei der Aufteilung der Polen zu den Arbeiten sollte darauf geachtet werden, dass ebenso viele Männer wie Frauen zugeteilt wurden. Dadurch sollten Intimkontakte zur örtlichen Bevölkerung vermieden werden. In Industriezentren, wo mit mehr Männern gerechnet wurde, sollten sogar Freudenhäuser eingerichtet werden.¹⁸

Eine Zeugin erinnert sich an die Praxis der damaligen Behörden bei der Arbeitsaufteilung. „(...) nach Ankunft des Transports wurden wir wieder unter Beihilfe der deutschen Soldaten aus den Waggonen gejagt. Unter Geschrei und mit Gewehren im Anschlag wurden wir in Gruppen aufgeteilt. Deutsche wählten daraus Arbeiter für ihre Firmen aus.“¹⁹ Aus einer weiteren Erinnerung: „Nach der Ankunft in Bruntál (Freudenthal) jagten sie uns aus den Waggonen. Hier wurden wir von den örtlichen Bauern ausgesucht und in ihre Höfe gebracht.“²⁰

Sehr bald begannen sich jedoch bei diesen Arbeitskräften Fluchtversuche und eigenmächtiges Verlassen der Arbeitsplätze zu häufen. Wer gefasst wurde, wurde bestraft und sollte bei wiederholtem Verlassen des Arbeitsplatzes in ein Konzentrationslager überwiesen

¹⁴ Ebd., K. 51, Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei beim Reichsministerium des Innern vom 10. 7. 1940 an die Regierungspräsidenten.

¹⁵ Ebd., K. 229, Schreiben des Sonderbevollmächtigten des Reichsarbeitsministers für den Arbeitseinsatz und die Arbeitslosenunterstützung in den Sudetengebieten an die Leiter der Arbeitsämter im Reichsgau Sudetenland vom 15. 2. 1940.

¹⁶ Herbert, Ulrich: Der „Ausländereinsatz“ in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Str. 13–21; in Spanjer, Rimco, Audestuijs, Diets, Meijer, Johan: Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945. Bremen 1999. Str. 14.

¹⁷ SOA Litoměřice, Fonds Vládní prezident Ústí nad Labem, K. 229, Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei beim Reichsministerium des Innern an den Reichsarbeitsminister vom 8. 3. 1940.

¹⁸ Ebd., Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei beim Reichsministerium des Innern an den Reichsarbeitsminister vom 8. 3. 1940.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Archiv des Büros für die NS-Opfer – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 98876.

werden.²¹ In den späteren Jahren wurde diese Praxis aufgegeben, da sich das Reich bei dem schon bestehenden großen Arbeitskräftemangel diese Strafe nicht mehr in großem Maße erlauben konnte.

Da der Landrat Jablonné v Podještědí (Deutsch Gabel) dem Wehrkreis IV, also Sachsen, unterstellt war, kamen die Weisungen über die Behandlung der Polen vom sächsischen Innenministerium. Am 27. 12. 1939 erließ das Ministerium an die Landräte Weisungen bezüglich polnischer Zivilarbeiter. Damit wurde ihnen der Besuch von Gasthäusern, Tanzveranstaltungen und sonstigen Unterhaltungsveranstaltungen wie Kinobesuche oder die Teilnahme an KdF-Veranstaltungen verboten. Nach acht Uhr abends durften sie sich nicht außerhalb des Hauses aufhalten und durften den Wohn- oder Arbeitsort nicht verlassen, sofern das nicht unbedingt für die Arbeit notwendig war.²²

Aufgrund von Meldungen über eine relativ positive Einstellung der Landbevölkerung zu den Polen, die Nichteinhaltung dieser Vorschriften und die nicht einheitliche Behandlung der Polen an unterschiedlichen Orten des Reichs entschieden sich die Reichsbehörden, einen besonderen Erlass über die Behandlung der Polen herauszugeben. Das geschah am 8. 3. 1940, während des Krieges wurde der Erlass noch ergänzt. Folgende wichtige Punkte betrafen das alltägliche Leben der Polen:²³

- Pflicht, an der rechten Brustseite das Zeichen „P“ zu tragen. Dieser Aufnäher wurde jedem Polen fünfmal zugeteilt und musste auf die Kleidung aufgenäht werden. Wenn ein Pole wiederholt ohne dieses Kennzeichen gefasst wurde, wurde er der Staatspolizei übergeben.²⁴

- Verbot, den Wohnsitz ohne besondere Genehmigung der örtlichen Polizei zu verlassen. In dringenden Fällen konnte auch der Bürgermeister einen Durchlassschein ausstellen. Nach Berichten kam es vor, dass sich Polen vom Bürgermeister Durchlassscheine ausstellen ließen und dann nach Česká Lípa fuhren, um sich über die schlechten Arbeitsbedingungen zu beschweren. Das Arbeitsamt verlangte dann eine bessere Verständigung zwischen Bürgermeister und Arbeitgeber.²⁵ Ein besonderes Verlassen des Arbeits- und Wohnorts zum Besuch eines Gottesdienstes kam nur dann in Frage, wenn der Hinweg nicht länger als fünf Kilometer war und die Teilnehmer im Zug unter Aufsicht deutscher Kräfte gehalten wurden.²⁶

- Ausgangsverbot in den Nachtstunden. Vom 1. 4. bis 30. 9. war das von 21:00 bis 5:00 Uhr, in der Zeit vom 1. 10. bis 31. 3. von 20:00 bis 6:00 Uhr.

- Verbot der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln oder Fahrrädern ohne polizeiliche Genehmigung.

- Verbot der Nutzung von Telefonen.

- Verbot des Fotografierens und der Nutzung von Fotoapparaten.

²¹ SOA Česká Lípa, Fonds Landrát Jablonné v Podještědí, K. 51, Bericht vom 23. 12. 1939.

²² Ebd., Schreiben des sächsischen Innenministers an die Landräte vom 27. 12. 1939.

²³ SOA Litoměřice, Fonds Vládní prezident Ústí nad Labem, K. 153, Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei beim Reichsministerium des Innern vom 10. 9. 1943.

²⁴ Polen waren die überhaupt erste Nation, die im Reich so sichtbar gekennzeichnet wurde. Nach ihrem Beispiel wurden 1941 dann die Juden mit dem gelben Stern gekennzeichnet.

²⁵ SOA Česká Lípa, Fonds MA Jablonné v Podještědí, K. 46, Schreiben des Arbeitsamts Böhmisches Leipa an den Landrat in Deutsch-Gabel vom 1942.

²⁶ SOA Česká Lípa, Fonds Landrát Jablonné v Podještědí, K. 51, Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 26. 7. 1942 an die Staatspolizei und die Verwaltungsämter.

- Verbot des Besuchs von kulturellen, kirchlichen, gesellschaftlichen, Sport- oder Gesundheitseinrichtungen oder Veranstaltungen sowie auch von Restaurants mit deutscher Bevölkerung.

Die Nichteinhaltung dieser Vorschriften wurde mit Geldbuße von 150 RM oder sechs Wochen Gefängnis bestraft.

- Verbot eines näheren Kontakts zu Deutschen. Bei festgestelltem Geschlechtsverkehr wurde ein Todesurteil verhängt, deutsche Frauen wurden öffentlich gedemütigt und in ein Konzentrationslager geschickt. Diese Regeln galten für Polen, die nach dem 1. 9. 1939 gekommen waren. Auf Polen, die früher auf das Reichsgebiet gekommen waren, bezogen sie sich nicht.²⁷

Ferner war es verboten, deutsche, polnische und österreichische Orden oder Auszeichnungen zu tragen.

Um Kontakte einzuschränken, sollten die Polen getrennt von der deutschen Bevölkerung untergebracht werden. In größeren Betrieben wurden in Baracken oder dazu bestimmten Orten Gemeinschaftsunterkünfte für sie eingerichtet. Bei kleinen Landwirten musste im Rahmen der Möglichkeiten ebenfalls eine strengste Trennung sichergestellt werden. Auch die Verpflegung sollte getrennt erfolgen.

Für die Polen galten auch besondere Rechtsnormen. Wenn Polen z. B. die Arbeit verweigerten, wurde kein Gerichtsverfahren eingeleitet, sondern die Polen direkt der Gestapo übergeben²⁸ und in ein Arbeiterziehungs- oder Konzentrationslager geschickt.²⁹

Auch wenn die deutschen Unterdrückungskräfte alles versuchten, konnten sie doch die menschliche Natur nicht überwinden. Die Polen verletzten alle Punkte der Anweisung, und dasselbe galt für die deutsche Seite.

Verlassen des Einsatzortes

Zu den häufigsten Vergehen zählte das Verlassen des Einsatzortes. So ersuchte zum Beispiel 1941 der Landrat von Jablonné v Podještědí die Gestapo, einen gewissen Paul Antozcic festzunehmen und in ein Straflager zu überstellen, da er gegen die Polizeiverordnung verstoßen habe und ohne Genehmigung außerhalb angetroffen worden sei.³⁰ Ein weiterer Bericht verweist auf die Nichteinhaltung der Vorschriften von beiden Seiten. Zur Faschingszeit traf sich eine größere Gruppe polnischer Arbeiter beim Bauern Oppelt aus Brniště (Brins). Dort vergnügten sie sich bis zwei Uhr morgens. Der Bauer und die Polen wurden denunziert, gegen die Polen wurde dann Strafanzeige gestellt.³¹

Drei andere polnische Arbeiter wurden im Januar 1943 in einem Kino ohne die verlangte Kennzeichnung erwischt. Diese hatten sie abgerissen, um in die Filmvorstellung zu kommen. Ferner hatten sie sich dadurch schuldig gemacht, das sie nach 20:00 Uhr draußen waren und ihren Wohnort ohne Genehmigung verlassen hatten. Aufgrund dieser Vergehen wurde gegen die Polen ein Haftbefehl verhängt und ein Antrag auf Einweisung in ein Straflager gestellt. Einer von ihnen, Josef Bak, wurde am 14. 10. 1943 in einen Transport ohne nähere Bestim-

²⁷ SOA Litoměřice, Fonds Vládní prezident Ústí nad Labem, K. 229, Schreiben des Ministeriums des Innern vom 3. 9. 1940.

²⁸ SOKA Česká Lípa, Fonds Landrát Jablonné v Podještědí, K. 52, Schreiben der Gestapo Reichenberg vom 7. 11. 1941.

²⁹ Ebd., Bericht vom 5. 2. 1942.

³⁰ Ebd., Bericht des Landrats an die Gestapo, 1940.

³¹ Ebd., Kopie einer Meldung der Polizeistation Brins an die Gestapo Reichenberg, Zweigstelle Böhmisches Leipa vom Februar 1942.

mung überstellt. Ein weiterer, Mieczyslaw Babiarz, verletzte im Februar die Verordnung über das Verlassen des Arbeitsplatzes und die Kennzeichnungspflicht noch einmal, als er einen Schlitten nahm und zu seiner polnischen Freundin in ein anderes Dorf fuhr.³²

Verhältnis der Arbeitgeber zu den Polen

Im Jahr 1942 gab es viele Beschwerden über die Behandlung der Polen. Viele Bauern waren zwar belehrt worden, wie sie die Polen behandeln sollten und auch die Polen waren wiederholt über ihre Pflichten belehrt worden, wiederum wurden diese Pflichten jedoch von keiner Seite eingehalten. Es gibt viele Beschwerden darüber, dass die Bauern mit den Polen an einem Tisch aßen, die Polen abends spät nach Hause kamen, die Tariflöhne überschritten wurden u. Ä. Die Bauern hatten auch Angst zu streng zu den Polen zu sein. Manchmal behandelten sie sie trotz der Verordnung freundlich, da sie befürchteten, den Polen bei zu großer Strenge zu verlieren und dann ohne Aushilfe zu sein.³³

Das war auch bei Wenzel Tomasik der Fall, einem Polen, der in Heřmanice (Hermsdorf) bei einem Bauern eingesetzt war, der gleichzeitig Bürgermeister war. Tomasik wurde ständig ohne das Zeichen „P“ gesehen, ging in Gasthäuser, kam spät nach Hause, aß mit dem Bürgermeister an einem Tisch und böse Zungen behaupteten, dass er auch über Gemeindeangelegenheiten Bescheid wusste. Dem Bürgermeister wurde vorgeworfen, dass er selbst ihm Kleider gäbe und ihm sogar die Schuhe repariere.³⁴

Es wäre freilich ein Irrtum anzunehmen, dass die deutsche Bevölkerung durchweg eine positive Einstellung zu den polnischen Arbeitskräften hatte. Einen scharfen Kontrast bildet der Fall einer polnischen Familie, die der Bauer Kirschner aus Halbehaup vom Arbeitsamt Česká Lípa abholte. Auf dem Weg nach Hause machte er noch im Gasthaus Halt. Die polnische Familie mit Kindern verbrachte die Zeit draußen auf dem Leiterwagen, aß schimmliges Brot und war ungenügend bekleidet. Sie wohnten dann beim Bauern auf dem Treppenhaus und dem offenen Boden, die Kinder verbrachten ihre Freizeit im Stall. Sie arbeiteten sehr hart und bekamen nicht genügend zu essen. Morgens Mehlsuppe mit Kartoffeln, mittags und abends dasselbe mit einem Stück Brot, das sie noch untereinander teilen mussten. Fleisch und Fett hatten sie nur sehr selten. Ihre Arbeitszeit dauerte von 6:00 Uhr bis 21:00 Uhr. Von der Gastwirtsfrau bekamen sie ein paar Kleider. Auch die Nachbarn äußerten sich sehr negativ über den Bauern Kirschner. Der Fall wurde von der Polizei untersucht. Die Polizei schrieb in ihrer Bewertung, dass sie die ganze Sache nicht aus menschlicher Sicht, sondern aus der Sicht des Arbeitseinsatzes für das Reich betrachte. Aus dieser Sicht war dann alles in bester Ordnung. Die Angelegenheit wurde noch vom Arbeitsamt in Česká Lípa bewertet, welches das Verhalten des Bauern auch als korrekt bezeichnete.³⁵

Wegen der vielen Einziehungen in die Wehrmacht waren die Polen oft die einzigen männlichen Arbeitskräfte auf den Gehöften. Manchmal entstanden so fast groteske Situationen wie bei dem Polen Odej, der bei einer gewissen Frau Kleinert in Jablonné v Podještědí

³² Ebd., Bericht an die Gestapo Reichenberg von Januar 1943.

³³ SOA Litoměřice, Fonds Vládní prezident Ústí nad Labem, K. 229, Schreiben des Regierungspräsidenten Aussig an das Reichsministerium des Innern vom 16. 1. 1942.

³⁴ SOKA Česká Lípa, Fonds Landrát Jablonné v Podještědí, K. 51, Schreiben des Bürgermeisters von Hermsdorf an den Landrat von Deutsch-Gabel vom 19. 2. 1942.

³⁵ Ebd., Bericht vom 30. 12. 1941.

arbeitete. Ihr Mann wurde zur Front eingezogen und sie selbst war hochschwanger. Der Bericht beschreibt Odej als faulen, arbeitsscheuen Mann mit einem großen Appetit. An einem Aprilfreitag wurde dieser Pole als unerwünschte Person zum Arbeitsamt in Česká Lípa gesandt. Dort wollten sie ihn jedoch nicht übernehmen, da es schon Freitag war. Da bei Odej nicht alle Formalitäten erledigt waren, wurde er mit dem Bus zurück zu Frau Kleinert geschickt. Diese war der Verzweiflung nahe, als sie ihn wiederkommen sah. Das Arbeitsamt in Česká Lípa war bereit, den Polen am Montag zu übernehmen. Odej musste alle Dokumente mithaben, d. h. die Arbeitskarte, die das Arbeitsbuch ersetzte, die polizeiliche Abmeldung und die Lebensmittelkarten. Unannehmlichkeiten mit der Gestapo bekam dann sowohl der Beamte beim Arbeitsamt in Česká Lípa als auch (und vor allem) der betroffene Pole. Der ganze Fall endete damit, dass der Pole der Gestapo übergeben wurde und wegen einer früheren Haftstrafe aufgrund von Arbeitsverweigerung in das Straflager in Most (Brüx) geschickt wurde.³⁶ Solche und ähnliche Fälle können in großer Zahl gefunden werden.

Aus der Aussage einer Zeugin: *„Auf dem Hof musste ich alle Arbeiten eines Dienstmädchens und Knechts verrichten, wofür ich 15 Mark monatlich bekommen sollte – davon habe ich nie etwas gesehen! Ich schlief in einer Kammer ohne Heizung, im Winter hatte ich Reif auf der Bettdecke (...) An der Kleidung mussten wir ein Zeichen tragen, ein gelbes P auf einem violetten Stoffquadrat. Wir durften weder in die Kirche noch in das Nebendorf gehen, durften uns nicht mit unseren Landsleuten treffen (...)“*³⁷ Eine andere Zwangsarbeiterin hat ähnliche Erinnerungen: *„Nach der Ankunft in Bruntál (Freudental) jagten sie uns aus den Waggons. Hier wurden wir von den örtlichen Bauern ausgesucht und in ihre Höfe gebracht. Ich kam nach Nová Véska (Neudörfel) bei Bruntál. Hier wurde ich schlechter als Vieh behandelt. Ich musste schwere Arbeit im Stall verrichten. Den Stall ausmisten, Dung ausfahren. Morgens stand ich noch vor der Dämmerung auf und wenn ich die Arbeit nicht nach ‚ihren Vorstellungen‘ machte, kamen Strafen in Form von Schlägen und Tritten, ich bekam kein Essen. Wegen des Mangels an Essen musste ich mich soweit demütigen, dass ich heimlich Essenreste aß, die ich dem Hund bringen sollte. Manchmal aß ich Kohlrüben, die ich im Keller für die Kühe reiben sollte. Ich arbeitete von ganz früh bis abends. Ich schlief auf dem Boden auf Stroh unter alten Mänteln, im Sommer wie im Winter. Ich hatte auch im Winter nur Holzschuhe. Damit ich zumindest ein bisschen Wärme spüren und mir die gefrorenen Füße aufwärmen konnte, stellte ich mich in die noch warmen Kuhfladen. Nach einiger Zeit, ich weiß nicht mehr genau, wann das genau war, flüchtete ich, wurde jedoch von SS-Männern gefasst. In jenem Augenblick sagte ich, dass sie mich doch erschießen sollten, damit ich nur nicht zurück musste. Leider brachten sie mich zurück und ich musste dort bleiben. Nach der Rückkehr schloss mich der Bauer für einige Tage in eine Kammer ein, ohne Essen und Wasser. Dann verging wieder etwas Zeit, bis der damalige deutsche Bürgermeister von Nová Véska mitbekam, wie schlecht ich behandelt wurde. Ich wurde dann auf dessen Initiative nach Nová Pláň (Neurode) gebracht (...)“*³⁸

³⁶ Ebd., Bericht von April 1942.

³⁷ Archiv des Büros für die NS-Opfer – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 11128.

³⁸ Ebd., Reg.-Nr. 98876.

Diebstähle

Im März 1943 wurde ein Pole beim Diebstahl einer Geldbörse mit 156 Reichsmark ertappt. Er wurde wegen Einbruchsdiebstahls zu vier Monaten Straflager verurteilt. Die Tat wurde als schwerer Diebstahl bezeichnet.³⁹ Die Polen wurden durch ihre Stellung, die niedrigen Löhne, geringen Lebensmittel- und Kleiderzuteilungen zu Diebstählen getrieben. Sie stahlen Lebensmittel, Schuhe und Bekleidung, vieles schickten sie ihren Familien in das Generalgouvernement.

Sehr viele Polen versuchten zu fliehen, einigen gelang dies auch. Meist wurden sie jedoch gefasst und in Arbeitserziehungslager geschickt.

Liebesbeziehungen

Geschlechtsverkehr zwischen einem Polen und einer Deutschen wurde als sehr schweres Vergehen betrachtet. Dem Polen drohte die Todesstrafe, der Deutschen öffentliche Schande. Im Juni 1943 wurde Emma Lode des Geschlechtsverkehrs mit dem polnischen Landarbeiter Konrad Kuks angeklagt. Sie versuchten die Sache zu leugnen und der Pole wurde an einen anderen Ort verlegt. Beide setzten ihre Beziehung jedoch fort, wurden bei der Tat erwischt und Emma wurde schwanger. Leider ist in den Quellen nicht die weitere Entwicklung der Angelegenheit erhalten, wir können uns jedoch vorstellen, dass nach den strengen Rassenvorschriften das Schlimmste eintrat.⁴⁰ Solche Vergehen gab es auch in vielen anderen Fällen. So unterhielt zum Beispiel der Sohn eines Bauern aus Stráž pod Ralskem (Wartenberg) Kontakte zu Polinnen, die auf ihrem Hof beschäftigt waren. Ein ähnlicher Fall geschah auch im Janovice (Johnsdorf), wo eine Polin schwanger wurde, das Kind jedoch starb.⁴¹ Ein weiterer Fall ereignete sich wiederum in Stráž pod Ralskem – eine Polin wurde mit dem Sohn eines dortigen Bauern schwanger. Beide wurden vorläufig festgenommen und der Gestapo in Česká Lípa übergeben.⁴²

Aus der persönlichen Aussage eines Zwangsarbeiters aus Polen, der 1940 in Bor (Haid) bei Tachov (Tachau) als Landarbeiter eingesetzt war und 1943 verhaftet wurde: *„Aus Cheb (Eger) wurde ich der Gestapo in Karlovy Vary (Karlsbad) übergeben. Verhaftungsgrund war der Verkehr mit einem Mädchen, meiner heutigen Frau, die eine Deutsche war. Das bedeutete Schädigung der ‚reinen Rasse‘.“* Auch das Mädchen wurde am 19. 3. 1943 verhaftet, zur Gestapo nach Karlovy Vary gebracht und dort bis April 1944 festgehalten. Dann wurde sie in das Konzentrationslager Ravensbrück überführt. Ihr Mann war sechs Monate bei der Gestapo interniert und wartete auf die Vollstreckung seines Todesurteils. Danach wurde er in das Konzentrationslager Flossenbürg mit dem Vermerk „Rückkehr unerwünscht“ deportiert. Bei der Gestapo arbeitete er in der Wäscherei und musste auch andere Arbeiten verrichten. Im Konzentrationslager arbeitete er in einer Fabrik, die Messerschmitt-Jagdflugzeuge produzierte.⁴³

Zunächst nutzten die polnischen Frauen Schwangerschaften dazu, nach Hause zurückzukommen. Bei dem ständig steigenden Arbeitskräftemangel wurde ihnen dies jedoch

³⁹ SOkA Česká Lípa, Fonds Landrát Jablonné v Podještědí, K. 51, Bericht von März 1943.

⁴⁰ Ebd., Bericht von Juni 1943.

⁴¹ Ebd., Meldung des NSDAP-Kreisamts an den Landrat von Deutsch-Gabel vom 2. 1. 1942.

⁴² Ebd., Bericht der Gendarmeriestation Wartenburg an den Landrat von Deutsch-Gabel von 1941.

⁴³ Archiv des Büros für die NS-Opfer – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 28042.

verboten und sie mussten bleiben und die Kinder unter unmenschlichen Bedingungen zur Welt bringen und erziehen, sofern sie ihnen nicht abgenommen wurden, zur Umerziehung oder in Waisenhäuser gebracht oder direkt getötet wurden. Nach den Berichten befanden sich im März 1944 in Jablonné v Podještědí 25 polnische Kinder im Alter von 1 bis 14 Jahren.⁴⁴

Aus der Aussage einer Zwangsarbeiterin: „Im November 1941 wurde ich in der (ehemaligen – Anm. A. K.) Tschechoslowakei zur Zwangsarbeit eingesetzt. Wir wurden in Viehwaggons dorthin gebracht. In die eine Richtung transportierten die Waggons Vieh an die Front, zurück Polen in das Sudetenland (...). Während der Zugfahrt gab es weder Wasser noch Essen, so dass bei einem Halt in einem Dorf einige Frauen nach Brot und Wasser bettelten. Wenn der Zug im Feld anhielt, war es schlimmer – dort konnten wir unseren Hunger und Durst nicht stillen. Nach mehrtägigen Strapazen kamen wir schmutzig und hungrig in Mikulov (Nikolsburg) an, wo wir mit LKWs abgeholt wurden. Wir wurden auf den Marktplatz von Pohořelice (Pohrlitz) gebracht und dort aufgeteilt. Damit wir zu erkennen waren, mussten wir an der Brust auf der Kleidung ein ‚P‘ wie Pole und Holzschuhe tragen. Wir hatten keinen Tanz, keine Kirmes (...) wir waren abgestempelt als reine Arbeitskraft, sonst gar nichts. Zum Glück waren noch mehr Polen da, so konnten wir die Demütigungen besser ertragen und uns gegenseitig ausweinen (...). Am 23. 7. 1943 wurde meine Tochter Marie geboren. Ich hatte sie mit einem Polen. Ich kann mich heute nur noch an seinen Vornamen Genek erinnern. Er war im Nachbardorf als Zwangsarbeiter bei Deutschen. Gleich nachdem ich ihm gesagt hatte, dass ich schwanger sei, war es mit der Liebe vorbei. Ich ließ mich nicht abwimmeln, ging vor Gericht, aber nach der ersten Verhandlung, als er die Vaterschaft geleugnet hatte, flüchtete er von der Zwangsarbeit und war dann verschollen (...). Als ich mit meiner Tochter aus der Geburtsklinik zu den Zechmeistern nach Němčičky (Klein-Němčitz) kam, wog ich noch 38 kg. Ich musste sofort zur Arbeit, von wegen Wöchnerin. Ich hatte Angst, dass sie mich mit meiner Tochter wegschicken würden. Ich strengte mich an und schuftete wie ein Pferd, um Essen, Trinken und Unterkunft für zwei zu haben. Es passierte auch, dass ich bis zum Umfallen schuftete und dann am nächsten Tag liegen musste (...). Nach dem Krieg hatte ich nicht den Mut, mit den anderen Mädchen – Polinnen – zurück nach Hause zu gehen. Es war eine große Sünde, ein uneheliches Kind und dazu noch keine Ahnung vom Vater. Ich hätte es damals zu Hause nur schwer erklären können (...).“⁴⁵

Kirchliches Leben

Der Besuch von Gottesdiensten war für Polen, die zu einem hohen Prozentsatz streng gläubig sind, wie folgt geregelt: Sie durften nur besondere Gottesdienste besuchen, die nur am ersten Sonntag im Monat von 10 bis 12 Uhr stattfinden durften, mit Ausnahme wichtiger Feiertage und von außerordentlichen Fällen. Es wurde auch darauf geachtet, dass Polen aus einem Landkreis nicht Gottesdienste eines anderen Kreises besuchten. Gottesdienste für Polen konnten in Kirchen oder an dazu geeigneten weltlichen Orten abgehalten werden. Der Gebrauch der polnischen Sprache war grundsätzlich verboten, das galt auch für das Singen der Lieder. Ebenso war auch keine Beichte auf Polnisch möglich. Nur in der Vorbereitung zur Absolution oder zum Abendmahl durften Ausschnitte aus polnischen Texten für Kriegsgefangene genutzt werden.

⁴⁴ SOKA Česká Lípa, Fonds Landrát Jablonné v Podještědí, K. 51, Bericht vom Frühjahr 1944.

⁴⁵ Archiv des Büros für die NS-Opfer – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 8619.

Kirchliche Trauungen von Polen untereinander oder von Polen mit Ausländern waren nicht zugelassen. Anträge auf Besuch des Religionsunterrichts oder zur Vorbereitung auf die Beichte oder heilige Kommunion für Kinder polnischer Zivilarbeiter wurden grundsätzlich abgelehnt.⁴⁶

So schrieb z. B. der Landrat in Česká Lípa an den Landrat in Jablonné v Podještědí, dass in Brenná (Brenn) neun polnische Arbeiter aus seinem Kreis den Gottesdienst besuchen würden. Die Polen sollten mit deutscher Bewachung zur Kirche geführt werden.⁴⁷

Jedoch wurde auch diese Regel oft verletzt. Die deutschen Behörden stellten fest, dass Polen bei Gottesdiensten nicht für sie bestimmte Plätze frei gemacht wurden, ja diese sogar bevorzugt wurden. Polen wurden deutschen Kirchenbesuchern wegen ihrer Frömmigkeit als Beispiel dargestellt. In einigen Gebieten erschienen sogar Rundschreiben, die in beiden Sprachen zum Besuch eines deutschen Gottesdienstes aufriefen mit dem Zusatz, dass für polnische Besucher gute Plätze reserviert würden. Arbeitgeber von Polen wurden sogar von der Kirche aufgefordert, den Polen für den Weg ein Fahrrad zu leihen.⁴⁸

Gesellschaftliches Leben

Wegen der ständig steigenden Zahl der Polen musste auch der Besuch von Gasthäusern geregelt werden. Auf eine Anfrage der Kreisbauernschaft im Jahr 1941, ob irgend eine Verordnung für diesen Fall bestehe, antwortete der Landrat von Jablonné v Podještědí, dass Besuchsstunden für Polen eingerichtet werden sollten. 1943 wurde das ganze dann geregelt. Polen war der Besuch von Gasthäusern verboten, wenn er nicht zum Kauf von Waren notwendig war. Erlaubt war er nur in dem Falle, dass es vom obersten Polizeiamt genehmigt und dafür ein bestimmtes Lokal vorbehalten war. Das konnte auch der Bürgermeister genehmigen. Für die Gastwirte mussten ein Tag und die genauen Stunden festgelegt werden, an denen Polen das Gasthaus besuchen durften. Zivilpersonen und Kriegsgefangenen war der Eintritt in jener Zeit verboten. Tanzen, Kartenspielen und das Spielen auf Instrumenten waren ebenso verboten.⁴⁹ Die Gastwirte mussten am Besuch von Polen gut verdienen, da viele Anträge auf Genehmigung des Besuchs von Polen gestellt wurden. So beantragte z. B. Erich Heilek aus Hvězdov (Höflitz) die Erteilung einer Genehmigung zum Besuch seines Gasthauses durch Polen für Montag von 13 bis 15 Uhr.⁵⁰

Der Besuch von Filmtheatern war Polen auch verboten. Sie durften nur bestimmte Filmvorführungen besuchen, die von den Gaufilmstellen der NSDAP betrieben und nur für Ausländer bestimmt waren. Eine weitere Bedingung bestand darin, dass die Kinos in diesem Falle nur Holzstühle haben durften. Die Polen hatten zu solchen Vorstellungen nur nach vorheriger Erörterung mit der örtlichen SS-Leitung Zutritt. Eine Karte kostete 50 Pfennige. Filme konnten auch in Betrieben oder Lagern gezeigt werden. Die Teilnahme an solchen Filmvorführungen mussten immer mit der Gauleitung der Deutschen Arbeitsfront abgesprochen werden, der Besuch von Propagandavorstellungen war Ausländern verboten.⁵¹

⁴⁶ SOKA Česká Lípa, Fonds Landrát Jablonné v Podještědí, K. 51, Schreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 26. 7. 1942 an die Staatspolizei und die Verwaltungsämter: Dieses Rundschreiben bezog sich auf die Rundschreiben vom 8. 3. 1940, vom 3. 9. 1940 und vom 10. 12. 1941.

⁴⁷ Ebd., Schreiben des Landrats von Böhmischem Leipa an den Landrat von Deutsch-Gabel vom 1. 10. 1943.

⁴⁸ Ebd., Schreiben des Ministers für Kirchenangelegenheiten vom 15. 7. 1941.

⁴⁹ Ebd., Schreiben Landrat Deutsch-Gabel nach Kamnitz im Mai 1943.

⁵⁰ Ebd., Schreiben aus Höflitz an den Landrat in Deutsch-Gabel.

⁵¹ Ebd., K. 52, Schreiben des Regierungspräsidenten Aussig vom 31. 7. 43 an die Landräte und Bürgermeister.

Auch der Besuch von Friseuren war verboten bzw. eingeschränkt. Für Polen waren entweder Stunden bestimmt, in denen sie Friseure besuchen konnten; wenn sie in Lagern wohnten, sollten für diesen Zweck geeignete Räume dort eingerichtet werden. Dem Friseur sollte eine polnische Hilfskraft zugeteilt werden. Auf dem Lande, wo es keine Friseursalons gab, wurde ein Pole bestimmt, der eine Haarschneidemaschine bekam und den anderen die Haare schnitt. Gleichzeitig durften Polen nicht von Frauen bedient werden.⁵²

Ein weiteres Verbot betraf den Besuch von Schwimm- und Freibädern zusammen mit Deutschen. Als Idealfall wurde betrachtet, wenn den Polen Badestellen außerhalb dieser Anlagen zugewiesen wurden. Ansonsten musste eine Zeit für sie bestimmt werden, in der sie in das Bad eintreten durften, jedoch unter der Voraussetzung, dass der Besuch dieser Einrichtungen durch Deutsche dadurch nicht übermäßig eingeschränkt werde.⁵³

Das Rundfunkhören war grundsätzlich allen fremden Zivilarbeitern im Reich gestattet, sofern die Sendungen den Nationalsozialisten gegenüber freundlich eingestellt waren. Die Arbeiter durften freilich nur zu bestimmten Stunden und nur unter Aufsicht Rundfunk hören. Am 28. 1. 1941 veröffentlichte der Propagandaminister ein Verzeichnis der Länder, deren Sendungen gehört werden durften, und der Länder, deren Rundfunk dem Reich gegenüber freundlich eingestellt war. Gestattet war so das Abhören des Rundfunks von Belgien, den Niederlanden, dem besetzten Frankreich, Norwegen, Griechenland, Serbien und den besetzten Ostgebieten. Reichsfreundliche Sendungen hatten Dänemark, Finnland, Kroatien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, die Slowakei und Spanien. Für Polen waren diese Details uninteressant: ihnen war es grundsätzlich verboten Radio zu hören.⁵⁴

Löhne

Die Löhne polnischer Zivilarbeiter in der Landwirtschaft wurden in einer Bekanntmachung des Reichstreuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Brandenburg als Sondertreuhänder bestimmt. Der Reichsgau Sudetenland fiel in das Lohngebiet IV. Die Bekanntmachung trat am 15. 1. 1941 in Kraft.

Tab. 2. Monatslohn der polnischen Zivilarbeiter in der Landwirtschaft (Sudetenland; Angaben in RM)⁵⁵

	14–15 Jahre	16 Jahre	17 Jahre	18–20 Jahre	21 Jahre
Männer	8,50	12,50	16,00	18,50	21,00
Frauen	6,00	7,50	10,00	12,50	15,00

Im Lohngebiet IV., in das zusammen mit Ostpreußen, Bayern, aus der sog. Ostmark das Gebiet Alpenland und die Südmark und auch das Sudetenland fielen, wurden die niedrigsten Löhne gezahlt. Zum Vergleich folgen die Löhne im Lohngebiet I., das die Nordmark mit den Provinzen Schleswig-Holstein, Westfalen-Niederrhein, Rheinland und Saarland umfasste:

⁵² SOA Litoměřice, Fonds Vládní prezident Ústí nad Labem, K. 153, Mitteilung des Reichsstatthalters an die Regierungspräsidenten vom 2. 11. 1942. Ferner ist das auch im Rundschreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei beim Reichsministerium des Innern vom 10. 9. 1943, betreffend polnische Zivilarbeiter auf Reichsgebiet, geregelt.

⁵³ Ebd., K. 153, Bericht vom 4. 11. 1944 – Bekanntmachung des Reichsinnenministers vom 27. 9. 1944 über den Besuch von Badeanstalten.

⁵⁴ SOkA Česká Lípa, Fonds Landrát Jablonné v Podještědí, K. 52, Rundschreiben der Gestapo Reichenberg vom 2. 7. 1942 über das Abhören fremder Rundfunksendungen durch im Reich eingesetzte Arbeitskräfte.

⁵⁵ SOA Litoměřice, Fonds Vládní prezident Ústí nad Labem, K. 229, Tariflohnliste vom 13. 4. 1940.

Tab. 3. Monatslohn der polnischen Zivilarbeiter in der Landwirtschaft (Lohngebiet I.; Angaben in RM)⁵⁶

	14–15 Jahre	16 Jahre	17 Jahre	18–20 Jahre	21 Jahre
Männer	nicht angegeben	nicht angegeben	21,50	24,00	26,50
Frauen	nicht angegeben	nicht angegeben	15,00	17,50	20,00

Die Löhne der polnischen Arbeiter waren geringer als bei Deutschen, sie betrugen 50–85 % der Löhne von Deutschen.⁵⁷ Die deutsche Seite brachte damit das „geringere kulturelle und Lebensniveau“ der Polen zum Ausdruck. Ferner sollte diese Maßnahme auch Bauern helfen, die sich sonst wegen der höheren Tariflöhne keine weitere Kraft leisten konnten. Wenn die Polen anfänglich einen höheren Lohn als in der Vorschrift vereinbart hatten, musste dieser binnen einer Woche gesenkt werden.

Diese niedrigen Löhne führten zu Massenentlassungen von Deutschen und zur Einstellung von Polen. Um diese Entwicklung zu verhindern, wurde eine Erhöhung der Löhne an Polen beschlossen, dazu jedoch auch eine besondere sog. Ausgleichsabgabe von 15 % eingeführt, so dass die Polen etwa genauso viel wie früher bekamen. Für die Bauern bzw. Betriebsleiter verschoben sich so die Vorteile der Nutzung polnischer Arbeitskräfte aus dem Bereich Löhne in den Bereich der Arbeitsbedingungen (längere Arbeitszeit, schlechtere Arbeitsbedingungen u. Ä.).⁵⁸ Die 15 % Ausgleichsabgabe galt nur in der Industrie, nicht jedoch bei Landarbeitern. Da die Tarifordnung für polnische Landarbeiter niedrigere Löhne als für Deutsche vorsah, mussten Polen die besondere Ausgleichsabgabe nicht abführen.⁵⁹

Die Arbeiter erhielten Lohnfortzahlung, wenn sie sich zur Erledigung bestimmter Amtshandlungen frei nahmen oder zu einer ärztlichen Untersuchung im Falle eines nicht verschuldeten Arbeitsunfalls gingen. Wenn ein Arbeiter wegen schlechten Wetters, bei Luftangriffen oder durch Luftangriffe verursachten Schäden nicht arbeiten konnte, sollte ihm der Lohn weitergezahlt werden. Bei Krankheit konnten Lohn bzw. Zuschläge zum Krankengeld nur im Falle einer unverschuldeten Verletzung bei der Arbeit gezahlt werden. Arbeit an Feiertagen begründete keinen Anspruch auf Zuschläge. Familien- oder Kinderzuschläge erhielten die polnischen Arbeiter nicht. Dasselbe galt auch für das Geburts-, Hochzeits- oder Sterbegeld und für ähnliche beim Tode des Arbeiters geleistete Beiträge. Die Auszahlung besonderer Leistungen wie 13. Gehalt, Weihnachtsgeld, Jubiläumsprämien u. Ä. war ebenfalls nicht zugelassen. Ebenso wurden auch keine Tarif- oder Betriebszuschläge im Falle der Geburt eines Kindes gezahlt.⁶⁰

Polnische Arbeiter aus dem Generalgouvernement durften ihre Löhne einmal monatlich nach Hause überweisen. Das geschah über das Postscheckkonto 888 des Postscheck-

⁵⁶ Ebd., Tariflohnliste Nr. 3008/1 des Reichstreuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Brandenburg als Sondertreuhänder vom 8. 1. 1940.

⁵⁷ Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Dietz 1999. S. 107.

⁵⁸ Ebd., S. 107; SOA Litoměřice, Fonds Vládní prezident Ústí nad Labem, K. 153, Bericht des Reichsfinanzministers vom 3. 1. 1942.

⁵⁹ Ebd., Rundschreiben des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 10. 9. 1943 betreffend die Stellung polnischer Arbeitskräfte im Reich.

⁶⁰ SOkA Česká Lípa, Fonds Landrát Jablonné v Podještědí, K. 51, Verordnung über die arbeitsrechtliche Stellung der Polen vom 5. 10. 1941.

amts Warschau beim Postscheckamt Berlin. Anderes Geld durfte nicht überwiesen werden und die Beträge mussten eigentlich vom Betriebsleiter überwiesen werden. Auf dem Überweisungsschein musste die Person angeführt werden, die den Betrag im Generalgouvernement abholen sollte. Für einen auf das Konto eingezahlten Betrag musste der Pole Poststeuer bezahlen, bei der Auszahlung im Generalgouvernement wurde wiederum eine Steuer abgezogen. Geld in Briefen oder Paketen zu verschicken war verboten. Bei Zollkontrollen gefundenes Geld wurde beschlagnahmt. Das Vorgehen richtete sich nach dem deutschen Devisengesetz.⁶¹ Die Verwaltung des Generalgouverneurs Frank bestand auf diesen Zahlungen, da sie den im Generalgouvernement verbliebenen Familien der polnischen Arbeitskräfte keine Unterstützung zahlen wollte.⁶²

Sozialversicherung

Die entsprechenden Vorschriften bestimmten Folgendes:

- Die polnischen Arbeitskräfte unterlagen der Kranken- und Unfallversicherung ebenso wie die deutschen.
- Der Invalidenversicherung unterlagen polnische Industriearbeiter auch, Ausnahmen betrafen nur polnische Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, die aus dem Generalgouvernement stammten. Sofern sie keinen sog. Befreiungsschein besaßen, wurden ihre Beiträge vom Betriebsleiter an die Landesversicherungsanstalt gezahlt, und zwar in Höhe des halben Beitrags.
- Die Arbeitslosenversicherung galt für deutsche und polnische Arbeiter gleichermaßen. Landwirte und Landarbeiter waren von der Zahlung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge befreit.⁶³

Aufgrund der Anordnung der Arbeitspflicht für die gesamte polnische Bevölkerung im Alter von 18 bis 60 Jahren vom 26. 10. 1939, die im Dezember noch auf Personen ab 14 Jahre erweitert wurde, kamen auch jugendliche Arbeitskräfte ins Reichsgebiet. Für Polen im Alter von 14 bis 18 Jahren galten anstelle des Jugendgesetzes vom 30. 4. 1938 die Arbeitszeitverordnung und die für Erwachsene geltenden Vorschriften. Diese Anordnung trat am 1. 10. 1941 in Kraft.⁶⁴

Der Anspruch der Polen auf Urlaub wurde mit Bekanntmachung vom 31. 3. 1941 abgeschafft. Eine Geldleistung für den nichtgewährten Urlaub erhielten sie jedoch nicht.⁶⁵ Später wurden Ausnahmen genehmigt, so konnte Polen aus besonderen Gründen wie Tod oder schwere Krankheit einer nahestehenden Person aus dem Familienkreis, Hochzeit des Arbeiters oder seiner Kinder kurzfristiger Urlaub gewährt werden. Das entscheidende Wort bei der Bewilligung von Urlauben lag beim Arbeitsamt.⁶⁶ Aus verschiedenen Meldungen kann

⁶¹ Ebd., *Belehrung für Land- und Industriearbeiter aus dem Generalgouvernement über die Überweisung gesparter Lohngelder in die Heimat vom März 1942.*

⁶² Seeber, Eva: *Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft.* Berlin 1964. S. 173.

⁶³ SOkA Česká Lípa, Fonds Landrát Jablonné v Podještědí, K. 52, nicht datiertes Rundschreiben für Unternehmer über den Umgang mit polnischen Zivilarbeitern.

⁶⁴ Ebd., K. 51, *Verordnung des Reichsarbeitsministers F. Syrup über Arbeitszeitvorschriften für jugendliche Polen, nicht datiert.*

⁶⁵ Luczak, Czesław: *Polozenie polskich robotników przymusowych w Rzeszy 1939–1945.* Documenta Occupationis, t. IX., Poznań, Instytut Zachodni 1975. Str. CI.

⁶⁶ SOA Litoměřice, Fonds Vládní prezident Ústí nad Labem, K. 97, Auszug aus dem Reichsarbeitsblatt, 29. 9. 1942 – Arbeitsrechtliche Behandlung der Polen.

entnommen werden, dass Polen vor 1941 häufig aus dem Urlaub nicht an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten. Der Urlaub dauerte vier Wochen und der Bauer musste dem Polen die Fahrkarte bezahlen, ohne eine Gewähr, dass der Pole noch zurückkommen würde. Aus der Aussage einer Zwangsarbeiterin, die mit 16 Jahren gewaltsam in das Grenzgebiet verschleppt wurde, geht hervor, dass sich die Arbeitgeber nicht schlecht zu ihr benommen hatten. Sie war jedoch mehrmals brutal von Polizisten und SS-Leuten verprügelt worden, weil sie nicht genug Deutsch verstand. Sie dachte auch, dass sie bei fleißiger Arbeit Urlaub bekommen und zu ihren Eltern fahren könnte. Der Arbeitgeber gab seine Zustimmung und schickte sie zur Polizei, um die Unterlagen zu erledigen. Nachdem sie ihr Anliegen zur Ausstellung der Unterlagen vorgebracht hatte, wurde sie auf eine Bank gebunden und grausam mit Stöcken bis zur Bewusstlosigkeit verprügelt.⁶⁷

Für die Arbeitgeber wurden Vorschriften zur Behandlung der Polen aus dem Generalgouvernement erlassen. Die Unternehmer sollten sich immer bewusst sein, dass sie Angehörige eines feindlichen Staates beschäftigten und mussten sich dementsprechend verhalten. Der gesellschaftliche Kontakt zwischen Polen und Deutschen war verboten. Der Pole hatte sich binnen 24 Stunden nach Ankunft am Arbeitsplatz bei der Polizei zu melden. „*Deutsche, die Polen dadurch helfen, dass sie ihnen Geld und Kleider aufsparen, Briefe vermitteln, Fahrkarten kaufen und mit ihnen Gaststätten besuchen, werden zur Verantwortung gezogen.*“⁶⁸ Jeder Betriebsleiter musste Vergehen bei der örtlichen Polizeidienststelle melden. Ferner sollte er dafür sorgen, dass deutsche Arbeiter nur in den nötigsten Fällen mit polnischen Arbeitskräften in Kontakt kamen.⁶⁹

Die deutschen Unterdrückungsbehörden hatten auch große Befürchtungen, dass die eingesetzten Polen in den Sudetengebieten Tschechen kontaktieren und das schon geschaffene System stören könnten. Polnische Landarbeiter wurden deshalb nur bei „zuverlässigen“ deutschen Bauern eingesetzt, in keinem Falle bei tschechischen Bauern oder in der Nähe der Protektoratsgrenze, wo näherer Kontakt drohte. Im Kreis Jablonné v Podještědí lebten am 1. 6. 1942 nur 1,26 % Tschechen, wodurch die Polen keine große Möglichkeit hatten Tschechen zu treffen. In einem Falle wurde festgestellt, dass sich der Tscheche Josef Popelka aus der zur Gemeinde Velký Valtinov (Groß-Walten) gehörenden Siedlung Zámecká (Neufalkenburg), der beim örtlichen Bauern auf einem großen Hof als Kutscher arbeitete, mit Polen vom selben Hof traf.⁷⁰

Da keine zuverlässigen Archivquellen erhalten sind, kann die genaue Zahl der eingesetzten polnischen Arbeiter in den Landkreisen oder im Sudetenland nicht bestimmt werden. Es gibt nur bruchstückhafte Nachrichten aus den Meldungen des Präsidenten des Landesarbeitsamts oder des Gauwirtschaftsamts, die zwar über die Zahlen zwangseingesetzter Fremdarbeiter und Kriegsgefangener sprechen, einzelne Nationalitäten jedoch nur in besonderen Fällen anführen.

⁶⁷ Archiv des Büros für die NS-Opfer – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 73142.

⁶⁸ SOkA Česká Lípa, Fonds Landrát Jablonné v Podještědí, K. 51, nicht datiertes Rundschreiben für Unternehmer über den Umgang mit polnischen Arbeitskräften.

⁶⁹ Ebd., nicht datiertes Rundschreiben für Unternehmer über den Umgang mit polnischen Arbeitskräften.

⁷⁰ SOA Litoměřice, Fonds Vládní prezident Ústí nad Labem, K. 229. Schreiben des Regierungspräsidenten Aussig an den Reichsinnenminister vom 16. 1. 1942

Im April 1941 traf von der „bestellten“ Menge von 12 700 Polen nur ein Transport mit weniger als 400 Personen im Sudetenland ein. Diese Arbeiter wurden auf den Höfen eingesetzt, wo keine männlichen Arbeitskräfte vorhanden waren. Die Forstwirtschaft verlangte 4 000 Polen. Dieser Antrag wurde jedoch schon im Generalgouvernement abgelehnt, da auch dort Waldarbeiter fehlten.⁷¹ Im Januar 1941 wurde dem Arbeitsamt ein Bedarf von 23 300 Landarbeitern gemeldet, der bis Ende Mai bis zu einer Höhe von 17 500 Personen gedeckt wurde, überwiegend durch Fremdarbeiter und Kriegsgefangene. Darunter waren auch 3 600 polnische Landarbeiter.⁷² Im Mai trafen von den zugesagten vier Transporten polnischer Arbeitskräfte nur zwei mit ca. 860 Polen ein. Das dem Sudetenland zugesagte Kontingent (12 700 Arbeitskräfte) wurde nur zu 25 % erfüllt.⁷³ Ein Bericht vom 7. 7. 1941 führt an, dass bis Ende Juni kaum die Hälfte der „bestellten“ Zahl von Polen eingetroffen sei (6 300).⁷⁴ In der Forstwirtschaft arbeiteten am 1. 7. 1941 176 polnische Zivilarbeiter, am 1. 9. sank ihre Zahl auf 114. Zum Jahresende waren in der Forstwirtschaft 121 Polen beschäftigt.⁷⁵ Im August wurden weitere 450 Personen der Landwirtschaft zugeteilt.⁷⁶ Die Gesamtzahl eingesetzter polnischer Zivilarbeiter in der Landwirtschaft betrug am 10. 7. 1941 5 420 Personen.⁷⁷ Im Jahr 1941 wurden immer mehr deutsche Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft zur Wehrmacht eingezogen und das verspätete Eintreffen der polnischen Arbeitskräfte verursachte große Probleme.

Die ersten Untersuchungen zur Zahl der eingesetzten Fremdarbeiter erfolgten am 31. 1. 1941 und am 25. 4. 1941. Diese Zählung bezog alle Ausländer mit Aufenthaltsort im Reichsgebiet ein, nicht jedoch Grenzgänger. Zum 25. 4. 1941 befanden sich 872 672 Polen auf Reichsgebiet. Davon arbeiteten 638 971 in der Land- und Forstwirtschaft und 219 084 in der Industrie. Im Sudetenland gab es insgesamt 34 697 ausländische Zivilarbeiter.⁷⁸ Davon waren 17 331 Polen, am 25. 9. 1941 waren es schon 25 081.⁷⁹

Tab. 4. Die Entwicklung der Zahl der 1941 im Sudetenland eingesetzten polnischen Zwangsarbeiter

31. 1. 1941 insgesamt	17 331
April	+ 400
Mai	+ 860 (ab Jahresanfang insgesamt 3 600)
Juni	ab Jahresanfang etwa 6 300*
10. 7. 1941 ab Jahresanfang insgesamt	5 420
August	+ 450
25. 9. 1941 insgesamt	25 081

* Im Bericht wird angeführt, dass von der bestellten Zahl 12 700 polnischer Arbeiter bis Juni kaum die Hälfte im Sudetengau eingetroffen war.

⁷¹ SOA Litoměřice, Fonds Župní vedení NSDAP – Liberec [Reichenberg], K. 21, Monatsbericht des Landesamts im Sudetenland vom 7. 5. 1941.

⁷² Ebd., Monatsbericht des Landesamts im Sudetenland vom 7. 6. 1941.

⁷³ Ebd., K. 25, Monatsbericht des Gauwirtschaftsberaters an Göring vom 9. 6. 1941.

⁷⁴ Ebd., K. 21, Monatsbericht des Landesamts im Sudetenland vom 7. 7. 1941.

⁷⁵ Ebd., Monatsbericht des Landesamts im Sudetenland vom 8. 9. 1941.

⁷⁶ Ebd., Monatsbericht des Gauwirtschaftsberaters an Göring vom 8. 1. 1942.

⁷⁷ Ebd., K. 25, Monatsbericht des Gauwirtschaftsberaters an Göring vom 8. 8. 1941.

⁷⁸ Pfahlmann, Hans: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Darmstadt 1968. S. 119–127.

⁷⁹ Łuczak, Cz.: *Położenie polskich robotników przymusowych w Rzeszy 1939–1945. Documenta Occupationis, t. IX, Poznań, Instytut Zachodni 1975. S. XCVII.*

Im Februar 1942 kamen weitere 600 Arbeitskräfte aus dem Generalgouvernement und aus Ostgalizien für die Landwirtschaft hinzu. Dieser Transport enthielt viele Familien mit Kindern. Ihre Verfassung war insgesamt schlecht, vor allem was die Verpflegung und Kleidung betraf.⁸⁰ Im März 1942 trafen 1500 fremde Arbeitskräfte aus dem Generalgouvernement⁸¹ im Sudetenland ein und 700 Polen aus den Ostgauen wurden in der Forstwirtschaft eingesetzt.⁸² Im Mai kamen dann 1200 Arbeiter aus Galizien. Bei diesem Transport kann jedoch nicht festgestellt werden, ob er nur polnische Arbeitskräfte umfasste.⁸³ Im November 1942 wurden 700 Arbeiter aus dem Generalgouvernement im Bergbau eingesetzt.⁸⁴ Ende 1942 gab es im Gebiet des Sudetenlandes 40.000 ha Ackerfläche, die von niemandem bestellt werden konnte.⁸⁵

Tab. 5. Die Entwicklung Zahl der 1942 im Sudetenland eingesetzten polnischen Zwangsarbeiter

Februar	+ 600
März	+ 2 200
Mai	+ 1 200**
November	+ 700

** Es ist nicht ganz klar, ob in diesem Transport nur Polen waren, es könnten auch Ukrainer vertreten gewesen sein.

Im März 1943 spricht ein Bericht des Landesamts Sudetenland über die Zuteilung von ca. 1 000 Waldarbeitern aus dem Wartheland.⁸⁶ Im Juni wies das Landesamt dann einen Bedarf von 13 900 Landarbeitern aus, wovon fast die Hälfte in der ersten Dringlichkeitsstufe war. In den Folgemonaten nahm man es immer häufiger hin ganze polnische Familien in der Landwirtschaft des Sudetenlandes einzusetzen.⁸⁷ Im August 1943 wurden weitere 610 Polen in den Gau überführt. Diese arbeiteten überwiegend im Bergbau und in der Landwirtschaft. Gegenüber den früheren Jahren, als die Landwirte noch gegen den Einsatz ganzer Familien waren, steht im Bericht: „Der überall herrschende Mangel an Menschen führt dazu, dass die Bauern trotz aller Probleme und Lasten gerne polnische Familien und Familien aus dem Osten aufnehmen, nur um eine oder zwei Arbeitskräfte von ihnen nutzen zu können.“⁸⁸ Am 31. 12. 1943 befanden sich 45 975 Polen im Gebiet des Sudetenlandes.⁸⁹

Tab. 6. Die Entwicklung der Zahl der 1943 im Sudetenland eingesetzten polnischen Zwangsarbeiter

März	+ 1 000
August	+ 610
31. 12. 1943 insgesamt	45 975

⁸⁰ SOA Litoměřice, Fonds Župní vedení NSDAP – Liberec, K. 21, Monatsbericht des Landesamts im Sudetenland vom 7. 3. 1942.

⁸¹ Ebd., Monatsbericht des Landesamts im Sudetenland vom 8. 4. 1942.

⁸² Ebd., K. 25, Monatsbericht des Gauwirtschaftsberaters an Göring vom 8. 4. 1942.

⁸³ Ebd., K. 21, Monatsbericht des Landesamts im Sudetenland vom 6. 6. 1942.

⁸⁴ Ebd., K. 21, Monatsbericht des Landesamts im Sudetenland vom 8. 12. 1942.

⁸⁵ Ebd., K. 25, Monatsbericht des Gauwirtschaftsberaters an Göring vom 12. 12. 1942.

⁸⁶ SOA Litoměřice, Fonds Župní vedení NSDAP – Liberec, K. 21, Monatsbericht des Landesamts im Sudetenland vom 8. 4. 1943.

⁸⁷ Ebd., Monatsbericht des Landesamts im Sudetenland vom 8. 7. 1943.

⁸⁸ Ebd., Monatsbericht des Landesamts im Sudetenland vom 8. 9. 1943.

⁸⁹ Łuczak, Cz.: *Położenie polskich robotników przymusowych w Rzeszy 1939–1945. Documenta Occupationis, t. IX, Poznań, Instytut Zachodni 1975. S. XCVII.*

Die Reichslandwirtschaftsbehörden befassten sich auch mit der Frage der Landarbeiter im Winter, wenn nicht so viele Saisonarbeiter benötigt wurden. Die Arbeitskräfte nach Hause zu schicken lohnte sich nicht, da nur ein geringer Teil zurückkam und neue Kräfte angelernt werden mussten. Die Bauern beschwerten sich auch darüber, dass sie die Investitionen in Bekleidung und Schuhe viel Geld kosten würden. Die Situation wurde so gelöst, dass diese Arbeitskräfte in der Winterzeit in andere Bereiche überführt wurden, überwiegend in die Forstwirtschaft. Im Dezember 1943 wurden so etwa 6 000 ausländische Arbeitskräfte verlegt.⁹⁰

Da das Reich den Mangel an Arbeitskräften durch verschiedene Verschiebungen der Bevölkerung aus weniger wichtigen Branchen in die kriegswichtige Industrie zu bewältigen versuchte, fand 1943 eine Prüfung statt, ob in der kommunalen Sphäre keine Kriegsgefangenen, „Ostarbeiter“ oder Polen eingesetzt seien. Diese sollten sofort in die Landwirtschaft überführt werden. Die daraufhin erfolgende Untersuchung fiel jedoch negativ aus.⁹¹

Zur Illustration einer konkreten Situation wollen wir den Ort Svěbořice (Schwabitz) im Kreis Jablonné v Podještědí anführen. Im August 1943 sah die Lage wie folgt aus: im Ort waren ca. 100 Männer zur Armee eingezogen. Die Männer wurden von fünf Franzosen, fünf „Ostarbeitern“, zwei Russinnen und einem Polen (insgesamt 13 Arbeitskräfte) vertreten.⁹²

Die Landwirtschaft meldete für 1944 insgesamt 35 500 freie Arbeitsplätze.⁹³ Da sich in jener Zeit auch Angriffe der Alliierten auf Rüstungsbetriebe im Reich häuften, wurden die Fabriken in sicherere Gebiete verlegt, unter anderem auch in das Sudetenland. Dafür wurden jedoch viele Arbeitskräfte benötigt, weshalb die Landwirtschaft mit keiner großen Verstärkung rechnen konnte. Die Arbeitsämter legten fest, dass als sog. Selbstversorger eingestufte Höfe – das waren alle mit einer Fläche unter 5 ha – keine fremden Arbeitskräfte beschäftigen durften.⁹⁴ Im Mai stellte die Staatliche Forstverwaltung des Warthelandes 1 200 Forstarbeiter zur Verfügung, die dann beim Holzfällen halfen.⁹⁵ Am 30. 9. 1944 waren im Sudetenland insgesamt 49 286 polnische Arbeiter eingesetzt.⁹⁶ in Jablonné v Podještědí waren bei Bauern am 5. 9. 1944 insgesamt 45 polnische Landarbeiter beschäftigt.⁹⁷

Tab. 7. Die Entwicklung der Zahl der 1944 im Sudetenland eingesetzten polnischen Zwangsarbeiter

Mai	+ 1 200
31. 12. 1944 insgesamt	49 286

⁹⁰ SOA Litoměřice, Fonds Župní vedení NSDAP – Liberec, K. 21, Monatsbericht des Landesarbeitsamts im Sudetenland vom 7. 1. 1944.

⁹¹ SOKA Česká Lípa, Fonds Landráť Jablonné v Podještědí, K. 52, Schreiben des Beauftragten für den Vierjahresplan und Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz an das Innenministerium vom 10. 5. 1943.

⁹² SOA Litoměřice, Fonds Župní vedení NSDAP, K. 5, Lageberichte der NSDAP-Gauleitung vom August 1943.

⁹³ SOA Litoměřice, Fonds Župní vedení NSDAP – Liberec, K. 21, Monatsbericht des Landesarbeitsamts im Sudetenland vom 8. 2. 1944.

⁹⁴ Ebd., Monatsbericht des Landesarbeitsamts im Sudetenland vom 9. 3. 1944.

⁹⁵ Ebd., Monatsbericht des Landesarbeitsamts im Sudetenland vom 8. 6. 1944.

⁹⁶ Łuczak, Cz. : *Polozenie polskich robotników przymusowych w Rzeszy 1939–1945. Documenta Occupationis, t. IX, Poznań, Instytut Zachodni 1975. S. XCVII.*

⁹⁷ SOKA Česká Lípa, Landráť Jablonné v Podještědí, K. 335, Liste der polnischen Landarbeiter zum 5. 9. 1944. Das Verzeichnis siehe Dokumentenanhang.

Aus diesem Versuch der Erfassung des Arbeitseinsatzes von Polen können keine genauen Zahlen in den einzelnen Landkreisen ermittelt werden. Wir können jedoch davon ausgehen, dass sich im tschechischen Grenzland Zehntausende ausländische Arbeiter befanden.

Die folgende Tabelle enthält eine interessante Übersicht der Zahl der eingesetzten Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen im Regierungsbezirk Aussig und in den einzelnen Kreisen vom 1. 6. 1943.

Tab. 8. Fremdarbeiter und Kriegsgefangene im Regierungsbezirk Aussig zum 1. 6. 1943⁹⁸

	Fremdarbeiter	Kriegsgefangene
Aussig	1 553	773
Bilin	1 050	1 033
Böhmisch Leipa	2 780	718
Braunau	1 255	508
Brüx	2 100	476
Dauba	2 049	243
Deutsch-Gabel	2 028	538
Dux	359	438
Friedland	2 083	709
Gablonz	7 557	633
Hohenelbe	900	870
Komotau	6 515	2 894
Leitmeritz	4 000	1 000
Reichenberg	3 300	362
Rumburg	394	95
Schluckenau	541	203
Teplitz	1 916	1 646
Tetschen	5 019	1 924
Trautenau	2 200	971
Warnsdorf	244	168
Insgesamt	47 825	16 200

⁹⁸ SOA Litoměřice, Fonds Vládní president Ústí nad Labem, K.229, Tabelle.

Archivquellen

Státní okresní archiv Česká Lípa [Staatliches Bezirksarchiv Böhmisches Leipa].

- Fonds: AM Česká Lípa [Stadtarchiv Böhmisches Leipa].
- Fonds: AM Jablonné v Podještědí [Stadtarchiv Deutsch Gabel].
- Fonds: Landrát Česká Lípa.
- Fonds: Landrát Jablonné v Podještědí.
- Fonds: ONV Jablonné v Podještědí [Bezirksnationalausschuss Deutsch Gabel].

Státní oblastní archiv Litoměřice [Staatliches Regionalarchiv].

- Fonds: Vládní prezident Ústí nad Labem [Regierungspräsident Aussig].
- Fonds: Župní vedení NSDAP [NSDAP-Gauleitung].
- Inventář k pracovním úřadům [Inventar zu den Arbeitsämtern].

Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds.

Literatur

- Arndtová, Veronika: Krach fašistické agrární a národnostní politiky na severní Moravě [Krach der faschistischen Agrar- und Nationalitätenpolitik in Nordmähren]; In: Slezský sborník [Schlesisches Sammelband]. Jg. 74. Opava 1976.
- Bartoš, Josef: Mnichov a československé pohraničí v roce 1938 [München und die tschechoslowakischen Grenzgebiete im Jahr 1938]. S. 5–25; In: Vyhnaní Čechů z pohraničí 1938 [Vertreibung der Tschechen aus dem Grenzgebiet 1938]. Praha 1996.
- Bartoš, Josef: Základní charakteristika východních Sudet (vládního obvodu Opava) 1938–1945 [Grundcharakteristik der Ostsudeten–Regierungsbezirk Troppau - 1938–1945]; In: Historie okupovaného pohraničí 1938–1945. [Geschichte der okkupierten Grenzgebiete 1938–1945], 1. Teil. S. 7–25. Ústí nad Labem 1998.
- Bartoš, Josef: Okupované pohraničí a české obyvatelstvo 1938–1945 [Die okkupierten Grenzgebiete und die tschechische Bevölkerung 1938–1945]. Praha 1978.
- Bartoš, Josef: Zemědělství v okupovaném pohraničí českých zemí 1938–1945 [Die Landwirtschaft in den okkupierten Grenzgebieten der böhmischen Kronländer 1938–1945]. S. 91 - 95; In: České a slovenské zemědělství v letech 2. světové války. Studie Slovákého muzea [Tschechische und slowakische Landwirtschaft in den Jahren des 2. Weltkrieges. Studie des Museums der mährischen Slowakei]. Uherské Hradiště 1/1996.
- Boyer, Christoph: Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der ČSR (1918–1938). München 1999.
- Brandes, Detlef; Ivaničková, Edita; Pešek, Jiří (Hrsg.): Vynútený rozchod. Vyhnanie a vysídlenie z Československa 1938–1947 v porovnaní s Pol'skom, Maďarskom a Juhosláviou [Erzwungene Trennung. Vertreibung und Aussiedlung aus der Tschechoslowakei in den Jahren 1938–1947 im Vergleich zu Polen, Ungarn und Jugoslawien]. Bratislava 1999.
- Broszat, Martin: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945. Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Stuttgart 1961.
- Broszat, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik. Frankfurt am Main 1972.
- Bubeníková, Růžena; Kubátová, Ludmila; Malá, Irena: Tábory utrpení a smrti [Leidens- und Todeslager]. Praha 1969.
- Cesta do katastrofy. Československo-německé vztahy 1938–1947 [Der Weg zur Katastrophe. Die tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen 1938–1947]. Praha 1992.
- České a slovenské zemědělství v letech 2. světové války. Studie Slovákého muzea. [Die tschechische und slowakische Landwirtschaft in den Jahren des 2. Weltkrieges. Studie des Museums der mährischen Slowakei]. Uherské Hradiště 1/1996.
- Českolipský deník [Böhmisches Leipaischer Tagesblatt]. Jg. I./Nr. 163. 17. 11.1993.
- Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.

Dahlmann, Dittmar; Hirschfeld, Gerhard (Vyd.): Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945. Essen 1999.

Der Generalplan Ost. 1958 – Dokumentation. „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“. Deutsche Verlags-Anstalt. 6. Jahrgang. Heft 3. Juli. S. 281–325. Stuttgart.

Dějiny města Ústí nad Labem [Geschichte der Stadt Aussig]. Ústí nad Labem 1995.

Dějiny Německa [Geschichte Deutschlands]. Nakladatelství Lidové noviny 1995.

Documenta Occupationis. Teil V-VI. Poznań 1952–1958.

Documenta Occupationis. Teil IX. Poznań 1975.

Documenta Occupationis. Teil X. Poznań 1976.

Eichholz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Berlin 1984.

Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Stuttgart 1997.

Fuhrmann, W. Rainer: Polen. Geschichte. Politik. Wirtschaft. Hannover 1990.

Gawłowski, Karol: Die Sklavenarbeit der polnischen Bürger im „Dritten Reich“. S. 115–118;

In: Spanjer, Rimco. Oudesluijs, Diete. Meijer, Johan: Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945. Bremen 1999.

Gebel, Ralf: „Heim ins Reich!“: Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland (1938–1945). München 1999.

Gebhart, Jan: Migrace českého obyvatelstva v letech 1938–1939 [Migration der tschechischen Bevölkerung in den Jahren 1938–1939]. S. 11–21; in Vynútený rozchod. Vyhnanie a vysídlenie z Československa 1938–1947 v porovnaní s Pol'skom, Maďarskom a Juhosláviou. Bratislava 1999.

Grobelný, Andělín: Národnostní politika nacistů a český průmysl (1938–1945) [Nationalitätenpolitik der Nationalsozialisten und die tschechische Industrie]. Ostrava 1989.

Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880–1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter. Berlin–Bonn 1986.

Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin 1999.

Herbert, Ulrich: Der „Ausländereinsatz“ in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. S. 13–21; In: Spanjer, Rimco. Oudesluijs, Diete. Meijer, Johan: Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945. Bremen 1999.

Herbert, Ulrich (Hrsg.): Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945. Essen 1991.

Historie okupovaného pohraničí 1938–1945 [Geschichte der besetzten Grenzgebiete 1939–1945]. Teil I.–V. Ústí nad Labem 1998–2000.

Hoffman, Jaroslav: „Mnichov a sudetoněmecký textilní průmysl.“ [München und die sudetendeutsche Textilindustrie] Acta Universitatis Purkynianae 13, Studia historica. Ústí nad Labem 1996.

Hoffman, Jaroslav: Počátky začleňování sudetoněmeckého textilního průmyslu do centrálně řízeného hospodářství nacistického Německa [Anfänge der Einbindung der sudetendeutschen Textilindustrie in die zentral geleitete Wirtschaft Nazideutschlands]. S. 79–117; In: Historie okupovaného pohraničí 1938–1945. 2. Teil. Ústí nad Labem 1998.

Kocourek, Ludomír: Vládní obvod Ústí nad Labem 1938–1945. Základní charakteristika [Der Regierungsbezirk Aussig 1938–1945. Grundcharakteristik.]. S. 25–41; In: Historie okupovaného pohraničí 1938–1945, Teil I. Ústí nad Labem 1998.

Kocourková, Květoslava: Váleční zajatci v obvodu vládního prezidenta Ústí nad Labem [Kriegsgefangene im Regierungsbezirk Aussig]. S. 93–142; In: Historie okupovaného pohraničí 1938–1945. Teil 3. Ústí nad Labem 1999.

Kocourková, Květoslava: Zahraniční dělníci v oblasti vládního prezidenta v Ústí nad Labem [Fremdarbeiter im Regierungsbezirk Aussig]. S. 31–58; In: Historie okupovaného pohraničí 1938–1945. Teil 4. Ústí nad Labem 1999.

Konečný, Zdeněk: *Pracovní nasazení válečných zajatců a obyvatel Evropy v ČSR (1938–1945)* [Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen und Einwohnern Europas in der ČSR 1938–1945]. Brno 1967.

Konečný, Zdeněk. Mainuš, František: *Pracovní nasazení Poláků v okupovaném pohraničí Československa za druhé světové války* [Arbeitseinsatz von Polen in den besetzten Grenzgebieten der Tschechoslowakei während des Zweiten Weltkriegs]. S. 385–403; In: *Slezský sborník*. Jg. 61. Opava 1963.

Korneck, Ingeborg: „Fremdarbeiter/innen“ in der Landwirtschaft. Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte während des Zweiten Weltkrieges am Beispiel des niederösterreichischen Weinviertels. Diplomarbeit. Wien 1992.

Lehmann, Joachim: *Zwangsarbeiter in der deutschen Landwirtschaft 1939 bis 1945*. S. 127–140; In: *Europa und der „Reichseinsatz“*. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945. Essen 1991.

Łuczak, Czesław: *Praca przymusowa Polaków w trzeciej rzeszy*. Fundacja „polsko-niemieckie pojednanie“ 1999.

Łuczak, Czesław: *Položení polských robotníků przymusowych w Rzeszy 1939–1945*. Documenta Occupationis, Teil IX, Poznań, Instytut Zachodni 1975.

Łuczak, Czesław: *Polnische Arbeiter im nationalsozialistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges*. Entwicklung und Aufgaben der polnischen Forschung. S. 90–106; In: *Europa und der „Reichseinsatz“*. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945. Essen 1991.

Łuczak, Czesław: *Der „Reichsarbeitsseinsatz“ der Polen im Zweiten Weltkrieg*. S. 107–114; In: *Spanjer, Rimco. Oudesluijs, Diete. Meijer, Johan: Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945*. Bremen 1999.

Macek, Jaroslav: *K problematice dějin odtrženého pohraničí (zvláště tzv. Sudet) v letech 1938–1945* [Zur Problematik der Geschichte der entrissenen Grenzgebiete (besonders der sog. Sudeten) in den Jahren 1938–1945]; In: *Cesta do katastrofy. Československo-německé vztahy 1938–1947* [Der Weg in die Katastrophe. Tschechoslowakisch-deutsche Beziehungen 1938–1947]. S. 43–57. Praha 1992.

Madajczyk, Czesław: *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945*. Akademie-Verlag Berlin 1987.

Maier, Dieter: *Arbeitseinsatz und Deportation. Die Mitwirkung der Arbeitsverwaltung bei der nationalsozialistischen Judenverfolgung in den Jahren 1938–1945*. Berlin 1994.

Mainuš, František: *Totálně nasazení 1939–1945* [Totaleingesetzt 1939–1945]. Praha 1974.

Meier, Johan. Oudesluijs, Diete: *Sag, wann haben diese Leiden endlich mal ein Ende? Schicksale polnischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter*. S. 119–132; In: *Spanjer, Rimco. Oudesluijs, Diete. Meier, Johan: Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945*. Bremen 1999.

Němci proti Hitlerovi. Některá svědectví o protifašistickém hnutí Němců v letech 1933–1945 [Deutsche gegen Hitler. Einige Zeugnisse über die antifaschistische Bewegung von Deutschen in den Jahren 1933–1945]. 93. Svazek edice Svazu protifašistických bojovníků [Band der Edition des Verbandes antifaschistischer Kämpfer]. Praha 1961.

Pallas, Ladislav: *K praxi tzv. volkslisty na Těšínsku (ve světle svědectví J. Koždoně)* [Zur Praxis der sog. Volksliste im Teschener Gebiet (im Lichte des Zeugnisses von J. Koždoň)]; In: *Průmyslové oblasti [Industriegebiete]* 3. S. 65–91. Ostrava 1971.

Petzina, Dieter: *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*. Stuttgart 1968.

Pfahlmann, Hans: *Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*. Darmstadt 1968.

Praher, Stefan: *Zwangsarbeit und Nationalsozialismus. Zum „Ausländereinsatz“ im Dritten Reich*

unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in den Reichswerken–„Hermann Göring“ Linz. Diplomarbeit. Wien 1991.

Průmyslové oblasti [Industriegebiete] 2. Ostrava 1969.

Průmyslové oblasti 3. Ostrava 1971.

Průmyslové oblasti 6. Ostrava 1978.

Ptáčník, Karel: *Ročník jedenadvacet [Jahrgang Einundzwanzig]*. Praha 1958.

Radant, Hans: *Podíly německých koncernů na podnicích v Československu v letech 1938–1945* [Anteil deutscher Konzerne an Unternehmen in der Tschechoslowakei in den Jahren 1938–1945]. S. 154–203; In: *Průmyslové oblasti* 3. Ostrava 1971.

Rusiński, Władysław: *Polożenie robotników polskich w czasie wojny 1939–1945 na terenie Rzeszy i „obszarów wcielonych“*. Teil I.- II. Poznań 1949–1955.

Řeháček, Karel: *Národnostní složení obyvatelstva v Říšské župě Sudety v roce 1939* [Nationale Zusammensetzung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland 1939]; In: *Historie okupovaného pohraničí 1938–1945*. Teil IV. S. 97–118. Ústí nad Labem 1999.

Seeber, Eva: *Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft*. Berlin 1964.

Sovadina, Miloslav: *Správní vývoj na Českolipsku od roku 1848 do roku 1990* [Die Entwicklung der Verwaltung im Gebiet Böhmisches Leipa von 1848 bis 1990]. Česká Lípa 1998.

Spanjer, Rimco; Oudesluijs, Diete; Meijer, Johan: *Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940–1945*. Bremen 1999.

Szilagi, Alexander: *Gesetzliche Vorschriften über den Arbeitseinsatz in der Ostmark*. Graz 1938.

Vogelsang, T.: *Zur Entwicklung des Arbeitsdienstes*, S. 142–145; In: *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte*. Bd. II. Stuttgart 1966.

Zimmermann, Volker: *Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938–1945)*. Essen 1999.

DIE STELLUNG TSCHECHISCHER HÄFTLINGE IN GEFÄNGNISSEN UND ZUCHTHÄUSERN WÄHREND DER NATIONALSOZIALISTISCHEN OKKUPATION

FRANTIŠEK VAŠEK

Durch Hitlers Erlass über die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren wurde Tschechien faktisch in den Verband des Deutschen Reichs eingegliedert. Unter anderem unterlag es in vollem Umfange (insbesondere in politischen Fällen) der verbrecherischen Praxis der deutschen NS-Justiz. Darin bestand ein Unterschied zwischen Böhmen und Mähren und den anderen von den Nationalsozialisten okkupierten Ländern Europas. In den anderen Ländern spielten sich die Repressionen gegen die Bevölkerung meist nicht über die deutsche Justiz, sondern durch andere terroristische und ungesetzliche Methoden ab.

Eine ausführliche Analyse der Bedingungen der Haft und Zwangsarbeit von tschechischen Gefangenen in Zuchthäusern, Gefängnissen und Internierungslagern zeigt, dass trotz bestimmter unbedeutender, untergeordneter Unterschiede überall ähnliche oder fast gleiche Zustände herrschten. Alle politischen Gefangenen wurden auf unerhörte Weise erniedrigt. Viele ehemalige deutsche Tagelöhner wurden im Krieg dank ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer anderen nationalsozialistischen Organisation Gefängnisaufseher. Sie machten gerade den tschechischen politischen Gefangenen deutlich, dass sie größere Verbrecher seien als gemeine Mörder, kriminelle Elemente oder Wiederholungstäter. Unter den Aufsehern gab es auch Soldaten oder SS-Leute, die nach einer Verwundung an der Front als Aufseher zugeteilt wurden. Diese rächten sich für ihre persönlichen Schicksale oder für die Misserfolge von Hitlers Kriegsmaschinerie oft an den Gefangenen und ließen ihre Wut an ihnen aus. Ständige Leibesvisitationen der Gefangenen waren an der Tagesordnung.

Eine Selbstverteidigung der politischen Gefangenen – mit Ausnahme ihrer psychischen Widerstandskraft und der Solidarität der Gefangenen untereinander – war unvorstellbar. Sie hatten keinerlei Möglichkeit, sich über die unmenschliche Behandlung zu beschweren. Wehe dem, der sich erdreistet hätte, gegen etwas aufzutreten, zu protestieren oder sich auch nur auf geringste Weise über die brutale Behandlung durch die Aufseher, die Wachen, über Schikane oder Mangel an medizinischer Versorgung u. ä. zu beschweren.

In den Zuchthäusern und Gefängnissen erwarteten den Häftling für jedes nachgewiesene oder auch nur vermutete Vergehen grausame Strafen. Fand ein Aufseher bei einem Gefangenen auch nur ein kleines Stückchen Gemüse, so musste der Gefangene für eine verschieden lange Zeit in den Bunker, wo er in Dunkelheit und Nässe eingesperrt war und nicht einmal den Gefängnisfraß bekam...

Straf- und Gerichtsverfahren

Nach der Verhaftung durch die Gestapo wurden Personen, die einer antinationalsozialistischen Tätigkeit beschuldigt wurden, von Gestapo und SS-Angehörigen in Polizeigefängnissen gesammelt und Ermittlungen gegen sie eingeleitet. Das Gerichtsverfahren wurde mit der Unterzeichnung des Abschlussberichts durch den Ermittler und dessen Vorgesetzten

und die Übergabe des Berichts an den zuständigen Staatsanwalt eröffnet. Das musste nicht immer der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof sein, es konnte auch der Oberstaatsanwalt beim Landesgericht (im sog. Protektorat in Prag und Brünn) sein, dieser vor allem dann, wenn der Fall von einem sog. Sondergericht übernommen werden sollte. Inzwischen verhängte der Ermittlungsrichter über den betroffenen Gefangenen Untersuchungshaft und es wurde ein Haftbefehl ausgestellt, womit die gerichtliche Haft begann.

Der Staatsanwalt setzte das Verfahren dann bis zu einer Entscheidung fort, in den allermeisten Fällen bis zur Klageerhebung. Das Gerichtsverfahren wurde vor dem Volksgerichtshof oder, wenn der Oberreichsanwalt den Fall vorlegte, vor dem Oberlandesgericht durchgeführt.

Der Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) Reinhard Heydrich war als Gegner der Staatsanwaltschaft bekannt. Er betrachtete sie als ein überflüssiges Glied zwischen Polizei und Gericht, musste sie jedoch akzeptieren. Es geschah, dass der Oberstaatsanwalt ausgeschaltet wurde und die Anklage vom Chef der Gestapoleitstelle geführt wurde – zum Beispiel beim Gerichtsverfahren gegen den Ministerpräsidenten Alois Elias oder gegen den Prager Oberbürgermeister Dr. O. Klapka. Diese Fälle waren jedoch Ausnahmen. Die Oberreichsanwaltschaft in Berlin in der Bellevuestr. 15 erfüllte ihre Aufgaben bis zum Kriegsende.

Vor dem Volksgerichtshof und dem Oberlandesgericht musste der Angeklagte einen Verteidiger haben. Diesen konnte er sich aussuchen oder es wurde ihm ein Pflichtverteidiger gestellt. Tschechische Häftlinge mussten sich an einen deutschen Verteidiger im Protektorat oder ausnahmsweise an tschechische Rechtsanwälte wenden, die durch ihre Kollegen im Reich die Zusendung einer Vollmacht besorgen und die Verteidigung vermitteln konnten. Deutsche Häftlinge waren in einer einfacheren Lage. Sie konnten selbst oder durch ihre Familie einen Verteidiger bestellen. Es muss hinzugefügt werden, dass vor dem Volksgerichtshof und dem Oberlandesgericht nur Verteidiger zugelassen waren, die in besonderen Listen aufgeführt waren.

Nach der Verurteilung trieb die zuständige Staatsanwaltschaft die gesamten Strafprozesskosten ein. Pro Tag Untersuchungshaft und Zuchthaus wurden in der Regel 1,50 RM berechnet (Pauschalbetrag für Unterkunft, Verpflegung usw.), dazu kamen die Kosten für den Pflichtverteidiger, Reisekosten für die Richter, bei Todesurteilen eine einheitliche Gebühr in Höhe von 300 RM, Postgebühren und gegebenenfalls Kosten für einen Sachverständigen, sofern ein solcher beim Verfahren hinzugezogen wurde. Nicht selten wurde auch in Liegeschäften vollstreckt.

Rechtliche Stellung der tschechischen, bzw. ausländischen Häftlinge

Die Aufteilung der Ausländer nach rassenpolitischen Prinzipien betraf Zwangsarbeiter, in der Praxis fand sie natürlich auch in der Behandlung von Häftlingen in Zuchthäusern und Gefängnissen ihren Ausdruck. Für Zuchthäuser und Gefängnisse wurden die Ordnungsvorschriften vom Justizministerium erlassen, in den Bereichen unter der Kompetenz der Deutschen Polizei von Himmler. Die Stellung der ausländischen Häftlinge bzw. Zwangsarbeiter war von der nationalsozialistischen rassenpolitischen Hierarchie abhängig. Es gab eine ganze Reihe von Vorschriften, durch die die Behandlung von Angehörigen eines bestimmten Volkes geregelt wurde. Eine der wichtigsten war der umfangreiche geheime Erlass Himmlers zur „Gefahrenabwehr beim Ausländereinsatz“ vom Dezember 1942. Dieser Erlass sollte auf rassenpolitischer Grundlage Klarheit in der Stellung einzelner Völker schaffen. Ausländer

wurden diesem Kriterium entsprechend in vier Gruppen eingeteilt. „Gruppe A - Italiener, (...) Gruppe B - Angehörige germanischer Völker (Flamen, Dänen, Norweger, Holländer), (...) Gruppe C - Angehörige nicht-germanischer Völker, mit denen wir verbündet sind oder mit denen wir auf Grund ihrer kulturellen und gesamteuropäischen Bedeutung verbunden sind (Slowaken, Kroaten, Rumänen, Bulgaren, Ungarn, Spanier, Franzosen).“ Für die Gruppe C legte der Erlass fest: „Sie müssen durch eine verständnisvolle und gerechte Behandlung erkennen, dass sie als Angehörige einer im werdenden Europa geachteten Nation betrachtet werden.“ Der letzten Gruppe D wurden folgende Völker zugeordnet: „Angehörige nicht-germanischer - slawischer - Völker, die mehr oder weniger unter der unmittelbaren Hoheitsgewalt des Deutschen Reiches leben (Protektoratsangehörige, Serben, Slowenen, Arbeitskräfte aus den Baltenländern, Polen, fremdvölkische Arbeitskräfte nicht-polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten, Ostarbeiter)“. Zur Behandlung dieser Ausländer führte der Erlass an: „Die Notwendigkeit einer straffen Führung der Gruppe D angehörenden Arbeitskräfte und der Einhaltung eines besonders klaren Abstandes ihnen gegenüber – bedingt durch die krassen rassischen Unterschiede und die politischen Verhältnisse – bei korrekter und gerechter Behandlung hat in den ergangenen Erlassen bereits ihren Niederschlag gefunden.“ Ferner legte der Runderlass fest, wie die Angehörigen der jeweiligen Gruppe in verschiedenen Situationen zu behandeln seien (z.B. „Geschlechtsverkehr, Sesshaftmachung, Präventivarbeit, Trennung der Nationalitäten, Unterbringung“), wobei die Gruppe D den schärfsten Maßregeln unterlag: „Dass gegen die der Gruppe D angehörigen Arbeitskräfte auf besonders strenge Disziplin zu achten ist, ist selbstverständlich“. ¹

Dieser Erlass Himmlers vom Ende 1942 wurde folglich zur grundlegenden Richtlinie für die Behandlung der Ausländer und für ihre Stellung, was viele davon ausgehende späteren Vorschriften beweisen.

Zuchthaus- und Gefängnisstrafen

Mehrjährige Zuchthausstrafen erhielten Angeklagte meist wegen sog. Vorbereitung zum Hochverrat bzw. Landesverrat. Wenn der Fall nicht vom Volksgerichtshof selbst übernommen wurde, konnten Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen auch von den Sondergerichten verhängt werden.

Im Unterschied zu Zuchthausstrafen wurden Gefängnisstrafen nur bei relativ wenigen tschechischen Bürgern verhängt. Meist handelte es sich dabei um Strafen wegen einer Verletzung des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen vom 20. 12. 1934² (z. B. Nichtanzeige einer staatsfeindlichen Tätigkeit, verschiedene Flüche oder Beleidigungen des Regimes, der Nazifunktionäre und Ähnliches). Diese Fälle wurden von einem Sondergericht beim deutschen Landesgericht behandelt. Bei diesen Straftaten gab es harte Gefängnisstrafen, manchmal auch mehrere Jahre. Die Strafen wurden in Gefängnissen in ganz Deutschland vollstreckt, ihre Zuteilung war nicht einheitlich. Sondergerichte sprachen neben Gefängnis- oder Zuchthausstrafen auch Todesstrafen aus.

Das Regime in den Gefängnissen war etwas freier als in Zuchthäusern, große Unterschiede gab es jedoch nicht. Häftlinge wurden zu harten Arbeiten innerhalb sowie außerhalb des Gefängnisgeländes eingesetzt. Die Arbeitszeit im Gefängnis war unmenschlich,

¹ Runderlass des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom 7. 12. 1942.

² RGBl. 1934 I., S. 1269.

wie der Bericht des Polen Bronislaw Rybak zeigt. Dieser war mit vielen weiteren Einwohnern seines Dorfes 1940 nach Deutschland zur Arbeit verschleppt worden. Zunächst arbeitete er bei der Kieler Werke AG, später bei einem Kohlehändler. Er wohnte in Baracken in der Nähe des Arbeitsplatzes. In seinem Zimmer waren weitere neun Männer unterschiedlicher Nationalitäten (Polen, Franzosen, Dänen und Jugoslawen) untergebracht. Geweckt wurde um 5 Uhr früh, das Frühstück musste sich jeder selbst zubereiten. Die Arbeitszeit betrug 10–12 Stunden. Urlaub bekam er nicht. Er erhielt einen Stundenlohn von 0,60 RM. Die Arbeiter bekamen Lebensmittelkarten und mussten sich alles selbst kaufen. Da das Geld oft nicht reichte, hatten sie oft Hunger. Nach einem halben Jahr versuchte Rybak zu fliehen, wurde jedoch in der schlesischen Stadt Herby gefasst. Da er keine Papiere bei sich hatte, wurde er für drei Monate in das Gefängnis Lublinitz geschickt, wo er unter Aufsicht deutscher Soldaten 13–15 Stunden täglich arbeiten musste. Im Gefängnis wurden sie geschlagen, in einer Zelle wurden 12 Personen festgehalten.³

Aus der Aussage eines anderen Polen, Dr. Zikmund Lis, der im polnischen Widerstand aktiv war, kann die Stellung und Behandlung der tschechischen politischen Gefangenen im Gefängnis in der Kletschkaustraße in Breslau abgeleitet werden:⁴ „Das Gefängnis kam mir wie ein tschechisches vor, so viele Tschechen waren hier inhaftiert. Die Tschechen hatten auch zahlreiche Funktionen inne. Durch die Zellenfenster sahen wir mehrmals die Ankunft großer Transporte. Die Leute marschierten um den Hof, noch in Zivilkleidung. Sie sahen aus, als kämen sie aus allen Gesellschaftsschichten. Von den Friseuren erfuhren wir, dass zwei Arten von Untergrundorganisationen unter ihnen bestanden: die erste wurde als die der Offiziere bezeichnet, deren Mitglieder ‚für Beneš‘ büßten, die andere war kommunistisch – diese saßen ‚für Stalin‘. Sie sagten, dass sie in Breslau vor ein Sondergericht gestellt wurden. Ich hatte den Eindruck, dass die Anzahl der gegen Tschechen ausgesprochenen Todesurteile höher war als bei uns. Die Friseure erzählten uns immer über die hundert Tage, die die Verurteilten nach dem Urteil noch zu leben hätten. Gegenüber den kommunistischen Gruppen waren Sondergerichte besonders streng, ja geradezu fanatisch. Unsere Friseure gehörten zu diesen Gruppen und hatten deshalb keine Illusionen über das Schicksal, das sie erwartete.“⁵

Wir haben leider nicht genügend Vergleichsmaterial, um gegen Reichsdeutsche und Protektoratsangehörige verhängte Strafen zu vergleichen.⁶

Todesstrafen

Nachdem Dr. Roland Freisler im Sommer 1942 Präsident des Volksgerichtshofs wurde, wurde die Todesstrafe die ausschlaggebende Strafe der nationalsozialistischen Strafpolitik. Der von ihm geleitete 1. Senat und die anderen fünf Senate verhängten von Jahr zu Jahr

³ Tillmann-Mumm, Jörg: Der „Fremdarbeitereinsatz“ in der Kieler Industrie 1939–1945, Kiel, Univ. M. A. 1999 (Magisterarbeit).

⁴ Jonca, Karol: Českoslovenští odsouzení ve vratlavských věznicích v letech 1940–1945, in: Slezský sborník, 68, 1970, Nr. 3, S. 298.

⁵ In Breslau (Wrocław), Kletschkaustr. 31, wurden Tschechen nicht von einem Sondergericht, sondern von einem Senat des Volksgerichtshofs oder des Oberlandesgerichts gerichtet. In Breslau war das 1944 der sog. Mährische Senat (nach den dort verurteilten „Mähren“), der 4. Senat des Volksgerichtshofs.

⁶ Siehe z. B. Anders-Baudisch, Freia: Die verurteilte Alltagskommunikation – Heimtücksfälle vor den Sondergerichten des Reichsgaues Sudetenland. In: Kol. Historie okupovaného pohraničí 1938–1945, Ústí nad Labem, Bd. II, S. 169–198.

immer mehr Todesstrafen. Eine große Welle von Hinrichtungen tschechischer Häftlinge wurde darüber hinaus durch das Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor Reinhard Heydrich hervorgerufen.

Der Volksgerichtshof in Breslau (Wrocław) verurteilte mehr als 600 tschechische politische Gefangene zur Hinrichtung durch die Guillotine. Auch in Berlin-Plötzensee kamen viele Mitglieder der Widerstandsbewegung „Obrana národa“, der illegalen Strukturen der kommunistischen Partei und weiterer Widerstandsgruppen ums Leben. Ebenso war es vor den Volksgerichtshöfen in Dresden, München, Frankfurt am Main, Stuttgart und anderswo.

Internierung von Häftlingen in Konzentrationslagern

Die Vereinbarung zwischen Justizminister Otto Thierack und SS- und Polizeichef Heinrich Himmler vom 18. 9. 1942 stellte einen fundamentalen Bruch bestehender Strafrechtsnormen dar. Nach dieser Vereinbarung sollten alle Juden, „Zigeuner“, Polen, Russen, Ukrainer, Tschechen und „asoziale“ Deutsche, die Gefängnisstrafen von mehr als drei Jahren zu verbüßen hatten, an SS und Polizei ausgeliefert werden.⁷ Diese entschieden dann über ihr weiteres Schicksal; oft wurden solche Personen in Konzentrationslager verschleppt. SS und Polizei teilten sich mit dieser Vereinbarung die Strafgerichtsbarkeit über die Mitglieder der oben genannten Gruppen.

In einigen Fällen internierte die Gestapo den Beschuldigten sofort in einem Konzentrationslager und vermied so ein Gerichtsverfahren gegen diese Person. Die Deportation von Häftlingen in Konzentrationslager stellte meist eine Vergeltungsmaßnahme dar. Zum Beispiel wurden nach der Erschießung des deutschen Polizisten W. Kniest in Kladno 111 Geiseln in das Gestapo-Polizeigefängnis in Brünn auf dem Spielberg und danach ins Konzentrationslager Mauthausen verschleppt. Bei der „Aktion 17. November“, als die tschechischen Hochschulen und Universitäten geschlossen wurden, wurden 1200 Studenten verhaftet⁸ und im Konzentrationslager Sachsenhausen-Oranienburg inhaftiert⁹. Dort wurden diese Personen meist durch die sog. Sonderbehandlung – Zustimmung zur Hinrichtung ohne gerichtliches Urteil – ermordet. Die Gestapo brachte auch lästige Zeugen von bestimmten Ereignissen und individuelle Täter, die mundtot gemacht werden sollten, in Konzentrationslager.

Die Haftbedingungen der Häftlinge in Zuchthäusern

Das Alltagsleben im Zuchthaus wurde durch eine Zuchthausordnung geregelt. Darin war jede Minute fest vorgeschrieben. Der Tag begann morgens mit dem Wecken, darauf folgten körperliche Reinigung, Frühstück, Antritt zur Arbeit usw. In der Zuchthausordnung waren auch Bestrafungen für den Fall ihrer Verletzung vorgesehen. In Zuchthäusern galten deshalb ähnliche Regeln wie in Konzentrationslagern: Gehorsam, Disziplin und harte Arbeit.

Die Gefangenen in Zuchthäusern bzw. Gefängnissen mussten sechs, manchmal bis zu sieben Tage in der Woche zehn bis elf Stunden täglich arbeiten – hinsichtlich der Arbeitsintensität gab es also keinen Unterschied zwischen Zuchthäusern und Konzentrationslagern.

Innerhalb der Zuchthäuser gab es zwar verschiedene Werkstätten, wie zum Beispiel Tischlerwerkstätten, verschiedene Metallverarbeitung usw., jedoch spätestens ab Beginn des Krieges wurde die meiste Arbeit außerhalb der Zuchthäuser geleistet. Meist handelte es sich um Tagelöhnerarbeit aller Art, vor allem der schwersten: Arbeit in Steinbrüchen, Ziegeleien, Eisenbahnbau, Bau von Gebirgsstraßen, Erdarbeiten, in tiefen Gräben zum Beispiel, wo die Gefahr bestand erschossen zu werden, Räumung von Trümmern und Ausgraben von nicht explodierten Bomben, wobei viele tschechische Gefangene umkamen. Viele Gefangene mussten in der Rüstungsindustrie arbeiten, die am meisten von Bombardements betroffen war. Bei der Bombardierung von Orten, wo sich Zuchthäuser und Gefängnisse befanden, flüchtete das Aufsichtspersonal in Luftschutzbunker, während sich die Gefangenen nicht schützen konnten.

Von Arbeitsschutz konnte überhaupt keine Rede sein. Die Ausstattung mit Werkzeugen bei der Arbeit war meist erbärmlich. Was anderswo mit Maschinen gemacht wurde, mussten die Gefangenen oft in Handarbeit verrichten, zum Beispiel zogen sie Wagen anstelle von Pferden u. ä.

Die schwere Sklavenarbeit bei ständiger Unterernährung, unter unwirtschaftlichen Witterungsbedingungen, ungenügender Kleidung und unmenschlicher Behandlung und ohne die notwendige medizinische Versorgung gehörte zu den größten Verbrechen der Kerkermeister. Viele Gefangene verloren bei dieser Sklavenarbeit ihr Leben oder ihre Gesundheit und wurden infolge von Unfällen und Unterernährung zu lebenslänglichen Invaliden.

Gehaltvolles Essen gab es in den Zuchthäusern so gut wie gar nicht. Den Gefangenen wurde immer eine Art Brühe, meist sehr dünn, in die Schalen geschüttet. Kartoffeln sah der Gefangene fast nie. Täglich wurde ein lächerlich kleines Stück minderwertigen Brotes – „Kommissbrot“ – für den ganzen Tag ausgeteilt; nicht wenige Gefangene aßen es aus Hunger gleich ganz auf. Die allermeisten Gefangenen (vor allem die jüngeren) litten an ununterbrochenem, quälendem Hunger. Es herrschte allgemeine Unterernährung mit durchweg dauerhaften Folgen: Tuberkulose, Furunkel, Vitaminmangelkrankungen, schwere Durchfälle, Nieren- und Blasenbeschwerden und andere Begleitscheinungen und Erkrankungen waren an der Tagesordnung. Bei allen Gefangenen kam es zu einem katastrophal hohen Gewichtsverlust. Die medizinische Versorgung wurde oft von ungenügend qualifizierten Kräften ausgeführt.

Häftlinge in Einrichtungen, die dem Justizministerium unterstellt waren, durften im Unterschied zu Gefangenen in Konzentrationslagern und Polizeigefängnissen keine Lebensmittelpakete erhalten. Bei den minimalen Essenszuteilungen war das für die Häftlinge in Zuchthäusern und Gefängnissen ein großer Nachteil.

Die Bekleidung war völlig unzureichend, insbesondere im Winter. Die Gefangenen mussten oft geflickte, stinkende und dünne Gefängniskleidung tragen, zum Teil auch abgetragene Uniformen von gefallenem deutschen Soldaten. Nur diejenigen, die bei geringeren Strafen unter Aufsicht in Außenkommandos außerhalb der Zuchthäuser und Gefängnisse arbeiteten, durften abgetragene, oft auch geflickte, ausgesonderte Armeeschuhe tragen. Sie mussten bei großer Kälte oder sogar bei Frost, bei Regen und Schnee in leichter Kleidung arbeiten und hatten keinerlei Schutz.

Die Hygiene war in den kleineren und auch den großen Gemeinschaftszellen völlig ungenügend. Duschen konnte man anfangs einmal wöchentlich, später wurde das Duschen aus „Ersparnisgründen“ oft völlig abgeschafft. Die Gefangenen, die z. B. in großen „Sälen“

⁷ Hilberg, Raul: *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt/Main, Bd. II, S. 474–475.

⁸ Vgl. Pasák, Tomáš, 17. listopad 1939 a Univerzita Karlova, UK Prag, S. 139.

⁹ 1940 wurden 11 Studenten von Sachsenhausen nach Dachau, vier Studenten wurden aus dem Außenkommando Gören nach Auschwitz und ein Student 1942 nach Ravensbrück transportiert. – vgl. ebd.

zu Hundert und mehr schliefen, mussten sich im Gedränge an überfüllten Wasserleitungen und Blechwaschbecken mit kaltem Wasser waschen. Vor dem Abort – es gab oft nur einen für ganze hundert Menschen, die häufig unter Drang zum Wasserlassen und Durchfall litten – stand die ganze Nacht eine Warteschlange. Oft wurden die Gefangenen auch von Ungeziefer gequält, besonders in den letzten Kriegsjahren auch von Läusen.

Die Stellung deutscher und tschechischer Zuchthausgefangener im Vergleich

Allgemein kann man sagen, dass deutsche Zuchthausgefangene eine bessere Stellung genossen als tschechische, und zwar nicht nur wegen der bereits erwähnten Stellung der Tschechen in der nationalsozialistischen rassenpolitischen Hierarchie, sondern oft auch aus praktischen Gründen. Viele Deutsche waren nämlich schon vor dem Krieg verurteilt worden und hatten so in der Häftlingshierarchie einen besseren Platz erreicht. Deutsche politische, aber auch kriminelle Häftlinge dominierten zum Beispiel die Funktion des Kalfaktors. Der Kalfaktor war ein Häftling, der in einer „Belegschaft“ (einer Abteilung, wo gearbeitet und geschlafen wurde) „Vorgesetzter“ war. Er war verantwortlich für Ordnung und Einhaltung des Tagesprogramms, besorgte die Verteilung des Essens, der eventuellen „Nachkost“ (Reste), kümmerte sich um den rechtzeitigen Abgang zur Arbeit usw. Im Laufe der Zeit wurden zwar auch tschechische politische Gefangene Kalfaktoren, die meisten waren jedoch immer noch Deutsche. Deutsche politische Häftlinge hatten auch andere Funktionen inne, zum Beispiel in Krankenabteilungen, Büchereien usw. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass deutsche politische Gefangene, die Kalfaktoren waren, den Tschechen gegenüber in der großen Mehrheit freundlich eingestellt waren und dass beide Seiten durch Solidarität und Hilfsbereitschaft verbunden waren.¹⁰

Daneben hatten deutsche politische Gefangene auch eine bessere Kontaktmöglichkeit zu ihren Familien und oft eine bessere Verkehrsanbindung. Anfangs gab es noch gewisse Möglichkeiten, einen tschechischen politischen Häftling im Zuchthaus zu besuchen, im weiteren Verlauf des Krieges wurde das jedoch unmöglich gemacht. Tschechische politische Häftlinge durften also keinen Besuch empfangen.

Kontakte zur Familie bestanden nur durch Briefe mit vorgeschriebenem Umfang von ein paar Zeilen, die in beiden Richtungen in großen Zeitabständen genehmigt wurden. Die Briefe wurden natürlich zensiert, nicht selten überhaupt nicht abgeschickt oder nicht zugestellt. In den meisten Zuchthäusern und Gefängnissen wurde jedoch auch dieser sehr eingeschränkte Schriftverkehr in den letzten Kriegsmonaten völlig verboten, so dass die Familien und die Gefangenen überhaupt nichts über das Schicksal ihrer Angehörigen wussten.

Ehemalige Zuchthausgefangene haben ihre Schicksale selbst beschrieben; es gibt viele solche Erinnerungen im Rahmen historischer Arbeiten beim Zentralkomitee des Tschechischen Verbandes der Freiheitskämpfer und im Staatlichen Zentralarchiv Prag.¹¹

¹⁰ Den Begriff Kalfaktor verwendeten die Häftlinge nur in Zuchthäusern.

¹¹ SÚA Praha, Fond Svaz bojovníků za svobodu.

BEISPIEL DES POLIZEIGEFÄNGNISSES DER GESTAPOLEITSTELLE KAUNITZKOLLEG IN BRÜNN

Entstehen und Organisation

Nach der nationalsozialistischen Okkupation im März 1939 hatten die Deutschen nicht viele Möglichkeiten, in Brünn ein selbstständiges Gestapogefängnis zusammen mit einem Gefängnis für die Kriminalpolizei zu errichten. Zunächst wurde das Gefängnis der Protektoratspolizei in der Straße Orlí 30 zu diesem Zweck genutzt. Ende März 1939 wurde ein Polizeigefängnis auf der Burg Spielberg eröffnet, das bis zur Übernahme der ganzen Burg durch die Wehrmacht im Juli 1940 bestand. Nach dem 17. November 1939 nutzten die Nazis die freigewordenen Studentenwohnheime: ab Mitte Dezember 1939 das Sušil-Studentenheim und ab dem 4. Januar 1940 auch das Kaunitzkolleg (Kounicovy koleje).

In Brünn herrschte ähnlich wie in Prag ein großer Mangel an Gefängnisplätzen, vor allem nachdem Mitglieder der Widerstandsgruppe Obrana Národa und der illegalen Strukturen der kommunistischen Partei verhaftet worden waren. Für die Gestapo Brünn reichte das Sušil-Studentenheim zusammen mit dem Kaunitzkolleg noch nicht aus. Deshalb richtete sie im Gebäude der ehemaligen Kaserne des Heeresfuhrwesens der tschechoslowakischen Armee in der Straße Pod Kaštany ein Polizeigefängnis ein. Das Polizeigefängnis im Gebäude der Polizeidirektion in der Straße Orlí 30 bestand auch weiterhin, in der Straße Cejl befand sich ein kleineres Gestapo-Gefängnis für Frauen. Gegen Kriegsende wurden viele Frauen auch im 3. Stock von Block B des Kaunitzkollegs untergebracht.

Alle Polizeigefängnisse in Brünn werden unter der Bezeichnung Kaunitzkolleg zusammengefasst, weil es als Zentralinstitution für diese Gefängnisse diente. Ab 1942 residierte dort der Verwalter des Gefängnisses der Brünnener Gestapo, SS-Untersturmführer Ewald Paul, auch die Zu- und Abgänge von Häftlingen aller Gefängnisse wurden dort registriert. Seit 1941 wurde in der modernen Küche des Kaunitzkollegs auch für die anderen Gestapogefängnisse gekocht. Es gab einheitliche Regeln und eine einheitliche ärztliche Versorgung.

Im Sommer 1940 wurde in Brünn das SS-Wachbataillon Böhmen und Mähren mit SS-Hauptsturmführer Michael Kneissl an der Spitze gebildet. Diese Einheit bewachte sowohl das Kaunitzkolleg als auch die Orte Pod Kaštany und das Sušil-Studentenheim. Sie bestand aus 1000–1200 Mann, die anfangs direkt im Kaunitzkolleg untergebracht waren und später in die Lerchenstraße in ein ehemaliges Schulgebäude umsiedelten. Das Bataillon hatte fünf Kompanien, eine in der Kleinen Festung in Theresienstadt, eine in Prag (für das Czernin-Palais) und drei Kompanien verblieben in Brünn. Neben der Funktion als Wachtruppe war das Bataillon auch Übungs- und Ersatztruppe für die Waffen-SS einschließlich der SS-Divisionen „Das Reich“. Wie noch unten beschrieben wird, führten dessen Angehörige in Mähren auch Hinrichtungen von standrechtlich Verurteilten aus.¹²

Die Brünnener Gefängnisse bestanden mehrheitlich nur vorübergehend. Ab August 1944 gab es außer dem Cejl nur noch das Polizeigefängnis im Kaunitzkolleg, das bis zum 19. April 1945 bestand. Das Gefängnis im Sušil-Studentenheim wurde 1941 von der deutschen Kriminalpolizei übernommen. Die Polizeidirektion in der Straße Orlí 30 bestand bis Mai 1944 und die Kaserne in der Straße Pod Kaštany diente bis zum 24. 8. 1944 als Polizeigefängnis.

¹² Vgl. Vašek, František, Štěpánek, Zdeněk: První a druhé stanné právo na Moravě 1941–1942, Brno 2001, S. 113.

Alltagsleben der Häftlinge

Das Kaunitzkolleg hatte ähnlich jedem anderen Polizeigefängnis eine Gefängnisordnung, die grundlegende Bestimmungen über Rechte und Pflichten der Häftlinge und weitere Anweisungen zum Gefängnisbetrieb enthielt. Sie wurde im Sommer 1940 erstellt und vom Chef der Gestapoleitstelle Brünn, dem Regierungsrat und SS-Sturmbannführer Günther Hermann, gebilligt und unterzeichnet. In jeder Gefängniszelle gab es einen Auszug aus dieser Gefängnisordnung, der von innen an die Zellentür geklebt war. Die Häftlinge waren in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, es gab keinerlei Ausgang. Ärztliche Behandlung leistete ein Gestapo-Arzt, der Vertragsarzt SS-Standartenführer Prof. Dr. Walter Marquort oder der SS-Oberscharführer Bedřich Pilný. Schriftliche Kontakte zur Familie hingen vom Gutdünken des Gestapo-Ermittlers ab. Überweisungen von Gefangenen zu Gerichten oder in Konzentrationslager wurden der Familie des Gefangenen nicht mitgeteilt. Meist dauerte es sehr lange, bis die Familie erfuhr, dass ihr Angehöriger, der vorher im Kaunitzkolleg gefangen gehalten worden war, woandershin transportiert worden war.

Die Häftlinge aus dem Kaunitzkolleg wurden zu Zwangsarbeiten eingesetzt. Einige waren zum Beispiel am großen Umbau des Gebäudes der Jurafakultät der Brünner Masaryk-Universität in der Straße Veveří 70 beteiligt, das nach Umbauarbeiten am 17. Dezember 1940 eröffnet wurde. Die Gefangenen bauten im Garten des Kaunitzkolleg fünf große Holzbaracken, um die Kapazität des Gefängnisses zu erweitern. Manche arbeiteten am Bau des Sportzentrums der SS-Sportgemeinschaft in Brno-Žebětín; an der Hochschule für Veterinärmedizin versorgten sie die Ställe der Reitpferde und bestellten die großen Gärten der Gestapo und um die SD-Dienststelle in Hlinky. Direkt im Gebäude des Kaunitzkollegs arbeiteten Gefangene in der Schneider- und Schusterwerkstatt, sie besorgten auch alle Haus- und Reinigungsarbeiten, die Küche, die Verteilung des Essens und den Garten oder arbeiteten in den Garagen der Polizeidienststelle.

Personal

Wachdienst leisteten 32 SS-Soldaten, davon zwei Unteroffiziere – der Führer und sein Vertreter. Täglich um 13 Uhr war Wachablösung. Die Soldaten waren links vom Haupteingang in besonderen Räumen untergebracht, wo sie 16 Betten zur Verfügung hatten. Sie wechselten sich alle zwei Stunden im Dienst ab. Draußen vor dem Wohnheim war immer eine SS-Wache an jeder Seite des Gebäudes, insgesamt also vier, weitere waren immer einzeln auf jeder Etage von Block A und Block B, ab 1944 auch noch bei den fünf Holzbaracken im Gartenteil des Kaunitzkollegs. Zwei davon bewachten die unterirdischen Zellen (Bunker 1 und 2).

Neben dem Wachdienst beteiligten sich SS-Soldaten auch an Fahndungsaktionen und verschiedenen Razzien. Zum Beispiel führte eine Brünner Gestapogruppe gleich nach dem Antritt von Heydrich am 30. 9. 1941 und in den folgenden Tagen Razzien in Prager Wohnungen durch. Eine große Fahndungsaktion gab es auch während des zweiten Standrechts im Mai 1942 nach dem Attentat auf Heydrich.

Der Sitz der Leitung des SS-Bataillons siedelte im Jahre 1943 von Brünn nach Prag um. In den Brünner Kasernen blieb danach nur eine Kompanie, die jedoch Weihnachten 1944 zur Front abkommandiert wurde. Der Wachdienst wurde daraufhin von Gestapo-Aufsehern ausgeübt, die zahlreich von sog. Banatern – Schwaben aus Jugoslawien – unterstützt wurden.

Gewalt an den Gefangenen

Die Häftlinge im Kaunitzkolleg waren nicht vor der Gewalt der Aufseher geschützt. Es war üblich, dass Häftlinge sowohl von Aufsehern, die bei der Gestapo waren, als auch von SS-Wachen geschlagen und grob beschimpft wurden, obwohl nach Aussagen von Gestapo-Leuten nach dem Krieg SS-Wachen die Gefangenen nicht schlagen oder erniedrigen durften und Vergehen über ihren Führer an den Gefängnisverwalter, SS-Hauptscharführer Franz Duba, gemeldet werden sollten.

Bis zum Sommer 1943 waren die Fenster des Kaunitzkollegs noch nicht vergittert. Deshalb wurde immer für kurze Zeit sog. „Lüften“ verordnet, wobei die Fenster auf Befehl geöffnet wurden. Die Gefangenen mussten sich sofort auf den Boden setzen, um nicht von den SS-Wachen gesehen zu werden, die um das Studentenheim patrouillierten. Zuweilen passierte es jedoch, dass ein Gefangener den Kopf hob und von einem Wachmann gesehen wurde. Dieser hatte den Befehl, ohne Aufforderung sofort zu schießen. Einige SS-Wachleute versteckten sich sogar in der Fassade, im Haupteingang und hinter und Bäumen. Dort lagen sie wie bei einer Jagd auf der Lauer und wenn sie einen Gefangenen erblickten, schossen sie sofort.

Aber auch nach Anbringung der Gitter mussten die SS-Wachen sofort auf Häftlinge schießen, die sich in der Lüftungsöffnung zeigten. Es wurde nur die obere Fensterscheibe geöffnet, ansonsten waren die Fenster mit einem weißen Kalkanstrich versehen. Bei Sonnenuntergang kam es jedoch vor, dass vom Standort einiger SS-Wachen eine Silhouette im Raum zu erkennen war und in diesem Moment wurde wieder geschossen. So wurden etwa zwölf Personen erschossen und viele weitere verletzt. Zum Beispiel erhielt die Lehrerin Milada Petřeková¹³ aus Olomouc (Olmütz) von einem Wachmann einen Schuss in den Hals. Das geschah sogar entgegen gültigen Befehlen im Warteraum des Gefängnisarztes im Hochparterre von Block B, wo ein Fenster offen war. Sie wurde angeschossen, als sie ihre Jacke vom Ständer nahm.

Die Brünner Gestapo führte auch brutale Verhöre durch. Im Keller von Block B wurde ein sog. „Leninbad“ eingerichtet, das darin bestand, dass ein nackter Häftling bis zum Hals in brühendes Wasser gesteckt und so verhört wurde. Wenn die Gestapo-Leute mit der Aussage des Verhörten nicht zufrieden waren, tauschten sie das heiße Wasser gegen eiskaltes aus und setzten das Verhör fort. Dabei „halfen“ sie dem Häftling durch Schläge, vor allem auf die Fußsohlen. Weiter wurde eine sog. „Stalinschaukel“ verwendet: Dem Häftling wurden die Hände unter den gefesselten Knien zusammengebunden, eine Stange wurde dazwischengeschoben und auf zwei Tische gelegt. Der Kopf des Häftlings hing nach unten, die Beine nach oben. In dieser Lage wurde der Häftling angeschaukelt und immer wieder auf die Fußsohlen geschlagen. Andere Gestapo-Männer hatten wieder andere Methoden, wobei auch Psychopharmaka nicht fehlten.

Tod und Bestattungen

Wenn ein Häftling im Kaunitzkolleg verstorben war, wurde sein Leichnam von der Gestapo nicht zur Bestattung herausgegeben (auch nicht bei einer natürlichen Todesursache). Der Körper

¹³ Sie war eine Schwester von ThDr. Vladimír Petřek, eines griechisch-orthodoxen Priesters aus Prag, der geholfen hatte, tschechoslowakische Fallschirmspringer nach dem Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor Heydrich in der Kirche St. Kyrill und Methodius zu verstecken. Vgl. Vašek, František, Štěpánek, Zdeněk: *První a druhé stanné právo na Moravě 1941–1942*, Brno 2001, S. 107.

des Gefangenen wurde im Krematorium der Stadt Brünn verbrannt, die Asche wurde dann von der Gestapo übernommen und ausgeschüttet oder weggebracht. Zur Brüner Gestapo wurde auch Asche von den Gestapostellen in Ostrava (Mährisch Ostrau) und Olomouc gebracht.

Nach dem heutigen Stand der Forschung wurde die Asche der Verstorbenen und Hingerichteten in Gärten zerstreut. Wahrscheinlich war es der Garten einer großen Villa in Brünn Hlinky-Straße oder der Garten der Villa, in der 1944 der Brüner Gestapo-Chef Dr. Ernst Renau wohnte. Weitere Asche wurde in Koffern nach Theresienstadt gebracht und dort irgendwo verscharrt. Gegen Kriegsende wurde die Asche auch im hügeligen Gelände hinter der Jurafakultät Brünn in der Straße Veverí 70 verscharrt. Nach dem Krieg blieben sämtliche Nachforschungen nach der Asche von etwa 800 Menschen ergebnislos.

Strafverfahren

Die Haft der Gefangenen war eine Gestapomaßnahme und die Häftlinge hatten eine Ausnahmestellung. Die Gestapo unterlag in ihren Ermittlungen keinerlei Kontrollen durch Verwaltungs- oder Gerichtsorgane. Wenn die Haft länger als sechs Wochen dauerte, wurde zwecks einer gewissen „Legalisierung“ sog. Schutzhaft verhängt. Das erledigte auf Antrag der Gestapo-Dienststelle die IV. RSHA-Abteilung. Schutzhaft wurde zum Teil auch erst mehrere Monate nach Festnahme durch die Gestapo verhängt. Den Häftlingen wurde ein Formular zur Unterschrift vorgelegt, in dem der Häftling die Entscheidung über die Schutzhaft zur Kenntnis nahm. Somit war die Haft bis zur Verhängung der gerichtlichen Haft legalisiert. In der Ermittlungsphase wurde der Häftling von den Richtern am Volksgerichtshof Dr. Waller, Dr. Weber und Dr. von Rupprecht im Gebäude der Gestapo in der Veverí-Straße verhört. Nach der Ausstellung des Haftbefehls wurde er nach Breslau ins Gefängnis deportiert. Bis 1942 warteten auch im Gefängnis Mírov (Mürau) viele solche gerichtliche Häftlinge auf den Transport nach Breslau. Von Ostrava gingen viele Häftlinge direkt nach Breslau.

In Breslau kamen die Häftlinge in das Gefängnis in der Kletschkaustraße 31, wo sie auf die Hauptverhandlung warteten. Diese fand gewöhnlich vor dem 4. Senat des Volksgerichtshofs (sog. Mährischer Senat) statt. Der Senat verurteilte mehr als 600 Personen zum Tode, sie wurden gleich in Breslau mit der Guillotine hingerichtet. Andere, die zu Zuchthausstrafen verurteilt wurden, kamen in verschiedene Zuchthäuser, z. B. nach Groß Strehlitz, Brieg, Wohlau, Bayreuth, Stein u. a.; Gefängnisstrafen gab es nur in Ausnahmefällen.

Hinrichtungen im Kaunitzkolleg

SS-Soldaten führten neben dem Wachdienst im Kaunitzkolleg während des ersten und zweiten Standrechts auch Hinrichtungen durch. Die übrigen hier vollstreckten Hinrichtungen wurden von Gestapo-Männern ausgeführt. Auf jeden Verurteilten schossen acht SS-Männer; der Leiter des Exekutionskommandos gab den Gnadenschuss. Weiter wurden Hinrichtungen durch Erhängen ausgeführt. Während des ersten Standrechts wurden in der Zeit vom 28. September bis 19. November 1941 allein im Kaunitzkolleg 142 Personen hingerichtet.¹⁴ In dieser Zeit wurden in Brünn einige Fallschirmspringer aus der Sowjetunion und viele ihrer Helfer zum Tode verurteilt. Heydrich ordnete jedoch die Vollstreckung dieser Todesurteile im Konzentrationslager Mauthausen an. Offensichtlich fürchtete er, dass

¹⁴ Ebd., S. 58.

es bei einem so großen Massenmord (etwa 70 Personen) im Objekt des Kaunitzkollegs zu Unruhen in der Brüner Bevölkerung kommen könnte.¹⁵

Während des zweiten Standrechts, das nach dem Attentat auf Heydrich verordnet wurde, wurden vom 29. 5. bis zum 3. 7. 1942 insgesamt 395 Personen vom Standgericht in Brünn zur Todesstrafe verurteilt und im Kaunitzkolleg hingerichtet.

Anfang 1945 entstand eine außerordentliche Situation. Das Kaunitzkolleg war ähnlich wie andere Gefängnisse der Gestapostellen in Mähren überfüllt; mehr als 1000 Häftlinge waren dort inhaftiert. Die Mehrheit der Konzentrationslager und auch einige gerichtliche Gefängnisse und Zuchthäuser (z. B. Breslau) nahmen keine Häftlinge aus Polizeigefängnissen mehr auf. Es gab große Transportprobleme. Aus dem Osten strömten Flüchtlinge, darunter auch evakuierte Gestapo-Leute. In dieser Lage ergriff die Gestapo im Kaunitzkolleg außerordentliche Maßnahmen.

Vor allem wurden ab dem 9. 1. 1945 sog. gefährliche Gefangene, das waren nach Meinung der Brüner Gestapoführer solche, die von nationalsozialistischen Gerichten sonst zum Tode verurteilt worden wären, nach und nach der sog. Sonderbehandlung unterzogen, also der Hinrichtung ohne gerichtliches Urteil. Die Auswahl der zur Hinrichtung Bestimmten wurde von den leitenden Sachbearbeitern der Dienststelle getroffen und vom Dienststellenchef, dem Regierungs- und Kriminalrat SS-Obersturmbannführer Max Rausch genehmigt. Dieser ließ sich das Verzeichnis gewöhnlich noch fernschriftlich vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD SS-Oberführer Dr. Erwin Weinmann in Prag bestätigen, der sich seine Entscheidung wiederum von SS-Obergruppenführer Karl Herrmann Frank in dessen Funktion als SS- und Polizeioberführer bestätigen ließ.

Die Hinrichtungen wurden jeden Vormittag auf dem kleinen Hof zwischen der Wand von Block A und dem Saal auf dem sog. Sand vollstreckt. Listen der Hingerichteten sind leider nicht erhalten; vergleicht man die Zahl der im Krematorium der Stadt Brünn verbrannten Leichen mit Zeugenaussagen, so wurden etwa 120 Personen getötet.¹⁶ Es ist hinzuzufügen, dass Nackenschüsse, als Hinrichtungsmethode, nur von SS- und SD- Offizieren ausgeführt werden durften.

Deportationen in Konzentrationslager und Räumung des Gefängnisses

Auf Grund eines Erlasses des Vertretenden Reichsprotektors Reinhard Heydrich wurde am 28. September 1941 das Standrecht verhängt. Ein Standgericht konnte Todesurteile, die Übergabe an die Gestapo oder die Freilassung eines Häftlings aussprechen. Heydrich ordnete später an, dass die „Übergabe an die Gestapo“ durch Einlieferung ins Konzentrationslager Mauthausen ausgeführt werden sollte. Wir kennen keine genauen Zahlen der durch das Brüner Standgericht Verurteilten, es waren jedoch mehrere Hundert – schätzungsweise bis zu 800 Personen, die dann in Mauthausen ermordet wurden.

Eine weitere Maßnahme der Brüner Gestapo war ein großer Häftlingstransport von 833 Personen Anfang 1945. Dieser Transport traf am 26. 1. 1945 im Konzentrationslager Flossenbürg ein. Viele Häftlinge wurden gleich nach der Ankunft der sog. Sonderbehandlung unterzogen und ohne Selektion ermordet.

In der Nacht vom 6. zum 7. 4. 1945 wurde von der Brüner Gestapo ein Transport ins Konzentrationslager Mauthausen organisiert, der unter der ungenauen Bezeichnung KL3 bekannt ist. Dieser Transport umfasste 235 Frauen und Männer, hauptsächlich Gefangene

¹⁵ Ebd., S. 56 u. f.

¹⁶ Der Jüngste war der zehnjährige Miloš Prudil.

aus dem Kaunitzkolleg, darunter aber auch einige Häftlinge von der Gestapo in Jihlava (Iglau). Das Konzentrationslager Mauthausen war damals schon überfüllt; der Lagerführer SS-Standartenführer Franz Ziereis wollte den Transport deshalb nicht annehmen. Er fügte sich erst nach einem Telefongespräch mit der Brünner Gestapo unter der Bedingung, dass die Häftlinge durch Sonderbehandlung zu vernichten seien.

Bei ihrer Ankunft wurden alle deutschen Häftlinge aus dem Transport von der Mauthausener Lagerleitung aufgefordert, sich zu melden. Ein einziger, Franz Arnold aus Wien, trat heraus und wurde sofort abgeführt. Er überlebte den Krieg und war danach ein wichtiger Zeuge dieses Transports. Alle Tschechen, darunter noch kaum erwachsene Mädchen, wurden in Mauthausen ermordet.

Es gibt einige Unklarheiten, zum Beispiel wer letztendlich die Sonderbehandlung von 234 Häftlingen aus dem Kaunitzkolleg anordnete und wann genau sie ermordet wurden. Nach dem Krieg wurde der ehemalige Leiter der IV. Abteilung der Sicherheitspolizei, d. h. der Gestapo, Regierungsrat SS-Sturmbannführer Hans Kraus vor das außerordentliche Volksgesicht in Brünn gestellt, weil er der Zustimmung zur Sonderbehandlung dieser Häftlinge verdächtigt wurde. Es stellte sich jedoch heraus, dass zu jener Zeit K. H. Frank, der als einziger Sonderbehandlungen genehmigen konnte, persönlich in Brünn anwesend war. Vielleicht wurden die 234 tschechische Häftlinge erst nach seiner Zustimmung ermordet.¹⁷

Die kritische Lage im Kaunitzkolleg endete im Frühjahr 1945 mit zwei großen Häftlingstransporten ins Arbeitserziehungslager Mirošov (Miroschau), das als Ersatzlager für die Gefangenen aus dem Kaunitzkolleg diente.¹⁸ Der letzte der zwei Transporte verließ Brünn am 17. 4. 1945. In den folgenden Tagen bis zum 19. April wurden die letzten Gefangenen aus dem Kaunitzkolleg freigelassen und auch die Gestapo verließ das Gefängnis.

Quellen und Literatur

Státní ústřední archiv Praha [Staatliches Zentralarchiv Prag], fond Svaz bojovníků za svobodu [Fonds Verband der Freiheitskämpfer].

Anders-Baudisch, Freia, Die verurteilte Alltagskommunikation – Heimtückefälle vor den Sondergerichten des Reichsgaues Sudetenland, In: Kolektiv, Historie okupovaného pohraničí 1938–1945 [Geschichte der okkupierten Grenzgebiete 1938–1945], Ústí nad Labem 1998, Bd. II, S. 169–198.

Hilberg, Raul, Die Vernichtung der Europäischen Juden, Frankfurt/Main, Bd. II.

Jonca, Karol, Českoslovenští odsouzení ve vratech věznic v letech 1940–1945 [Tschechoslowakische Verurteilte in den Breslauer Gefängnissen 1940–1945], In: Slezský sborník [Schlesischer Sammelband], 68, 1970.

Nedbálek, František, Transport „KL 3“ Brno – Mauthausen, In: Morava v boji proti fašismu [Mähren im Kampf gegen den Faschismus], II, Hg. Moravské zemské muzeum [Mährisches Landesmuseum], Brno 1990.

Pasák, Tomáš, 17. listopad 1939 a Univerzita Karlova [Der 17. November 1939 und die Karlsuniversität], Praha 1997.

Tillman-Mumm, Jörg, Der »Fremdarbeitereinsatz« in der Kieler Rüstungsindustrie 1939–1945, Kiel, Univ. M. A. 1999 (Magisterarbeit).

Vašek, František, Štěpánek, Zdeněk, První a druhé stanné právo na Moravě 1941–1942 [Das erste und das zweite Standrecht in Mähren 1941–1942], Brno 2001.

Vzpomínáme na Mirošov [Wir erinnern uns an Miroschau], Red. Gregor, Jaroslav, Brno 1946.

¹⁷ Zu diesem Thema gibt es in der Literatur nur eine einzige umfassende Arbeit von František Nedbálek namens „Transport „KL 3“ Brno – KT Mauthausen“, die im Sammelband Morava v boji proti fašismu, II, Hrsg. Moravské zemské muzeum, Brno 1990, enthalten ist. Nedbálek führt in seiner Arbeit eine Zahl von 213 ermordeten Personen an. Die Zahl 235 ist im Urteil des Landesgerichts Hagen vom 24. 7. 1970 Nr. 11, das gegen den Leiter des Krematoriums und der Gaskammer Mauthausen SS-Hauptscharführer Martin Roth verhängt wurde, enthalten.

¹⁸ Vgl. Vzpomínáme na Mirošov, Red. Gregor, Jaroslav, Brno 1946.

LEBENSBEDINGUNGEN IN NATIONALSOZIALISTISCHEN GEFÄNGNISSEN AUF TSCHECHISCHEM GEBIET

PAVLA PLACHÁ – VĚRA ZEMANOVÁ

Die folgende Studie will einen kurzen Überblick über die Lebensbedingungen in ausgewählten Gefängnissen auf tschechischem Gebiet während des 2. Weltkriegs geben. Besondere Aufmerksamkeit konzentrierte sich dabei auf Sklavenarbeit, die die Häftlinge während ihrer Internierung oft verrichten mussten. Das Thema nationalsozialistischer Gefängnisse wird ausführlich in den Arbeiten von František Nedbálek behandelt. Sein Werk gibt grundlegende Informationen zum Thema. Ansonsten muss festgestellt werden, dass es nicht viel Literatur gibt, die sich mit den Lebensbedingungen in diesen Einrichtungen befasst. Die Historiker untersuchten vor allem das Gefängnis in Prag-Pankrác, es gibt auch eine Studie über das Gefängnis in Mírov (Mürau). Deshalb sind die Erinnerungen ehemaliger Häftlinge, seien sie veröffentlicht oder in den Archivsammlungen enthalten, von großer und nicht zu vernachlässigender Bedeutung.

Das untersuchte Thema konnte hier nicht detaillierter bearbeitet werden. Neben der nicht sehr umfangreichen Quellen- und Literaturlage ist ein Grund dafür auch der Zweck der Arbeit und der knappe zeitliche Rahmen für die Erstellung der Studie.

Der Begriff „Gefängnisse“ umfasst alle Arten von Untersuchungs- und Strafanstalten, die von den nationalsozialistischen Polizeiämtern und NS-Justiz eingerichtet wurden. Auf dem Gebiet der ČSR waren es die folgenden Arten von Gefängnissen:

- Gefängnisse der sog. Einsatztruppen und Einsatzstellen, die im Rahmen von bestehenden Gefängnissen tschechoslowakischer Sicherheits- und Justizbehörden eingerichtet wurden,
- Gestapogefängnisse, diese stellten die größte Zahl dar,
- Landesgerichtsgefängnisse, die oftmals mit den Gestapogefängnissen zusammengefasst wurden,
- Strafgefängnisse,
- provisorische Gefängnisse der sog. Jagdkommandos und ZbV-Kommandos (Kommando zur besonderen Verwendung), die im Rahmen der Aktion Sicherheitsmaßnahmen zur Verfolgung von Fallschirmjägern, Partisanen und ihren Helfern eingerichtet wurden.

Die Gestapo verwendete die Kellerräume ihrer Dienststellen als Gefängnisse. Ferner übernahm sie Teile von Gefängnissen der Protektoratsbezirksgerichte, beschlagnahmte die bis dahin anderen Zwecken dienende Gebäude, baute neue Holzbaracken u. Ä. In den okkupierten Grenzgebieten und in dem sog. Protektorat gab es insgesamt etwa 79 Gefängnisse. Die meisten befanden sich in den besetzten Grenzgebieten.¹

In den meisten Gefängnissen führte die Gestapo verschärfte Verhöre durch, die in der Mehrzahl mit der Verstümmelung der Gefangenen endeten, manchmal auch mit dem Tode. In einigen Gefängnissen wurden auch Hinrichtungen durchgeführt. Die Asche der Verstor-

¹ František Nedbálek, Místa utrpení a vzdoru, Prag 1984, S. 7.

benen oder Hingerichteten wurde den Hinterbliebenen nicht ausgehändigt und verblieb im Krematorium. Gefangene, die den Gefängnisaufenthalt überlebten, wurden nach gewisser Zeit in Internierungslager überführt.

In den Gefängnissen befanden sich Männer, Frauen und Jugendliche, in Ausnahmefällen auch Kinder. Nach dem Reichsstrafgesetzbuch gehörten Jugendliche nicht in Gefängnisse. Von der Gestapo wurde dieses Gesetz jedoch in der Praxis ignoriert, aufgrund von Urteilen zur sog. Sonderbehandlung vollstreckte sie auch Hinrichtungen von Jugendlichen. Angehörige slawischer Rassen wurden von der nationalsozialistischen Ideologie als untergeordnete Rasse betrachtet und als solche auch behandelt.² Die Gefangenen wurden zur Arbeit im und außerhalb des Gefängnisses eingesetzt. Im Einklang mit der Strafpolitik wurden meist Höchststrafen verhängt (Todesstrafen).

Strafgefängnis Mírov (Mürau)

Das Gefängnis auf der Burg Mírov im Landratssprengel Zábřeh (Hohenstadt) in Nordmähren war von Ende 1938 bis 1945 eines der größten Nazigegefängnisse in den besetzten Grenzgebieten. Tausende politische Häftlinge passierten dieses Gefängnis vor allem nach dem Jahre 1939. Es hatte eine spezifische Funktion – für die meisten Häftlinge, deren Gestapo-Ermittlungen beendet waren, war es nur eine kurze Übergangsstation auf dem Weg zum Gerichtsverfahren, das meist in Breslau (pol. Wrocław) stattfand. In diesem Sinne unterschied sich Mírov von anderen Gefängnissen wie z. B. dem Kaunitzkolleg in Brno (Brünn) oder den Gefängnissen in Olomouc (Olmütz) und Šumperk (Mährisch Schönberg). Auch die Zusammensetzung der Gefangenen änderte sich in Mírov mehrmals. Ab 1942 wurden hier vor allem tuberkulosekranke slawische Gefangene (hauptsächlich Tschechen und Polen) zusammengefasst.

In den ersten Jahren der nationalsozialistischen Besetzung gab es in Mírov hauptsächlich drei Gruppen von Gefangenen. Neben einer kleinen Gruppe von Sträflingen, die noch aus der Zeit von vor dem Münchner Abkommen einsaßen, als Mírov ein Strafgefängnis für kranke Gefangene war, wurden ab Februar 1939 auch Sträflinge mit kleineren Wirtschafts-, Eigentumsdelikten und in geringem Maße auch politischen Vergehen (wegen antifaschistischer Äußerungen, Beleidigungen des Deutschen Reichs und seiner Vertreter, Arbeitsverweigerung u. Ä.) eingeliefert. Anfangs handelte es sich überwiegend um Verurteilte aus dem östlichen Teil der besetzten Grenzgebiete, später auch aus anderen Gebieten. Im Laufe der Zeit wurden jedoch politische Gefangene zur wichtigsten und größten Gruppe. Die allermeisten von ihnen waren Tschechen aus den Protektoratsgebieten und aus dem besetzten mährischen Grenzgebiet, in geringem Maße auch Deutsche, Angehörige anderer Nationalitäten und Juden.

Die erste Gruppe von tuberkulosekranken Gefangenen, der sog. Polentransport, wurde 15. 9. 1942 in Mírov registriert. Die bisherigen Gefangenen und Untersuchungshäftlinge wurden daraufhin in andere nationalsozialistische Gefängnisse verlegt. In den Jahren 1942–1945 wurden insgesamt etwa 2 000 Kranke in Mírov eingeliefert.

In den Jahren 1939–1942 waren die sog. Untersuchungshäftlinge (die Haftanstalt wurde auch Untersuchungs Haftanstalt, Haftgefängnis, Durchgangsgefängnis genannt)

gesondert im Gefängnis untergebracht. Sie durften nicht draußen arbeiten und hatten absolutes Besuchs- und Postverbot. Strafgefangene hingegen wurden jeden Tag zur Arbeit in Werkstätten und Außenkommandos getrieben. Die Gefangenen waren in großen Zellen untergebracht, die schon im Sommer kalt waren, im Winter gar eisig. Als Strafe gab es Einzelhaft (in sog. Zellen), wo es auch schon zwei Tage kein Essen gab. Auch Jugendliche unter 21 Jahre wurden in diese Abteilung eingeliefert. Die meisten Aufseher waren Sudentendeutsche oder stammten aus Mischehen. Sie waren jedoch nicht weniger grausam als die übrigen.

Im Einklang mit der nationalsozialistischen Politik sollten Tuberkulosekranke keine besondere Pflege erhalten. Im Gegenteil – es sollten so wenig wie möglich überleben und dementsprechend war auch ihre Behandlung. Das wird auch durch die hohe Todeszahl belegt (etwa 666 Menschen). Außerdem wurden von hier aus auch einige Transporte in Vernichtungslager geschickt. Auch wer nach Abbüßung seiner Strafe freigelassen werden sollte, wurde vorher in die Hände der zuständigen Gestapo überliefert.

Die medizinische Betreuung in den einzelnen Abteilungen des Gefängnisses Mírov war völlig unzureichend. Eigentlich wurden die Kranken überhaupt nicht versorgt. Ob jemand krank war, entschied nicht ein Arzt, sondern der Aufseher.

Die Gefangenen arbeiteten sowohl im Gefängnis selbst als auch außerhalb. Arbeitskommandos wurden vor allem zu schweren Arbeiten in die umliegenden Wälder und Steinbrüche geschickt, ferner in die Landwirtschaft, wie z. B. auf das Gut in Žádlovice (Schadlowitz), zu Bau- und Hilfsarbeiten in die Industriebetriebe in Mohelnice (Müglitz), vor allem in die Siemens-Schuckert-Werke. Einige Kommandos kehrten allabendlich ins Gefängnis zurück, andere blieben die ganze Woche am Arbeitsplatz.

Sehr schwer erkrankte Gefangene mussten bei der Bürstenherstellung in den Räumlichkeiten des Gefängnisses arbeiten. Eine Abteilung, in der Sattlerarbeiten für die Armee ausgeführt wurden, zeichnete sich durch besondere Grausamkeit von Seiten der Aufseher aus. Hier mussten auch Gefangene mit hohem Fieber arbeiten, die tagsüber überhaupt nicht den Abort aufsuchten durften.

Die allerschlimmste Abteilung überhaupt war die Weberei im Kellergeschoss, die sich gleich neben der Leichenhalle befand. Im Halbdunkeln, bei Kälte und Feuchtigkeit arbeiteten hier die am schwersten erkrankten Häftlinge mit offener Tuberkulose.

Die Gefangenen durften nicht miteinander sprechen. Als Strafe für eine Verletzung dieses Verbots drohte Einzelhaft, nach der nur noch der Tod folgte. Es war üblich, die Gefangenen durch Schläge und Tritte zu höheren Leistungen anzustacheln.

Die Zellen waren groß, dicht standen die Betten für viele Gefangene. Im Winter wurde nicht geheizt, so dass die Gefangenen morgens mit erfrorenen Händen aufwachten.

Auch Hunger wurde als ein Mittel zur Liquidation der Gefangenen eingesetzt. Der Nährwert der täglichen Gefängnisnahrung betrug 1 200–1 500 Kalorien. Päckchen von zu Hause waren etwa einmal alle zwei Monate zugelassen, jedoch nur für arbeitende Häftlinge und dazu nur für besondere Arbeitsleistungen. Die Päckchen wurden zudem regelmäßig von den Aufsehern ausgeraubt.

Die harte Arbeit und der ständige Normdruck hatten katastrophale Auswirkungen auf die Gesundheit der Gefangenen. Die Arbeit war im Prinzip ein Mittel zu ihrer Vernichtung.

Während des Krieges durchliefen etwa 5 000 Gefangenen dieses Gefängnis, davon

² Bubeníčková, R., Kubátová, L., Malá, I., *Tábory utrpení a smrti*, Prag 1969, S. 72.

waren mindestens 3 500 politische Gefangene und Untersuchungshäftlinge. In den Jahren 1942 bis 1945 starben fast zwanzig Prozent von den politischen und ein Drittel der an Tuberkulose erkrankten Gefangenen direkt in Mírov. Viele weitere wurden nach ihrer Verurteilung hingerichtet oder in anderen nationalsozialistischen Gefängnissen und Lagern zu Tode gequält.³

Ein ehemaliger Häftling erinnert sich an Mírov wie folgt: *„Der Zustand der Gefangenen war schon deshalb schlecht, weil wir alle krank waren, einige waren ans Bett gefesselt und hatten nur wenig Überlebenschancen, andere konnten sich bewegen und gehen. Für sie machte die Gefängnisverwaltung verschiedene Arbeitsangebote, zum Beispiel konnte man sich zum Arbeitskommando im Wald melden. Schön, aber was tun mit der Krankheit? War es besser, nichts zu tun, zu liegen und sich auszuruhen, oder für die Arbeit im Wald ein kleines Stück Brot mit Wurst und eine Zigarette mehr zu bekommen? (...)“*⁴

Prag, Petschek-Palais

Nach der Besetzung der Tschechoslowakei wurde Prag das Zentrum des nationalsozialistischen Machtapparates auf unserem Gebiet. In einem verlassenen Bankgebäude im Petschek-Palais in der damaligen Bredauer Gasse (heute Politický vězňů) entstand das Prager Gestapo-Hauptquartier.

In den Kellerräumen dieses Palastes richteten die Nationalsozialisten Verhörräume ein. Hier fanden harte Verhöre und Folter von Widerstandskämpfern statt, die durch Gewalt zu Geständnissen gezwungen wurden. Die Verhörmethoden umfassten sowohl körperliche als auch seelische Folter: erniedrigende Beleidigungen, Tritte und andere spezifische Praktiken. Zu den schlimmsten zählten Konfrontationen, bei denen in einem Raum abwechselnd zwei Gefangene geprügelt wurden. Viele Gefangene wurden nach dem Verhör mit Bauchverletzungen oder Knochenbrüchen und bewusstlos in ihre Zellen zurückgeschleift. Die Methoden und Praktiken der Verhöre sind genügend in veröffentlichten und nicht veröffentlichten Erinnerungen ehemaliger Gefangener beschrieben worden.⁵

Erinnerungen von Häftlingen aus dem Prager Petschek-Palais

*„Da setzen die sie auf einen Stuhl, die bloßen Füße auf einen zweiten Stuhl, die Hände gefesselt und ein Handtuch um den Mund. Dann ging es mit allem, was gerade zur Hand war, über die Fußsohlen. Das ist ein schrecklicher Schmerz, als ob man ihnen das Gehirn ausprügelte. Die Fußsohlen werden dann gefühllos, das Blut kann nicht mehr zurücklaufen und sie gehen wie auf Federn, spüren überhaupt nicht, dass sie laufen. Als ich dann nach Jihlava (Iglau) gebracht wurde und zum Verhör ging, hörte meine Schwester aus der Nebenzelle – Vošmík hatte nämlich unsere ganze Gruppe bekommen – niemals Schritte, wenn Hála aufgerufen wurde. Auch dort konnte ich mir immer noch keine Schuhe anziehen und lief barfuß. Wenn sie bei den Verhören geraucht hatten, versengten sie einem mit dem Zigarettenstummel die Nasenschleimhäute.“*⁶

³ Bartoš, J., *Nacistická věznice Mírov*, in: *Theresienstädter Blätter* 13/1984, S. 3-7.

⁴ SÚA Praha, *Fonds Svaz bojovníků za svobodu*, Erinnerung von Václav Kubát, Nr. 1791.

⁵ Hlaváček, J., Kaucký, T., *Ve spárech nacismu. Památník protifašistického boje – Praha-Pankrác*, Prag 1985.

⁶ Ebd.

*„Gleich nach der Ankunft im Petschek-Palais spürte der Verhaftete eine Atmosphäre von Schrecken und drohender Gefahr. Berühmt wurde der Keller des Palastes, das sog. „U-Boot“ oder „Bethaus“. Das waren drei Zimmer, in denen Verhöre und Besuche der Gefangenen stattfanden, wo die Protokolle geschrieben wurden, wo Zeugnisse und Aussagen gemacht wurden, wo es zu Konfrontationen und ständigen Erniedrigungen der Untersuchungsgefangenen durch Schimpfwörter und Geschrei kam. Körperliche Strafen (Kniebeugen) und körperliche Angriffe (Tritte) waren regelmäßiger Teil der Verhöre. Nach der Festnahme wurden die Gefangenen durch farbige Binden an den Ärmeln unterschieden, jede Farbe bedeutete eine andere von den Nazis bestimmte Kategorie: Kommunismus, Spionage, Sabotage, unerlaubte Bewaffnung, Abhören fremden Rundfunks usw.“*⁷

Prag-Pankrác

Wenn jemand von der deutschen Kriminalpolizei oder der Gestapo verhaftet worden war, wurde er entweder in die „Deutsche Untersuchungshaftanstalt“ Pankrác oder direkt in ein Konzentrationslager gebracht. Wer nach Pankrác geriet, wurde dort untersucht und dann vor das Landgericht oder das Sondergericht mit Sitz am Moldauufer bei Klárov in der Straka-Akademie gebracht. Zum Tode Verurteilte wurden anfangs zur Vollstreckung ihrer Hinrichtung von Prag nach Dresden ins Justizgefängnis gebracht. Diese für die Nationalsozialisten unbequeme und aufwendige Praxis wurde jedoch durch Erlass des Reichsjustizministers vom 15. 4. 1943 „vereinfacht“. Der Erlass bestimmte die Einrichtung eines Hinrichtungszimmers und einer Anlage zur Vollstreckung von Hinrichtungen durch Köpfen direkt im Gefängnis Pankrác.

Das großräumige Gebäude des Kreisstrafgerichts Pankrác wurde gleich nach Beginn der Okkupation am 16. 3. 1939 von der Gestapo beschlagnahmt. Bis zum 5. 5. 1945 gingen Tausende Häftlinge durch das Gestapogefängnis.

Verhaftungen, Folter oder Hinrichtungen von Häftlingen gab es wegen aktiver Teilnahme an Aktionen gegen die Besatzungsmacht, aber auch aus kleinlichen Ursachen wie Verheimlichen einer geringen Menge Mehl, Besitz eines Jagdgewehrs, Abhören ausländischen Rundfunks u. Ä.

Hinrichtungen fanden in Pankrác vom 5. 4. 1943 bis zum 26. 4. 1945 statt. Insgesamt wurden im sog. Beilzimmer („sekyrárna“) 1 079 Menschen hingerichtet. Mehr als 100 Gefangene starben direkt in den Räumen des Gefängnisses. Die Opfer wurden im Krematorium Prag-Strašnice (Straschnitz) verbrannt. Kassiber und Erinnerungen von Gefangenen, aber auch die Aussagen des Henkers von Pankrác Alois Weiß, der ehemaligen Justizärzte Dr. Reim und Dr. Navara, des Pankrácer Aufsehers František Gub und von Heizern des Krematoriums Prag-Strašnice dokumentieren genügend das Grauen, das sich in den Jahren 1939–1945 hinter den Mauern von Pankrác abspielte.⁸

Der Tag begann für die Gefangenen um halb fünf Uhr früh. Jeder musste sich dann in Habachtstellung vor der Zelle „gesund“ (gesund) melden. Es folgte die Reinigung der dunklen, feuchten und vermoderten Zellen.

⁷ SÚA Praha, *Fonds Svaz bojovníků za svobodu*, Erinnerung von Ilja Barta, Nr. 1948.

⁸ Hlaváček, J., Kaucký, T., *Ve spárech nacismu. Památník protifašistického boje – Praha-Pankrác*, Prag 1985, S. 18.

Nach dem Frühstück, einer Tasse schwarzer Brühe ohne Zucker und einem kleinen Laib Brot für den ganzen Tag, begann die so genannte halbe Stunde. Auf Pfeifbefehle hin gingen die Gefangenen im Abstand von 1,5 Metern auf den Gefängnishof, wo sie unter Aufsicht der Gestapo in zwei Kreisen marschierten. In dem kleineren waren (mit Genehmigung des Gefängnisarztes) Kranke, im größeren der Rest. Es bestand nicht nur Sprechverbot, ja sogar jeder Augenkontakt mit Mitgefangenen wurde bestraft. Die aufsichtshabenden Gestapo-Leute machten den Gefangenen absichtlich Angst, indem sie vor deren Augen ihre Waffen durchluden. Sie zwangen die Gefangenen, auch Kranke, zum Laufschrift. Diese kehrten dann ganz verschwitzt in ihre kalten Zellen zurück, was bei vielen eine Verschlimmerung ihres Gesundheitszustandes zur Folge hatte, oft auch eine Lungenentzündung. Frauen hatten keine „halbe Morgenstunde“.

Den Rest des Tages verbrachten die Gefangenen in ihren Zellen. Manchmal wurden sie mit Tütenkleben beschäftigt. Mittags gab es Suppe und Kartoffeln, sonntags etwas Goulasch aus der Konserve. Die Nahrung war nicht ausreichend, die Gefangenen litten Hunger. Tagsüber war es verboten zu schlafen. Um sich während des Tags auf die Pritsche legen zu können, musste man eine Genehmigung haben. Einigen Gefangenen waren die ganze Zeit die Hände gefesselt.

Die hygienischen Bedingungen werden am besten durch die Tatsache beschrieben, dass sich die Gefangenen im Wasser aus der Toilette in der Ecke der Zelle wuschen. Darin wuschen sie auch ihr Geschirr nach jedem Essen. Aus Mangel an Flüssigkeit tranken sie das Wasser auch noch. Alle drei Wochen wurde gebadet, im Keller des Gefängnisses mussten sich dann immer 20–30 Männer zusammen schnell abduschen. Nach dem regelmäßigen Rasieren hatten viele blutige Gesichter, da eine einzige Rasierklinge, die ab und zu an einem Blechtopf „geschärft“ wurde, für hundert Gefangene reichen musste.

Die Gefangenen waren völlig von der Außenwelt isoliert. Die Familie ahnte oft wochenlang nicht, wo der Festgenommene war oder ob er überhaupt noch lebte. Briefe blieben lange Zeit bei der Gestapo liegen und wurden zensiert.

Zu den quälenden Verhören wurden die Gefangenen in das Petschek-Palais abgeführt.⁹

Einige ehemalige Gefangene bestätigten, zur Arbeit gezwungen worden zu sein. Neben Reinigungs-, Küchen- und kleinen Arbeiten auf der Zelle (Aufziehen von Haarspangen auf Pappe, Kleben von Papiertaschen, Sortieren von Schrauben und Muttern u. ä.) ging es um Arbeiten in der Kartonwerkstatt, die sich im Komplex der Gefängnisgebäude befand. Hier wurde Papier geschnitten und Kisten geklebt. Weibliche Gefangene erwähnen auch das Spalten von Glimmer in dünne Schichten. Ferner wurden auch Arbeiten an der Drehmaschine oder das Auseinandernehmen von Flugzeugteilen erwähnt.¹⁰

Erinnerung eines Gefangenen von Pankrác

„Von allen Erniedrigungen, die ich je bei der Gestapo erlebte, war das Stehen mit dem Gesicht an die Wand gepresst, wie ein Sklave, eine der schrecklichsten. Nicht durch die Grausamkeit – diese Herren kannten eine ganze Skala von tierischen, unglaublichen, phan-

tastischen Grausamkeiten, alle Schattierungen zum Quälen und Zerstören des menschlichen Körpers – sondern durch die vollständige Deklassierung und Degradierung des menschlichen Wesens tief unter das Niveau von Vieh. Ein an den Trog gebundenes Tier ist angebunden, um zu fressen, es kann sich bewegen, den Kopf frei drehen, muhen und fressen, saufen, sich im Stroh wälzen usw. Der Mensch jedoch, der homo sapiens des zwanzigsten Jahrhunderts, muss in sklavenhafter Unbeweglichkeit wie ein Stein stehen, die Augen an die Wand geheftet, mit zertretenem Willen – und erhält für die geringste Bewegung, ein Umschauen oder Flüstern eine Flut von Beleidigungen, Tritten und Schlägen. Und das ungeheuerlichste bei diesem Gestapo-Stehen an der Wand war, dass es sich nicht um eine zufällige Strafe handelte, sondern um eine allgemein eingeführte Norm, die ohne Ausnahmen galt. Wenn du die Schwelle der Gestapo überschritten hattest, hattest du das Recht, dich in einem Raum außerhalb deiner Zelle umzusehen, verloren, automatisch musstest du immer die Nase an die Wand pressen und dort bewegungslos so lange stehen, bis ein weiterer Befehl kam.“¹¹

In den folgenden Gefängnissen waren die Haftbedingungen mit den oben angeführten Beispielen der nationalsozialistischen Gefängnisse vergleichbar.

Aus den Erinnerungen eines Häftlings des Gefängnisses in Ostrava (Mährisch Ostrau)

Emanuel Šindel war zusammen mit einer Gruppe von im Sommer 1939 verhafteten Gefangenen im Gefängnis der Polizeidirektion interniert. Vorher waren sie in einem provisorischen Gefängnis in einer ehemaligen Fabrik, wo sie in der ersten Woche eng aneinander gedrängt auf dem nackten Zementfußboden schliefen, danach auf Stroh. Das Essen wurde ihnen in Kesseln aus dem Gefängnis des Kreisgerichts geliefert. Sie waren unter SS-Aufsicht, die Aufseher griffen sie körperlich an (Ohrfeigen). Am schlimmsten wurden Juden behandelt (körperliche Straßübungen, Kriechen auf dem Bauch, Froschhüpfen, Schläge, Tritte). Am 16. 9. 1939 brach das Fabrikdach nach einem Platzregen ein, danach wurden sie in Gefängnisse überführt, ein Teil in das Gefängnis des Kreisgerichts, ein Teil in das Polizeigefängnis. Dort wurden sie in drei Zellen eingepfercht (12 Menschen in einer Zelle). Besseres Essen erhielten sie nur gegen eine Zuzahlung von täglich 15 Kronen. Sie schliefen auf der Erde ohne Strohsäcke und Decken, erst nach einer Woche erhielten sie Stroh und Decken. Besuche waren nicht erlaubt.¹²

Aus den Erinnerungen an das Gestapogefängnis in Jihlava (Iglau)

Im Gefängnis wurden die Gefangenen grausam behandelt (Schläge, Tritte, Ohrfeigen, solange man noch zu antworten fähig war). Jeden Tag wurden Personen eingeliefert und andere abgeholt. In den Zellen waren Spione eingesetzt, die versuchten, sie zu Geständnissen zu überreden. Nach der Festnahme hatten die Häftlinge keine Möglichkeit, ihrer Familie ein Lebenszeichen zu geben. Wenn die Ehefrau einen Besuch beantragte, wurde er bewilligt – unter Aufsicht. Die Wäsche war verlaust und wegen der Prügel von den Aufsehern blutdurchtränkt. Aus dem Gefängnis wurde ein Arbeitskommando zu Feldarbeiten auf deutschen Gütern abkommandiert (je Gutshof 12 Gefangene). Alois Topinka war auf dem

⁹ Macht, Antonín, Pankrác – Terezín. Malá pevnost, Prag 1946.

¹⁰ Die Informationen stammen aus persönlichen Aussagen, die Antragsteller auf eine Entschädigung für Zwangsarbeit, Inhaftierung und anderes während des 2. Weltkriegs verübtes nationalsozialistisches Unrecht dem Büro für die Opfer des Nationalsozialismus beim Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds zusandten.

¹¹ SÚA Praha, Fonds Svaz bojovníků za svobodu, Erinnerung von Ilja Bart, Nr. 1948.

¹² Ebd., Erinnerung von Emanuel Šindel, Nr. 1380.

Gut des Medizinalrats Bruckner bei Moravské Budějovice (Mährisch-Budwitz) als Heizer beschäftigt. Die Häftlinge wurden bei der Arbeit streng bewacht und mit der Aufschrift „Zuchthaus“ gekennzeichnet. Die Kommandos verblieben auch nach dem Ende der Feldarbeiten auf den Höfen.¹³

Während der Strafabbüßung wurden einige Gefangenen zur Arbeit im holzverarbeitenden Betrieb Offenböck eingesetzt. In den Jahren 1942–1943 arbeiteten etwa 60 Gefangene für dieses Unternehmen. Sie verarbeiteten Holzklötze, die für den Antrieb von Autos mit Holzgasmotoren bestimmt waren. Ferner wurde auch Arbeit in Steinbrüchen angeführt.

Kurz vor Kriegsende wurden die Gefangenen auch zum Bau von Barrikaden vor der näherkommenden Front herangezogen.¹⁴

Wiederholte Zwangsarbeit von Gefangenen innerhalb und außerhalb der Internierungsräume konnte auf tschechischem Gebiet vor allem in den folgenden Gefängnissen nachgewiesen werden:

- Česká Lípa (Böhmisch Leipa) – Gartenarbeiten;
- Hradec Králové (Königgrätz) – Arbeit in einer Flugzeugmaschinenfabrik, Arbeit in den Zellen (Herstellung von Tarnnetzen);
- Cheb (Eger) – Räumung von Kellern, Möbelumzüge, Kohleabladen in der Brauerei, Feldarbeiten;
- Jičín (Jitschin) – Gartenarbeiten, Arbeiten in den Zellen (Kleben von Strohpanzern);
- Klatovy (Klattau) – Feldarbeiten (Kartoffelzucht), Straßenarbeiten (Aufreißen von Straßen, Splittproduktion, Zerschlagen von Steinen mit Keulen), Straßenreinigung in der Stadt, Erdarbeiten bei der Kanalisation, Hilfsarbeiten im Gestapo-Gebäude;
- Liberec (Reichenberg) – Annähen von Riemen an Spangen für Wehrmachtspferde, Arbeiten im Metalllager;
- Litoměřice (Leitmeritz) – Bauarbeiten an der Straße, Flechten von Tarnnetzen für die Wehrmacht (Frauen), Arbeiten in der Lappenwerkstatt (Sortieren von Textil und Papier), in den Räumlichkeiten des Gefängnisses wurden Matten hergestellt und Schuhe gereinigt;
- Most (Brüx) – Arbeit im Steinbruch, Reinigungsarbeiten in den umliegenden Fabriken, Arbeiten in einer Verbandfabrik;
- Nový Jičín (Neutitschein) – Arbeiten für die Firma Tonak (Lederverarbeitung für Kleidung);
- Olomouc (Olmütz) – Forstarbeiten (Baumfällen), Tischlerarbeiten, Arbeiten in der Zelle (Kleben von Briefumschlägen);
- Opava (Troppau) – Arbeiten für die Firma Minerva (Produktion von Nähmaschinen), Flechten von Matten in den Zellen;
- Plzeň (Pilsen) – Arbeiten in den Zellen (Montage von Kinderwagen für die deutsche Firma Toffe);
- Stříbro (Mies) – Arbeiten in der Landwirtschaft;
- Šumperk (Mährisch Schönberg) – Körbeflechten;
- Tábor (Tabor) – kleinere Arbeiten in den Zellen wie Federlesen oder Kleben von Papiertaschen;
- Uherské Hradiště (Ungarisch Gradisch) – Arbeitskommando, Einsatz im Sägewerk HAMO;
- Znojmo (Znaim) – Feldarbeiten.¹⁵

Quellen und Literatur

- Státní ústřední archiv Praha [Staatliches Zentralarchiv Prag], *Fonds Svaz bojovníků za svobodu [Verband der Freiheitskämpfer]*.
- Archiv Židovského muzea Praha [Archiv des Jüdischen Museums Prag], *Erinnerungssammlung*.
- Archiv des Büros für NS-Opfer – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds.
- Nedbálek, F., *Místa utrpení a vzdoru [Orte des Leidens und des Widerstandes]*, Prag 1984.
- Nedbálek, F., *Charakteristika nacistických věznic a táborů v době okupace na území země moravskoslezské [Charakteristik der nationalsozialistischen Gefängnisse und Lager in der Okkupationszeit auf dem Gebiet des Landes Mähren-Schlesien]*, Brno 1984.
- Fašistické koncentrační tábory a věznice na území Československa za druhé světové války [Faschistische Konzentrationslager auf dem Gebiet der Tschechoslowakei im Zweiten Weltkrieg], Prag 1954.
- Bartoš, J., *Nacistická věznice Mírov [Das NS-Gefängnis Mürau]*, in: *Terezínské listy [Theresienstädter Blätter]* 13/1984.
- Hlaváček J. – Kaucký T., *Ve spárech nacismu. Památník protifašistického boje – Praha-Pankrác [In den Klauen des Nazismus. Antifaschistisches Mahnmahl Prag-Pankrác]*, Prag 1985.
- Macht, A., *Pankrác – Terezín-Malá pevnost [Pankrác – Theresienstadt-Kleine Festung]*, Prag 1946.

¹³ Ebd., *Erinnerung von Alois Topinka*, Nr. 2021.

¹⁴ Siehe Fußnote 10.

¹⁵ Siehe Fußnote 10.

DAS LEBEN TSCHECHISCHER HÄFTLINGE IN NATIONALSOZIALISTISCHEN INTERNIERUNGSANSTALTEN AUF DEM GEBIET DES HEUTIGEN ÖSTERREICHS

ŠÁRKA JARSKÁ

ARBEITERERZIEHUNGSLAGER – ZWECK UND ZUSTÄNDE

Der Aufenthalt in einem Arbeitserziehungslager (AEL) war die Strafe für Vergehen bei der Arbeit, verspätete Rückkehr von einem Urlaub oder jegliche andere Vergehen, die die Geschäftsführung als schwerwiegende Verfehlungen betrachtete und der Gestapo gemeldet hatte. Arbeitserziehungslager wurden von der Abteilung IV B 4 des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) eingerichtet und regelmäßig von der Gestapo kontrolliert. Die ersten Lager dieser Art entstanden auf deutschem Gebiet schon 1941. Dazu bemerkte die „Deutsche allgemeine Zeitung“ im Februar 1941 Folgendes: *„Besonders hartnäckige Bummelanten, die auch durch Verhängung von Schutzhaft oder Gefängnisstrafen nicht zu bessern sind, werden einem Arbeitserziehungslager zugeführt, um ihnen in eindringlicher Form klarzumachen, dass im Kriege jeder seine Arbeitskraft voll einzusetzen hat.“*¹ Die Haft in einem AEL wurde als „Erziehungsmaßnahme“ betrachtet und dauerte einige Wochen bis Monate. Die Gestapo konnte die Haftzeit verlängern lassen, sog. Schutzhaft und auch Deportation in ein Konzentrationslager anordnen. Wer so der Gestapo angezeigt wurde, hatte fast keine Chance sich zu wehren oder nachzuweisen, dass die Anschuldigung gegen ihn oder sie nicht auf der Wahrheit beruhte.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Arbeitserziehungslagern waren sehr hart. Die Zustände waren denen in Konzentrationslagern ähnlich, oft war es noch schlimmer. Die Lager waren mit Stacheldraht umzäunt, bewacht wurden sie von der SS. Der Leiter des RSHA Ernst Kaltenbrunner charakterisierte Arbeitserziehungslager in einem Brief von 1944 wie folgt: *„Zunächst darf ich feststellen, dass die Arbeitserziehungslager der Sicherheitspolizei alles andere als ein Erholungsaufenthalt sind. Die Arbeitsbedingungen und die Lebensverhältnisse für die Insassen sind im allgemeinen härter als in einem Konzentrationslager. Dies ist notwendig, um den gewünschten Zweck zu erreichen und möglich, da die Unterbringung der einzelnen Schutzhäftlinge im allgemeinen nur einige Wochen, höchstens wenige Monate dauert.“*²

Gearbeitet wurde täglich 10 bis 12 Stunden, oft auch an Sonn- und Feiertagen, meist auf dem Bau oder in kriegswichtigen Betrieben. Es wurde darauf geachtet, dass die Häftlinge die schwersten Arbeiten verrichteten. Die Lagerleitung und Wachen verhielten sich gegenüber den Gefangenen oft brutal, nach Vergehen während der Internierung folgten Körperstrafen,

Deportation in Konzentrationslager oder sogar Hinrichtungen. Die sanitären Bedingungen waren oft katastrophal, weswegen Epidemien ausbrachen. Folter, schwerste Arbeit, ungenügende Verpflegung, schlechte hygienische Bedingungen und ungenügende ärztliche Versorgung hatten oft den Tod oder bleibende Gesundheitsschäden zur Folge.

Angehörige des Protektorats Böhmen und Mähren waren in diesen Arbeits- und Erziehungslagern einer viel härteren Behandlung ausgesetzt als Arbeiter aus den westlichen Ländern, Deutsche selbst oder Österreicher. Das wird zum Beispiel in der Aussage von Hans Hammerstein-Equord über seine Haft im AEL Schörghub bei Linz nachgewiesen. Er bestätigte, dass die Deutschen gut behandelt und – außer leichteren Tätigkeiten – auch zu keiner Arbeit gezwungen wurden.

BESCHREIBUNG DER ZUSTÄNDE IN AUSGEWÄHLTEN ARBEITERERZIEHUNGSLAGERN UND ZUCHTHÄUSERN

Das Arbeitserziehungslager R e i c h e n a u wurde 1941 von der Innsbrucker Gestapo zwischen Innsbruck und Hall in Tirol errichtet. Bis zum Sommer 1942 diente es als Sammel-lager für italienische Zivilarbeiter, die ihre Zwangsarbeit in Deutschland illegal verlassen hatten. Es wurde dann in ein Arbeitserziehungslager für Ausländer umgewandelt, mit einem Stacheldrahtzaun umzäunt und von SS-Einheiten bewacht. Die festgelegte Aufenthaltsdauer in Lagern dieser Art (8 Wochen) wurde anfangs noch eingehalten, später von der Innsbrucker Gestapo nach Belieben verlängert.

Bei der Ankunft im Lager erhielten die Gefangenen eine Nummer, mit der sie dann in ihrer gesamten Lagerzeit angesprochen wurden. Den ganzen Tag (von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends) mussten sie schwer arbeiten, meist auf Baustellen außerhalb des Lagers. Zwischen 19 und 20 Uhr wurden die Häftlinge in Holzbaracken eingeschlossen. Fenster und Türen wurden fest verschlossen, so dass kein Tageslicht mehr in die Räume gelangte. Die Kleidung der Häftlinge war ungenügend, an den Füßen nur Holzpantinen, keine Strümpfe, weshalb viele Gefangene Erfrierungen erlitten. Die Verpflegung war unzureichend so wie in allen Einrichtungen ähnlicher Art.

Nach der Rückkehr von der Arbeit wurden einige Gefangene bestraft, am häufigsten mussten sie um das Lager laufen und anstrengende körperliche Übungen ausführen. Eine häufige und beim Lagerführer beliebte Strafe war das Bespritzen nackter Häftlinge mit eisigem Wasser, was zu häufigen Lungenentzündungen und auch Todesfällen führte. Weitere Strafen waren Essenentzug, brutales Prügeln mit Knüppeln oder Einzelhaft in einer unbeheizten Zelle mit Betonfußboden, zwei Luftöffnungen und so kleinen Ausmaßen, dass der Bestrafte weder sitzen noch liegen konnte. Im Winter führte das zu Erfrierungen der Gliedmaßen. Einige Gefangenen wurden vom Lagerleiter, dem SS-Obersturmführer Georg Mott, brutal gequält, ein jüdischer Gefangener wurde von ihm zu Tode gefoltert, ein anderer verletzt, als Mott seine Hunde auf ihn hetzte. Weitere bekannte Fälle sind die willkürliche Erschießung eines Häftlings durch den Chef der Innsbrucker Gestapo Hilliges und am 17. 12. 1943 die Hinrichtung von sieben Gefangenen, die angeschuldigt waren, bei den Räumungsarbeiten nach Luftangriffen auf Innsbruck einige Kleinigkeiten gestohlen zu haben. Viele weitere starben infolge von Krankheit, völliger Erschöpfung und Folter durch

¹ Werner, Wolfgang Franz, *Die Arbeitserziehungslager als Mittel nationalsozialistischer „Sozialpolitik“ gegen deutsche Arbeiter*. In: Długoborski, Waclaw (Hrsg.), *Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel*. S. 140–141.

² Ebd., S. 142.

die übrigen Lageraufseher. Die am meisten gefürchteten von ihnen waren ein gewisser Payr, Jansen und Josef Sepp.

Nach Aussage des Häftlings Heinz Mayer, der später in das KZ Buchenwald deportiert wurde, unterschieden sich die Zustände in Reichenau nicht sehr von jenen im KZ. Auch wenn es keine Massenmorde gab, war die Quälerei im AEL noch schlimmer als in den großen Konzentrationslagern, weil jeder Häftling unter der ständigen Aufsicht eines SS-Manns war.

Das Arbeitserziehungslager S c h ö r g e n h u b bzw. Wegscheid befand sich ca. 3 km hinter Linz, unweit der Gemeinden Schörghub und Wegscheid. Aus diesem Grunde bezeichnen ehemalige Häftlinge das Lager wohl auch mit dem Namen einer dieser Gemeinden. Heute ist die relativ kleine Fläche des ehemaligen Arbeitserziehungslagers ein Teil von Linz (siehe Karte von Linz von 1944 und zum Vergleich eine Internet-Karte aus dem Jahr 2002 im Dokumentenanhang). Hier befinden sich jetzt Wohnhäuser, Lagerhallen und Kleingärten. Zur Erinnerung an die ehemalige „Erziehungseinrichtung“ der Gestapo steht an der Ecke der Siemens- und der Daimlerstraße ein Gedenkstein mit der Aufschrift *„Zum Gedenken an die Opfer des nationalsozialistischen Arbeitserziehungslagers Schörghub – Die Stadt Linz. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“*.

In dieses berüchtigte Lager bei Linz wurden ausländische Arbeiter nach den Ermittlungen bei der Linzer Gestapo wegen „Arbeitsvertragsbruchs“ gesandt, was zum Beispiel zu spätes Eintreffen auf dem Arbeitsplatz morgens oder verspätete Ankunft nach einem Urlaub sein konnte. Nachdem das Linzer Gestapo-Gefängnis im Januar 1945 ausgebombt worden war, wurde Schörghub außerdem Ersatzhaftanstalt der Gestapo und die Zahl der Häftlinge erhöhte sich von 300 bis 400 auf über 1000.

Die Bedingungen in diesem Arbeitserziehungslager waren sehr hart. Das Essen war fast ungenießbar, die sanitären Bedingungen katastrophal, die Häftlinge mussten in der Kleidung schlafen, in der sie den ganzen Tag gearbeitet hatten. Sie mussten schwere Arbeit verrichten, wurden schlecht behandelt, missbraucht und gefoltert. Zeugen verglichen die Zustände im Lager mit jenen in einem KZ. Die Aufenthaltsdauer in diesem Lager betrug durchschnittlich 4 bis 6 Wochen. Die Lagerbaracken waren im Quadrat aufgestellt, auf Holzpritschen drängten sich 300 Menschen. Vertreter des deutschen Lagerleiters war ein ukrainischer Aufseher. Dieser hatte die Vorliebe, alle 300 Menschen aus den Baracken zu jagen, sie um den Hof laufen zu lassen und sie so körperlich zu schinden.

Jeden Tag wurden die Gefangenen in Gruppen zu 10 bis 15 von deutschen oder ungarischen Soldaten zur Arbeit eskortiert. Ein tschechischer Häftling arbeitete bei jedem Wetter an der Instandsetzung einer Eisenbahnlinie 3 km vom Lager entfernt. Wenn ein Häftling vor Ermüdung umfiel, wurde er erschossen. Wurden bei jemandem Zigaretten oder zusätzliches Essen gefunden, was verboten war, wurde der Gefangene von den Aufsehern zu Tode geprügelt.

Am schlimmsten wurden vor allem ausländische Arbeiter behandelt, die wegen tatsächlicher oder angeblicher Sabotage und Arbeitsvergehen in das AEL geschickt worden waren. Die deutschen oder österreichischen Gefangenen – etwa 10 bis 20 an der Zahl – wurden im Großen und Ganzen gut behandelt, außer leichteren Arbeiten wurden sie zu keinerlei Tätigkeiten gezwungen.

O b e r l a n z e n d o r f wurde als Arbeitserziehungslager zum ersten Mal in einem amtlichen Schreiben vom 12. 10. 1941 erwähnt, Frauen waren dort ab Mai 1944 interniert. Ab dem Frühjahr 1942 wurde das Lager von der Wiener Gestapo verwaltet. Die Gestapo schickte ausländische Arbeiter wegen „Arbeitsverweigerung“, „Arbeitsflucht“ oder wegen leichter Straftaten nach Oberlanzendorf. Um das Polizeigefängnis Wien zu entlasten, diente Oberlanzendorf nicht nur als AEL, sondern auch als Polizeigefängnis.

Die Gefangenen in diesem Lager mussten in der Landwirtschaft und auf dem Fliegerhorst Zwölfaxing arbeiten, Arbeitgeber waren verschiedene Firmen. Sitzen am Tage war strengstens verboten, die Häftlinge durften sich nicht einmal aufstützen oder sich anders ausruhen. Jeder Tag begann um 4 Uhr morgens, bis 7 Uhr war „Frühsport“ nach Belieben der Lagerleitung, danach ging es zur Arbeit. Rückkehr von der Arbeit gegen 18 Uhr, danach wieder Stehen vor den Baracken bis 22.30 Uhr, gefolgt von Suppe und Einschließen der Häftlinge in die Baracken. Die Sonntage verbrachten die Häftlinge in Habachtstellung in einer der Baracken, dabei durften sie sich nicht rühren, ab und zu verteilte ein SS-Mann Peitschenschläge.

Nach der Ankunft im Lager wurde den Gefangenen ihre Kleidung abgenommen, sie bekamen nur Hosen, ein Hemd und Holzschuhe. Die Zellen waren lediglich mit Bettstellen und einem Kübel als Toilette ausgestattet. Einige Häftlinge schliefen direkt auf dem Fußboden, immer mehrere unter einer Decke. Das Essen war unzureichend – zum Frühstück heißer schwarzer Kaffee, mittags (bei Luftalarm erst spät abends) Kartoffelsuppe ohne Salz aus ungeschälten Kartoffeln. Abends dieselbe Suppe, nur etwas dünner, dazu manchmal ein Stück Brot. Dieses „Menü“ war jeden Tag gleich. Die Haare mussten kurz geschoren sein, die Bärte abrasiert, gewaschen wurde sich an einem Wasserhahn ohne Seife, die sanitären Bedingungen waren sehr schlecht, oft brachen Infektionskrankheiten aus.

Strafen in Form von Folter, Missbrauch und Hinrichtungen waren in Oberlanzendorf an der Tagesordnung. Die Häftlinge wurden grundlos ausgepeitscht oder mit Gummiknüppeln, die mit Bleiplatten beschwert waren, geprügelt. Erschöpfte Gefangene, die am Boden liegen blieben, wurden mit eisigem Wasser übergossen und in Einzelzellen mit Betonfußböden eingesperrt, wo sie bald starben. Oft hörte man aus den Zellen Schreie der geschlagenen Häftlinge. Lagerleitung, Lagerpersonal und Wachen quälten die Häftlinge oft, nach Zeugenaussagen hätten sie am liebsten alle gleich tot gesehen. Die Aufseher waren SS-Leute und „Volksdeutsche“, die im Auftrag des RSHA arbeiteten.

Als häufigste offizielle Todesursachen in diesem Lager wurden Herzschwäche, Phlegmone, Unterernährung und Erschöpfung angegeben.

Im Frühjahr 1945 wurden die Gefangenen vor den anrückenden alliierten Streitkräften zu einem Todesmarsch getrieben, Schwache und Hilflose wurden sofort erschossen.

Das Gefängnis des Landesgerichts W i e n befand sich in der Landesgerichtsstraße. Die Nahrung im Gefängnis war unzureichend, im Winter war es in den Zellen kalt. Es herrschten schlechte sanitäre Bedingungen, man konnte sich weder ordentlich waschen noch seine persönliche Wäsche waschen. Im Februar 1945 brach eine Fleckentypusepidemie aus. Viele starben daran, da ihnen keine ärztliche Hilfe gewährt wurde. Die Gefangenen mussten in den Zellen arbeiten. Es gab Tagesnormen, deren Nichterfüllung mit Verringerung der Nahrungszuteilung oder Ausgangsverbot bestraft wurde (Ausgang war 15 Minuten täglich auf dem Gefängnishof).

Zum Tode verurteilte Gefangene hatten Tag und Nacht Fesseln an den Händen und eine Kette von der rechten Hand zum linken Fuß. Die Fesseln wurden ihnen nur abends beim Ausziehen abgenommen. Ihre Kleidung mussten die Gefangenen auf den Korridor vor die Zellentür legen. Die Verurteilten wurden von der SS bewacht.

Im Polizeigefängnis L i n z waren viele tschechische Häftlinge unter sehr schlechten Bedingungen inhaftiert, einige Dutzend von ihnen leben noch. Das Essen war unzureichend, die Gefangenen litten an Hunger und Krankheiten. In einer kleinen Zelle von 3 x 3 Metern waren 23 Personen eingepfercht, es gab nur eine Holzpritsche 50cm über dem Boden. Wer nicht auf die Pritsche passte, schlief darunter auf der Erde auf dem Rücken, einer neben dem anderen, sie konnten sich nicht einmal bewegen.

Das Gefängnis wurde im Februar 1945 bei einem Luftangriff getroffen, wobei 48 Gefangene starben. Die anderen wurden in das KZ Mauthausen oder das AEL Schörghub deportiert.

Einige Erinnerungen

Ehemalige Häftlinge erinnern sich an das Arbeitserziehungslager S c h ö r g e n h u b:

„Lagerleiter war ein SS-Obersturmbannführer, Oberaufseher waren Scharführer, normale Aufseher SS-Leute, später sogar Angehörige der ukrainischen SS, die entgegen unseren Erwartungen noch schlimmer waren als die Deutschen. Die Haftzeiten in diesem Straflager betrugen höchstens acht Wochen. Aufgrund dieser kurzen Zeit waren die Zustände hier schlimmer als in einem gewöhnlichen Konzentrationslager. Als Hauptessen gab es zum Beispiel mittags „Suppe“ aus zerkochtem Kopfsalat, für den ganzen Tag ein kleines Stück Brot. Geschlafen wurde ohne Decken auf Brettern. Bei einer Gesamtzahl von 300 bis 400 Gefangenen wurden an einem Tag 3 Menschen erschossen (sie hatten die schwere Arbeit nicht geschafft, waren beim Weg zur Arbeit aus der Reihe geschert, mussten ihre Mütze holen, die ihnen vorher von einem SS-Mann vom Kopf gezogen und weggeworfen wurde).

Die unmenschlichen Zustände in diesem Lager wurden auch von zwei Tschechen aus der Gegend um Kladno bezeugt (...), die zu 2 Jahren Zuchthaus im Konzentrationslager Dachau verurteilt worden waren. Nach ihrer Freilassung wurden sie zu Zwangsarbeit nach Braunau abgeführt und gelangten wegen irgendeines Vergehens auch in dieses Straflager. Oft hörte ich von ihnen: „Lieber ein Jahr Dachau als eine Woche hier“.“³

„Im Februar 1945 wurde ich im Städtchen Pregarten 30km von Linz verhaftet (...). Am Morgen wurden wir zur Gestapo nach Linz gefahren und noch am selben Tag ohne ein Gericht in das Straflager Wegscheid gebracht, das 2 km von Linz entfernt war. In diesem Lager waren 400 bis 500 Häftlinge, die von der SS bewacht wurden. Die ersten zwei Tage nach der Inhaftierung gab es überhaupt kein Essen, nur ein kleines Stück Brot und heißen Malzkaffee. Wir waren als Nummern in Holzbaracken inhaftiert. In einem Raum von 5 x 5 Metern waren 60 bis 70 Leute eingepfercht. Der Holzfußboden wurde morgens bei der Säuberung mit Wasser

begossen, abends war er noch gefroren, der Raum ohne jegliche Betten. Jeder schlief angezogen auf dem gefrorenen Fußboden, dicht nebeneinander, wer kein Platz hatte, stand am Pfeiler in der Mitte des Raums oder an der Tür. Man wartete auf einen Platz von jemandem, der sterben würde, es herrschte nur das Recht des Stärkeren. Morgens beim Appell wurde die Tür aufgeschlossen, links und rechts standen Aufseher, die beim Antritt zum Frühstück auf die Gefangenen mit Stöcken einprügelten. Das Stück Brot, kaum eine Hand voll, aß jeder gleich am Fenster auf und trank es mit dem Kaffee herunter, wenn man das überhaupt Kaffee nennen konnte. Mittagessen gab es überhaupt nicht, abends nur eine stinkende Suppe aus Rüben oder mit ein paar Kartoffeln.

Es herrschte eine strenge Disziplin, jede Entfernung von der Arbeit (Austreten, Ruhr) bedeutete den Tod. Disziplinarstrafen, Habachtstehen auf dem Hof, jeder Aufseher bestrafte so lange, bis der Häftling umfiel, eine andere Strafe war das Anbinden an einen Toten im Leichenhaus. Nacharbeit beim Ausheben von Luftschutzgräben, Wegtragen von Schutt auf Tragen im Laufschrift, Bergen von Verschütteten nach Luftangriffen u. Ä. (...) An jedem Tag starben 20 bis 30 Menschen durch Folter, Hunger und Krankheiten. (...) Es gab nur wenige Häftlinge, die 3 und mehr Monate überlebten. Wir arbeiteten in einem Waggonbauwerk im Eisenlager.

Bei der Verhaftung wog ich 70 kg, nach der Freilassung 25 kg weniger. Da man sich nicht einmal waschen konnte, war jeder von einer solchen Zahl Läuse befallen, dass sie wortwörtlich wie Schuppen von einem abfielen.“⁴

„Im Winter Anfang 1945 wurde ich im Arbeitslager Wegscheid unweit von Linz interniert. Ich hatte zwei Monate für verspätete Rückkehr vom Urlaub bekommen (...) Dort herrschten entsetzliche Zustände! Heute stelle ich mir oft die Frage, wie ich es überhaupt aushalten und überleben konnte (...) Täglich wurden wir in Gruppen zu 10 bis 15 Männern von deutschen und ungarischen Soldaten zur Arbeit geführt. Ich arbeitete in einer Gruppe 3 km vom Lager entfernt an einer Eisenbahnlinie, wir gruben bei jedem Wetter, bei Frost und Schnee Eisenbahnschwellen aus. Wenn es jemand nicht aushielt und vor Ermüdung umfiel wie ein Italiener, schrie der deutsche Soldat „Auf!“, worauf sich der Italiener noch mit Mühe aufrichtete und der Soldat ihn aus wenigen Schritten Entfernung erschoss. (...) Nachmittags kam oft ein längerer schwarzer Wagen in das Lager und führte jemanden von uns ab, bei dem die Soldaten bei der Durchsuchung Zigaretten oder etwas zum Essen gefunden hatten. Zwei Soldaten nahmen sich ihn dann vor und prügelten ihn mit Gewehrkolben zu Tode.“⁵

Das Arbeitserziehungslager R e i c h e n a u stellte sich in der Erinnerung der ehemaligen Häftlinge u. a. Zeitzeugen wie folgt dar:

„(...) Kurz nach den Eingangsformalitäten lebte das Lager auf, wenn die Häftlinge von der Arbeit zurückkamen und die Strafen vollstreckt wurden. Das war ein schreckliches Erlebnis für mich. Die häufigste Strafe war ein Lauf ums Lager. An bestimmten Abschnitten passte ein Kapo auf, der mit schreiendem „Los, los!“ das Tempo bestimmte oder gegebenenfalls anstelle des Laufens „Froschhüpfen“ oder auch Liegestützen anordnete, wobei er

³ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Persönliche Aussage von Stanislav Hadač, Registriernr. 1008.

⁴ Ebd., Persönliche Aussage von Jan Hejda, Registriernr. 4284.

⁵ Ebd., Persönliche Aussage von Zdenek Rozsypal, Registriernr. 11222.

immer „Nieder! Auf!“ schrie und mit einem Stock Fälle, zu langsames Tempo oder nicht vollkommene Ausführung bestrafte. Es muss einem klar werden, dass die Häftlinge oft ältere Menschen waren, unterernährt, müde von der Arbeit, mit großem Hunger, oft blieben sie am Ende liegen und waren durch keine Schläge mehr zu einer weiteren Leistung zu bewegen. Sie mussten dann in die Baracken getragen werden. Auch wenn solche Bestrafungen täglich stattfanden, konnte ich mich nie daran gewöhnen.“⁶

„Ich habe meine Vertretung im Lager Reichenau möglichst bald aufgegeben, weil ich im Lager Reichenau Zustände vorgefunden habe, die ich nicht mit ansehen konnte und wollte. Schon bei den ersten Visiten habe ich festgestellt, dass die Häftlinge des Lagers sich in schlechter sanitärer Betreuung befanden, dass sie nicht menschenwürdig betreut worden sind; es hat im Lager viele Leute gegeben, die an Erfrierungen 1. bis 3. Grades gelitten haben (...).“⁷

ÖSTERREICHISCHES OPFERFÜRSORGEGESETZ, 12. NOVELLE

Die besondere Härte der Lebensbedingungen in den oben angeführten nationalsozialistischen Einrichtungen wird auch durch ihre Einstufung in die Liste von Anstalten, in denen ein Aufenthalt als Gefangenschaft bzw. als Einschränkung der persönlichen Freiheit aufgefasst wurde, bestätigt. Die DVO des österreichischen Bundesministeriums für Soziale Verwaltung Zl. IV-8.129-22/62 vom 24. 1. 1962 zur 12. Novelle des Opferfürsorgegesetzes (OFG) enthält ein Verzeichnis der Konzentrationslager, Internierungslager und Ghettos, die als Gefangenenanstalten aufgefasst werden (§ 13a Abs. 1 OFG), und ein Verzeichnis der Lager, Ghettos und Zwangsaufenthaltssorte, in denen der Aufenthalt als Einschränkung der persönlichen Freiheit bezeichnet werden kann (§ 14 OFG).

Das Verzeichnis der Konzentrationslager, Internierungslager und Ghettos, die als nationalsozialistische Gefangenenanstalten anerkannt wurden, führt u. a. folgende nationalsozialistische Einrichtungen an, die sich auf dem Gebiet des heutigen Österreich befanden und bei denen bekannt ist, dass dort tschechische Gefangene inhaftiert waren:

- Oberlanzendorf (Arbeitserziehungslager);
- Reichenau bei Innsbruck (Arbeitserziehungslager und Gestapolager für politische Häftlinge);
- Schörghub bei Linz (Arbeitserziehungslager und Lager für politische Häftlinge);
- Wien-Elisabethpromenade.

Quellen und Literatur

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), Wien.

DÖW (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934–1945. Eine Dokumentation. Band I. Österreichischer Bundesverlag, Wien.

Justic, Josef, Das Arbeitslager Reichenau 1941–1945. In: Innsbrucker Stadtnachrichten vom 22.1.1986.

DÖW (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934–1945. Eine Dokumentation. Band I. Österreichischer Bundesverlag, Wien.

DÖW (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934–1945. Eine Dokumentation. Band I. Österreichischer Bundesverlag, Wien.

Zácha, Oldřich, Videňská cela 107 [Die Wiener Zelle 107], Olomouc 1997.

Persönliche Aussagen ehemaliger Häftlinge

Josef Frank, Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Registriernr. 47381.

Stanislav Hadač, Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Registriernr. 1008.

Jan Hejda, Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Registriernr. 4284.

Zdenek Rozsypal, Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Registriernr. 11222.

Josef Kodad, Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Registriernr. 20502.

Erinnerungen des früheren Bundesministers Hans Hammerstein-Equord über die Haft im Polizeigefängnis Linz, im Lager Schörghub bei Linz und im KZ Mauthausen, O.D. In: DÖW (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934–1945. Eine Dokumentation. Band II. Österreichischer Bundesverlag, Wien, S. 248–250.

⁶ Ebd., Persönliche Aussage des Reichenauer Häftlings Dr. Josef Frank, Registriernr. 47381.

⁷ Zeugenaussage des Arztes Heinrich Heel aus Innsbruck vor dem LG Innsbruck betreffend seine Tätigkeit als Vertretungsweiser Polizeiarzt im Arbeitserziehungslager Reichenau, 26.11.1947. In: DÖW, Sig. E 18.662.

LEBENS- UND ARBEITSBEDINGUNGEN IN ARBEITSERZIEHUNGSLAGERN FÜR FRAUEN

LUCIE VONDŘYSKOVÁ

Zwangsarbeit von Frauen

Zu Beginn der Besatzungszeit zeigten die Arbeitsämter noch kein größeres Interesse an Frauen.¹ Die im Sommer 1939 „zur Ausführung besonders wichtiger Aufgaben“ eingeführte allgemeine Arbeitspflicht bezog sich nur auf Männer im Alter von 16 bis 25 Jahren.² Wenige Monate später wurde jedoch keine Rücksicht mehr auf Frauen genommen und auch sie wurden zur Beschäftigung eingewiesen. Anfangs konnten sich Frauen, aber auch Männer durch eine Heirat einen gewissen Schutz vor der Abfahrt ins Reich schaffen. Ab 1940 fuhren immer öfter auch verheiratete Männer über die Grenzen, der Schutz durch Eheschließung war nicht mehr wirksam. Von großem Wert waren schon 1940 ärztliche Atteste, die schwere Arbeit oder eine Gemeinschaftsunterkunft im Lager nicht erlaubten. Eine weitere bewährte Methode war eine Blinddarmoperation. Verheiratete und kinderlose Frauen wurden erst Anfang 1944 zur Arbeit im Reich eingesetzt.

Da die Arbeitsämter im Laufe der Zeit immer größere Schwierigkeiten hatten die hohen Zahlen angeforderter Personen zu erfüllen, wurde der Einsatz ganzer Jahrgänge beschlossen. Im Herbst 1944 setzten sich die ersten Transporte der Jahrgänge 1921 und 1922 in Bewegung. Gerade in jener Zeit entfachte sich eine wahre „Epidemie“ akuter Blinddarmentzündungen. Die Mädchen versuchten, schnell und ohne zu Überlegen zu heiraten oder schwanger zu werden. 1943 waren im Protektorat schon alle Männer im gesetzlich festgelegten Alter eingesetzt, es gab nur noch eine Reserve von 6 %. Diese bestand überwiegend aus Invaliden oder anders arbeitsunfähigen Männern. Bei Frauen betrug die Reserve 43 %, vor allem verheiratete Frauen mit Kindern.³ Mitte September bekamen Tausende junger Mädchen und Jungen des Jahrgangs 1924 Ladungen zum Arbeitsamt. Im Januar 1944 wurden die ersten Transporte nach Deutschland zur Umschulung organisiert. Die jungen Männer hatten kaum Chancen der „Einberufung“ zu entkommen. Die tschechischen Mädchen brachten die Pläne der Arbeitsämter jedoch völlig durcheinander. Von der Abreise zur Umschulung waren nur jene befreit, die vor dem 1. September 1943 geheiratet hatten, und so blieb nur noch eine letzte Rettungsmöglichkeit: Schwangerschaftsbestätigung.⁴ Die Statistiken der Bevölkerungsentwicklung weisen nach, dass damals die Zahl der Schwangerschaften nicht nur bei verheirateten, sondern auch bei ledigen Frauen wesentlich zunahm. Die Geburtsrate stieg schon in den Jahren 1939 und 1940 sprunghaft an, das Maximum wurde jedoch gerade 1944 erreicht. Die Entwicklung ist in der folgenden Tabelle festgehalten:⁵

¹ Arbeitsämter wurden mit der RVO Nr. 193 Slg. vom 25. 7. 1939 eingerichtet.

² RVO Nr. 109, 177/1939 Slg.

³ Mainuš, F.: Totální nasazení. Češi na pracích v Německu 1939–1945, Brno 1970.

⁴ Ebd., S. 86.

⁵ www.csu.statnisprava.cz/cz/cisla/11/110400/uvod.htm.

Jahr	Eheschließungen insgesamt	Geburten insgesamt	Uneheliche Geburten
1938	90 391	167 305	12 778
1939	134 582	196 753	14 918
1940	115 261	222 982	14 189
1941	95 720	213 369	11 493
1942	103 008	203 008	10 226
1943	85 138	229 059	9 903
1944	74 124	234 023	10 609
1945	80 133	197 074	17 836
1946	93 909	213 850	19 079

Im Februar 1944 beriefen die Arbeitsämter auch Frauen ein, die vor dem 1. 9. 1943 geheiratet hatten. Als einziger wirksamer Schutz vor einem Einsatz im Reich war nur noch die Schwangerschaft oder Geburt eines Kindes geblieben.

Fluchtversuche

Schon seit 1939 verließ eine große Zahl von Tschechen ihre Arbeitgeber in Deutschland ohne Genehmigung und kehrte in die Heimat zurück. Hauptursachen waren die allgemeine Unzufriedenheit mit den Arbeits- und Lebensbedingungen und die Höhe der Löhne. Die Fluchtaktivität nahm im Laufe der Zeit immer mehr zu. Frauen fürchteten sich vor allem vor Luftangriffen, die in Deutschland an der Tagesordnung waren. Schuld war jedoch oft auch die völlige körperliche Erschöpfung infolge übermäßig schwerer Arbeit und ungenügender Ernährung. Viele Frauen hielten auch die Trennung von ihren Familien nicht aus. Es war kein Ausnahmefall, dass die Zwangsarbeiter nicht einmal am Begräbnis eines Verwandten teilnehmen durften. Die nahe Protektoratsgrenze verlockte viele zur Flucht. Wenn es jemandem gelungen war, in einen kurzen Urlaub zu fahren, ging er/sie oft das Risiko ein und kehrte nicht zu seinem Arbeitgeber zurück. Das Problem bestand jedoch darin, dass der Arbeitgeber noch die Arbeitspapiere hatte. Den Arbeitnehmern wurden sie nur im Falle einer ordentlichen Beendigung des Arbeitsverhältnisses ausgehändigt. Viele arbeiteten deshalb „schwarz“ oder versteckten sich bei ihren Familien. Ab Januar 1943 wurden zudem Urlaubs- und Durchlassscheine eingeführt.⁶ Ferner wurden die Kontrollen auf den Bahnhöfen und in den Zügen verschärft, die Züge wurden auch an den Grenzen gründlich kontrolliert.

Die meisten Erinnerungen sind ähnlicher Art: „Wir sind geflüchtet, als alles ausgebombt war und ich es psychisch nicht mehr ausgehalten habe, wir sind etwa zu 15 geflüchtet.“⁷ Eine weitere ehemalige Zwangsarbeiterin erinnert sich: „Nachts gab es Fliegeralarm, er ließ uns in den Bunker, das war ein Bunker – eine mit Pfählen befestigte Grube. Wir liefen auf das Zimmer, nahmen unsere Mäntel, die Tasche und flüchteten bei dem Angriff von Fürth bis nach Nürnberg zu Fuß, alles um uns brannte. Sobald der erste Zug kam, fuhren wir nach

⁶ Mainuš, F.: Totální nasazení. Češi na pracích v Německu 1939–1945, Brno 1970, S. 132.

⁷ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Persönliche Aussage von Frau Zdenka T., Reg.-Nr. 15882.

Hause. Natürlich hatten wir Angst, aber wenn man jung ist, überlebt man alles. Noch vor Pilsen mussten wir aus dem Zug springen, da die Deutschen dort mit Taschenlampen die Waggonen ableuchteten. Nach Pilsen also wieder zu Fuß, ich ging dann zur Tante, weil meine Eltern hinter Pilsen wohnten. Ich war schmutzig, die Füße voll von Blasen.“⁸

Ab 1942 wurde als übliche Strafe für Flüchtlinge oder bei Vergehen gegen die Arbeitsdisziplin der Aufenthalt in einem Arbeitserziehungslager (AEL) verhängt. Solche Lager gab es in jedem Verwaltungsgebiet sowohl des Reichs als auch des Protektorats. Im April 1943 erließ der Reichsführer SS Himmler eine Anordnung, wie gegen aus Deutschland geflüchtete Protektoratsangehörige zu verfahren sei. Der Arbeitgeber zeigte die Flucht der örtlichen Polizei an, auch das deutsche Arbeitsamt wurde in Kenntnis gesetzt. In der Meldung sollten der Name des Schuldigen, sein Wohnort, Bezeichnung und Anschrift des Arbeitgebers, Anschriften von Verwandten im Protektorat und die Fluchtursache stehen. Die Polizei gab die Meldung an das Landratsamt weiter, von wo sie zu den Gaubehörden der Gestapo und darüber an die Prager Behörden weitergeleitet wurde.⁹ Die Kriminalpolizeileitstelle in Prag hatte diese Personen vor allem festzunehmen. Nach der Verhaftung wurden sie in Arbeitserziehungslager und nach Abbüßung der Strafe zurück nach Deutschland zum ursprünglichen Arbeitgeber geschickt. Das Ergreifen der Geflüchteten wurde auch durch häufige Anzeigen erleichtert, nicht selten kamen sie auch aus der tschechischen Bevölkerung.

In Arbeitserziehungslager wurden auch Personen geschickt, die die Arbeitsmoral verletzt oder sich geweigert hatten, ihren zugewiesenen Arbeitsplatz anzutreten. Die folgenden Zeilen sind Erinnerungen von Frauen, die aus diesem Grund ganz am Ende der Besatzung mit einem Aufenthalt im Lager Pilsen-Karlstadt bestraft wurden: „Ich war Schülerin an der Familienschule am Aleš – Kai. Nach Schließung der Schulen wurde ich zwangseingesetzt, ich war noch nicht einmal sechzehn Jahre alt. Ich hatte eine schwere Rheumaerkrankung durchgemacht. Ich hatte ein ärztliches Attest, dass ich im Warmen arbeiten und sitzen sollte, was nicht geschah, deshalb habe ich ‚sabotiert‘. Das kostete mich zwei Monate Arbeitslager, wir erlebten die Bombardierung der Skodawerke, Hunger, ich bin zum Teil grau geworden. Ich habe sowohl das Petschek-Palais (Hauptsitz der Prager Gestapo – Anm. Aut.) als auch die Bartholomäusgasse (1 Woche) erlebt, bevor sie mich nach Pilsen brachten. Ich wurde von Josef Theiner angezeigt, einem ehemaligen tschechoslowakischen Offizier.“¹⁰

Frau Blažena P. erinnert sich: „1944 nach Abschluss der Grundschule war ich noch keine 15 Jahre alt und bekam den schriftlichen Befehl, eine Arbeit in der Landwirtschaft anzutreten. Da ich noch nicht volljährig war, weigerten sich meine Eltern mich zu einer schweren Arbeit geben zu lassen. Ich musste 1000 Kronen Strafe wegen Nichtbefolgung bezahlen. Nach ein paar Tagen wurde ich wiederum zum Arbeitsamt Budweis geladen (der Leiter hieß Buchner). Meine Mutter, die mich begleitete, weigerte sich mich zu einer solchen Arbeit zu lassen, (und) ohne weitere Handlungen gab der Beamte, der mit uns sprach, die Weisung mich ins Zuchthaus Budweis abzuführen. Im Zuchthaus verbrachte ich einen Monat. Ich war in der Zelle allein, konnte mit niemandem sprechen – das Essen bekam ich durch ein Fenster in der Tür. Nach jener Zeit wurde ich nach Pilsen überführt.“¹¹

⁸ Ebd., Persönliche Aussage von Frau Jiřina V., Reg.-Nr. 37684.

⁹ SÚA Praha, Fonds 110-11-38, Verordnung vom 10. 4. 1943.

¹⁰ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Persönliche Aussage von Frau Jiřina K., Reg.-Nr. 50319.

¹¹ Ebd., Persönliche Aussage von Frau Blažena P., Reg.-Nr. 101050.

Die steigende Zahl der Fluchtversuche und Vergehen, die mit Arbeitserziehungslager bestraft wurde, wird in der folgenden Tabelle dokumentiert. Sie gibt die Monatsmeldungen wieder, die über solche Personen erstellt wurden.¹²

Monat	Zahl der in AEL überführten Frauen		Zahl der in AEL überführten Männer	
	wegen Flucht aus dem Reich	wegen Flucht im Protektorat	wegen Flucht aus dem Reich	wegen Flucht im Protektorat
8/1943	41	39	445	361
9/1943	65	89	631	415
10/1943	69	98	1596	422
11/1943	62	67	1545	486
12/1943	67	90	1936	664
1/1944	48	108	1042	525
2/1944	49	130	1193	512

Die Angaben für das Jahr 1944 sind leider nicht erhalten. Es kann jedoch angenommen werden, dass sich die Zahl der Fluchtversuche und Verletzungen der Arbeitsmoral noch weiter erhöhte. Davon zeugt auch ein Schreiben an K. H. Frank vom März 1945, in dem es heißt: „In letzter Zeit hat sich die Zahl der Arbeitsvertragsbrüche der im übrigen Reichsgebiet eingesetzten Protektoratsangehörigen erhöht. Die Gründe liegen in der Entwicklung der militärischen Lage, in der Verstärkung der Bombenangriffe und in den Verkehrsschwierigkeiten. Infolge dessen hält sich im Protektorat eine größere Anzahl Personen auf, die unter Arbeitsvertragsbruch oder in Auswirkung der Entwicklung der Fronten in ihre Heimat zurückgekehrt sind und die bisher nicht wieder eingesetzt werden konnten. Im Zuge einer kürzlich vom Generalkommandanten der Nichtuniformierten Protektoratspolizei durchgeführten Großaktion, bei der 311 974 Personen überprüft wurden, sind nur 624 Personen als Arbeitsvertragsbrüchige ermittelt.“¹³

Entstehen der Arbeitserziehungslager

Am 16. März 1942 gab es im Wirtschafts- und Arbeitsministerium eine Sitzung über die Schaffung von Arbeitserziehungslagern, die unter der ständigen Überwachung der Gestapo stehen sollten. Ziel war es, Fluchtversuche und Arbeitsvertragsbrüche zu verhindern. Einer der Hauptaspekte war die Forderung, dass die Lager nach deutschem Beispiel arbeiten sollten.¹⁴ Ferner wurde festgelegt, dass die Grenzkontrollen wesentlich verschärft werden sollten, um jegliche unerlaubte Grenzüberschreitungen zu verhindern.¹⁵ Der Generalkommandant der Nichtuniformierten Protektoratspolizei erließ dann im Dezember 1942 eine Anordnung, mit der die Arbeitserziehungslager eingerichtet wurden.¹⁶ Die AEL unterlagen der Nichtuniformierten Protektoratspolizei. Übergeordneter Führer war Dr. Weinmann, der Prager Gestapo-Chef. Mit der Funktion der Lagerführer wurden niedrigere Gestapo-Beamte

¹² SÚA Praha, Fonds 110-10-38, Monatsmeldungen über sicherheitspolizeiliches Einschreiten wegen Arbeitsvertragsbrüchen gegen Protektoratsangehörige und andere bzw. ausländische Arbeitskräfte, die im Protektorat ansässig und vertragsbrüchig sind.

¹³ SÚA Praha, Fonds 110-10-38, Rückführung von Arbeitsvertragsbrüchigen, März 1945.

¹⁴ In Deutschland wurden Arbeitserziehungslager schon am 28. 5. 1941 eingerichtet.

¹⁵ Kárný, M., Milotová, J., Kárná, M.: Protektorátní politika Reinharda Heydricha, Prag 1991.

¹⁶ RVO vom 7. 12. 1942 Slg.

betrault. Das übrige Wachpersonal setzte sich überwiegend aus Angehörigen der Protektoratspolizei zusammen, die den Häftlingen oft das Leben retteten. Das war auch einer der grundlegenden Unterschiede zu den Arbeitserziehungslagern im Reichsgebiet. In einem Schreiben über die Maßnahmen zur Bekämpfung des Arbeitsvertragsbruches heißt es: *„Weitere Schwierigkeiten waren bei der Beschaffung und Auswahl des Lagerpersonals zu überwinden, das sich neben einem Unterführer der Geheimen Staatspolizei als Lagerkommandanten ausschließlich aus Protektoratsangehörigen zusammensetzt. Es war notwendig, die Bewachungsmannschaft, der vorwiegend reaktivierte Gendarmen der älteren Jahrgänge angehören, durch straffe Führung auf ihre neuen Aufgaben auszurichten.“*¹⁷ Auf dem Gebiet des Protektorats wurden zehn Arbeitserziehungslager eingerichtet, das Lager in Pilsen-Karlstadt war ausschließlich für Frauen und Mädchen bestimmt.¹⁸

Arbeitserziehungslager für Frauen im Reichsgebiet

Befürchtete Frauenlager auf Gebiet des Reichs waren vor allem das AEL Wattenstedt und AEL Rudersberg bei Welzheim. Diese waren schon in der ersten Hälfte des Jahres 1942 gegründet worden. Im Verlauf des Jahres 1944 wurden auch in bestehenden Arbeitserziehungslagern für Männer Frauenabteilungen eingerichtet, nachgewiesen sind sie im AEL Spergau, AEL Radeberg, AEL Fehrbellin, AEL Schwetig, AEL Posen-Lenzingen, AEL Wilhelmsburg, AEL Nordmark, AEL Innsbruck-Reichenau und AEL Oberlanzendorf. Ganz neue reine Frauenlager wurden in Ahaus, Magdeburg, Hirzenhain und München-Berg am Laim gebildet.¹⁹ Die Inhaftierung von tschechischen Frauen und Mädchen ist in den folgenden Lagern nachgewiesen: Hallendorf, Wattenstedt, Berg am Laim, Schwetig (Swiecko) und Spergau.²⁰ Zur Beschreibung der Bedingungen in einigen von ihnen dienen Erinnerungen der Inhaftierten.

AEL Spergau

*„Wir waren dort 14 Tage im Gefängnis eingesperrt. Es war grauenvoll. Wir schliefen auf dem Boden auf Matratzen, aus denen nachts Wanzen krochen. Dann wurden wir in das Lager Spergau abgeführt. Wir mussten uns nackt ausziehen, wurden dann von einem Doktor untersucht, mussten alles abgeben, Uhren, Ohrringe, den Ring und auch den BH. Sie gaben uns grobe Kleidung und Holzschuhe und schnitten uns die Haare. Ich machte verschiedene Arbeiten bei Maurern, musste Matratzen nähen, das schlimmste war jedoch das Aufladen von roter Erde. Da kam ich immer erst abends zurück. Im Laufschrift zum Essen, ein paar ungeschälte Kartoffeln mit etwas Gemüse. Ich hatte Fieber, Durchfall und erbrach mich. Ein Soldat brachte mich ins Krankenhaus. Was sie mir weggenommen hatten, bekam ich nicht wieder, nicht einmal den BH. Als sie mich freiließen, war ich nur noch die Hälfte.“*²¹

¹⁷ SÚA Praha, Fonds 110-11-38, Maßnahmen zur Bekämpfung des Arbeitsvertragsbruches, 11. 2. 1944.

¹⁸ Für Männer wurden Arbeitserziehungslager in Břežany (Breschan), Mirošov (Miroschau), Planá nad Lužnicí (Plan an der Leinsitz), Moravská Ostrava-Kunčice (Mährisch-Ostrau – Groß-Kunzendorf), Moravská Ostrava-Vitkovice (Mährisch-Ostrau – Witkowitz), Hradištko (Hradischko), Pardubice (Pardubitz) und für Jugendliche (Jungen von 14–18 Jahren) das Lager Mladkov (Mlatkau) eingerichtet.

¹⁹ Lotfi, Gabriele: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart 2000, S. 258–259.

²⁰ Ausgehend von den Angaben in der Datenbank des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds.

²¹ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Persönliche Aussage von Frau Bohumila P., Reg.-Nr. 107026.

AEL Berg am Laim

Die folgenden Zeilen sind Auszüge aus einem Tagebuch, das Frau Bohumila H. im Gefängnis führte: *„Heute schreibe ich unter besonderen Umständen, aus dem Gefängnis. Wir sitzen hier schon den dritten Tag und wissen nicht, was weiter wird. Niemand kann sich vorstellen wie es ist, wenn man eingesperrt ist. Jemand sagte, dass wir um zwei Uhr nachmittags zurück nach München fahren. Wir sind alle völlig fertig, die jungen Dinger heulen, ich kann nicht heulen. Es ist schrecklich, ich bin noch keine zwanzig Jahre alt und habe schon mehr durchgemacht als wenn ich vierzig Jahre alt wäre. Warum haben sie mich denn nicht zu Hause gelassen. Ich konnte es bei Mama und Papa gut haben. Und was jetzt, mir knurrt der Bauch. Wir bekommen nur wenig Essen: eine Scheibe Schwarzbrot, etwas Dreck, der wie Suppe aussieht. Wenn sie mich länger hier hungern lassen würden, gehe ich zu Grunde. Ich bin mager und wenn ich dazu noch nicht esse, was wird dann bloß aus mir. Ich kann mich kaum auf den Füßen halten. Oh wenn ihr mich sehen könntet, wie ich aussehe. Herrgott, ich bitte dich, dass sie uns rauslassen. Das ist doch nicht zum Aushalten. Ich werde nie wieder schwarz nach Hause fahren. Es lohnt nicht gefasst zu werden. Da wirst du nur einmal bestraft und dann nie wieder.“*²²

AEL Schwetig

*„Ich war in einer Zelle mit 7 Frauen untergebracht: nur ein kleines Fenster, aus dem man außer dem Himmel nichts sehen konnte, der Raum hatte eine Tür, die abgeschlossen war und draußen die Aufseherinnen, die über das Auf- und Abschließen der Zellen entschieden. Im Raum war kein WC, als Toilette diente ein Eimer, der einmal täglich immer morgens auf Weisung der Aufseherin herausgetragen wurde. In der Zelle gab es kein Wasser, die persönliche Hygiene wurde unter den Duschen zusammen alle drei, vier Tage durchgeführt. Die Verpflegung war – was die Menge und Qualität betrifft – völlig unzureichend, meist gab es Wasser, Tee, gekochte Kartoffeln und ein Stück trockenes Brot, wenn es hoch kam, auch eine Rübensuppe. Bekleidung und Schuhe waren unzureichend. Wenn auf den umliegenden Feldern noch Kartoffeln, Mais oder Gemüse abgeerntet waren, arbeiteten wir bei der Ernte, etwa 90 Leute unter Bewachung der Aufseherinnen. Bei dieser Arbeit bekamen wir mittags in einem Kessel gekochte Kartoffeln, die wir mit schmutzigen Händen essen mussten. Wenn wir auf den Zellen waren, flochten wir manchmal Strohmatte auf den Gefängniskorridoren. Kranke Gefangene hatten keine Möglichkeit der ärztlichen Versorgung, da weder ein Arzt noch medizinisches Personal für die Häftlinge zur Verfügung stand. Die Bedingungen im Lager waren unmenschlich, Vergehen der Häftlinge wurden durch Schläge und Erniedrigungen seitens der Aufseherinnen bestraft. Bei diesen strengen Haftbedingungen gab es keine Verbindung zur Außenwelt, schon gar nicht zu den Angehörigen in Böhmen. Wir litten auch psychisch.“*²³

AEL Wattenstedt

„Das Lager war von doppeltem 2 m hohen Stacheldraht umzäunt. Wir wurden noch von Polizisten bewacht. Zur Arbeit wurden wir vom Werkschutz geführt. Wir arbeiteten in den Hermann-Göring-Werken. Wir waren im Stahlwerk. Die Arbeit war sehr schwer. Wir stapelten

²² Ebd., Persönliche Aussage von Frau Bohumila H., Reg.-Nr. 94662.

²³ Ebd., Persönliche Aussage von Frau Františka S., Reg.-Nr. 50369.

Ziegel und Soda, die uns die Bronchien kaputt machte. Wir bekamen nur sehr wenig zu essen. Bei der Rückkehr von der Arbeit wurden wir immer durchsucht und der Aufseher fand bei mir etwa 100 g Brot. Er fragte mich, von wem ich das hätte, weil uns niemand etwas geben durfte. Ich sagte dem Aufseher, dass ich es gefunden hätte. Er glaubte mir nicht und führte mich zur Pforte, wo er mich schrecklich anschrie und mich schrecklich auf Kopf und Gesicht zu schlagen begann, bis mir das Blut aus der Nase lief. Dann hörte er auf und ließ mich in den Keller abführen, wo Gefängniszellen waren. Daran kann ich mich noch erinnern. Aber weiter weiß ich nichts mehr.“²⁴

AEL in Pilsen-Karlstadt

Ebenso wie die Arbeitserziehungslager für Männer auf dem Gebiet des Protektorats funktionierte auch dieses Lager ganz nach deutschem Muster. Das Lager war für Frauen und Mädchen im Alter von 15 bis 55 Jahren bestimmt, die von der Zwangsarbeit geflüchtet waren, den Arbeitsvertrag verletzt hatten oder anderweitig gegen die Arbeitsmoral verstoßen und deutsche Arbeitseinrichtungen sabotiert hatten. Im Bericht über Arbeitserziehungslager und über die Maßnahmen zur Bekämpfung des Arbeitsvertragsbruches heißt es: „Das Lager ist für arbeitsvertragsbrüchige Protektoratsangehörige und staatenlose Frauen bestimmt und wurde am 1. November 1943 in Dienst gestellt. Es liegt auf dem Werksgelände der Aktiengesellschaft vormals Skoda AG, wo die Häftlinge auch arbeitsmäßig (Aufräum- und Reinigungsarbeiten schwerer Art) eingesetzt sind.“²⁵

AEL Pilsen-Karlstadt – Ende des Jahres 1943

Kapazität des Lagers	400
Stand zum 31. 12. 1943	180
Zahl der bislang Inhaftierten	335
Abgearbeitete Stunden bis zum 31. 12. 1943	46 762

Lagerführer war der SS-Mann Henning, die Aufseher bestanden aus pensionierten Angehörigen der Protektorats-Gendarmerie. Zwei Inhaftierte erinnern sich an František Žorna, der dort arbeitete. Es ist anzumerken, dass dieser versuchte, den Frauen die Zeit im Lager leichter zu machen. Die übrigen Inhaftierten erwähnen nur die Spitznamen Tiger, Krakonoš (Rübezahl) aus Neuenburg an der Elbe (Nymburk), Prskavka (Zankteufel) und Žabka (Frosch; letzterer ließ die Frauen oft „froschhüpfen“). Die meisten Frauen erinnern sich nur ungern an die Anwesenheit der deutschen Aufseherinnen, die sie oft auf sehr grausame Weise bestraften. Lagerarzt war Dr. Koptík.

Bekleidung

Nach der Ankunft im Lager musste jede Frau alle persönlichen Sachen und Kleider mit Ausnahme ihrer Unterwäsche abgeben. Dafür fasste sie dann die Häftlingskleidung, die aus Hosen, einer Jacke, einem karierten Hemd und Holzschuhen bestand. Die meisten Frauen geben an, dass es alte grüne oder braune Soldatenuniformen waren. Schon bei der Ankunft war die Kleidung von den vorherigen Gefangenen verlaust. Die Frauen mussten die Holz-

²⁴ Ebd., Persönliche Aussage von Frau Stanislava Š., Reg.-Nr. 6185.
²⁵ SÚA Praha, Fonds 110-11-38, Maßnahmen zur Bekämpfung des Arbeitsvertragsbruches, 11. 2. 1944.

schuhe an den bloßen Füßen tragen, was große Schmerzen verursachte und im Winter zu Erfrierungen führte. Auf dem Kopf mussten Tücher getragen werden. Einige Frauen geben an, dass sie zur Strafe kahlgeschoren wurden.

Eine Frau erinnert sich: „Wir sahen aus wie Soldaten in Montur, verlauste Uniformen. Kleiderläuse hatten wir zur Genüge. Einmal in der Woche gingen wir unter die Dusche zur Entlausung, aber die konnte man nicht klein kriegen, weil sich die Läuse unter den Achseln und unten festhielten. Die Gendarmen freuten sich, wenn wir uns vor ihnen duschen mussten, aber die Läuse wurden wir nicht los, weil sich die Dinger vor allem in den Kleidersäumen hielten.“²⁶

Unterbringung, Hygiene

Die Frauen waren in Holzbaracken untergebracht, in Räumen von 20 m² mit je 25 Personen. Die Räume wurden auch im Winter nicht beheizt, zum Zudecken waren nur zwei dünne Decken vorhanden. Auch die hygienischen Bedingungen waren völlig unzulänglich, alle 25 Insassen konnten sich nur in einer Schüssel mit 20 Liter Wasser waschen. Einmal wöchentlich wurden sie in die Dusche geführt, wo sie sich in Gruppen unter kaltem Wasser waschen konnten. Infolge der ungenügenden Hygiene gab es häufig Ausschläge und Läuse.

Verpflegung

Die Verpflegung war ebenfalls völlig unzureichend. Zum Frühstück gab es 250 g Brot und schwarzen ungesüßten Kaffee, um fünf Uhr nachmittags wurde das Mittagessen ausgegeben, das meist aus Wassersuppe oder Soße mit Kartoffeln bestand. Abends gab es wieder schwarzen Kaffee und ein Stück Brot mit Honigbutter oder einer Scheibe Wurst. Hier gehen die Aussagen der Frauen jedoch auseinander, einige geben an, dass sie im Lager nur zweimal täglich zu essen bekamen. Die Gefangenen wurden nach den Karteikarten als schwer arbeitende geführt. Die beschriebenen Lebensmittelzuteilungen entsprachen nicht einmal der damals geltenden geringsten Norm, wie die folgende Tabelle darstellt:²⁷

Gruppe	Brot	Fleisch
Normalverbraucher	2000 g	350 g
Lange und Nachtarbeiter	2600 g	450 g
Schwerarbeiter	3400 g	600 g
Schwerstarbeiter	4400 g	850 g

Tagesablauf

Die Gefangenen wurden jeden morgen um fünf Uhr früh geweckt. Danach folgte körperliche Übung und das Frühstück. Nach dem Frühstück wurden die Frauen mit bewaffneter Eskorte zu den Arbeitsplätzen geführt. Am häufigsten arbeiteten die Frauen in Pilsen-Sulkov, wo sie Waggonen mit Asche entluden, ferner auf dem Škoda-Gelände, wo sie Bretter, Latten oder Sand aus Waggonen auf- und abluden. Einige Frauen geben an, dass sie auch zu Reinigungsarbeiten nach Luftangriffen oder zur Arbeit in der Ziegelei Liny eingesetzt waren.

²⁶ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Persönliche Aussage von Frau Božena F., Reg.-Nr. 72853.
²⁷ Mainuš, F.: Totální nasazení. Češi na pracích v Německu 1939–1945, Brno 1970, S. 132.

Eine andere Frau erinnert sich, dass sie täglich zur Arbeit nach Nýřany (Nürschan) in einen Bergbau gebracht wurden. Viele Frauen erinnern sich an das aufreibende Arbeitstempo, das von ihnen verlangt wurde. Es wurde bis zum Abend gearbeitet, wonach die Frauen zurück ins Lager gebracht wurden. Erst nach der Rückkehr folgte das dürftige Mittagessen und danach wieder Übungen. Abendruhe war um neun Uhr, aber auch die Nacht verlief nur selten ohne Probleme. Oft wurden sie geweckt und mussten weitere körperliche Übungen machen. Ergebnis war eine allgemeine Erschöpfung des Organismus. Sonntags arbeiteten die Frauen bis zum Nachmittag, danach folgte das gemeinsame Duschen. Diesen Drill mussten auch schwangere Frauen mitmachen, eine erinnert sich, dass sie nach der Rückkehr aus Karlstadt eine Fehlgeburt hatte: „*Etwas zwei Monate später wurde ich wieder verhaftet. Da war ich schon schwanger. Ich arbeitete im Lager an der Säge im Skodawerk. Wir stapelten lange Latten und Bretter. Es war eine sehr schwere Arbeit und wegen des langen Hungerns hatte ich dann eine Fehlgeburt.*“²⁸ Auch in Deutschland war die Tatsache, dass eine Frau schwanger war, kein Grund für die Aussetzung der Strafe in einem Arbeitserziehungslager.²⁹ Auch in diesem Punkt wurde das deutsche Vorbild voll erfüllt.

Strafen

Für jedes Vergehen gegen die Lagerordnung wurden die Frauen unverhältnismäßig hart bestraft. Sie erinnern sich an die unglaubliche Grausamkeit der deutschen Aufseherinnen, die oft körperliche Strafen anwandten, wozu sie auch Peitschen zur Hilfe nahmen: „*Wir waren unter der Kontrolle von deutschen Frauen – Aufseherinnen. Sie schlugen uns ständig mit einer Peitsche vor allem auf die Brust. Dort stellte ich fest, dass ich schwanger bin.*“³⁰ Eine beliebte Strafe waren übermäßige körperliche Übungen wie Kniebeugen oder „Froschhüpfen“ u. Ä. Die allerhäufigsten Strafen waren jedoch Essensentzug oder Erhöhung der Arbeitsnorm. Für schwere Disziplinarvergehen wurden die Frauen in ein dunkles Verlies gesteckt, wo sie bis zu mehreren Tagen ohne Essen bleiben mussten.

Zweigstelle Štítov u Rokycan (Stittow bei Rokitzan)

In den Sommermonaten des Jahres 1944 wurde im örtlichen Gasthaus Holpuch eine Zweigstelle des Lagers errichtet. Hier waren durchschnittlich 60 Frauen untergebracht, die auf dem örtlichen Landgut arbeiteten. Im November 1944 nach Abschluss der Ernte wurde die Zweigstelle aufgelöst und die Frauengruppe nach Karlstadt überführt.³¹ Frau Božena N. beschreibt die dort verbrachte Zeit: „*Es war ein Anwesen hinter Pilsen, so etwas wie ein Gasthaus. Da waren überhaupt keine Häuser, nur der Deutsche, für den wir auf dem Feld arbeiteten, hatte eine Villa in der Nähe. Er ritt auf einem Pferd hinter uns. Mich brachte der Gendarm Baudyš aus Šardice (Scharnitz) dorthin, der ist aber schon gestorben. Wir wurden von zwei Stabsleuten bewacht. Dort gab es kein Wasser, nicht einmal zum Waschen.*“³²

²⁸ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Persönliche Aussage von Frau Věra J., Reg.-Nr. 47418.

²⁹ Lotfi, Gabriele: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart 2000, S. 256.

³⁰ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Persönliche Aussage von Frau Květoslava Š., Reg.-Nr. 19502.

³¹ Bubeníčková, R., Kubátová, L., Malá, I.: Tábory utrpení a smrti, Prag 1969.

³² Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Persönliche Aussage von Frau Božena N., Reg.-Nr. 41693.

Entlassung

Nach der gründlichen „Umerziehung“ wurden die Frauen entlassen, wobei sie sich jedoch beim zuständigen Arbeitsamt melden mussten. Beleg über die Entlassung war der sog. Entlassungsschein. Im Unterschied zu den Männern gab es für Frauen keine sog. Sammel-lager,³³ wo sie auf den Abtransport zu ihrem früheren Arbeitgeber warten mussten. Nach der Pflichtmeldung bei dem Arbeitsamt wurden sie zum früheren Arbeitgeber zurückgeschickt, gegen Kriegsende wurden sie jedoch wegen der vielen durch Luftangriffe zerstörten Fabriken auch am Wohnort zur Arbeit eingewiesen.

Schluss

Insgesamt sind 6 000 Frauen durch das Arbeitserziehungslager Pilsen-Karlstadt gegangen.³⁴ Fünfzehnjährige Mädchen oder auch schwangere Frauen waren keine Ausnahme. Die geringste Strafe betrug drei Wochen, durchschnittlich verbrachten die Frauen jedoch die doppelte Zeit im Lager.³⁵ Vier internierte Frauen starben an den Folgen des Lageraufenthalts im Pilsner Krankenhaus.³⁶ Weitere Todesfälle sind nicht bekannt. Das Lager beendete seine Tätigkeit Ende April 1945, als die internierten Frauen die Panik während eines Luftangriffs auf die Skodawerke nutzten und flüchteten. Der letzte und vernichtendste Luftangriff auf die Skodawerke fand am 25. 4. 1945 statt.

Quellen und Literatur

Státní ústřední archiv Praha, Fonds 110 (Německé státní ministerstvo pro Čechy a Moravu)
[Deutsches Staatsministerium für Böhmen und Mähren].

Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds.

Bubeníčková, R., Kubátová, L., Malá, I.: Tábory utrpení a smrti [Leidens- und Todeslager], Prag 1969.

Kárný, M., Milotová, J., Kárná, M.: Protektorátní politika Reinharda Heydricha [Reinhard Heydrichs Protektoratspolitik], Prag 1991.

Mainuš, F.: Totální nasazení. Češi na pracích v Německu 1939–1945 [Totaleinsatz. Tschechen zur Arbeit in Deutschland 1939–1945], Brno 1970.

Lotfi, G.: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart 2000.

³³ Sammellager Prag – Rusin (Ruzyně).

³⁴ Bubeníčková, R., Kubátová, L., Malá, I.: Tábory utrpení a smrti, Prag 1969, S. 205.

³⁵ Berechnet aufgrund der Angaben in der Datenbank des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds.

³⁶ Bubeníčková, R., Kubátová, L., Malá, I.: Tábory utrpení a smrti, Prag 1969, S. 205.

LAGER FÜR SOG. JÜDISCHE MISCHLINGE UND NICHTJÜDISCHE PARTNER AUS MISCHEHEN AUF TSCHIECHISCHEM GEBIET IN DER ZEIT DES 2. WELTKRIEGS

VĚRA ZEMANOVÁ – PAVLA PLACHÁ

Die vorliegende Studie ist eine kurze Übersicht der in der Zeit des 2. Weltkriegs auf tschechischem Gebiet entstandenen Lager für sog. Mischlinge und nichtjüdische Partner aus Mischehen. Sie will vor allem die dort herrschenden Verhältnisse beschreiben und die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer unfreiwilligen Insassen näher bringen.

Ein Verzeichnis solcher Lager ist in der Studie von František Nedbálek *Místa utrpení a vzdoru* (Orte des Leidens und des Widerstandes) enthalten, eine ausführlichere Beschreibung der größeren Lager befindet sich im Buch *Tábory utrpení a smrti* (Leidens- und Todeslager) des Autorenkollektivs Růžena Bubeníčková, Ludmila Kubátová und Irena Malá. Für die folgende Studie wurden in großem Maße Erinnerungen ehemaliger Häftlinge aus dem Archiv des Jüdischen Museums in Prag und aus dem Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus (Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds) verwendet.

Die Lager waren nicht nur für „Judenmischlinge“ bestimmt, sondern auch für „nicht jüdische Partner aus Mischehen“. Anlass ihrer Gründung war die rassistische Idee, die Gefangenen dieser Lager von den übrigen „Ariern“ zu trennen. Die Lager entstanden ab Mitte 1944 und fielen unter die Vollmacht des Inspektors der Konzentrationslager. Das erste Lager sollte im sog. Sudetenland in Postoloprty (Postelberg) entstehen. Ferner sollten auf dem Gebiet eines SS-Truppenübungsplatzes drei Lager unter einheitlicher Leitung mit dem Decknamen „Sonderlager“ geschaffen werden, und zwar in Bystřice u Benešova (Bistritz bei Beneschau), Tvoršovice (Tworschowitz) und Vrchotovy Janovice (Markt Janowitz). Auf dem Gebiet der Tschechischen Republik entstanden letztendlich noch mehr solcher Lager. Eine Übersicht ist in der Tabelle am Ende dieses Kapitels enthalten. Am Ende des Krieges wurden „Judenmischlinge und mit Juden verbündete Arier“ in verschiedene Arbeitslager eingewiesen, wo ihre Diskriminierung durch die Pflicht zum Tragen des gelben Davidsterns mit der Aufschrift „Jude“ fortgesetzt wurde.

Oslavany u Brna (Oslawan bei Brünn)

Im mährischen Oslavany entstand am 7. 4. 1942 ein Judenarbeitslager. Es war dem Zentralamt für die Regelung der Judenfrage in Prag unterstellt. Die erste Gruppe von 101 Männern förderte in der Kohlegrube Kukla Kohle und verrichtete Arbeiten über Tage. Nach der Deportation dieser Gruppe nach Theresienstadt am 30. 8. 1943 kamen am 9. September desselben Jahres weitere 91 Männer aus Mischehen (deren Frauen nach der nationalsozialistischen Terminologie „arischer Herkunft“ waren).¹

Nach Erinnerungen ehemaliger Häftlinge kamen die ersten von ihnen schon 1943 nach Oslavany. Damals war das Regime im Lager noch relativ milde. Die Häftlinge gingen ohne Bewachung, nur in Begleitung der Vorarbeiter zur Arbeit. Die Arbeit war sehr anstrengend,

gearbeitet wurde 11 Stunden täglich mit einer halben Stunde Mittagspause. Im April waren insgesamt 87 Häftlinge auf der sog. Halde, in der Waschanstalt, im Sägewerk und im Förderwerk beschäftigt. Bei völlig unzureichender Nahrung (die Zuteilungen waren viel schlechter als die der übrigen Bergleute) wurden drei Schichten gefahren. Die Häftlinge waren in fünf Räumen in Holzbaracken untergebracht.

Erinnerungen von Häftlingen

Auf Befehl des Leiters der Sicherheitspolizei und des SD erhielten die Betroffenen eine Vorladung von der Jüdischen Religionsgemeinde Prag in der Dlouhá ulice (Lange Gasse), wo sie sich zur Arbeitseinweisung einfinden sollten. Es wurde ihnen gesagt, dass sie weder „ghettoisiert“ noch „abgewickelt“ würden. Später (Ende August) wurden sie dann in zwei Gruppen eingeteilt: 100 Männer wurden in die Grube Oslavany geschickt, der Rest auf das Gut Lípa u Havlíčkova Brodu (Linden bei Deutsch-Brod), wo unter direkter SS-Bewachung gearbeitet wurde. Sie sollten eine 84-köpfige jüdische Gruppe ablösen, die nach Theresienstadt gegangen war. Mitte Februar 1945 wurden aus ihrer Gruppe 53 Arbeiter unter dem Zeichen AE5 nach Theresienstadt deportiert, wo alle die Befreiung erlebten.

Das Lager war ohne elektrische Beleuchtung und hatte eine Selbstverwaltung. Die Arbeiten in der Grube wurden von einem sog. Berginspektor geleitet, der die Häftlinge mit ständigem Geschrei und Drohungen einschüchterte.

Die Häftlinge waren in zwei Holzbaracken mit Doppelstockbetten für je 30 Menschen untergebracht. Von Hygiene konnte nicht die Rede sein. Überall Ungeziefer. Gelegentliche Desinfizierungen mussten die Häftlinge auf eigene Kosten durchführen. Sie litten unter dem ständigen Lärm von der nahen Seilbahn, dem Kompressor und vorbeifahrenden Loren.

Später wurden die Gefangenen völlig von der übrigen Bevölkerung isoliert und das Lager wurde umzäunt. Im Oktober 1944 wurden sie auch von den übrigen Arbeitern in der Grube getrennt (sie arbeiteten im 9. Grubenstockwerk). Für die Arbeit erhielten sie ein „Gehalt“ von 5,20 Kronen/Stunde. Von diesem Lohn wurden ihnen jedoch noch die Verpflegung, 5 Kronen täglich für die Unterkunft und Kranken- und Sozialversicherungsbeiträge abgezogen. Außerdem wurde der Lohn noch um weitere 15 % „Judensteuer“ gekürzt, die direkt an die nationalsozialistischen Behörden abgeführt wurde.

Obwohl die Arbeitsbedingungen in Oslavany sehr schlecht waren (Dunkelheit, Staub, abwechselnd Hitze und Kälte und häufige Verschüttungen), starb im Lager niemand. Aufgrund der Art der Arbeit gab es jedoch häufig schwere Arbeitsunfälle, die oft bleibende Folgen hatten, wie z. B. Nervenkrankheiten und in vielen Fällen auch Blindheit.²

Postoloprty (Postelberg)

Von 1943 bis April 1945 bestand in Postoloprty bei Žatec (Saaz) ein Lager für Männer jüdischen Glaubens und Männer aus Mischehen. Meistens handelte es sich um Tschechen, es waren jedoch auch einige Deutsche darunter. Die eigentliche Kapazität des Lagers von 900 Personen wurde weit überschritten (etwa 1 200 Personen). Insgesamt gingen etwa 1 500 Häftlinge durch dieses Lager.³

¹ Bubeníčková R., Kubátová L. und Malá I.: *Tábory utrpení a smrti*, Svoboda 1969, S. 153.

² Archiv Židovského muzea Praha, vzpomínky – Jiří Vaníček und Ota Ulmann; Kafka, A., *Mezi dvěma frontami*, in: *Věstník židovských obcí*, Nr. 8 und 10, 1967.

³ Bubeníčková R., s.o., *Anm. 1*, S. 153.

Nach Erhalt des Transportbefehls nach Postoloprty wurden die Männer in Čakovice (Tschakowitz) bei Prag in einer Schule versammelt. Dort waren sie zwei Tage ohne Nahrung. Sie wurden gezählt, von einem Arzt untersucht und jeder erhielt eine Nummer. Danach wurden sie in Waggons mit einer SS-Eskorte nach Postoloprty befördert.

Die Gefangenen waren in einem ehemaligen Fasanengehege in 15 einfachen Holzbaracken untergebracht. In einem Raum drängten sich etwa 30 Männer, die auf Doppelstockbetten mit Strohmattatzen schliefen. Das Zimmer hatte einen Tisch und einen kleinen Ofen, der wegen des Mangels an Heizmaterial zur Heizung nicht ausreichte.

Das Lager wurde von einer SS-Wacheinheit beaufsichtigt, die wahrscheinlich Mitte Februar 1945 durch eine besondere Wehrmachteinheit ersetzt wurde. Es war mit Stacheldraht umzäunt, die Wachen hatten abgerichtete Hunde. Auf dem Appellplatz standen drei Wachtürme mit Maschinengewehren.

Lagerleiter war Frontführer Beneke, sein Vertreter Bisterfeld. Beide gehörten der Organisation TODT an. Das Lager unterstand der Oberaufsicht des SD Prag, dessen Inspektor regelmäßig zweimal im Monat Kontrollen durchführte.

Der Lageralltag begann um 4:45 Uhr mit dem Wecken. Nach dem Morgenappell ging es zur Arbeit, der Weg dauerte etwa eine Stunde. Die Arbeitszeit war auf 12 Stunden festgelegt. Einige Häftlinge arbeiteten in Schichten. Es wurde auch sonntags gearbeitet, dann stand Lagerreinigung auf dem Programm. Im Lager herrschte eine Atmosphäre der Spannung und Unruhe. Die Gefangenen wurden zudem durch häufige Barackenkontrollen gestresst.

Die Arbeit war unter freiem Himmel ohne die Möglichkeit, sich vor Wetterunbill zu schützen. Die Häftlinge bauten Startbahnen für einen Flugplatz. Sie machten Erdarbeiten, verlegten Rohre und Gleise, koppelten Eisenbahnwaggons, alles ohne Handschuhe oder ähnliche Schutzmittel. Im Winter froren die Hände am Metall an. Besonders gefährlich war das Wiederaufsetzen von entgleisten Waggons und Lokomotiven auf die Gleise. Dabei schoben die Häftlinge Eisenbahnschwellen unter das auf Fahrzeughaltern balancierende Fahrzeug.

Die Häftlinge erhielten keine Arbeitskleidung, sie hatten ja ihre eigenen Sachen. Für die Firmen Schreck, Dickerhof & Widmann und Strabag verrichteten sie Sklavenarbeit ohne jeden Anspruch auf Vergütung.

Wer an Tuberkulose oder anderen Krankheiten erkrankt war, wohnte zusammen mit den übrigen Häftlingen in einem Raum, wo zudem auch noch die nasse Arbeitskleidung getrocknet wurde. Die Baracken waren feucht, kalt und verlaust.

Die Gefangenen erhielten dreimal täglich Essen. Zum Frühstück bekamen sie „warmes schwarzes Wasser“ (Kaffee) und eine Scheibe Brot. Mittags eine Schale „Bunkersuppe“ – schlecht geputzte Rüben, Kartoffeln und Kohl ohne Fett. Abends eine wässrige Soße und zwei bis drei Kartoffeln, Fleisch nur selten. Die Häftlinge konnten von Zeit zu Zeit Lebensmittelpäckchen von Verwandten und Freunden bekommen, oft war das Päckchen jedoch schon vor der Ankunft ausgetraubt worden.

Neben dem Missbrauch der Arbeitskraft einer bestimmten Menschengruppe hatte das Lager noch ein weiteres Ziel: die psychische und körperliche Drangsalierung der Gefangenen vor ihrem endgültigen Tod in den Vernichtungslagern. Einige Gefangene starben direkt im Lager. Die meisten erschöpften und geschwächten Häftlinge trugen von ihrem Lageraufenthalt Ende April 1945 eine erschütterte Gesundheit mit Folgen für ihr ganzes Leben davon.⁴

Sonderlager in Bystřice u Benešova (Bistritz bei Beneschau)

Das Lager mit der offiziellen Bezeichnung »Sonderlager für jüdisch versippte Arier und jüdische Mischlinge auf dem SS-Truppenübungsplatz Böhmen« war ein Arbeitslager für Judenmischlinge und Männer jüdischer Frauen. Es wurde im Herbst 1943 eingerichtet, die letzten Gefangenen verließen es Ende April bzw. Anfang Mai 1945. Fast alle älteren Internierten gehörten in den dreißiger Jahren zur Intelligenz. Die jüngsten Häftlinge waren etwa zwanzig Jahre alt. Das Höchstalter für eine Internierung wurde auf 60 Jahre festgelegt.

Die Häftlinge wurden in Transporten in das Lager gebracht. Außer ihnen arbeitete dort auch ein Transport von Roma-Familien aus Norddeutschland.

In offiziellen Dokumenten vermieden die Nationalsozialisten eine konkrete Bezeichnung der hier Internierten und verwendeten die Wendung „... für den, in dem hiesigen Sonderlager befindlichen XY...“. Der SS-Truppenübungsplatz Böhmen war ein Übungslager für Einheiten der Waffen-SS.⁵

Das Lager in Bystřice war das Hauptlager (Sonderlager A). Dazu gehörten noch das Lager in Tvoršovice (Sonderlager B) und in Vrchotovy Janovice (Sonderlager C), wo auch Reichsdeutsche interniert waren (Mischlinge und Männer von jüdischen Frauen) und weitere Zweiglager in Dubí (Eichwald) und Živošost (Schiwohoscht), in denen die Lebens- und Arbeitsbedingungen alle ähnlich waren.⁶

Das Hauptlager befand sich am Rand der Gemeinde Bystřice östlich der Eisenbahnstrecke Prag-Budweis, zwischen dem Bahnhof und einem Feldflugplatz. Es bestand aus Holzbaracken, die im Quadrat aufgestellt waren. In dem von Stacheldraht umzäunten Lager waren etwa 1 250 Gefangene interniert.

Das Lager in Tvoršovice war unweit des Hauptlagers auf einem Manöverplatz. Die Häftlinge waren zunächst provisorisch in einer Scheune untergebracht. Nach einigen Tagen zogen sie in lange Holzbaracken für je etwa 200 Personen ein, die von den ersten Gefangenen errichtet worden waren.⁷

Das Sonderlager C in Vrchotovy Janovice befand sich östlich der Gemeinde Olbramovice (Olbramowitz). Es bestand zum Teil aus Holzbaracken, zum Teil aus Ställen. Hier waren etwa 100 Häftlinge untergebracht. In einem vom Rest des Lagers durch Stacheldraht abgetrennten Teil waren Häftlinge eines Außenkommandos des KZ Flossenbürg interniert.

Das Lager selbst und die Arbeit wurden von Angehörigen der Waffen-SS bewacht. Leiter des Truppenübungsplatzes war der SS-Brigadenführer und Generalmajor der Waffen-SS Alfred Karasch. Die Häftlinge waren unter der direkten Leitung des SS-Hauptscharführers der Feldgendarmarie Ernest Maurer. In den einzelnen Baracken gab es Älteste, für das gesamte Lager den Lagerältesten. Meist handelte es sich um ehemalige tschechoslowakische Offiziere.

Im Lager herrschte militärische Zucht. Wecker um 6.00 Uhr, Nachtruhe um 22.00 Uhr. Nachts gab es jedoch oft Appelle. Neben Zählappellen waren es in Bystřice auch sog. „Bart-Appelle“, „Haar-Appelle“ oder „Schuh-Appelle“. Nach Erinnerungen eines Häftlings wurde auch die geringste falsche Bewegung bestraft.

⁴ Archiv Židovského muzea Praha, vzpomínky – Petr Sgall.

⁵ Kavena, J.: Sonderlager pro židovské míšence v Bystřici u Benešova, in: Terezínské listy, 28/2000.

⁶ Bubeníčková R., s.o., Anm. 1, S. 151.

⁷ Archiv Židovského muzea Praha, vzpomínky – V. Tuček.

Die Waffen-SS führte auch in den Baracken gründliche Kontrollen durch. Strafen gab es schon für versäumtes Staubwischen. Drei Formen der Bestrafung waren üblich: Stockhiebe (Prügel), Abendwache am Tor oder Überstunden bzw. Sonntagsarbeit.

Die Häftlinge arbeiteten auf dem Bau (vor allem beim Bau des Bahnhofs) und waren bei der Instandhaltung von Straßen, Auf- und Abladen von Munition in Lagern Tvoršovice und Semovice (Semowitz), Planierarbeiten auf dem Schießstand, Erdarbeiten für Treibstofflager u. Ä. eingesetzt.

Die Insassen des Lagers Tvoršovice wurden beim Bau des Bahnanschlusses zur Spirituosenfabrik eingesetzt. Die Zusammensetzung der Gefangenen war sehr bunt, neben Arbeitern waren hier auch Universitätsprofessoren interniert.

Die Arbeiten wurden auch bei Frost nicht eingestellt, weshalb der Arzt oft Erfrierungen behandeln musste. In Vrchotovy Janovice wurden die Arbeiten von zwei Firmen ausgeführt – Billik und Belada. Dort arbeiteten die Häftlinge als Hilfskräfte bei den einzelnen Bauberufen. Im Frühjahr wurden die Häftlinge zu Grabarbeiten um Benešov abkommandiert. Dort wurden Anti-Artillerie-Gräben gegraben und tiefe Gräben als Panzersperren gebaut.

Die Arbeitszeit war sehr unterschiedlich. Offiziell dauerte sie von 7 bis 19 Uhr. Die Gefangenen hatten einmal alle 14 Tage Samstag vormittags, den ganzen Sonntag und Montag Vormittag frei. Im Sonderlager C wurde meist nur bis 18 Uhr bei einer halbstündlichen Mittagspause gearbeitet – dafür jedoch sehr oft auch sonntags ohne andere freie Tage. In Bystřice wurde Sonntag vormittags und einmal im Monat der ganze Sonntag gearbeitet.

Bei den jüngeren Gefangenen deckte der Lohn nicht einmal die angeblichen Kosten für die Verpflegung und Unterkunft, er erreichte oft bis zu minus 300 Kronen monatlich. Im Verdienst der sog. Dienstätleren war dieser Unterschied ausgeglichen – letztendlich erhielt niemand für die Arbeit auch nur eine einzige Krone.

Eine Lagerküche wurde in Bystřice erst später eingerichtet, bis dahin aßen die Gefangenen in den Straßengräben entlang der Straße. Unzureichend war vor allem die Wasserzuteilung: nur ein halber Liter zum Trinken und Waschen zusammen. Die Häftlinge konnten sich gegen Zusatzkarten für Schwerarbeiter, die sie oft von ihren Familien erhielten, Essen kaufen.

In Vrchotovy Janovice schliefen die Häftlinge ursprünglich in einer Holzbaracke in einem Raum von 20x7 Metern. Auf der Erde lag auf beiden Seiten Stroh, das mit Decken zugedeckt war. Später wurden den Gefangenen Matratzen zugeteilt, die sie sich selber mit Stroh stopften. Anfang November kamen sie zur Firma Billik und wurden in einem ehemaligen Stall mit Dreierstockbetten untergebracht. In dem großen Raum für 100 Häftlinge waren zwei Öfen, zwei Türen und zwei kleine Fenster. In der Ecke war eine Senkgrube einbetoniert. Im Raum konnte man deshalb kaum atmen, es gab viele Mäuse und Wanzen.

In Bystřice wohnten je 150 Mann in Holzbaracken aus rohem Holz, die nach dem Austrocknen jede Menge Ritzen hatten. Um sich überhaupt etwas Wärme zu verschaffen, mussten die Internierten auf dem Bau Holz stehlen. Wie ein ehemaliger Häftling anführt, wachten sie morgens oft auf ihren Papiersäcken auf und waren mit Raureif bedeckt.

Für den Verkehr mit der Außenwelt galten strenge Regeln. Jeden Tag konnte nur eine Postkarte mit dreißig deutschen Worten abgeschickt oder empfangen werden, einmal monatlich ein Paket von höchstens 20 kg. Alle Sendungen wurden kontrolliert. In Vrchotovy Janovice waren die Kontrollen nicht so streng. Die Gefangenen konnten dort in der Arbeitszeit aus dem Lager gehen. In Bystřice war das anders. Kontakte zur Zivilbevölkerung waren nicht möglich.

Einigen Gefangenen gelang es auch trotz der SS-Wachen aus dem Lager in Tvoršovice zu entkommen. Wer auf der Flucht gefasst wurde, wurde vor dem angetretenen Appellplatz öffentlich verprügelt.⁸

Erinnerungen von Häftlingen

„Bei einer nachmittäglichen Kulturveranstaltung erlitt der Häftling Rudolf Berzetti aus Prag einen Schlaganfall. Maurer verbot es, ihn in ein Krankenhaus zu überführen. Auf der Krankenstation besuchte er ihn mehrmals und ließ ihn aufstellen. Er erfreute sich daran, wenn Berzetti hilflos zur Erde sackte.

Im schlimmsten Winter erlaubte er es den Häftlingen nicht, in Jacken und Handschuhen zu arbeiten.“⁹

Die folgende Abschrift eines zeitgenössischen Dokuments belegt das unmenschliche Vorgehen des Lagerleiters Maurer:¹⁰

SS Truppenübungsplatz Böhmen

Sonderlager Bistritz bei Beneschau

Bistritz am 13.3.1945

Lagerbefehl Nr. 6

Da trotz mehrmaliger Bekanntgabe beim Abendappell es viele Lagerinsassen nicht für notwendig halten, sich nach dem Lagerbefehl und Anordnungen zu richten, wird nochmals darauf hingewiesen, dass auf allen Baustellen und Arbeitsplätzen das Arbeiten der Lagerinsassen mit angezogenen Mänteln, Winterjoppen, oder Handschuhen verboten ist. Vorübergehend sind noch nicht davon die Vorarbeiter betroffen.

Wer diese Anordnungen zuwiderhandelt, wird bestraft.

Gez. Maurer
SS-Hauptscharführer d. Feldgendarmarie
und Lagerleiter.

„Eine weitere ‚Errungenschaft‘ war eine genaue Vorschrift über die Höchstdauer eines Latrineaufenthalts in der Nacht. Zu ihrer Kontrolle gab es einen Nachtdienst, der in jeder Baracke genau Abgang und Ankunft jedes Einzelnen aufschrieb. Das Lager wurde von einer zwei- bis sechsköpfigen Streife mit Hunden bewacht, die Befehl hatte bei jeder Bewegung in Richtung Zaun zu schießen. So forderte diese Anordnung von Maurer kurz vor der Revolution ein Menschenopfer, Ivo Geringer. Das war ein junger talentierter Bursche, der aus dem Lager verschwinden wollte.“¹¹

⁸ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds; Archiv Židovského muzea Praha, vzpomínky - J. Rypel, J. Marek, M. Hild.

⁹ Marek, J., Sonderlager, in: Židovská ročenka, 5741/1981.

¹⁰ Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds.

¹¹ Archiv Židovského muzea Praha, vzpomínky – M. Hild.

Dubí (Eichwald)

Im Dorf Dubí (Eichwald) bei Teplitz/Schönau bestand die Zweigstelle Nr. 48 des Lagers Bystřice u Benešova.¹²

Živohošť (Schiwohoscht)

Das Lager in Živohošť war ein Nebenlager von Bystřice u Benešova. Es bestand aus einer Holzbaracke, in der ab dem 25. 3. 1945 30 Personen aus Bystřice untergebracht waren. Zu etwa 80 Prozent handelte es sich um Tschechen, den Rest bildeten Deutsche.¹³

Angehörige aus Mischehen und Männer jüdischer Frauen (die damals schon zumeist in Theresienstadt interniert waren) wurden am Ende des Krieges auch in andere Arbeitslager deportiert – Kalek (Kallich) und Načetín (Natschung) in der Nähe von Chomutov (Komotau) und Kalich (Kelch) in der Nähe von Litoměřice (Leitmeritz).¹⁴

Kalek (Kallich)

Kalek war eines von zwei Lagern bei Chomutov, die im Dezember 1944 für Männer aus Mischehen eingerichtet wurden. Etwa 60 Internierte waren in drei Holzbaracken am Waldrand am östlichen Rand der Gemeinde untergebracht. Die meisten von ihnen stammten aus Prag, es waren vor allem Ärzte, Rechtsanwälte und Selbstständige. Sie arbeiteten für die Forstverwaltung Červený Hrádek (Rothenhaus). In zwei örtlichen Gasthöfen („Teichert“) wohnten noch 60 Mischlinge, die Holz aus dem Wald einfuhren.¹⁵

Načetín (Natschung)

Im Dezember 1944 wurde in Načetín bei Chomutov ein Arbeitslager für Männer aus Mischehen eingerichtet. Etwa 150 Männer waren in zwei Gasthöfen untergebracht, die auch eigene Küchen hatten. Sie wurden beim Roden und Ausfahren des Holzes aus dem Wald eingesetzt. Lagerleiter war ein SS-Gruppenführer der Organisation Todt.

Prag-Hagibor

Hagibor wurde ein Prager Lager in der damaligen Schweriner Straße (heute Vinohradská) Nr. 1201 genannt. Aufgrund einer Anordnung des nationalsozialistischen Zentralamtes für die Regelung der Judenfrage vom 13. 7. 1944 wurde auf einem Grundstück jüdischer Stiftungen, das bislang als Sport- und Übungsplatz genutzt worden war, mit dem Bau von Holzbaracken für Kranke und eines jüdischen Kinderkrankenhauses begonnen. Von insgesamt zehn Baracken waren sieben Wohn- und drei Arbeitsgebäude. Ein ehemaliges jüdisches Altenheim wurde zu einem Verwaltungsgebäude umfunktioniert.

Das Lager stand unter Leitung der SS und wurde von einer mit Maschinengewehr bewaffneten Besatzung bewacht. Dort waren vor allem Juden aus Mischehen interniert, die nicht aus Prag stammten. Wenn sie arbeitsfähig waren, wurden sie zu anstrengenden Arbeiten in der Firma Glimmer-Spalterei GmbH eingesetzt. In diesem Glimmerwerk arbeiteten außerdem auch Prager Frauen aus Mischehen. Am 30. 1. 1945 wurde das gesamte Glimmerwerk mit den Zwangsarbeitern nach Theresienstadt deportiert, wonach sich die Zahl der in Hagibor Internierten von durchschnittlich 1 400 auf 100–150 verringerte. Insgesamt durchliefen 3 000 Personen das Lager.

Im Februar und März 1945 wurden auch nichtjüdische Partner aus Mischehen und sog. Mischlinge nach Prag-Hagibor deportiert, die vor der Front aus den Internierungslagern Klettendorf und Kleinstein evakuiert worden waren. Das Lager wurde Anfang Mai 1945 aufgelöst.¹⁶

Übersicht der Lager für Judenmischlinge auf dem Gebiet des Protektorats

Deutsche Bezeichnung	Tschechische Bezeichnung	Nachgewiesenes Bestehen des Lagers
Bistritz	Bystřice u Benešova	Herbst 1943 – April 1945
Eichwald	Dubí	?
Markt Janowitz	Vrchotovy Janovice	Juni 1944 – März 1945
Kallich	Kalek	Dezember 1944 – Mai 1945
Kelch	Kalich	1944 – 1945
Natschung	Načetín	Dezember 1944 – Mai 1945
Oslawan	Oslavany	7. 4. 1942 – 18. 4. 1945
Postelberg	Postoloprty	1943 – April 1945
Prag-Hagibor	Praha-Hagibor	13. 7. 1944 – 5. 5. 1945
Schiwohoscht	Živohošť	25. 3. 1945 – Mai 1945

Quellen und Literatur

Nedbálek, F., *Místa utrpení a vzdoru [Orte des Leidens und des Widerstandes]*, Praha 1984.
Bubeníčková, Růžena – Kubátová, Ludmila – Malá, Irena, *Tábory utrpení a smrti [Leidens- und Todeslager]*, Praha 1969.
Kavena, Jiří, *Sonderlager pro židovské míšence v Bystřici u Benešova [Sonderlager für jüdische Mischlinge in Bistritz bei Beneschau]*, in: *Terezínské listy [Theresienstädter Blätter]*, 28/2000.
Marek, Jiří, *Sonderlager*, in: *Židovská ročenka [Jüdisches Jahrbuch]*, 5741/1981.
Marek, Jiří, *Mezi dvěma frontami [Zwischen zwei Fronten]*, in: *Věstník židovských obcí [Bulletin der jüdischen Gemeinden]*, Nr. 8, 1967.
Archiv Židovského muzea Praha [Archiv des Jüdischen Museums Prag], *Vzpomínky [Erinnerungen]*, Kassetten Nr. 103, 185, 215, 254, 298, 539, 623, 629, 684.
Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds.

¹² Nedbálek, F. *Místa utrpení a vzdoru*, ČSPB, Praha 1984, S. 123.
¹³ Bubeníčková R., s.o., Anm. 1, S. 152.
¹⁴ Nedbálek, F., s.o., Anm. 12, S. 123.
¹⁵ Bubeníčková R., s.o., Anm. 1, S. 153.

¹⁶ Ebd., S. 150.

VERFOLGUNG MINDERJÄHRIGER KINDER TSCHECHISCHER NS-OPFER UND WIDERSTANDSKÄMPFER GEGEN DEN NAZISMUS IN DEN JAHREN 1939–1945

JANA HAVLÍKOVÁ – MARTIN HOŘÁK

„Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig. Das was in den Völkern an gutem Blut unserer Art vorhanden ist, werden wir uns holen, indem wir ihnen, wenn notwendig, die Kinder rauben und sie bei uns großziehen.“¹

H. Himmler

Das System von Entführungen, Internierungen und der Eindeutschung minderjähriger Angehöriger der besetzten Nationen erreichte in Polen sein größtes Ausmaß, in geringerem Maße bestand es jedoch im gesamten besetzten Europa einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren. In unserem Beitrag wollen wir die Ausgangspunkte, Zielgruppen, Instrumente, den Verlauf und die Ergebnisse dieser Maßnahmen gegen Kinder tschechischer Widerstandskämpfer oder Opfer des Nazismus beschreiben. Die Studie entstand aus zwei kürzeren Texten als Vorlage für Verhandlungen mit der deutschen Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Erhöhte Aufmerksamkeit soll der Beschreibung der Internierungs- und Germanisierungseinrichtungen, in denen die Kinder untergebracht waren, gewidmet werden. Ziel ist es auch, das Germanisierungsprogramm auf dem Gebiet des Protektorats mit ähnlichen Ereignissen in den übrigen Ländern unter deutscher Herrschaft in Zusammenhang zu bringen, besonders was die sog. eingegliederten Ostgebiete angeht. Diesen allgemeinen Rahmen haben wir vor allem auf der Grundlage der polnischen historischen Literatur aufgearbeitet. Der Kern der Studie stützt sich auf Archivforschungen in den Fonds des Staatlichen Zentralarchivs in Prag und des Büros für NS-Opfer (Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds). Die Fotokopien der zitierten Dokumente aus Himmlers persönlichem Stab hat uns freundlicherweise Dr. Bořivoj Čelovský aus seiner Privatsammlung zur Verfügung gestellt.

Okkupationspolitik in den „angegliederten Ostgebieten“ und Schicksale der polnischen Kinder

Die Okkupationspolitik in den im Herbst 1939 direkt in das Deutsche Reich eingegliederten Ostgebieten ging vom Prinzip der Rückdeutschung oder Wiedereindeutschung aus. Diese Gebiete wurden als rein deutsche betrachtet und sollten als solche auch so schnell wie möglich vom polnischen und jüdischen Element befreit werden. Die Aktionen gegen

die polnische nationale Elite (Operation Tannenberg, Außerordentliche Befriedigungsaktion) kosteten Tausenden Angehörigen der polnischen Intelligenz, des Adels, Klerus und ehemaligen Legionären das Leben oder die Freiheit. Seit Dezember 1939 wurden Polen und Juden massenweise in das Generalgouvernement deportiert, bis zum Frühjahr 1941 waren etwa 365 000 Menschen davon betroffen. In jener Zeit begann jedoch die demographisch ungünstige Politik der Rückdeutschung allmählich einer breit angelegten Germanisierung zu weichen. Dabei sollten alle nach der Rasse geeignete Personen ohne zu große Rücksichten auf deren ursprüngliche Nationalität einbezogen werden. Am 4. März 1941 erließen der Innenminister und der Reichskommissar für die Festigung des Deutschtums eine Verordnung über die Deutsche Volksliste (DVL) und die Staatszugehörigkeit in den „angegliederten Ostgebieten“. Die Verordnung sollte die Erteilung der Reichsbürgerschaft nach dem Maß der Zugehörigkeit zum deutschen Volk regeln. Diese wurde in vier DVL-Stufen eingeteilt, und dem entsprach auch der Umfang der zuerkannten Rechte.²

Die ersten konkreten Erwägungen über die Germanisierung polnischer Kinder entstanden wahrscheinlich im Rassenpolitischen Amt der NSDAP. Dieses führte in seinem Bericht über die Nationalitätenpolitik in den ehemaligen polnischen Gebieten vom 25. 11. 1939 an, dass rassisch wertvolle Kinder der ausgesiedelten Polen aus den Transporten herauszunehmen und im „Altreich“ zu erziehen seien.³

Roman Hrabar, ein Koordinator der Suche verschleppter polnischer Kinder nach dem Krieg und Autor vieler Bücher zu diesem Thema, bestimmte insgesamt dreizehn Gruppen von Kindern, die am häufigsten Opfer des Germanisierungsdrucks wurden.⁴ Im Prinzip handelte es sich um Kinder, deren soziale Stellung durch den Zerfall der ursprünglichen Familie geschwächt war und die sich in der Pflege des Staates befanden. Diese Situation konnte entweder aufgrund unvorhersehbarer Ereignisse eingetreten oder absichtlich durch Maßnahmen der Besatzungsmacht hervorgerufen worden sein. Im ersten Falle handelte es sich z. B. um Kinder aus geschiedenen Mischehen, aus polnischen Waisenhäusern und Waisenkinder in der Pflege von Pflege- oder Adoptiveltern. Im Falle der gewaltsamen Trennung betraf die Eindeutschung vor allem Kinder aus Familien ethnischer Deutscher oder aus gemischten Familien, die sich nicht zur deutschen Nationalität bekennen wollten.⁵ Ferner waren das zur Zwangsarbeit deportierte Kinder, Kinder, die Zwangsarbeiterinnen in Deutschland zur Welt gebracht hatten (offensichtlich die größte Gruppe) oder Kinder von deportierten oder hingerichteten Eltern. In diesem Falle wurde von der Voraussetzung ausgegangen, dass aktiver Widerstand ein Zeichen möglicher Rassenqualität sein konnte.

Hinsichtlich unseres Themas soll vor allem das Schicksal der Kinder aus polnischen Waisenhäusern untersucht werden. In Schlesien und zum Teil auch in Pommern erfolgte ihre Germanisierung überwiegend vor Ort, d. h. in den einzelnen Waisenhäusern, die von

² Diese umfangreichste Germanisierungsmaßnahme in der Geschichte betraf fast drei Millionen überwiegend polnische Bewohner aus Pommern (Reichsgau Danzig-Westpreußen), Posen und Litzmannstadt (Warthegau), Südostpreußen (Regierungsbezirke Zichenau/Ciechanów und Sudauen/Suwałki) und Oberschlesien, dem im Krieg auch der größte Teil des Teschen-Gebiets angegliedert wurde. Die größte Gruppe wurde mit DVL III eingestuft, Deutsche mit einer Probezeit von zehn Jahren. Überwiegend waren das in der Nationalität nicht festgelegte Bewohner Oberschlesiens.

³ Hrabar, R.: *Janczarowie XX wieku*. Katowice 1983, S. 18.

⁴ Ebd., S. 24.

⁵ Der Begriff Mischehe wurde dabei sehr weit gefasst, Nichtpolen waren zum Beispiel auch Schlesier, Kaschuben und Masuren.

¹ Der Nürnberger Prozess: Siebzehnter Tag, Dienstag, 11. Dezember 1945, S. 16. Directamedia, Berlin 2000.

der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV)⁶ übernommen worden waren. Im Gebiet des Warthegaus hingegen bestand das Bemühen, rassisch geeignete Kinder auf das Gebiet des Altreichs zu verteilen. Aufgrund der Anordnung Nr. 67/I des Reichskommissars für die Festigung des Deutschtums vom 19. 2. 1942 wurden Befugnisse erteilt und ein konkretes Verfahren festgelegt.⁷ Die Auswahlphase der Wiedereindeutschung begann mit der Auflistung der Kinder. Es folgte eine Rassenuntersuchung in der Zweigstelle des Rasse- und Siedlungshauptamtes-SS (RuSHA)⁸ in Litzmannstadt (pol. Łódź). Die ausgewählten Kinder wurden ärztlich untersucht und bei positiven Ergebnissen einer psychologischen und „Charakteruntersuchung“ im Gaukinderheim Bruckau (pol. Bruczków) unterzogen. In der folgenden Umerziehungsphase wurden geeignete Kinder im Alter von 2 bis 6 Jahren an Lebensborn⁹ übergeben, während Kinder von 6 bis 12 Jahren von sog. Heimschulen¹⁰ übernommen wurden. Dort bekamen sie neue, deutsche Namen,¹¹ lernten Deutsch und wurden auf eine etwaige Adoption durch deutsche Familien vorbereitet.

Diese Anordnung wurde später auch auf Kinder erweitert, deren Eltern hingerichtet oder in Konzentrationslager transportiert worden waren, das galt nicht nur für das Gebiet Polens. In der zweiten Hälfte des Jahres 1942 wurde das polnische Modell der Eindeutschung in Oberkrain und der südlichen Steiermark bei der Unterdrückung des Widerstands der dortigen slowenischen Bevölkerung¹² und auch im Protektorat Böhmen und Mähren angewandt, obwohl die Maßnahmen gegen tschechische Kinder nie solche Ausmaße wie in Polen erreichten. Es gibt keine genauen Angaben darüber, die Literatur spricht jedoch von bis zu 200 000 möglichen Opfern der nazistischen Verschleppungen unter polnischen Kindern.

Okkupationspolitik im Protektorat Böhmen und Mähren und Schicksale der tschechischen Kinder

Im Unterschied zu den polnischen Gebieten war für das Protektorat ein Konzept der langfristigen Assimilierung der tschechischen Bevölkerung vorgesehen. So wurde es auch in der bekannten Denkschrift vom 28. 8. 1940 von K. H. Frank vorgeschlagen.¹³ Während des

⁶ Die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt entstand 1933 als eine NSDAP-Organisation und war auf allen Parteebenen vertreten. Sie verwaltete ein umfangreiches Netz von Sozialheimen und verfügte dank vieler Sammlungen wie z. B. der Winterhilfe über umfangreiche finanzielle Mittel.

⁷ Vgl. Hrabar, R.: *Hitlerowski rabunek dzieci polskich*. Katowice 1960, S. 106–109, Dok. Nr. 3.

⁸ Das Rasse- und Siedlungsamt, ab 1935 Hauptamt entstand 1931 beim SS-Hauptstab als Zentrum zur Bevölkerungsplanung. Nach der Absetzung des ersten RuSHA-Leiters W. Darré ging seine Bedeutung zurück. Im Krieg konzentrierte sich das Amt auf die Erstellung von Rassenurteilen von SS-Leuten und ihren Frauen, von Umsiedlerbewerbern und der germanisierten Bevölkerung besetzter Gebiete.

⁹ Der Verein Lebensborn entstand am 12. 12. 1935 aus der Initiative von H. Himmler zur Unterstützung rassisch und genetisch wertvoller Familien, unterstützte werdende Mütter mit guten Rasseneigenschaften, so eingestufte Kinder und auch die Mütter nach der Geburt. Lebensborn war zunächst Teil des RuSHA, wurde jedoch nach einem knappen Jahr seines Bestehens als Amt L direkt dem Reichsführer SS unterstellt. Seit 1940 hatte Max Sollmann die Stellung des Lebensborn-Leiters inne.

¹⁰ Deutsche Heimschulen entstanden auf der Grundlage eines Befehls von Hitler Anfang 1942, mit ihrer Leitung waren das Propagandaministerium und der Reichsführer SS beauftragt. Im Laufe der Zeit sollten sämtliche Erziehungseinrichtungen für die Jugend von sechs bis achtzehn Jahren in das System der Deutschen Heimschulen eingegliedert werden. Aufgabe war die kollektive Erziehung der Jugend im Geiste des Nationalsozialismus.

¹¹ Die neuen Namen sollten den ursprünglichen so weit wie möglich ähnlich klingen, um den Kindern in Gedanken gleich zu erscheinen. Vgl. Hrabar, R.: *Rabunek, s.o.*, Anm. 7, S. 110, Dok. Nr. 110.

¹² Hrabar, R.: „Lebensborn“ czyli źródło życia. Katowice 1975, S. 93f.

¹³ Vgl. Král, V.: *Čtělí nás vyhubit*. Praha 1961, S. 68–75, Dok. Nr. 6, Denkschrift über die Art der Lösung des tschechischen Problems und über die zukünftige Gestaltung des böhmisch-mährischen Raums.

Krieges sollten nur Vorbereitungen laufen, während derer das tschechische Volk entpolitisiert und rassisch geprüft werden sollte. Körperlicher Terror sollte nicht flächendeckend, sondern gegen offene Gegner und ihre Familien gezielt werden. So sollte die Bevölkerung eingeschüchtert, aber nicht zum verzweiferten Widerstand getrieben werden.

Auf Methoden der geplanten Internierung und Germanisierung von Kindern treffen wir im Protektorat erst im Zusammenhang mit den Vergeltungsmaßnahmen nach dem Attentat auf Reinhard Heydrich, in der Zeit des sog. zweiten Standrechts vom 27. 5. bis 3. 7. 1942. Zielgruppen der getroffenen Maßnahmen waren die Kinder der Opfer von Lidice und Ležáky, Waisenkinder von Hingerichteten, Kinder von Häftlingen einschließlich der in Internierungseinrichtungen geborenen Kinder und solche, deren Eltern mit den Attentätern in Verbindung standen.

Die technisch-organisatorische und finanzielle Unterstützung erfolgte durch die Gestapo-Einleitungsstelle in Prag, konkret die Referate II BM¹⁴ und II G¹⁵ in Zusammenarbeit mit dem sog. Schutzhaftreferat oder der Abteilung II D, die für die Akten von in Konzentrationslager deportierten Personen verantwortlich war. Die Verantwortung für die zur Eindeutschung der festgehaltenen Kinder führenden Schritte lag beim Protektoratsreferat des Reichskommissars für die Festigung des Deutschtums.¹⁶ Die Rassenuntersuchungen wurden von der Prager Zweigstelle des Rasse- und Siedlungshauptamtes durchgeführt.¹⁷ Von Anfang an wurde auch mit der Einbindung von Lebensborn gerechnet.

Kinder, die in Gruppen außerhalb der Grenzen des Protektorats deportiert wurden

Das Schicksal der Kinder von Lidice wurde durch einen telefonischen Befehl K. H. Franks an den Führer der Prager SD-Dienststelle Horst Böhm vom 9. 6. 1942 vorbestimmt. Im Zusammenhang mit der Auslöschung des Ortes Lidice (Liditz) bei Kladno wird u. a. angeführt, dass *„die Kinder zusammengeführt werden sollen. Sofern sie eindeutschungsfähig sind, sollen sie in SS-Familien im Reich gegeben werden. Der Rest wird in eine anderweitige Erziehung gegeben.“*¹⁸ Auf einer darauf folgenden Sondersitzung in der SD-Leitstelle¹⁹ wurden die technischen Details der Aktion abgesprochen und die o. g. Kompetenzverteilung vorgenommen. Hier wurde auch entschieden, die Kinder nach Litzmannstadt zu überführen.

Die genaue Erfassung und erste Rassenselektion der Kinder fand im Gebäude des Gymnasiums Kladno statt, wo sie am 10. Juni zusammen mit ihren Müttern versammelt wurden. Die Rassenuntersuchung unter der Leitung von Hans Preuß vom Prager RuSHA bestand in einer Schädelmessung und der Bestimmung von Haar- und Augenfarben. Aufgrund dieser Untersuchung wurden zwei Tage später 88 Kinder im Alter von mehr als einem Jahr, die rassisch ungeeignet waren, von den Müttern getrennt und in Begleitung von NSV-Schwestern mit einem Massentransport über Lovosice (Lobositz) und Dresden nach

¹⁴ Oberkriminalkommissar Krupke, ferner der Kriminalbeamte Dennert.

¹⁵ Oberkriminalkommissar Pannwitz und sein Vertreter Kriminalassistent Schumm.

¹⁶ Leiter Ferdinand Fischer, er war auch als Verwalter des Bodenamts in Prag tätig.

¹⁷ Leiter E. Künzel, wurde wegen Krankheit lange von Hans Preuß vertreten.

¹⁸ Moulis, M. – Tomášek, D.: K. H. Frank. *Vzestup a pád karlovarského knihkupce*. Prag 2003, S. 272.

¹⁹ Vgl. Aussage von Ferdinand Fischer am 26. November 1947. SÚA Praha, Fonds Ministerstvo vnitra, Referat L, Kart. 17, Sign. C 6174, Akte 16-12-47.

Litzmannstadt gebracht. Drei bei der vorherigen Rassenuntersuchung ausgewählte Kinder wurden in einem Wagen des Deutschen Roten Kreuzes zur deutschen Kinderklinik in Prag 2 gebracht, offensichtlich zu einer zweiten, gründlicheren Rassenuntersuchung.

Am 24. Juni traf 13 Kinder aus Ležáky dasselbe Schicksal. Noch am selben Tag wurden sie in Pardubice (Pardubitz) von ihren Müttern getrennt und nach einem kurzen Aufenthalt in Prag, wo wieder eine Rassenuntersuchung unter Leitung von Hans Preuß stattfand, auch in den Transport nach Litzmannstadt eingewiesen. Zusammen mit ihnen fuhren auch die drei ausgewählten Kinder aus Lidice (eines von ihnen wurde als nicht eindeutschungsfähig erklärt) und zwei Enkel des ehemaligen tschechischen Kanzlers Přemysl Šámal.²⁰

Litzmannstadt war während des Krieges eines der Hauptzentren der Umsiedlungspolitik auf polnischem Gebiet. Ein Grund dafür war die Tatsache, dass sich hier eine Zweigstelle der Umwandererzentrale²¹ befand. Der Transport mit den Kindern aus Lidice traf am 13. 6. 1942 dort ein. Die Kinder wurden im sog. Durchgangslager II in der Gneisenaustr. 41, das unter die Verwaltung der o. g. Zentrale fiel, untergebracht. Seine unfreiwilligen Einwohner waren aufgrund der Ergebnisse der Rassenselektionen entweder zur Zwangsarbeit ins Reich oder zur Deportation ins Generalgouvernement bestimmt.²² Die tschechischen Kinder unterlagen einem verschärften Regime, ihre persönlichen Angaben erschienen nicht in der Lagerkartothek, die Kinder wurden in Isolation gehalten. Nur mit Schwierigkeiten gelang es, einige schwerkranke Kinder in ein provisorisches Krankenzimmer zu verlegen.²³

Die erhaltenen Dokumente zeugen davon, dass die Ankunft dieses Transports von einer gewissen organisatorischen Verwirrung und unklaren Kompetenzen begleitet war. Aus Berlin und Prag war ein vorübergehender Aufenthalt der Kinder gemeldet worden, Anweisungen zum weiteren Vorgehen gab es jedoch nicht. Der Leiter der Umwandererzentrale, der in Šumperk (Mährisch Schönberg) geborene Hermann Krumey setzte sich während des Wartens auf weitere Weisungen mit dem Leiter des örtlichen RuSHA Walter Dongus in Verbindung. Dieser wählte aus den Kindern noch sechs als eindeutschungsfähig aus, obwohl aus Prag alle als „nicht eindeutschungsfähig“ gekommen waren.

In den folgenden Tagen kamen aus Litzmannstadt wiederholt Anfragen nach Berlin und Prag, wie mit den Kindern weiter zu verfahren sei. In diesem Zusammenhang trat auch der Begriff Sonderbehandlung auf. Vom Inhalt der Antworten zeugt die Tatsache, dass mit Ausnahme der erwähnten sieben Kinder alle anderen der Gestapo übergeben wurden und ihr Schicksal wahrscheinlich im unweiten Vernichtungslager Kulmhof (pol. Chełmno) sein Ende fand. Die eindeutschungsfähigen Kinder wurden von der RuSHA-Zweigstelle in der Landsknechtstraße übernommen.

Ähnlich, dieses Mal jedoch ohne Verzögerungen, lief die Abfertigung des zweiten Transportes ab, der aus Prag für den 5. Juli 1942 gemeldet wurde. Nach der von Hans Preuß unter-

²⁰ Ihr Vater Jaromír Šámal, Professor an der tschechischen TU, schloss sich ebenso wie sein Vater der Widerstandsbewegung an und wurde während des Standrechts am 5. Juni 1942 hingerichtet.

²¹ Wegen der unweiten Grenze zum Generalgouvernement bestand ihre Tätigkeit in der Verwaltung der sog. Sammel- und Durchgangslager. Dort wurden unter Mitwirkung der örtlichen Stelle des RuSHA Rassenselektionen der ausgesiedelten polnischen Bevölkerung durchgeführt; die Mitarbeiter der Zentrale waren in diesem Zusammenhang u. a. für die technische Sicherstellung der Transporte von Gruppen und Einzelnen je nach den Ergebnissen dieser Überprüfungen verantwortlich. Die direkte Aufsicht über sie wurde vom RuSHA ausgeübt. Vgl. Jastrzębski, W.: Hitlerowskie wysiedlenia z ziem polskich wcielonych do Rzeszy 1939–1945. Poznań 1968, S. 36f.

²² Obozy hitlerowskie na ziemiach polskich 1939–1945. Warszawa 1979, S. 292 u. 297.

zeichneten Liste enthielt er zwölf nicht eindeutschungsfähige und sechs eindeutschungsfähige Kinder. In diesem Falle wurde die Entscheidung der Prager RuSHA-Stelle nicht mehr überprüft und die Kinder wurden dann nach ihrer Einordnung in die eine oder andere Gruppe entweder der örtlichen Gestapo übergeben oder der anderen Gruppe von sieben Kindern im Lager in der Landsknechtstraße angeschlossen. Hier fanden in den folgenden zwei Monaten gründlichere Untersuchungen statt, bevor die Kinder unter Zustimmung der Posener Selbstverwaltung vom Waisenhaus Puschkau übernommen wurden.

Das Gaukinderheim Puschkau (pol. Puszczkowo) unter Leitung der Hauptschwester Meta Höpfner hatte im Netz der Germanisierungsstellen den Charakter einer Sammel- und Durchgangsstation. Neben den 13 tschechischen Kindern waren hier auch mehrere Dutzend Polnisch und Deutsch sprechende Kinder untergebracht. Hauptinhalt der Erziehung war der Deutschunterricht und die Wiedergutmachung der „Schäden“, die den Kindern durch den Aufenthalt in ihrem ursprünglichen nationalen Umfeld zugefügt worden war.²⁴ Eine Zeugin gab folgendes an: „... für jedes tschechisch oder polnisch gesprochene Wort wurden wir mit Schlägen oder Essenentzug bestraft, für andere Verstöße auch dadurch, dass wir auf dem kalten Gang vor den Zimmern lange bis in die Nacht barfuß und in Unterwäsche stehen mussten.“²⁵

Etwa nach zehn Monaten begann eine weitere Etappe – die Übergabe der Kinder in geeignete Pflegefamilien. Für die Auswahl und Prüfung der potentiellen Pflegefamilien war das Gaujugendamt in Posen verantwortlich, es war jedoch auch der Verein Lebensborn beteiligt. Von dort kamen Beratungen, in einigen Fällen vermittelte Lebensborn auch die Weitergabe der Kinder.²⁶ Ferner entwickelten die örtlichen NSV-Stellen und auch die Angestellten des Kinderheims Aktivitäten. Von letzteren wurden einige Kinder sogar adoptiert.²⁷ Der gegenseitige Informationsaustausch über den aktuellen Stand der einzelnen „Fälle“ bestand in der Zusendung der persönlichen Daten und Fotografien der Adoptionskandidaten sowie von Berichten über ihr bisheriges Verhalten einschließlich der Ergebnisse der psychologischen Untersuchung. Ferner wurden Übergabedatum und Anschrift der Pflegefamilie gemeldet.²⁸

Notwendiger Bestandteil des ganzen Prozesses war auch die Schaffung einer neuen amtlichen Identität der adoptierten Kinder. Bei tschechischen Kindern wurde nach der eingeführten Praxis verfahren – die Rechtsabteilung des Lebensborn fertigte für sie eine Bescheinigung über ihre deutsche Herkunft und auch neue Geburtsurkunden aus. Neben einem falschen Vornamen, dem von den zukünftigen Ersatzeltern übernommenen Nachnamen und einem falschen Geburtsort²⁹ ergab sich daraus, dass die Kinder Waisen waren.

²³ Vgl. Aussage von Dr. Zielina und Julia Makowská. SÚA Praha, Fonds Ministerstvo vnitra, Referat L, Kart. 13, Akte 534-15-15.

²⁴ In der damaligen Terminologie war die Einrichtung für „Kinder, bei denen gewisse Erziehungsschwierigkeiten waren“ bzw. für „sogenannte umweltgefährdete Kinder“ bestimmt. Vgl. Verhör von Inge Viermetz, Wolfgang Überschaar und Fritz Barthels vom 4. März 1948. SÚA Praha, Fonds Ministerstvo vnitra, Referat L, Kart. 12, Akte 534-29-9.

²⁵ Ebd., Kart. 17, Akte 534-13-21 (Marie Hanfová).

²⁶ Diese Zusammenarbeit wurde auch durch die Tatsache erleichtert, dass der Leiter des Jugendamtes Franz Barthels schon längere Zeit ein Mitarbeiter dieses Münchner Vereins war. Vgl. Hrabar, R.: Lebensborn, s.o. Anm. 12, S. 111.

²⁷ Dabei wurden die Kinder für 50 Reichsmark an die Familien verkauft. SÚA Praha, Fonds Ministerstvo vnitra, Referat L, Kart. 17, Akte 534-13-21 (Marie Hanfová).

²⁸ Die potentiellen Pflegeeltern wurden sehr genau überprüft. Neben dem Ausfüllen ausführlicher Fragebögen mussten sie auf Aufforderung der oben genannten Behörden und Organisationen Berichte über das Verhalten der Kinder geben. Wenn bei einer Kontrolle der NSV oder des Lebensborns festgestellt wurde, dass das Kind auf „unerwünschte“ Weise erzogen wurde, wurde es den Pflegeeltern auch abgenommen und später in eine besser geeignete Familie platziert.

²⁹ Als Geburtsort wurde oft eines der Germanisierungszentren angegeben (z. B. Bruckau, aber auch Puschkau).

Die Kinder, für die keine Pflegefamilie gefunden werden konnte, wurden in das Kinderheim B l ü t e n a u (pol. Mogilno) gebracht. Ebenso wie das Puschkauer Heim wurde es von der Selbstverwaltung Posen geleitet. Oberschwester war Schwester Gauderer, die früher in Puschkau gearbeitet hatte. Nach einer kurzen Eingewöhnungsphase wurde die Überführung der Kinder in Pflegefamilien fortgesetzt. Die restlichen Kinder, zwei Jungen, die wohl wegen ihrer schlechteren Anpassungsfähigkeit in keine Familie gegeben werden konnten,³⁰ wurden in das Kinderheim Alpenland in Oberweis im heutigen Österreich gebracht.

Das 1943 gegründete Kinderheim Alpenland in O b e r w e i s wurde von Lebensborn eingerichtet und verwaltet. Chef war zunächst der SS-Oberscharführer Pfaffenberg, ab Herbst 1944 war Maria Merkel dort Oberschwester, eine ehemalige Leiterin der Lebensborn-Stelle in Kalisch (pol. Kalisz). Die Kinder waren weder bei der Polizei noch beim Versorgungsamt zum ständigen Wohnsitz angemeldet. Neben zwei Jungen aus Lidice wurden dort noch 200 polnische Kinder aus dem Kinderheim Kalisch festgehalten.³¹ Das Heim war ein an die Hitlerjugend angebundenes Schulungszentrum. Die Jungen lernten zum Gesang von Nazi-liedern marschieren, es herrschte eine harte militärische Disziplin: *„Führer war so ein SS-Mann ... wir wurden sehr streng bestraft und sehr oft auch geschlagen. Oft wurden wir auch wegen Kleinlichkeiten in eine dunkle unterirdische Zelle gesperrt... In diesem dunklen Kerker, der überhaupt keine Fenster hatte, war nur eine Pritsche und dann noch irgend welches altes Gerümpel... Ich wurde sehr oft geschlagen, vor allem mit einem Stock, auch ins Gesicht.“*³²

Im Herbst 1944 wurden einige Dutzend ältere Kinder in das Lager in M a r i a - S c h m o l l evakuiert. Hier herrschten noch entsetzlichere Verhältnisse als in der vorherigen Anstalt: *„Die ersten drei Tage gingen wir in die Schule, aber dann hörte die Schule auf, die Führer interessierten sich für unsere Gruppe nicht, sie bestraften uns nur für jedes kleinste Vergehen äußerst streng und unmenschlich. Wir wurden mit Stöcken und auch einer Fahnenstange geschlagen und ich selbst wurde, als ich einmal das Heimgebäude verlassen hatte und von einem SS-Mann erwischt wurde, von ihm so in das Knie getreten, dass ich noch heute unter dem Knie eine große Narbe habe. Zwei Monate konnte ich überhaupt nicht gehen und lag im Zimmer, bekam jedoch überhaupt keine ärztliche Behandlung... Was für ein Regime in diesem Heim herrschte, zeigt ein Ereignis: Eines Tages mussten alle auf dem Hof antreten, die SS-Männer brachten einen etwa zwölfjährigen Jungen, ich glaube einen Polen, der Junge musste seinen Kopf auf einen Klotz legen und ein SS-Mann schlug ihm mit einer Fleischer- oder Schreineraxt den Kopf ab. Uns, die wir uns das ansehen mussten, drohten sie dann, dass sie das mit jedem machen würden, der sich irgend etwas zu Schulden kommen lassen würde.“*³³

Alle 13 Kinder konnten nach dem Krieg gefunden und nach Hause zurückgebracht werden. Ihre Schicksale wurden mit zu den Hauptpunkten der Anklagen wegen Verbrechen an Kindern im Rahmen des Nürnberger Prozesses und des Münchner Prozesses gegen Lebensborn-Vertreter 1950, waren aber auch Gegenstand der Verhandlung beim Prozess gegen Adolf Eichmann in den Jahren 1961–1962.

³⁰ Nach den Angaben der Reichsadoptionsstelle hatten die potentiellen Pflegefamilien jedoch auch viel größeres Interesse an der Adoption von Mädchen. Vgl. SÚA Praha, Fonds Ministerstvo vnitra, Referat L, Kart. 19, Akte Jarmila Straková.

³¹ Hrabar, R.: Lebensborn, s.o. Anm. 12, S. 129.

³² SÚA Praha, Fonds Ministerstvo vnitra, Referat L, Kart. 17, Akte 534-13-19 (Václav Hanf).

³³ Ebd.

Gemeinsam im Protektorat internierte Kinder

Nicht alle Kinder aus Lidice wurden deportiert. Die jüngsten, Säuglinge unter einem Jahr,³⁴ blieben bis zum Samstag, den 13. 6. 1942 im Gymnasium Kladno. Dort wurden sie am linken Handgelenk mit einer Zahl markiert und wurden dann in ein Findlingsheim gebracht.³⁵ Vier hochschwangere Frauen, die aus dem Transport in das Konzentrationslager herausgenommen wurden, blieben vorübergehend im Krankenhaus Kladno, von wo sie die Deutschen in das Entbindungsheim in der Dykova-Straße in Prag-Vinohrady (Kgl. Weinberge) brachten.³⁶

Das Entbindungs- und Kinderheim in der D y k o v a - S t r a ß e war ursprünglich ein Haus für sozial schwache und verlassene Frauen, teilweise auch ein Genesungsheim für verletzte SS-Leute. 1942 wurde es über die NSV von der Gestapo angemietet. Oberschwester war die NSV-Mitarbeiterin Aloisie Kühn, ein NSDAP-Mitglied, als Hebamme arbeitete eine Schwester Dolejšová. Ärztliche Untersuchungen der Kinder wurden bis Dezember 1942 von Dr. Allin aus der Infektionsabteilung der deutschen Kinderklinik durchgeführt. Die internierten Frauen durften ihre Zimmer nicht verlassen und das Personal durfte nicht mit ihnen sprechen. Die Gänge waren ununterbrochen von Angehörigen der tschechischen Protektoratspolizei bewacht Zivilpersonen war das Betreten des Objektes verboten. Die Geburt der Kinder wurde nicht dem Standesamt, sondern nur der Prager NSV-Leitung und den Gestapo-Referaten II BM und II D gemeldet.³⁷ Die Kinder wurden nicht getauft und bekamen auch keinen Namen, verblieben nur die unbedingt notwendige Zeit in der Entbindungsstation, in der Regel drei Wochen bis zwei Monate nach der Geburt. Nach der Trennung von den Müttern wurden sie über das Deutsche Rote Kreuz vom Findlingsheim bei der deutschen Kinderklinik in Prag II übernommen. Später wurden aus Ravensbrück zwei weitere Frauen aus Lidice in die Dykova-Straße gebracht, die nach der Geburt in das Konzentrationslager zurück mussten.³⁸ Bis zur Schließung dieser Sondereinrichtung Mitte Februar 1942 wurden seine „Dienstleistungen“ auch von drei weiteren Frauen genutzt, die im Zusammenhang mit dem Attentat auf Heydrich festgenommen worden waren. Auch sie wurden später in ein Konzentrationslager deportiert.

Am 13. Juni brachte die Gestapo in Begleitung von DRK-Schwestern die sieben kleinsten Kinder aus Lidice in das Findlingsheim in der Straße U K a r l o v a in Prag-Vinohrady. In ihren Eingangsunterlagen wurden nur Vor- und Nachname (zum Teil mit Fehlern), Geburtsdatum, Ehelichkeit und in einigen Fällen auch der Familienname der Eltern eingetragen.³⁹ Die Kinder kamen in die deutsche Abteilung des Findlingsheims, wo sie etwa drei Monate unter ärztlicher Aufsicht von Frau Dr. Köhler blieben. Eines der Kinder starb in dieser Zeit.

³⁴ Die Kinder aus Ležáky waren alle älter, eines war am 24. 6. 1942 gerade ein Jahr alt.

³⁵ Ihre Mütter verbrachten einen Monat in der Kleinen Festung in Terezín (Theresienstadt) und folgten dann den anderen Frauen aus Lidice in das Konzentrationslager Ravensbrück.

³⁶ Archiv des Büros für NS-Opfer – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 28803.

³⁷ Das Gestapo-Referat II D ließ die Mütter über das Gefängnis Prag-Pankrác (Pankratz) in das Konzentrationslager zurücktransportieren; SÚA Praha, Fonds Ministerstvo vnitra, Referat L, Kart. 17, Sign. C 6174, Akte 534-12-29 (Verhör von Aloisie Kühn).

³⁸ Eine Frau aus Lidice entband ein Kind direkt in Ravensbrück, es wurde ihr jedoch sofort abgenommen und getötet. Vgl. Konopka, V.: Zde stávaly Lidice. Praha 1972, S. 131.

³⁹ Archiv des Büros für NS-Opfer – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 27108, 27320, 27322, 27323 u. 27325.

Die verbliebenen wurden zunächst auf eine andere Station im dritten Stock und im Januar 1943 auf die Infektionsabteilung der deutschen Kinderklinik im Gebäude der ehemaligen tschechischen technischen Hochschule gebracht. Unter falschen deutschen Namen wurden nach und nach auch die von den Frauen aus Lidice in der Dykova-Straße geborenen Kinder hierher gebracht; vier von ihnen starben hier.

Am 14. August 1943 wurden sechs Kinder aus Lidice in die ehemaligen Masaryk-Heime in Prag-Krč (Reuth) gebracht, später kamen noch zwei schon in der Dykova-Straße geborene Kinder hinzu. In der hier eingerichteten besonders isolierten Abteilung im ersten und zweiten Stock, die nach Weisung der deutschen Direktorin Ludwig eingerichtet wurde, waren sie jedoch nicht die ersten Bewohner – schon seit fast 13 Monaten lebten hier mehrere Dutzend Kinder von Verwandten der Kubiš und Valčík.⁴⁰

Eine weitere Gruppe bestand aus Kindern, deren Eltern während des zweiten Standrechts verhaftet und im Konzentrationslager Mauthausen hingerichtet worden waren.⁴¹ Insgesamt 19 Kinder mussten bis zum Kriegsende hier bleiben. Eine Zeugin beschreibt den Zustand eines von ihnen: *„Sie hatte fast keine Haare mehr, konnte nicht ordentlich laufen, konnte nur ein paar Worte Deutsch, hatte ständig Angst, nässte ein, war schwerhörig und hatte eine große Wunde am Hals. Es wurde festgestellt, dass sie eine beiderseitige Lungenentzündung, Tuberkulose, Typhus und Paratyphus durchgemacht hatte und beschädigte Nieren hatte.“*⁴²

Aus der letzten Gruppe wurden jedoch nur Kinder bis zu drei Jahren in Prag-Krč untergebracht. Und die älteren? Im Unterschied zum vorherigen Vorgehen wie bei den Kindern aus Lidice und Ležáky wurde nicht entschieden, sie nach Litzmannstadt zu transportieren. Nach dem ursprünglichen Plan sollten sie nach einem vorherigen Aufenthalt im Kinderheim in der Dykova-Straße in ein Kinderheim im Sudetenland in NSV-Pflege kommen⁴³ – in diesem Zusammenhang wurde schließlich das ehemalige Invalidenheim in Prag-Vokovice (Vokovitz), genannt Jenerálka, ausgewählt.

Oberschwester im Kinderheim J e n e r á l k a war die Krankenschwester Karolina Galla, die aus dem Krankenhaus in Prag-Krč zugeteilt wurde. Die Kinder wurden als Häftlinge des Prager Gestapo-Referats II G geführt,⁴⁴ durften weder mit Verwandten noch mit Bekannten verkehren, das Heim wurde von der Protektoratspolizei bewacht.⁴⁵ Eine der Inhaftierten, die damals elf Jahre alt war, beschreibt ihre Reise in das Heim Jenerálka so: *„Nach der Verhaftung meiner Eltern am 18. 6. 1942... und nachdem sie von den Gestapo-Leuten abgeführt worden waren, blieben wir mit meiner kleinen Schwester (8 Jahre) vor der versiegelten Wohnung stehen... Noch am selben Tag brachten uns Bekannte meiner Eltern nach Mähren... Hier wurden wir von der Gestapo gefunden und beide verhaftet, womit meine Haft begann...“*

⁴⁰ Im Zusammenhang mit den Vergeltungsmaßnahmen wurden im Juli und August alle Verwandten der genannten Beteiligten am Attentat auf Heydrich versammelt und in die Kleine Festung Theresienstadt überführt. Die Kinder wurden später von ihren Familien getrennt und nach Prag-Krč gebracht. Den Eltern wurden sie nach deren Freilassung am 19. 9. 1942 zurückgegeben. Die Familienangehörigen von Josef Gabčík waren als Bürger des Slowakischen Staats von den Repressalien befreit.

⁴¹ Archiv des Büros für NS-Opfer – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 27319 u. 27321.

⁴² Ebd., Reg.-Nr. 27321.

⁴³ Verhör von Fritz Dennert 20. November 1947. SÚA Praha, Fonds Ministerstvo vnitra, Referat L, Kart. 17, Sign. C 6174, Akte 534-12-29.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Aussage von Dagmar Melicharová 31. August 1946. SÚA Praha, Fonds Ministerstvo vnitra, Referat L, Kart. 16.

*Die Gestapo brachte mich und meine Schwester erst in das Petschek-Palais zu so einem Verhör, kurze Zeit später brachten sie mich jedoch nach Prag-Jenerálka.“*⁴⁶

Nach einem Verhör von Fritz Dennert nach dem Krieg wurden im Heim Jenerálka auf Himmlers Befehl Untersuchungen auf mögliche Eindeutschungsfähigkeit der Kinder durchgeführt, das Ergebnis sei jedoch negativ gewesen.⁴⁷

Am 14. 4. 1944 wurden die Kinder auf Weisung des SD-Leiters in das Internierungslager S v a t o b o ř i c e (Swatoborschitz) bei Kyjov (Gaya) überführt, wo im Rahmen der sog. Aktion E Familienangehörige von Personen, die vor dem Nationalsozialismus ins Ausland geflohen oder in der alliierten Armee gekämpft hatten, zusammengeführt wurden. Den neuen Lagerbewohnern wurde eine Notbaracke zugewiesen, die ursprünglich als Quarantänestation für Infektionskranke gedient hatte. Die jüngeren Mädchen zogen später in die ehemalige Gendarmeriestation um. Auch im Rahmen des Lagers Swatoborschitz unterlagen die Kinder einer besonderen Behandlung – sie sollten wenn möglich isoliert gehalten werden und durften nicht mit Nachnamen angesprochen werden: *„Während der gesamten Zeit ihrer Haft durften die Kinder niemandem schreiben und von niemand eine Nachricht bekommen. Es wurde ihnen streng vorgeschrieben, dass sie ihren Namen vergessen müssen. Sie wurden zum Beispiel so gerufen: ‚kleine Jana, große Jana, Helena mit den Zöpfen‘ u. Ä.“*⁴⁸ Viele kleinere Kinder hatten nach zwei Jahren wirklich ihren Nachnamen vergessen.⁴⁹ Die Kinder wurden sowohl körperlich als auch seelisch vernachlässigt, oft hatten sie Probleme mit dem Lesen. Für kurze Zeit gab es im Lager eine Schulkasse; nach ihrer Auflösung versuchten die Mithäftlinge heimlich einen improvisierten Unterricht abzuhalten.

Am Kriegsende wurde das Kinderlager für etwa eine Woche in die Schule Kyjov verlegt. Nach Auflösung des Lagers im April 1945 wurden die meisten Häftlinge entlassen. 250 Häftlinge wurden zusammen mit den Kindern von der Gestapo zunächst nach Brünn und später in das Arbeitserziehungslager in Planá nad Lužnicí (Plan) gebracht,⁵⁰ wo sie die Befreiung erlebten.

Das Schicksal der zusammen auf dem Gebiet des Protektorats internierten Kinder blieb bis zum Kriegsende ungewiss. Ihr Aufenthalt in Prag-Krč, Jenerálka bzw. Svatobořice wurde als vorübergehend betrachtet, die endgültige Entscheidung über die weitere Behandlung behielt sich der Reichsführer SS und Polizeichef vor. Himmler war jedoch offensichtlich unschlüssig oder betrachtete die Angelegenheit nicht als wichtig, musste doch die Prager Gestapo zusammen mit dem Prager Büro des Reichskommissars für die Festigung des Deutschtums Anfang 1943 seine Entscheidung anmahnen.⁵¹ Die verlangte Weisung aus Himmlers Stab kam jedoch erst Mitte 1943.

Am 21. Juni 1943 erhielt der Lebensborn-Chef Max Sollmann den Befehl, in Zusammenarbeit mit K. H. Frank die *„Versorgung, Erziehung und Unterbringung von tschechi-*

⁴⁶ Archiv des Büros für NS-Opfer – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 27429.

⁴⁷ Verhör von Fritz Dennert 20. 11. 1946. SÚA Praha, Fonds Ministerstvo vnitra, Referat L, Kart. 17, Sign. C 6174, Akte 534-12-29.

⁴⁸ Archiv des Büros für NS-Opfer – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 27447.

⁴⁹ Kux, J.: *Internáční tábor Svatobořice*. Brno 1995, S. 50.

⁵⁰ Die Häftlinge aus diesem Lager wurden schon am 15. März 1945 freigelassen. Bubeníčková, R. – Kubátová, L. – Malá, I.: *Tábory utrpení a smrti*. Prag 1969, S. 170f.

⁵¹ Vgl. SÚA Praha, Fonds 110-4/65, Kosten für die Unterbringung von Kindern standrechtlich Verurteilter, 20. April 1943: *„Der RF-SS hat sich die Entscheidung über den Verbleib dieser Kinder vorbehalten. Sie ist durch SS-Oberstufabf. Fischer bereits vor längerer Zeit beantragt worden.“* Ferner siehe Bericht an Brandt vom 13. 6. 1944 (Anm. 56), wo angeführt wird, dass die Anmahnung Anfang 1943 ausging.

schen Kindern, deren Väter bzw. Eltern als Angehörige der Widerstandsbewegung exekutiert werden mußten“ zu lösen. „Die schlechten Kinder kommen in bestimmte Kinderlager. Die gutrassigen Kinder, die selbstverständlich die gefährlichsten Rächer ihrer Eltern werden könnten, ... müssen... über ein Kinderheim des Lebensborn... in deutsche Familien... vermittelt werden.“⁵² Der Brief spricht nicht ausdrücklich über schon internierte Kinder. Es scheint, dass Mitte 1943 wieder ein Plan der systematischen Germanisierung der Nachkommen der tschechischen Opfer des Nazismus angedacht wurde.

Diese Annahme wird durch die Tatsache untermauert, dass gleich am nächsten Tag nach dem Befehl, der in Kopie auch an den Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren und den Chef der Sicherheitspolizei in Prag ging, K. H. Frank anordnete, die Angaben über die Kinder aller hingerichteten Tschechen im Alter von bis zu 16 Jahren zu sammeln.⁵³ Am 2. Juli kam Max Sollmann aus München nach Prag und traf sich mit Frank. Das Treffen endete mit der Vereinbarung, dass der Staatssekretär die Erfassung der Kinder und ihre Rassenuntersuchung veranlasst und Lebensborn dann alle rassengeeigneten Kinder bis zu sechs Jahren übernimmt. Frank kündigte weiter an, den Reichsführer SS persönlich über die Lösung der Frage der für eine Übernahme durch Lebensborn nicht geeigneten Kinder zu informieren.⁵⁴

Danach verloren die Ereignisse jedoch ihr anfängliches Tempo. Als sich Himmlers Sekretär Brandt im Januar 1944 an Sollmann mit der Frage nach der weiteren Entwicklung der Angelegenheit wandte, antwortete ihm der Lebensbornchef, dass er „über diese Angelegenheit nichts weiter gehört“ habe. Er konnte angeblich auch gar nichts unternehmen, da Obergruppenführer Frank „ganz sicher“ erklärt habe, dass er den Reichsführer SS „unverzüglich genauestens informieren“ werde.⁵⁵ Brandt verfasste auf Sollmanns Empfehlung dann einen weiteren Brief nach Prag und verlangte einen schriftlichen Bericht „für die Akte des persönlichen Stabs.“⁵⁶ Franks Büro beeilte sich überhaupt nicht mit der Antwort und schickte den verlangten Bericht erst am 13. 6. 1944.⁵⁷ Das Dokument fasst die durchgeführten Maßnahmen zusammen, beginnend mit Sollmanns Besuch in Prag im Sommer 1943. Frank behauptete noch, dass der Transport der Kinder keinerlei Aufmerksamkeit erzeuge. In einem Bericht von 1944 wird jedoch angeführt, dass sich die Kinder inzwischen zu sehr in der neuen Umgebung eingelebt hätten. Hinsichtlich der „Erhaltung des Arbeitsfriedens“ und einer „uneingeschränkten Kriegsproduktion“ im Protektorat wurde eine nachträgliche Trennung der Kinder von den Familien oder allein auch eine Untersuchung nicht empfohlen. Abschließend steht zwar, dass in Zukunft die Kinder schon bei der Verhaftung der Eltern entfernt werden sollten, offensichtlich wurde jedoch auch diese Absicht nicht umgesetzt. Der Bericht lehnt auch den Transport der schon internierten Kinder aus Prag-Krč und Svatoborice ab, da er nicht geheim gehalten werden könne. Über das tschechische Personal hätten nämlich Verwandte vom Aufenthalt der Kinder erfahren.

⁵² The National Archives, Washington, USA, T-175, Band 80, Nr. 600234 (siehe auch Dokumentenanhang).

⁵³ Král, V., s.o. Anm. 13, S. 165-166, Dok. Nr. 28.

⁵⁴ The National Archives, Washington, USA, T-175, Band 80, Nr. 600246; Sollmanns Bericht an Himmler vom 7. Juli 1943. Frank schätzte angeblich die Zahl der für eine Übernahme durch Lebensborn geeigneten Kinder auf 50-100.

⁵⁵ The National Archives, Washington, USA, T-175, Band 80, Nr. 600244.

⁵⁶ Ebd., Nr. 600243.

⁵⁷ Ebd., Nr. 600238-600241 (siehe auch Dokumentenanhang).

Nach dem Ende der Fahndungs- und Verhaftungsaktionen im Zusammenhang mit dem Attentat auf R. Heydrich wurde die systematische Wegnahme und Internierung von Kindern Festgenommener also nicht fortgesetzt. Im Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus (Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds) treffen wir auf Fälle Einzelner, denen nach Inhaftierung eines oder beider Eltern ein deutscher Vormund zugeteilt wurde oder die in ein Kinderheim geschickt wurden, obwohl eigene Verwandte die Erziehung übernehmen wollten; die Unterbringung in einer der oben angeführten Einrichtungen ersetzte so auf ihre Weise die Zwangsarbeit, die wegen des niedrigen Alters noch nicht realisiert werden konnte.⁵⁸

Zwei Antragsteller auf Entschädigung aus der deutschen Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ gaben an, dass sie vor der Unterbringung in das Kinderheim rassistisch untersucht worden waren. Ein Antragsteller, Jahrgang 1933, erinnert sich: „Nach der Verurteilung unseres Vaters im Sommer 1943 wurden wir mit meiner Schwester vor den Kreishauptmann Czerny und den Gestapo-Chef geführt. Davor wurden wir fotografiert und einer anthropologischen Untersuchung unterzogen... Ab dem 1. 9. 1943 waren wir in einem Kinderheim untergebracht... Dort wurde nur Deutsch gesprochen, was uns besonders große Probleme bereitete, denn wir hatten bis dahin in einer rein tschechischen Umgebung gelebt. Besuche der Mutter waren verboten.“⁵⁹ Wir haben jedoch keinen weiteren Fall einer Unterbringung solcher Kinder in einer Lebensborn-Einrichtung oder einer Heimschule auf dem Gebiet des Altreichs oder im besetzten Polen festgestellt.⁶⁰

Unklar bleibt die Aufgabe der sog. Kinderlandverschickung (KLV), bei der deutsche Kinder aus von Luftangriffen getroffenen Gebieten in Erholungslager geschickt wurden.⁶¹ Im Zusammenhang mit unserem Thema werden die KLV-Lager in einem Nachkriegsbericht der UNRRA-Ermittler erwähnt.⁶² Aufgrund der Materialien und Zeugenaussagen im Archiv des Büros für Opfer des Nationalsozialismus (Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds) konnten wir jedoch keinen klaren Zusammenhang zwischen den KLV-Lagern und der Germanisierung der tschechischen Bevölkerung nachweisen.⁶³

⁵⁸ Vgl. Archiv des Büros für NS-Opfer – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 74362, 99081 u. 102411.

⁵⁹ Ebd., Reg.Nr. 90735 a 90744.

⁶⁰ In diesem Zusammenhang sprechen wir über Kinder aus dem Protektorat. In der Datenbank des Büros für NS-Opfer Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds ist ein Fall von drei Geschwistern aus den Grenzgebieten enthalten, die nach Inhaftierung der Mutter im Konzentrationslager Auschwitz dem Vater von NSV-Mitarbeiterinnen mit der Begründung abgenommen wurden, dass er wegen seiner Krankheit nicht für sie sorgen könne. Sie wurden dann in die Lager Klosterbrück (Czarnowąs) und Grottkau (Grodzów) transportiert, wo sie eingedeutscht und die Jungen im streng militärischen Geiste erzogen werden sollten. Zwei von ihnen kehrten nach dem Krieg nach Hause zurück bzw. konnten gefunden und zurückgeführt werden, das dritte ist bis heute verschollen. Vgl. Archiv des Büros für NS-Opfer – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Reg.-Nr. 27970 u. 30085.

⁶¹ Diese Institution entstand im September 1940, mit der Leitung war der Reichsjugendführer und Wiener Gauleiter Baldur von Schirach beauftragt. An ihrer Tätigkeit war auch die NSV wesentlich beteiligt, auch wegen der früheren Erfahrungen der NSV mit der Verschickung jüngerer Kinder aus Städten für einige Wochen zu Pflegefamilien auf dem Lande.

⁶² Report on Visit to Czechoslovakia, Juli 1946. Child Tracing. SÚA Praha, Fonds Ministerstvo vnitra, Referat L, Kart. 12, Akte 534-23-2.

⁶³ In KLV-Lager wurden als Köchinnen, Reinemachefrauen und andere Hilfskräfte auch tschechische Frauen gesandt, die in vielen Fällen auch eine Entschädigung für Zwangsarbeit beantragten. Keine dieser Antragstellerinnen gab jedoch an, in den Lagern tschechische Kinder angetroffen zu haben.

Schluss und Zusammenfassung

Ähnlich wie im besetzten Polen ging das Interesse an Kindern von Widerstandskämpfern im Protektorat von der Voraussetzung aus, dass aktiver Widerstand den rassistisch wertvollsten Schichten des Volkes eigen ist.⁶⁴ Die potentielle Zugehörigkeit zur rassistisch wertvollen Bevölkerung war jedoch ein zweischneidiges Schwert – auf der einen Seite bedeutete sie in den Augen der deutschen Rassenexperten eine Gefahr in Form zukünftiger Rächer der ermordeten Eltern, gleichzeitig konnte diese Gruppe mit Hinsicht auf ihr Alter jedoch als gute Quelle wertvoller Zuwüchse für das deutsche Volk angesehen werden.

In aller Konsequenz wurden die Rassenmaßstäbe am brutalsten bei den älteren Kindern aus Lidice und Ležáky angewandt. Andeutungen eines weiteren Vorgehens in diesem Sinne endeten in der Phase der Sammlung der einzelnen Gruppen von Kindern und ihrer massenweisen Internierung, beziehungsweise schon in der Phase ihrer Erfassung. Der Verlauf der Ereignisse lässt darauf schließen, dass die Besatzungsmacht im Protektorat nach dem Ende des zweiten Standrechts bzw. der Verhaftungsaktionen im Zusammenhang mit dem Attentat auf R. Heydrich nicht dem Radikalismus des Reichsführers SS folgte. Im Sinne der Anordnung des Leiters der Sicherheitspolizei und des SD in Prag vom Januar 1943 wurden alle Familienangehörigen von verurteilten Widerstandskämpfern als Ziele potentieller Vergeltungsmaßnahmen im Falle verstärkter Aktivitäten der Widerstandsbewegung betrachtet,⁶⁵ man wollte jedoch die durch die Vergeltungsmaßnahmen nach dem Attentat im Mai 1942 deprimierte Bevölkerung nicht unnütz reizen. Ursprünglich wurde eine unauffällige Deportation der schon internierten Kinder erwogen, Himmlers Befehl vom 21. Juni 1943 ging jedoch um vieles weiter. Frank konnte zudem eine größere Einbindung von Lebensborn als Eingriff in seine Befugnisse betrachten. Allgemein scheint es, dass die Nichtumsetzung von Himmlers Befehl als Ergebnis von Franks Protektoratspolitik erklärt werden kann, zu deren wichtigen Faktoren die Rücksichtnahme auf eine maximale Nutzung des Wirtschaftspotentials des Protektorats für die deutsche Kriegsproduktion und die Entscheidung gehörte, die „tschechische Frage“ auf grundsätzlichere Weise erst nach dem Krieg zu lösen.

⁶⁴ Vgl. die Rassenüberprüfungen im Internierungslager Svatobořice, die im Oktober 1942 von der Brünnener RuSHA-Stelle durchgeführt wurden, und die ebenso ausgerichteten Untersuchungen im Prager Gefängnis Pankrác.

⁶⁵ Král, V., s.o. Anm. 13, S. 162–164, Dok. Nr. 27.

Quellen und Literatur

Veröffentlichte Quellen

Čelovský, B.: *So oder so. Řešení české otázky podle německých dokumentů 1933–1945* [Lösung der tschechischen Frage nach deutschen Dokumenten 1939–1945]. Šenov u Ostravy 1997.

Král, V.: *Chtěli nás vyhubit* [Sie wollten uns ausrotten]. Praha 1961.

Der Nürnberger Prozess. Digitale Bibliothek Band 20. Berlin 2000.

Nicht veröffentlichte Quellen

The National Archives, Washington, USA, T-175, Band 80 (Sammlung von B. Čelovský).

Materialien des Archivs des Büros für Opfer des Nationalsozialismus – Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds.

Státní ústřední archiv Praha [Staatliches Zentralarchiv Prag], *Fonds Ministerstvo vnitra* [Innenministerium], *Referat L.*

Státní ústřední archiv [Staatliches Zentralarchiv Prag], *Fonds 110-4/65.*

Literatur

Bubeníčková, R. – Kubátová, L. – Malá, I.: *Tábory utrpení a smrti* [Leidens- und Todeslager]. Praha 1969.

Clayová, C. – Lepman, M.: *Panská rasa. Nacistické Německo a experiment Lebensborn* [Herrenrasse. Nazideutschland und das Experiment Lebensborn]. Praha 1995.

Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hrsg. von W. Benz, H. Graml und H. Weiss. München 1998.

Hořec, J.: *... i děti šly na smrt* [... auch Kinder gingen in den Tod]. Praha 1960.

Hrabar, R.: *Hitlerowski rabunek dzieci polskich.* Katowice 1960.

Hrabar, R.: *Janczarowie XX wieku.* Katowice 1983.

Hrabar, R.: *Lebensborn czyli źródło życia.* Katowice 1975.

Hrabar, R. – Tokarz, Z. – Wilczur, J. E.: *Czas niewoli – Czas śmierci.* Warszawa 1979.

Ivanov, M.: *A hořel snad i kámen* [Sogar die Steine haben gebrannt]. Praha 1982.

Jastrzębski, W.: *Hitlerowskie wysiedlenia z ziem polskich wcielonych do Rzeszy 1939–1945.* Poznań 1968.

Konopka, V.: *Zde stávaly Lidice* [Hier war Lidice]. Praha 1962.

Kocourek, R.: *Lidice.* Praha 1972.

Kux, J.: *Internační tábor Svatobořice* [Das Internierungslager Swatoborschtz]. Brno 1995.

Lidice. Čin krvavého teroru a porušení zákonů i základních lidských práv [Lidice. Tat blutigen Terrors und der Verletzung von Gesetzen und grundlegenden Menschenrechten]. Praha 1945.

Moulis, M. – Tomášek, D.: *K. H. Frank. Vzestup a pád karlovarského knihkupce* [K. H. Frank. Aufstieg und Fall eines Karlsbader Buchhändlers]. Praha 2003.

Obozy hitlerowskie na ziemiach polskich 1939–1945. Warszawa 1979.

Sládek, O.: *Zločinná role gestapa* [Die verbrecherische Rolle der Gestapo]. Praha 1986.

VERLAUF UND CHARAKTER DER BESCHLAGNAHME TSCHECHISCHER GLOCKEN IM ZWEITEN WELTKRIEG

RADEK LUNGA

Im März 1940 wurde in Deutschland eine Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Erfassung von Nichteisenmetallen¹ erlassen, für deren Realisierung Hermann Göring verantwortlich war. Danach sollten im gesamten Reich Bronzeglocken und Kupferteile an Gebäuden gesammelt und unverzüglich als Material für den zukünftigen Bedarf der Rüstungsindustrie zur Verfügung gestellt werden. Abnahme und Abtransport der Glocken wurden aus dem Reichshaushalt bezahlt. Das Reichswirtschaftsministerium konnte Ausnahmen von dieser Abgabepflicht erteilen.

Die Untersuchung des Schicksals tschechischer Bronzeglocken und ihrer Verwendung in der deutschen Industrie im Rahmen der sog. Beschlagnahme wird durch die Tatsache erschwert, dass das Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei (abgesehen von der Slowakei) nach der Zerschlagung der Republik und dem Entstehen des sog. Protektorats Böhmen und Mähren in mehrere Verwaltungseinheiten aufgeteilt war. Neben dem kompakten Protektorat gab es die besetzten Grenzgebiete, die mehreren Reichsgauen angeschlossen wurden: Sudetenland, Bayern (bzw. Niederbayern – Oberpfalz), Oberdonau und Niederdonau.

Das für die Glocken aus den besetzten Grenzgebieten wichtige sog. Glockenarchiv im Germanischen Nationalmuseum Nürnberg ist bisher noch nicht ausgewertet worden. Die Angaben zu den Glocken aus den Grenzgebieten sind deshalb im folgenden Text kürzer gehalten. Der Abtransport der Glocken aus dem Protektorat Böhmen und Mähren hingegen kann aus den in tschechischen Archiven erhaltenen Quellen einfacher dokumentiert werden.

Glocken aus den besetzten Grenzgebieten

Der Vierjahresplan über die Erfassung von Nichteisenmetallen galt nicht nur für das Gebiet des sog. Altreichs, sondern auch für die besetzten Teile Böhmens und Mährens.² Das Verfahren bei der Registrierung der Glocken, ihre Aufteilung in Gruppen, ihre Abnahme von den Türmen, Abgabe, Sammlung und Überführung nach Deutschland verlief in den Grenzgebieten ähnlich wie im Protektorat. Die Praxis der Beschlagnahme und Verwertung der Glocken im Protektorat entsprach in einigen Punkten der Vorgehensweise in den Grenzgebieten. Dort begann die Registrierung der Glocken jedoch früher als im Protektorat, Unterschiede gab es auch im zeitlichen Ablauf und der Organisation der Maßnahme, ebenso wie in der Zahl der abgegebenen Glocken in den einzelnen Kategorien.

Die Verantwortung für die Registrierung und Abnahme der Glocken im Sudetenland hatte der Reichsstatthalter Konrad Henlein. Die Glockeneigentümer erhielten sog. Meldebogen, die unverzüglich in dreifacher Ausfertigung ausgefüllt werden mussten. Identifika-

tionsmerkmale waren u. a. Standort oder Gemeinde, Name der Kirche oder Kapelle, Name oder Bezeichnung des Eigentümers der Glocke, Name oder Bezeichnung des Hauseigentümers, Gewicht und größter Durchmesser der Glocke. Zwei Kopien erhielt das übergeordnete Amt (z. B. Bischofsamt), eine verblieb beim Besitzer. Das übergeordnete Amt, zumeist ein Kirchenamt, übergab die Meldebogen an die Landräte oder Bürgermeister. Meldebogen mit Glocken der wertvollsten Kategorie D (siehe unten) wurden an die Reichsstelle für Metalle geschickt, da Göring das letzte Wort über jene Glocken haben wollte, die erhalten werden sollten. Am Anfang des Krieges sagte Göring dazu den berühmten Satz: „In Deutschland sollten zehn bis zwölf Glocken erhalten bleiben.“

Bei der Abnahme der Glocken und dem Transport zu den Sammelagern halfen die sog. Kreishandwerkerschaften. Sie erstellten auch die Verzeichnisse der abgenommenen Glocken und schickten sie dann an den Reichsstatthalter.³ Die Glocken wurden in vier Kategorien eingeteilt (A, B, C, D), die Auswahlkriterien waren sehr streng.⁴ Die Klassifikation wurde von den übergeordneten Kirchenämtern mit Hilfe von Mitarbeitern der Denkmalpflege durchgeführt. Die Kategorie D war für die künstlerisch und historisch wertvollsten Glocken bestimmt, welche als einzige erhalten werden sollten. Meist wurden sie auch nicht von den Türmen abgenommen und verblieben am ursprünglichen Ort. Glocken der Kategorie A hingegen waren immer zur Verwertung bestimmt. Nach der damaligen Definition handelte es sich dabei um „Glocken ohne großen Wert“ – das bedeutete: Guss in den Jahren 1800 bis 1900, nach dem Ersten Weltkrieg oder von noch lebenden Glockengießern. Es folgte Kategorie B als erste Reserve zur Verwertung und Kategorie C, künstlerisch und musikalisch wertvolle Glocken. Glocken der Kategorie B sollten zunächst in den Sammelagern verbleiben, solche aus der Kategorie C so lange wie möglich. Die Denkmalpfleger sollten die Glocken noch in den Kreissammelagern so gut wie möglich dokumentieren, beschreiben, fotografieren und ggf. eine Analyse ihres Tonbildes erstellen. Daneben wurden auch im Reich, wo die Glocken auf ihre Einschmelzung warteten, weitere Dokumentationen angefertigt. Bis zum Winter 1941 wurden die Verzeichnisse der Glocken in Kategorie D zusammengestellt und nach Berlin zur Genehmigung geschickt.

Die „Glockenaktion“ ging schnell voran. In einer ersten Phase wurden bis zum Jahresende 1940/1941 die meisten Glocken der Kategorie A mit Hilfe der Handwerkerschaften abgenommen und, wie anzunehmen ist, schon im Laufe des Jahres 1941 in die Kaiserwerke Lünen (Eisenhütte Westfalia AG) gebracht, um dort sofort eingeschmolzen zu werden.⁵

In den Jahren 1942 bis 1943 ging die Beschlagnahme in ihre zweite Phase. Im Januar 1942 war Görings Entscheidung über das Schicksal der Glocken in Kategorie D noch nicht bekannt, und es wurde noch auf die Zusammenführung aller Glocken der Kategorien B und C gewartet, um sie gemeinsam in die Hütte befördern zu können.⁶ In der Zwischenzeit

³ Es gab mehrere Dutzend Sammelstellen für Glocken.

⁴ Siehe z. B. die Richtlinien für die geschichtliche und künstlerische Bewertung der durch die Verordnung vom 15. März 1940 in Anspruch genommenen Bronzeglocken (Sondertitel II über die Kategorisierung der Glocken), ausgearbeitet von der Reichsstelle für Metalle und dem Reichsminister für Wissenschaft und Bildung Dr. Robert Hiecke.

⁵ Allgemein für Deutschland wird angegeben, dass 77 Prozent aller Glocken in der Gruppe A waren. Siehe Ludwig Veit: Das Deutsche Glockenarchiv im Germanischen Nationalmuseum 1965–1985, in: *Lusus campanularum. Beiträge zur Glockenkunde* (= Arbeitsheft 30 des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege), München 1986, S. 92.

⁶ Die einzelnen Handwerkerschaften sandten die Verzeichnisse der abgenommenen Glocken der Kategorien B und C erst im Frühjahr 1943 an den Reichsstatthalter. Diese Verzeichnisse sind sowohl in Tschechien als auch im deutschen „Glockenarchiv“ in Nürnberg erhalten. Daraus kann die Zahl der abgenommenen Glocken in den Kategorien B und C rekonstruiert werden.

¹ Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über die Erfassung von Nichteisenmetallen. Vom 15. März 1940 (in: *Reichsgesetzblatt*, Jg. 1940, Teil I, Nr. 48, ausgegeben zu Berlin, den 18. März 1940, S. 510).

² Siehe auch die Richtlinien zur Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan über die Erfassung von Nichteisenmetallen vom 15. 3. 1940 vom 7. 11. 1941 und den Nachtrag zu diesen Richtlinien vom 20. 1. 1942.

wurden die Glocken in Kreissammellagern im Grenzgebiet gelagert.⁷ Der endgültige Plan, in welche deutsche Hütte die Glocken der Kategorien B und C aus den einzelnen Gauen geschickt werden sollten, entstand im März 1942.⁸ Für Glocken aus dem Reichsgau Sudetenland wurden die Kaiser Hüttenwerke (Eisenhütte Westfalia AG) in Lünen als Zielort bestimmt (siehe Beilage, Hieckes Rundbrief vom 11. 3. 1942).⁹

Die Glocken aus ganz Deutschland waren nach einem einheitlichen System gekennzeichnet. Jeder Reichsgau hatte eine Nummer, die den Anfang des Requirierungszeichens auf der Glocke bildete. Das Reichsgau Sudetenland hatte die Nummer 20, Bayern 19, Oberdonau 22, Niederdonau 23 usw.¹⁰ Das Kennzeichen für den Reichsgau Sudetenland zum Beispiel hatte drei Teile, der vierte Teil bezeichnete die Glockenkategorie. Die ersten zwei Ziffern waren immer 20 (d. h. Reichsgau Sudetenland), danach folgte die Ziffer des Land- oder Stadtkreises, in dem die Kreishandwerkerschaften ihren Sitz hatten, welche die Requisition organisierten. Die dritte Ziffer bezeichnete die Glocke bzw. Gemeinde, in einigen Fällen (z. B. im Kreis Žatec/Saaz) wurde sie an erster Stelle geschrieben. Danach folgte der Buchstabe der zugeteilten Kategorie A, B, C oder D.¹¹ Einige Kreise nummerierten ihre Glocken der Kategorie D nicht, andere wiederum taten es; allgemein verblieben diese Glocken jedoch an ihrem Ort oder wurden den Eigentümern zurückgegeben.

Ein Beleg dafür, dass Glocken aus dem ehemaligen Reichsgau Sudetenland nach Lünen gebracht wurden, ist auch die Tatsache, dass nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs im Betriebsgelände der Kaiserwerke Lünen – Westfalia 435 tschechoslowakische Glocken (Kategorien B und C, vereinzelt jedoch auch A!) gefunden, identifiziert und ihren ursprünglichen Eigentümern zurückgegeben wurden.¹² Ebenso wurde auch die Dokumentation von tschechischen Glocken der Kategorien B und C, die zum Einschmelzen bestimmt waren, gefunden und zurückgegeben (Vermessung des Rippenprofils, Umrisse, Fotografien mit Negativen usw.).

⁷ Vgl. *maschinenschriftliches Blatt aus der Registratur des Reichsstatthalters, in dem einige Sammelstellen genannt sind (in: Státní ústřední archiv (= SÚA) Praha, Fonds Státní památková správa, Karton 670): Česká Lípa/Böhmisch Leipa, Falknov (heute Sokolov)/Falkenau, Frývaldov (heute Jeseník)/Freiwaldau, Cheb/Eger, Karlovy Vary/Karlsbad, Moravská Třebová/Mährisch Trübau, Nový Jičín/Neutitschein, Liberec/Reichenberg, Šternberk/Sternberg, Teplice/Teplitz-Schöna, Děčín/Tetschen, Trutnov/Trautenau, Opava/Troppau, dazu noch weitere Zweigsammellager.*

⁸ *Siehe Rundschreiben des deutschen Hauptdenkmalkonservators (Minister Dr. Hiecke) vom 11. 3. 1942 an die einzelnen Landeskonservatoren (in: SÚA Praha, Fonds Státní památková správa, Karton 638).*

⁹ *Einige Glocken aus den Grenzgebieten wurden außer nach Lünen vielleicht auch in die Hütte im sächsischen Ilsenburg transportiert. Diese war für die Glocken aus dem Reichsgau Oberdonau zuständig, dem auch ein Teil von Südböhmen angehörte. Eine weitere mögliche Adresse war Hamburg-Wilhelmsburg (für die Gaue Niederdonau und Bayern). Da sich die Archivmaterialien nicht nur auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik, sondern auch in Deutschland und Österreich befinden und noch nicht ausführlich untersucht und ausgewertet wurden, kann noch nicht genau gesagt werden, wie viele tschechoslowakische Glocken aus den Grenzgebieten zur Hütte Ilsenburg (bzw. Hamburg) geschickt wurden. Mit Sicherheit kann jedoch gesagt werden, dass es sich um einen verschwindend geringen Teil der insgesamt für Lünen und die Hamburger Unternehmen bestimmten Glocken handelte. Nach dem Krieg wurden achtzehn südböhmische Glocken auch in der Sammelstelle Wien gefunden.*

¹⁰ *Siehe Rundschreiben des deutschen Hauptdenkmalkonservators (Minister Dr. Hiecke) vom 11. 3. 1942 an die einzelnen Landeskonservatoren (in: SÚA Praha, Fonds Státní památková správa, Karton 638).*

¹¹ *Beispiele der Kennzeichnung: 20/9/26/C: Glocke Nr. 26 aus dem Gau Sudetenland, Kreis (bzw. Sitz der Kreishandwerkerschaft) Chomutov (Komotau), Ordnungszahl 26, Kategorie C (es handelt sich um eine beschlagnahmte und nicht zurückgegebene Glocke vom Glockenmeister Brikcí von Zinnberg von 1599, Durchmesser 85 cm, aus der Gemeinde Holešice (Holschitz), Kr. Chomutov; die Gemeinde ist am 1. 1. 1980 erloschen). Oder 94/20/17 – D: Glocke Nr. 94 aus dem Gau Sudetenland, Kreis Žatec (Saaz), Kategorie D (es handelt sich um eine Glocke von Brikcí von 1564, Durchmesser 92 cm, aus dem Ort Skupice/Skupitz, heutiger Kreis Louny/Laun; die Glocke ist bis heute erhalten).*

¹² *Siehe die relativ umfangreiche Korrespondenz des tschechischen Außenministeriums und des Prager Erzbistumskonsistoriums (in: SÚA Praha, Fonds Státní památková správa, Kartons 30, 638; Fonds Ministerstvo hospodářství a práce – dodatky II, Karton 5).*

Glocken aus dem Protektorat Böhmen und Mähren

Im November 1941 wurde im Protektorat Böhmen und Mähren eine Regierungsverordnung über die Abgabe der Glocken verabschiedet.¹³ Die Durchführung der Regierungsverordnung lag vor allem beim Ministerium für Industrie, Handel und Gewerbe, das mit dem Ministerium für Schulwesen und Volksaufklärung zusammenarbeitete. Gleichzeitig dazu erschien eine Durchführungsverordnung unter dem Titel „Weisungen für die Ablieferung der Glocken“.¹⁴ Dort wurde festgelegt, dass sich die Regierungsverordnung auf alle Bronzeglocken beziehe und dass Art und Zweck der Glocke nicht von Bedeutung seien. Die Regierungsverordnung bezog sich auf „Kirchen- und Klosterglocken, (...) Glocken auf Friedhöfen, in Parks, in Schulen und anderen Profan- und Kirchenbauwerken“. Nur unbedingt zur Signalisierung benötigte Glocken und schon früher in öffentlichen Museen eingelagerte Glocken blieben vor der Beschlagnahme verschont. In jeder Gemeinde (bzw. Pfarre) konnte eine Glocke zum Läuten belassen werden. Die Verordnung legte fest, dass es sich in der Regel um die kleinste Glocke in der Pfarre handeln sollte. Alle Eigentümer erhielten von den Bezirksamtern „Meldebogen für Bronzeglocken“, die sie dann ausführlich mit Angaben zum Gewicht, Durchmesser, Höhe, Ton oder Stimmung der Glocke, Gussdatum, Hersteller, Aufschrift, Verwendung, Art der Aufhängung und dem Grund, weshalb die Glocke nicht schon im Ersten Weltkrieg beschlagnahmt worden war, ausfüllen mussten. Die ausgefüllten Meldebogen sollten unverzüglich an das Bezirksamt zurückgeschickt werden. Dort wurden sie dann gesammelt und in drei Ausfertigungen an das Denkmalsamt in Prag oder seine Brüner Zweigstelle geschickt (siehe Dokumentenanhang, Meldebogen für Bronzeglocken).

Die Kennzeichnung der Glocken wurde durch die Denkmalsämter vorgenommen, die bei jeder Glocke oder Glockenschälle (Uhr-glocke) die jeweilige Kategorie vermerkten.¹⁵ Die erwähnte Durchführungsverordnung teilte die Glocken in vier Kategorien ein (A, B, C, D), wobei Glocken der Kategorie D die künstlerisch und historisch wertvollsten waren und als solche an ihrem Ort verbleiben sollten. Sofern ein Eigentümer eine Glocke der Kategorie D besaß, fand die Bestimmung über die Erhaltung der kleinsten Glocke bei ihm keine Anwendung. Gemäß der Durchführungsverordnung sollten Glocken der Kategorie A, überwiegend Glocken aus der ersten Hälfte des 20. Jh., die zur sofortigen Verwertung bestimmt waren, mit einem grünen Streifen versehen werden, die Kategorie B mit einem gelben und die Kategorie C mit einem roten Streifen. Der Streifen sollte 10 cm breit und 20 cm lang sein. Er wurde meist von der Glockenschulter nach unten an der Flanke angebracht. Dort sollten auch Herkunftsort und -bezirk und Eigentümer vermerkt werden. In den Zentralsammelstellen

¹³ *Regierungsverordnung vom 26. November 1941 betreffend die Ablieferung der Glocken (Nr. 414/1941 Slg), in: Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Protektorates Böhmen und Mähren. Ausgegeben am 9. Dezember 1941. Jg. 1941, Stück 152, S. 1974–1976.*

¹⁴ *Vervielfältigte Weisungen für die Ablieferung der Glocken vom Ministerium für Industrie, Handel und Gewerbe als Anlage zu Nr. 141.254/41-I/C (erhalten z. B. in: Ústav dějin umění Akademie věd ČR, oddělení dokumentačních a sbírkových fondů [Kunstgeschichtsinstitut der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, Abt. Dokumenten- und Sammlungsfonds], Fonds Zdeněk Wirth, Sig. W-A-1-159, Kart. 66, Bd. 4, Inv.-Nr. 94).*

¹⁵ *Siehe gedrucktes sechsseitiges Rundschreiben des Zentralverbands des Handwerks für Böhmen und Mähren mit (I) einer praktischen Anleitung zur Abnahme der Glocken und (II) Kennzeichnung der Glocken (erhalten z. B. in: SÚA Praha, Fonds Státní památková správa, Karton 638).*

in Prag und Ostrava (Mährisch Ostrau) erhielt die Glocke ein weiteres Zeichen, das meist in weißer Farbe mit Hilfe einer Schablone aufgetragen wurde. Das Muster für die Prager Sammelstelle war „P/P 0000“¹⁶ (Protektorat/Prag und Identifikationsnummer), in Ostrava „P/O 0000“ (Protektorat/Ostrau und Identifikationsnummer).

Bis zum 15. 2. 1942 sollten die Denkmalsämter alle Glocken einstufen und die Meldebogen an das zuständige Ministerium für Industrie, Handel und Gewerbe einschicken. Dort wurden die Meldebogen gesammelt und revidiert, wobei gegebenenfalls noch Beschwerden, Irrtümer der Eigentümer oder verspätete Anträge der Denkmalsämter bearbeitet werden sollten. Danach wurden die Meldebogen an die Bezirksämter zurückgeschickt. Die Eigentümer oder Gemeinden ließen die Glocken der Kategorien A, B und C daraufhin abnehmen. Die Glocken wurden zunächst in Bezirkssammellagern und später in den zwei Zentralsammelstellen gesammelt.¹⁷ Das Bezirksamt stellte für jede Glocke oder jedes Glockenensemble eine Bestätigung in drei Kopien aus. Eine Ausfertigung erhielt der Eigentümer, eine zweite verblieb beim Bezirksamt, die dritte wurde an das Ministerium für Industrie, Handel und Gewerbe geschickt (siehe Dokumentenanhang, Empfangsbescheinigung der beschlagnahmten Glocken).

Der Abtransport der Glocken über die Moldau und Elbe nach Deutschland wurde von der Reichsstelle für Metalle, bzw. Reichsstelle für Eisen und Metalle mit Sitz in Berlin organisiert.

Die Glocken aus der Zentralsammelstelle in Ostrava wurden mit Güterzügen in das sog. Hauptsammelager für Metalle in Prag transportiert. Auf einer Fläche von ca. 5000 m² lagerten dort die Glocken der Kategorien A, B und C aus dem gesamten Protektorat. Von dort begann der Weitertransport ins Reich. Die Glocken wurden im Prager Hafen Maniny auf Schiffe geladen und von dort nach Deutschland transportiert. Es herrschte der Grundsatz, dass zunächst Glocken wertloseren Kategorie A – mit dem grünen Streifen versehen – aufgeladen wurden. Die Glocken der Kategorien B und C verblieben als Reserve.

Aus den erhaltenen Dokumenten geht hervor, dass der Vertreter der Reichsstelle für Metalle, Dr. Latwesen, die Firma Českomoravská plavební akciová společnost labská (Böhmisch-Mährische Elbschiffahrt AG) aufforderte, ein Angebot zum Transport der Glocken vom Prager Hauptsammelager nach Hamburg zu unterbreiten. Das Angebot jenes Unternehmens wurde später angenommen.¹⁸ Vom Juli bis August 1942 fuhren dann fünf Lastschiffe vom Prager Hafen Maniny nach Hamburg. Sie beförderten insgesamt 9 801

¹⁶ So bezeichnete z. B. das Zeichen „P/P 58“ eine Protektoratsglocke aus der Prager Sammelstelle. Nr. 58 entsprach einer Glocke der Kategorie C von 1744 von Franz Anton Francke mit einem unteren Durchmesser von 90 cm aus der St. Wenzelskirche in Prag 9 – Prosek.

¹⁷ Die erste Zentralsammelstelle befand sich in Prag unter der Libeň-Brücke (Libeňský most) im Hafen Maniny: Dort wurden die Glocken aus den böhmischen und aus den mährischen Bezirken Telč (Teltsch), Velké Meziříčí (Groß-Meseritsch), Jihlava (Iglau) und Moravské Budějovice (Mährisch-Budwitz) gesammelt. Die zweite in Ostrava-Přívov (Ostrau-Oderfurt) war für alle anderen Bezirke bestimmt. Im Sommer (Juni bis August) 1942 wurde die Sammelstelle aus Ostrava nach Prag verlegt, wo für das sog. Protektorat ein Hauptsammelager eingerichtet wurde. Die Kartothek der Glocken aus der Sammelstelle in Ostrava ist in SÚA Praha, Fonds Ministerstvo hospodářství a práce – dodatky II, Kartons 6–9, erhalten.

¹⁸ Akte des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Im Konspekt der Information über Latwesens Aktivitäten auf der Rückseite des ersten Blatts der Akte wird u. a. angeführt, dass „die genannte Schifffahrtsgesellschaft darauf (...) hinzuweisen ist (...), dass der Tiefgang im Veringkanal zwischen Hamburg und Wilhelmsburg nicht größer als 2 m sein darf“ (in: SÚA Praha, Fonds Ministerstvo hospodářství a práce – dodatky II, Karton 4).

Glocken mit einem Gesamtgewicht von 1 562,926 Tonnen.¹⁹ Die in Anmerkung 19 zitierten Ladescheine geben auch die genaue Bestimmungsadresse an: Zinnwerke Wilhelmsburg GmbH (Lager in Hamburg-Wilhelmsburg – Veringkanal), Neuhoferstr. 5, oder Norddeutsche Affinerie mit Lager in Hamburg-Wilhelmsburg – Müggensburger Kanal (siehe Dokumentenanhang, Ladeschein).

Die Beteiligung der zwei genannten deutschen Unternehmen an der Verarbeitung von Glocken aus dem Protektorat Böhmen und Mähren für den Bedarf der deutschen Industrie wird unter anderem auch in zwei Briefen von den beiden Firmen, die den Transport der Glocken nach Hamburg betreffen, bestätigt (siehe Dokumentenanhang, Brief des deutschen Unternehmens Norddeutsche Affinerie vom 7. 7. 1942, Brief des deutschen Unternehmens Zinnwerke Wilhelmsburg vom 11. 5. 1942).²⁰

Das tatsächliche Ausmaß der Beschlagnahme der Glocken wird gut in der „Aufstellung der gemäß Reg. Vdg. vom 26. November 1941, Slg. Nr. 414/41 abgelieferten und aus dem Protektorat Böhmen und Mähren an die Hütten im Altreich abtransportierten Glocken“ von Ende August 1942 dargestellt (siehe Dokumentenanhang). Eine dort enthaltene übersichtliche Tabelle zeigt, wie viele Glocken in den einzelnen Kategorien A, B oder C schon abgenommen und wie viele schon an die zwei oben genannten Unternehmen abgeschickt wurden. An dieser Stelle ist anzumerken, dass es sich überwiegend um Glocken der Kategorie A handelte; die restlichen Glocken der Kategorien B und C warteten immer noch im Lager Prag-Maniny.

Die erwähnten deutschen Unternehmen waren die Endstation der tschechischen Glocken. Davon zeugt z. B. auch ein Briefwechsel des Offiziers der englischen Luftwaffe Dr. Josef Schück, der nach dem Krieg vom tschechischen Industrieministerium beauftragt wurde, nach tschechischen Glocken in Deutschland zu suchen. Schück schreibt in einem Brief vom 23. 7. 1945 an das Ministerium u. a., dass er beide Betriebe besucht habe und führt weiter an: „An der ersten Adresse (d. h. Norddeutsche Affinerie, Anm. d. Aut.) sprach ich mit dem ehemaligen Direktor. Dieser behauptete, dass zwei oder drei Lieferungen mit Glocken aus der Tschechoslowakei dort angelangt seien, aber leider zu Kriegsmaterial verarbeitet worden seien. In einem Teil der Fabrik, wo die Glocken für die Gießerei zertrümmert wurden, sah ich mit eigenen Augen 20–30 Glocken, von denen jedoch keine eine tschechische Aufschrift oder Bezeichnung hatte...“

Aufgrund von Archivunterlagen und der dürftigen tschechischen und deutschen einschlägigen Literatur kann also festgestellt werden, dass während der relativ kurzen Zeit eines Jahres auf Weisung der Reichsbehörden fast 10 000 Glocken aus dem Protektorat beschlagnahmt, gesammelt und nach Deutschland transportiert wurden. In zwei Industriebetrieben wurde dieses Material mit einem Gesamtgewicht von 1 563 Tonnen sofort verarbeitet. Damit wurde ein wesentlicher Teil des Glockeninventars von Böhmen und Mähren vernichtet.

¹⁹ Das geht aus den Angaben in den Ladescheinen hervor, die für jede Glockensendung ausgestellt werden mussten. Die Ladescheine stammen vom 2. 7. 1942 (2605 Glocken), 14. 7. 1942 (2577 Glocken), 10. 8. 1942 (2618 Glocken), 20. 8. 1942 (1880 Glocken) und 28. 8. 1942 (121 Glocken). (Die Ladescheine sind erhalten und befinden sich in: SÚA Praha, Fonds Ministerstvo hospodářství a práce – dodatky II, Karton 4.)

²⁰ Brief vom 7. 7. 1942 von der Norddeutschen Affinerie und Brief vom 11. 5. 1942 von den Zinnwerken Wilhelmsburg GmbH (beide erhalten in: SÚA Praha, Fonds Ministerstvo hospodářství a práce – dodatky II, Karton 4).

Die „Glockenaktion“ war 1942 praktisch abgeschlossen.²¹ Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass die Verluste an Protektorats- und überhaupt tschechoslowakischen Glocken noch größere Ausmaße annahmen, da die Differenz zwischen der Zahl und Zusammensetzung der Glocken vor ihrer Abgabe im Zweiten Weltkrieg (d. h. die Angaben aus den Meldebogen) und nach Kriegsende nie untersucht wurde.

In der Zentralsammelstelle für Glocken (und Metalle) in Prag-Maniny verblieben noch ca. 277 Tonnen Glocken der Kategorien B und C (der Historiker Zdeněk Wirth nennt eine Zahl von 2 184 Glocken und Glockenschällen).²² Diese Glocken wurden nie nach Deutschland transportiert. Sie konnten nach Kriegsende den ursprünglichen Besitzern zurückgegeben werden.

Gesamtverluste an Glocken

Hinsichtlich der Quantifizierung der Verluste am Glockeninventar wird allgemein die Angabe akzeptiert, dass 42 583 Kirchen- und 1 193 Rathaus-, Turm- und Schulglocken aus den ehemaligen Reichsgebieten (d. h. einschließlich der besetzten Grenzgebiete) beschlagnahmt und eingeschmolzen wurden. Aus dem Ausland einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren kamen ca. 33 000 Glocken.

Der tschechische Glockenforscher Jaroslav Dobrodinský, der die Requisition der Glocken im Zeitraum 1940 bis 1945 aus seiner Berufspflicht heraus verfolgte, gibt an, dass in Böhmen 13 Prozent, in Mähren 6 Prozent der Glocken aus der Vorkriegszeit erhalten blieben.²³

Durch grobe Schätzung, auf der Grundlage von Teilaufstellungen und genauen Angaben über die Glocken im Protektorat ergibt sich eine Zahl von 10 000 requirierten Glocken im Protektorat und etwa 3 500 bis 4 000 Glocken, die in den besetzten Grenzgebieten abgenommen wurden. Insgesamt wurden also 13 000 bis 14 000 tschechische Glocken für den Bedarf der deutschen Industrie verwertet.

Zusammenfassung

Die vorliegende kurze Analyse untersucht die Wege tschechischer Glocken im Zweiten Weltkrieg. Aufgrund von Archivdokumenten kommt sie zum Schluss, dass die Glocken aus dem Protektorat und auch den besetzten Grenzgebieten als Rohmaterial für die Weiterverarbeitung in drei deutschen Unternehmen dienten: Zinnwerke Wilhelmsburg GmbH – Hamburg; Norddeutsche Affinerie – Hamburg; Kaiserhütte Westfalia Lünen AG (= Gewerkschaft Eisenhütte Westfalia GmbH) – Lünen.

Nach den bisherigen Erkenntnissen wurden tschechische Glocken in keinen anderen Betrieben verwertet (siehe Anmerkung 10). Die einzelnen Glockeneigentümer müssen deshalb nicht das endgültige Schicksal ihrer Glocken nachweisen, da Ziel aller Glocken aus

den besetzten Grenzgebieten Lünen war (in Ausnahmefällen auch Hamburg), die Glocken aus dem Protektorat gingen alle nach Hamburg. Ferner ergibt sich aus den studierten Archivmaterialien Folgendes: Falls ein Eigentümer einen Beleg über die Beschlagnahme von Glocken aus der Zeit 1940–1945 hat und ihm die Glocken nach dem Krieg nicht zurückgegeben wurden, kann mit höchstmöglicher Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass sie von der deutschen Industrie verwertet wurden.

Quellen

Státní ústřední archiv Praha [Staatliches Zentralarchiv Prag] (= SÚA), Fonds Ministerstvo hospodářství a práce – dodatky II [Ministerium für Wirtschaft und Arbeit – Anhänge II], insbesondere Kartons Nr. 1–37.

Státní ústřední archiv Praha, Fonds Státní památková správa Praha [Staatliche Denkmalverwaltung Prag], insbesondere Kartons Nr. 30, 638, 666–676, 688–689, 733.

Deutsches Glockenarchiv (integriert im Archiv für bildende Kunst im Nürnberger Germanischen Nationalmuseum), Verzeichnis Nr. I/14 – sog. Kreishandwerkerliste für die Reichsgaue Bayern – Nr. 19, Sudetenland – Nr. 20, Oberdonau – Nr. 22, Niederdonau – Nr. 23.

Literatur

Heinz Glade: Erdentiefe – Turmeshöhe. Von Glocken und Glockengießern, Berlin 1965, S. 153–162, 172–201.

Pražský kalendář 1946. Kulturní ztráty Prahy 1939–1945 [Prager Kalender 1946. Kulturelle Verluste Prags in den Jahren 1939–1945], Einleitung und Text Zdeněk Wirth, Prag 1945.

Christhard Mahrenholz (Hrsg.): Das Schicksal der deutschen Kirchenglocken. Denkschrift über den Glockenverlust im Kriege und die Heimkehr der geretteten Kirchenglocken, Hannover 1952.

Claus Pese: Das Deutsche Glockenarchiv, in: Claus Pese: Mehr als nur Kunst. Das Archiv für bildende Kunst im Germanischen Nationalmuseum, Ostfildern-Ruit 1998, S. 136–145 (= Kulturgeschichtliche Spaziergänge im Germanischen Nationalmuseum, Band 2).

Percival Price: Campanology. Europe, 1945–1947. A report on the condition of carillons on the continent of Europe as a result of the recent war, on the sequestration and melting down of bells by the central powers, and on research into the tonal qualities of bells made accessible by war-time dislodgement, Ann Arbor 1948.

Ernst Sauermann. Die deutsche Glocke und ihr Schicksal im Krieg, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, Jg. 1952, S. 14–32.

Sigrid Thurm: Die ersten vier Bände des Deutschen Glockenatlas, in: Jahrbuch für Glockenkunde, Band 1–2, 1989/1990, S. 111–122.

Sigrid Thurm: Die Glocken im Krieg und in der ersten Nachkriegszeit, Das Münster. Zeitschrift für christliche Kunst und Kunstwissenschaft, Jg. 43, 1990, Heft 1, S. 37–42.

Ludwig Veit: Das Deutsche Glockenarchiv im Germanischen Nationalmuseum 1965–1985, in: Lusus campanularum. Beiträge zur Glockenkunde (= Arbeitsheft 30 des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege), München 1986, S. 91–98.

²¹ Vgl. auch den Bericht vom 6. 7. 1944 über die Metallsammlung, der nach dem Besuch eines Vertreters der Reichsstelle für Metalle im Protektoratsministerium für Wirtschaft und Arbeit angefertigt wurde. Dort wird unter anderem angeführt: „(I) Glockenaktion. Diese Aktion ist grundsätzlich beendet. Abgeliefert wurden insgesamt 1563 t Glockengut. Derzeit wird noch die Abnahme von 13 Glocken aus dem Bereiche des SS-Truppenübungsplatzes Beneschau vorbereitet. (...)“ (maschinenschriftliche Kopie in: SÚA Praha, Fonds Ministerstvo hospodářství a práce – dodatky II, Karton 4).

²² Pražský kalendář 1946. Kulturní ztráty Prahy 1939–1945, Einleitung und Text Zdeněk Wirth, Prag 1945, S. (IV).

²³ Jaroslav Dobrodinský, Památková ochrana zvonů, in: Zprávy památkové péče, Jg. 5, 1955, Nr. 3, S. 103.